G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Die amerikanisch-sowjetischen Verhandungen über Atomwaffen in Europa und die Friedensbewegung

Anton-Andreas Guha
Zusammenhänge zwischen Neutronenwaffe und „Nachrüstung"

Niels Pörksen
Menschlichkeit als Störpotential

Edgar Gärtner
„Global 2000" – Vorzüge und Mängel

John Kenneth Galbraith
Die Ökonomie des Wettrüstens

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik
Sondermemorandum '81

Interview mit Generalmajor a.D. Günter Vollmer

10'81

Oktober 1981 Einzelheft 6,00 DM Im Abonnement 4,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Oktober 1981

CHRONIK DES MONATS SEPTEMBER 1981 1153

KOMMENTARE UND BERICHTE

Die Bundesrepublik muß jetzt erwachsen werden ..... *Horst J. Andel* 1156

Zusammenhänge zwischen Neutronenwaffe und „Nachrüstung" .. *Anton-Andreas Guha* 1158

Haig – Original und Fälschung ..... *Bernd Greiner* 1161

HAUPTAUFSÄTZE

Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Atomwaffen in Europa und die Friedensbewegung ..... *Karl D. Bredthauer* 1163

Bedingt verhandlungsfähig
Zur Kritik der geltenden NATO-Atomstrategie ..... *Michiel Herman von Meyenfeldt* 1176

Aspekte der Risikopolitik
Zur Ideologie der „Nachrüstung" und ihren Paradoxien ..... *Erwin Müller* 1184

Zur Situation im Iran ..... *Mostafa Danesch* 1203

„Global 2000" – Vorzüge und Mängel der amerikanischen Weltstudie ..... *Edgar Gärtner* 1221

Menschlichkeit als Störpotential
Bemerkungen zur Militärpsychiatrie ..... *Niels Pörksen* 1234

AUS AUSLÄNDISCHEN ZEITSCHRIFTEN

Die Ökonomie des Wettrüstens („Bulletin of the Atomic Scientists") ..... *John Kenneth Galbraith* 1240

MEDIENKRITIK

Aug und Ohr ..... *Günter Giesenfeld* 1246

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 2. Vierteljahr 1981 ..... *Jörg Goldberg* 1247

AKTUELLES LÄNDERSTICHWORT

Belize 1250

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Sondermemorandum '81. Beschäftigungspolitik statt Sozialabbau – Alternativen zur Sparpolitik (Wortlaut) 1252

Gemeinsame amerikanisch-sowjetische Erklärung vom 24. September 1981 zur Aufnahme von Verhandlungen über Atomwaffen in Europa (Wortlaut) 1274

Abschlußerklärung des „Medinzinischen Kongresses gegen den Atomkrieg" am 19./20. September 1981 in Hamburg 1275

Interview mit Generalmajor a. D. Günter Vollmer in „Panorama" vom 29. September 1981 (Wortlaut) 1276

Frieden durch Abrüstung. Friedensaufruf und Unterschriftenaktion des DGB zum Antikrieg 1981 (Wortlaut) 1278

Die Bundesrepublik muß jetzt erwachsen werden

Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien sind – nach traditioneller westlicher Sprachregelung – „Satelliten des Sowjetimperialismus". Die „DDR" (tun wir, um leichter beweisen zu können, was hier bewiesen werden soll, Axel „Gänsefüßchen" Springer ruhig einmal diesen harmlosen Gefallen!) gilt allgemein als dessen wehrlosestes Opfer. Die „Bundesrepublik Deutschland" (auch diese wohlklingende Staatsbezeichnung gehört, wie wir sehen werden, in Anführungsstriche!) hielt sich hingegen bislang für ein souveränes und gleichberechtigtes „Mitglied der Völkergemeinschaft des Freien Westens". Dies Selbstgefühl hat durch die rüden Praktiken der amerikanischen „Schutzmacht" in letzter Zeit schwere Stöße erlitten. Die Frage, wie souverän die Bundesrepublik heute eigentlich ist, läßt sich nicht mehr, wie bisher gewohnt, schlichtweg verdrängen.

„Die beiden Teile Deutschlands gehör(t)en zum Deutschen Reich", so Pastor Heinrich Albertz in einem Interview, „das den Krieg verloren hat, und für beide gelten die Vorbehaltsrechte der Siegermächte". Diese betreffen also auch die, wie wir sie des weiteren titulieren wollen, BRD.

Albertz: „Ich lese seit Jahren zum erstenmal das Wort ‚Deutschlandvertrag' und das Wort ‚Truppenvertrag'." Das könnte jeder und tut kaum einer, im Koblenzer Bundesarchiv. Beide „Deutschlands" unterliegen, über eine Generation nach dem Zweiten Weltkrieg, noch immer wesentlichen Souveränitätsbeschränkungen.

Daten: Die BRD entstand, als erster deutscher Teilstaat, in Erfüllung eines ausdrücklichen Auftrages der westlichen Siegermächte. Die DDR, als zweiter deutscher Teilstaat, war eine bloße Reaktion auf diesen offenkundigen Bruch der Vier-Mächte-Abkommen von Teheran, Jalta und Potsdam. (Wer das immer noch nicht glauben mag, erinnere sich doch einmal an den Ablauf der Nacht-und-Nebel-Aktion der „Währungsreform". In Tat und Wahrheit vollstreckte sie die Teilung Deutschlands. Ihr Stichtag war der 21. Juni 1948; die sogenannte „Berliner Blockade" begann am 24. Juni 1948 und war also ebenfalls eine – zudem, wie man längst weiß, ohnmächtige – Reaktion auf die währungstechnische und damit politische Abnabelung der sowjetischen Besatzungszone durch die Westmächte.)

Zahlen: Die BRD zählt über sechzig, die DDR weit unter zwanzig Millionen Einwohner. Bonn wäre also, befände es sich auf freier Wildbahn, durchaus eine Bedrohung für die bevölkerungsschwachen Benelux-Nachbarn und sogar für Italien oder Frankreich. Wie gehabt. Die DDR ist, wäre sie denn ganz frei, dagegen durchaus nicht gefährlich für die bevölkerungsstärkeren und außerdem durch die direkte Nachbarschaft der Sowjetunion geschützten östlichen Anrainerländer. Die DDR ist, und das macht den flagranten Unterschied, für überhaupt niemanden eine Gefahr.

Fakten: Henry Morgenthau jun., damals amerikanischer Finanzminister, empfahl im Herbst 1944 die Entmilitarisierung, Verkleinerung und Aufteilung Deutschlands, die Internationalisierung des Ruhrgebietes und der deutschen Wasserstraßen und die Reduzierung Deutschlands auf den Status eines Agrarlandes. Jossif Wissarionowitsch Stalin plakatierte, nach der Eroberung Berlins, auf dort ausgehängten roten Transparenten: „Die

Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk bleibt ewig bestehen!" Frankreichs katholischer Dichter François Mauriac konstatierte einmal, er liebe Deutschland so sehr, daß er froh darüber sei, jetzt zwei davon zu erleben. Sowjetrußlands Chefkommunist Stalin bot, nachdem schon alles gelaufen war, nochmals freie Wahlen gegen die Wiedervereinigung eines neutralisierten Gesamtdeutschlands. (Notwendiger Zwischenruf: Frankreich hatte „nur" 250 000, Amerika „nur" 259 000 und die Sowjetunion aber 27 000 000 Kriegstote.)

Die Frage sei im nachhinein erlaubt: Die Wiedervereinigung, so lange sie noch möglich gewesen wäre, wer war dagegen, der Westen oder die Sowjetunion? Schnee von gestern ist das, berechtigterweise, für die Nachkriegsgenerationen. Vaterland, das ist für sie, wenn überhaupt etwas, drüben die DDR, hüben der, so bestätigt der geläufige Slogan etwa der Wehrdienstpflichtigen, hüben der „Bund". Die Deutschen liegen, fast ein Dritteljahrhundert nach dem Weltkriegsende, noch fester, als sie es wahrhaben möchten, an der Kandare. Jeder konnte es bis jetzt zufrieden sein; die erfahrungsgeprüften Nachbarn wie die Einsichtigeren unter den Deutschen.

Die Weltkriegsverlierer hätten sich vermutlich auch noch viel länger geduldig eingerichtet in dem, was sie sich selbst einst angerichtet hatten. Weise Politpropheten jeglicher Couleur waren sich seit jeher einig, geradezu revolutionäre weltpolitische Erschütterungen seien die einzige erfolgversprechende Voraussetzung einer Revision der „deutschen Frage". Solche Erschütterungen schienen weder wünschbar noch wahrscheinlich.

Im Herbst 1981, genau zweiundvierzig Jahre nach Entfesselung des Zweiten, gab ein Filmcowboy das Startsignal für das erdumspannende dreidimensionale Breitwandspektakel eines dritten Weltkrieges. Ronald Reagan, der ewige B-Actor Hollywoods, greift, in seinem einundsiebzigsten Lebensjahr, nach dem einzigen für ihn noch möglichen A-Part. Dieser Griff in die Trickkiste von Horrorspezialisten degradiert uns alle zu entmündigten Statisten.

Politisch argumentiert: Ronald Reagans Neutronenbombe markiert – abgesehen von allem anderen, was dagegen eingewendet wurde – unter anderem auch das Ende der Nachkriegs- und den Anfang der Vorkriegszeit. Reagans Caspar (Weinberger) bellte, ganz wie das putzige Hündchen in den Grammophontrichter einer bekannten Schallplattenfirma, die Lagerung (und folglich auch der Einsatz) der Neutronenbombe auch bei außerhalb des eigenen Territoriums stationierten amerikanischen Streitkräften sei ausschließlich Sache der Vereinigten Staaten. Washington verhält sich also gegenüber seinen NATO-„Verbündeten" haargenau so wie Moskau, nach westlicher Lesart, angeblich gegenüber seinen Warschauer-Pakt-„Satelliten". Aber: Plant Moskau die Stationierung von Neutronenbomben in der DDR, oder plant Washington eingestandenerweise die Stationierung von Neutronenbomben in der BRD?

In Kleinstaaten wie Holland und Belgien wehren sich dagegen die Regierungen. Die BRD erwehrt sich bislang nur durch die freilich wachsende und bis in die etablierten Parteien hineinreichende Friedensbewegung der Bevölkerung. Für Helmut Schmidt, der sich immer schon darauf verstand, vorschnell abzukanzeln, besorgt sie allerdings nur die Geschäfte der Sowjetunion. Welche unfreiwillige Selbstentlarvung: Frieden und Überlebenswille sind also das Geschäft der verteufelten Sowjets!

Ein Menschenalter lang waren die Deutschen die größte Gefahr für den europäischen und den Weltfrieden. Spätestens Reagan reklamierte diese Rolle für die Amerikaner. Und er spielt sie überzeugender als jede seiner Flimmerkisten-

kitschrollen. Er galoppiert verwegener durch die reale Weltpolitik als durch das künstliche Hollywood-Wildwest.

Die Gefahr für alle ist evident; die Chance für die ewigen Herausforderer und gebrandmarkten Verlierer, die Deutschen, ist vielleicht deren weltgeschichtliche Bestimmung.

Zu große Worte? Ich denke nicht. Die Deutschen, zweimal Urheber von Weltkriegen, haben heute einen der wichtigsten Schlüssel zum Weltfrieden. Eine Bonner Weigerung, die Stationierung der Neutronenbombe zuzulassen, nähme ihr viel von ihrer Bedrohlichkeit. Im Klartext: Der Konflikt mit den westlichen Hebammen, Kindergärtnern, Schulmeistern der BRD steht direkt vor der Tür. Die BRD muß jetzt erwachsen werden. Vor ihr liegt ein eigener Weg. Er heißt Abnabelung von den zunehmend ungeliebter werdenden Eltern.

Die Eltern, oh Sigmund Freud, wollen da vielleicht nicht mitspielen. „Die Amerikaner haben uns behandelt wie Heloten!" (Willy Brandt). „. . . daß die Amerikaner uns behandeln wollen wie die Askaris!" (Hans Koschnick). Der Marshall-Plan hat – ebensowenig wie die sprichwörtlichen schlaflosen Nächte der liebenden Mutter am Krankenbett des Kindes – keinen Ewigkeitswert.

Schade, auch Frankreichs Charles de Gaulle Deuxième, Sozialist François Mitterrand, bläst ins selbe Horn: Gegenüber Freund Brandt meinte er kürzlich, „daß die Bundesrepublik als Schlachtfeld die Hauptlast eines möglichen Krieges zu tragen habe, sei die bedauerliche Folge des verlorenen Krieges". Non, Monsieur le Président, für Jugendsünden bestraft man nicht noch den erwachsenen Menschen. Die Deutschen sind, möchte man hoffen, dabei, endlich erwachsen zu werden.

Indessen: Weiß das auch schon ihre Regierung?

Horst J. Andel

Zusammenhänge zwischen Neutronenwaffe und „Nachrüstung"

Die Friedensbewegung müßte dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und seinem Verteidigungsminister Caspar Weinberger fast dankbar sein für die grobschlächtige Art, mit der die beiden die Produktion der Neutronenwaffe angeordnet haben. Die westeuropäischen NATO-Alliierten fühlten sich düpiert und wie dumme Jungen behandelt. In der Bundesrepublik regte sich sogar so etwas wie Stolz: Man sei ein souveräner Partner und kein Besatzungsland, knirschte trutzig manch Sozialdemokrat. Selbst Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher mußte es sich versagen, die Entscheidung der Amerikaner wie üblich zu „begrüßen" und „nahtlose Übereinstimmung" festzustellen.

Die Koalition in Bonn fühlt sich aber nicht nur wegen der Sheriff-Manieren gekränkt, sondern auch verärgert, weil Reagan und Weinberger einen außerordentlich erfolgreichen Beitrag geleistet haben, auch den sogenannten NATO-Doppelbeschluß zu diskreditieren. Sie gaben den Gegnern sowohl in der SPD als auch in der FDP gewaltigen Auftrieb, und es gibt viele Spitzenpolitiker in Bonn, die kaum noch eine Chance sehen, diesen Beschluß in ihren Parteien durchzubringen. Wenn nicht alles täuscht, beginnt die SPD-Führung auf Zeit zu spielen: Der Doppelbeschluß soll auf dem Parteitag im April 1982 nicht zur Abstimmung gestellt werden, sondern erst 1983 oder später, wenn mögliche Ergebnisse der geplanten sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen absehbar sind. Ob diese Taktik gegenüber der aufgebrachten Basis der Sozialdemokraten durchzusetzen sein wird, darf bezweifelt werden.

Sicherlich unfreiwillig hat die Reagan-Regierung damit eine Verbindung zwischen der Neutronenwaffe und der „Nachrüstung" hergestellt. Man könnte ironischerweise sagen, von der Perversität der Strahlenwaffe fällt nun auch eine gute Portion auf die „Nachrüstung" ab. Darüber hinaus aber fragen sich immer mehr SPD- oder FDP-Mitglieder, ob denn die Sicherheit Europas und speziell der Bundesrepublik durch die Einführung immer modernerer Waffen zu garantieren sei, zumal dann, wenn sie selbst unter Experten so umstritten sind wie die Neutronenbombe und die Nachrüstungswaffen Pershing II oder Cruise Missile.

Aber es gibt auch einen Zusammenhang zwischen beiden Waffensystemen, der in der pervers gewordenen Logik der Abschreckung selbst begründet liegt, wobei man sich über die ursprüngliche Reihenfolge im klaren sein muß: Die Entscheidung über den Bau der Neutronenwaffe stand ja bereits 1977 an. Üblicherweise stehen Rüstungsentscheidungen nie in Frage, damals war es ausnahmsweise anders. Der um einen SALT-II-Abschluß bemühte Präsident Carter wollte sich keinen Dauerärger an den Hals hängen und verschob die Entscheidung, zumal sich auch die Verbündeten, etwa Bonn, zu keinem klaren Ja durchringen konnten, angesichts der heftigen Diskussionen in ihren Ländern. Die Reihenfolge also war ursprünglich und „programmgemäß": Neutronenwaffe, dann Pershing-II und Cruise Missile.

Wo liegen die Zusammenhänge?

Erstens: Die Neutronenwaffe soll in den Augen der westlichen Verteidigungsplaner ein Beitrag zur Lösung des alten Dilemmas sein, einen angenommenen massierten Panzerangriff des Warschauer Pakts mit Atomwaffen zu stoppen, ohne damit gleichzeitig den allgemeinen Nuklearkrieg auszulösen. Die NATO-Strategie der „flexible response" sieht bekanntlich den Ersteinsatz von Atomwaffen vor, falls die konventionelle Verteidigung scheitern sollte. Dieser Einsatz soll zwar „selektiv" und „kontrolliert" sein, er ist auch nicht dafür bestimmt, eine militärische Entscheidung herbeizuführen, aber jedermann ist klar, daß dies ein irreales Konzept ist, weil niemand die Reaktion der Sowjetunion vorausberechnen kann, wenn die ersten Atomwaffen zum Einsatz gekommen sind. Irreal ist dieses Konzept aber auch deshalb, weil der Warschauer Pakt ein völlig konträres Kriegsführungskonzept hat: Dieses sieht von Anbeginn an den Einsatz aller notwendigen Waffen vor, um den Sieg auf dem Territorium des Gegners sicherzustellen. Irreal schließlich ist dieses Konzept, weil es von einem massiven Panzerüberfall „aus dem Stand" ausgeht, den jedoch immer mehr namhafte NATO-Militärs ausschließen. Die Armeen des Warschauer Paktes sind dazu nicht in der Lage. Die Vorbereitung eines massiven Angriffs gegen Mitteleuropa würde – zumal in einer sich zuspitzenden Krisensituation – mehrere Wochen in Anspruch nehmen; am Ende dieses Aufmarsches aber stünden sich, da die Reserven eingezogen würden, Millionen-Armeen gegenüber.

Auch fachlich-militärisch läßt sich die Neutronenwaffe nicht sinnvoll begründen. Panzerbesatzungen würden nämlich nur in einem relativ engen Radius einer explodierenden Waffe so hohe Strahlendosen erhalten, daß sie sofort kampfunfähig wären. Die meisten würden, obwohl tödlich getroffen, zunächst wenig spüren und weiterkämpfen können. Wüßten sie um ihr unausweichliches Schicksal, wäre es denkbar, daß sie erst recht mit verzweifeltem Kamikaze-Mut kämpfen würden.

Um also einen Panzerangriff zum Stehen zu bringen, müßten sehr viele Neutronenwaffen eingesetzt werden, dann aber stiegen auch die Begleitzerstörungen für die Ökologie (Pflanzen, etwa die Wälder, würden vernichtet, da sie ebenfalls „radiosensitiv" auf Strahlung reagieren) und vor allem für die Bevölkerung. Das Argument, die Neutronenwaffe schone die

Bevölkerung, weil die Hitze- und Druckwirkung geringer sei als bei „schmutzigen" Nuklearwaffen, weist den, der es vorbringt, als Ignoranten aus: Dafür ist der Radius der Neutronenstrahlung größer; außerdem kann man sich gegen Strahlung noch weniger schützen.

Halten wir fest: Die Neutronenwaffe soll in den Augen ihrer Befürworter einen Atomkrieg in Europa führbar machen, ohne einen Atomkrieg auszulösen . . .

Dafür aber sind auch die Nachrüstungswaffen auf einer höheren Eskalationsebene gedacht. Pershing II und Cruise Missile sollen den strategischen Atomkrieg für die USA von westeuropäischen Boden aus führbar machen, ohne den großen strategischen Atomkrieg, also die Reaktion der UdSSR gegen die Vereinigten Staaten selbst, auszulösen. Durch die prinzipielle Führbarkeit eines Krieges aber – wer denkt denn schon an tatsächlichen Krieg – soll die Abschreckung verstärkt werden. Der angenommene Gegner soll durch die Aussicht stärker abgeschreckt werden, daß die NATO über Waffen verfügt, deren Einsatz glaubwürdiger ist als der der bisherigen. Allgemein formuliert: Atomwaffen, die glaubwürdig einsetzbar sind, sollen die Abschreckung verstärken.

Daß dieses „Argument" eine blanke Annahme oder Spekulation ist, die sich im Kriegsfall, ja schon in einer schweren politischen Krise, als grausiger Irrtum herausstellen könnte, beeindruckt die Befürworter dieser Waffen nicht. Dennoch dürfte das Gegenteil richtig sein: Waffen, deren Einsatzfähigkeit glaubwürdig angedroht wird, setzen die Nuklearschwelle drastisch herab und schwächen die Abschreckung.

Zweitens: Vermutlich ist aber eine rationale Auseinandersetzung über Sinn oder Unsinn von Neutronen- und Nachrüstungswaffen ohnehin eine vergebliche Bemühung, weil die zentrale Annahme nicht stimmt, daß eigene Rüstungsmaßnahmen eine Reaktion auf Rüstungsmaßnahmen des Gegners sind. Dieses Aktions-Reaktions-Schema ist falsch. Rüstungsmaßnahmen der einen Seite sind immer Reaktionen – Nachrüstung – auf die eigene Vorrüstung, sie sind Ergebnisse des Zwangs der Technologie, bestehende Waffensysteme fortzuentwikkeln und zu modernisieren. Dabei wird die Dynamik dieses Zwangs im Westen verstärkt durch beschäftigungspolitische Überlegungen und Gewinnerwartungen, also durch das, was mit „Militärisch-Industriellem Komplex" umschrieben wird.

Anschließend geschieht zweierlei: Die neuen Waffensysteme bestimmen erstens das ihnen angemessene Einsatzkonzept, also die Strategie, zweitens muß eine politische Begründung für ihre Entwicklung und Dislozierung gefunden werden, die man dann in den Rüstungsanstrengungen des Gegners sieht. Da der Westen technologisch in Führung liegt, wird man sich auch im Westen verantwortungsbewußt fragen müssen, ob nicht der wichtigste Beitrag zum Stopp des Rüstungswettlaufs darin läge, diese Präemtionszwänge zu durchbrechen, diese zwanghafte Nachrüstung auf die eigene Vorrüstung.

Sowohl die Neutronenwaffe als auch die Pershings oder Cruise Missiles sind nicht in erster Linie im Hinblick auf das sowjetische Rüstungsverhalten entwickelt und gebaut worden, sondern weil sie aus vorhandenen Kenntnissen und Waffensystemen weiterentwickelt wurden, wobei beschäftigungspolitische Notwendigkeiten und private Gewinnerwartungen einen zusätzlichen, nicht mehr reflektierten Zwang lieferten. Erst die politische Begründung für ihren Einsatz und ihre Verwendung, ihre Einordnung in ein sicherheitspolitisches Konzept bedient sich des Rüstungsverhaltens der Gegenseite.

Die Sowjetunion kann sich dabei an den technologischen Vorgaben des Westens orientieren, wobei die Frage auftaucht, ob sie sich damit nicht ebenfalls Zwängen, und zwar obendrein fremden, ausliefert,

etwa indem sie Rüstungsmaßnahmen des Westens schlicht kopiert. Dafür sprechen viele Indizien. Dies aber würde bedeuten, daß, wenn man dem Westen eine irreale bzw. nachträglich rationalisierende Rüstungsautomatik vorwirft, auch die sowjetischen Rüstungsmaßnahmen dieser Automatik unterliegen, u. U. sogar eigenen, rationalen Sicherheitsinteressen zuwiderlaufen. Ein fataler Zusammenhang!

Anton-Andreas Guha

Haig – Original und Fälschung

Enno von Loewenstern – Leitartikler der „Welt" – weiß es ganz genau. Haig „hat *kein* Wort davon gesagt, daß es Wichtigeres gebe als den Frieden. . . . Auch die *sorgfältigste Durchforschung* aller seiner Aussagen erbringt *kein* solches Zitat. . . . Ein lehrreiches Beispiel also, wie mit Paraphrasendrescherei Angstmache betrieben wird." Selbstverständlich vergißt er nicht hinzuzufügen: „Wenn die ‚Friedens'-Freunde nicht einmal Haigs Aussagen wahrheitsgetreu wiedergeben können, wie soll man ihnen zutrauen, Breschnews Absichten richtig wiederzugeben?" („Die Welt" v. 14. 9. 1981; Hervorh. v. Verf.)

Für die „Welt" gibt es Wichtigeres als die Wahrheit. Nach dieser muß in der Tat sorgfältig geforscht werden:

– In der bundesrepublikanischen und internationalen Tagespresse stand am 12. 1. 1981 (hier zitiert nach FAZ):

„Haig bekräftigte, daß er einen Atomkrieg als ‚unvorstellbares Unglück' ansehe, es jedoch ‚wichtigere Dinge gibt, als im Frieden zu leben'."

Und der begleitende FAZ-Kommentar stellte treffend fest: Haig „rührte dabei an Dinge, die jahrelang tabuisiert waren".

– In den folgenden Tagen wurde das Haig-Zitat weder von offizieller Seite dementiert noch korrigierte sich die Presse.

– Als Quellenmaterial stehen des weiteren drei regierungsoffizielle Texte zur Verfügung:
a) die *vollständigen Protokolle* der Anhörung Haigs durch den Außenpolitischen Ausschuß des Senats;
b) die *Auszüge* im „Wireless Bulletin from Washington" in englischer Sprache, herausgegeben von der regierungsoffiziellen Informationsagentur der USA (ICA) und der amerikanischen Botschaft;
c) die *Auszüge* im „Amerika-Dienst" in deutscher Sprache, herausgegeben von der US-Botschaft in Bonn.
Was sagen diese Quellen?

– Die im „Amerika-Dienst" veröffentlichte Übersetzung aus „Wireless Bulletin" lautet: Auf die *Frage* von Senator Baker, ob „die Vermeidung eines Atomkrieges zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion der überragende Punkt der Außenpolitik und der Eckpfeiler ist, auf dem wir diese Politik in der Zukunft aufbauen müssen", *antwortete Haig:*

„Wenn wir nur *die Aufrechterhaltung des Friedens, so lebenswichtig diese ist, zum Grundsatz und zum Kern all unserer politischen Überlegungen machen, dann fürchte ich, daß wir damit Umstände herbeiführen könnten, die zur praktischen Folge haben müßten, zur Zerstörung eben des Zieles zu führen, das wir uns selbst gesteckt haben – nämlich des Friedens." („Amerika-Dienst", Nr. 4 v. 21. 1. 1981, S. 5; Hervorh. v. Verf.)*

– An dieser Stelle werden im „Wireless Bulletin" wie im „Amerika-Dienst" *die entscheidenden weiteren Sätze gestrichen.* Wie aus den *vollständigen Protokollen* hervorgeht, erinnerte Haig unmittelbar darauf an einen früheren Einwand von Senator Pell während der Anhörung (Pell hatte gesagt: „Aber wir befinden uns im Frieden!") und fuhr fort:

„Sie sagten: ‚Aber wir sind im Frieden' und ich sagte Ihnen, Senator *(gemeint ist Pell; d. Verf.), ‚es gibt auch wichtigere Dinge'."*

(Vollständige Protokolle, zitiert in der Übersetzung der „Süddeutschen Zeitung" v. 11. 9. 1981; Hervorh. v. Verf.)

– *Erstes Fazit:* Haig *wiederholte* also in der Antwort auf Senator Baker, was er in anderem Zusammenhang während der Anhörung schon einmal, nämlich zu Senator Pell, gesagt hatte: es gebe „wichtigere Dinge" als den Frieden. *Es handelte sich nicht um einen verbalen Ausrutscher, sondern Haig verteidigte diese Bemerkung auch gegenüber Senator Baker.*

– *Damit ist die Zensur jedoch noch nicht beendet.* Denn Haigs weitere Erklärungen sind im Grunde genommen nur Paraphrasen der Hauptthese, es gebe Wichtigeres als den Frieden. Laut obig zitierter Ausgabe des „Amerika-Dienstes" stellte er an Baker gewandt weiter fest,

„daß es Dinge gibt, für die wir Amerikaner bereit sein müssen zu kämpfen".

Um das Martialische abzuschwächen, folgt an dieser Stelle im „Wireless Bulletin" (Nr. 9 v. 14. 1. 1981, S. 7) ein Auslassungszeichen (. . .), das in der sieben Tage später vorgelegten deutschen Übersetzung des „Amerika-Dienstes" bereits großzügig weggelassen wird. Ersatzlos gestrichen wurde folgende Passage:

„Sie wissen, daß diese Republik durch einen bewaffneten Konflikt ins Leben gerufen worden ist. Die Freiheiten, die wir heute genießen, sind die Folge einer bewaffneten Auseinandersetzung, einer Rebellion, wenn Sie so wollen. Es war Patrick Henry, der sagte: ‚Gebt mir Freiheit oder den Tod.' In diesem Jahrhundert allein kämpften und starben Amerikaner im Zweiten Weltkrieg, um eine Diktatur zu verhindern und zu verhüten, daß der Völkermord zum Gesetz des Landes wird. Es ist klar, daß unsere Verantwortung im nuklearen Zeitalter in dieser Hinsicht um so größer ist. Der Punkt, den ich gegenüber Ihnen, Senator Pell und Senator Baker, herausstellen möchte, ist, daß . . ." (Vollständige Protokolle, zitiert in der Übersetzung der „Süddeutschen Zeitung" v. 11. 9. 1981)

Und hier nimmt der „Amerika-Dienst" den oben gekappten Zusammenhang wieder auf:

„es . . . Dinge (gibt), die es wert sind, für sie zu kämpfen. Das müssen wir begreifen. Wir müssen unsere Politik nach dieser glaubwürdigen und gerechtfertigten Prämisse aufbauen." („Amerika-Dienst", Nr. 4 v. 21. 1. 1981, S. 5)

– Diese *zweite Kürzung* bot sich an, weil Haig hier die „bewaffnete Auseinandersetzung", die „Rebellion", als Geburtshelfer der amerikanischen „Freiheiten" preist – Zusammenhänge, die er in ihrer heutigen Erscheinungsform als „internationalen Terrorismus" zu geißeln pflegt; darüber hinaus sollte – wie bereits gesagt – das Martialische in den Hintergrund treten: schließlich sind diese Sätze auf eine Frage nach Atomkriegsgefahren gefallen, bedeuten in diesem Kontext also nichts weiter als die gezielte Verharmlosung des Atomkrieges. Sie besagen, daß *man künftig zur Bewahrung der „Freiheiten, die wir heute genießen" auch die bewaffnete atomare Auseinandersetzung ins Kalkül ziehen muß, es in der Tat also Wichtigeres als Frieden gibt* – Dutzende weiterer Äußerungen können – demnächst an anderer Stelle – als Belege herangezogen werden.

Die US-Regierung und ihr Außenminister können weder aus der Verantwortung für diese politische Grundlinie noch für die einschlägigen Zitate entlassen werden.

Bernd Greiner

Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Atomwaffen in Europa und die Friedensbewegung

Von Karl D. Bredthauer

Am 24. September 1981 gaben der amerikanische Außenminister Alexander Haig und sein sowjetischer Kollege Andrej Gromyko am Rande der UNO-Generalversammlung in New York eine gemeinsame Erklärung ab (Wortlaut im Dokumententeil dieses Heftes), in der folgendes mitgeteilt wird:

„Während der Begegnung am 23. September 1981 haben der Außenminister der USA, Alexander M. Haig, und der Außenminister der UdSSR, Andrej Gromyko, einen Meinungsaustausch über Fragen der Rüstungsbegrenzung geführt einschließlich der Kernwaffen, die bereits früher zwischen Vertretern der USA und der UdSSR in Genf zur Erörterung standen.

Sie stimmten darin überein, daß es notwendig ist, formelle Verhandlungen über diese Waffen zu führen und einigten sich im Namen ihrer Regierungen darauf, solche Verhandlungen am 30. November dieses Jahres in Genf aufzunehmen . . .".

Bundeskanzler Schmidt sieht diese Vereinbarung der Weltmächte als Ergebnis und Erfolg vor allem seiner Politik. Für Horst Ehmke und andere ist es sogar ausdrücklich der „Doppelbeschluß", der sich „als Erfolg erwiesen (habe), da er bewirkt habe, daß sich die USA und die Sowjetunion zu Verhandlungen über die Begrenzung der auf Europa gerichteten atomaren Mittelstreckenpotentiale bereit erklärten . . ." („Die Welt" v. 28. 9. 1981)

Ehmke hat das Wörtchen „landgestützte" (Mittelstreckenwaffen) vergessen, ansonsten entspricht seine Beschreibung des Verhandlungsgegenstandes, auf den Haig und Gromyko sich geeinigt haben sollen, haargenau den Wunschvorstellungen der NATO, aber nur sehr entfernt dem, was tatsächlich in der zitierten amerikanisch-sowjetischen Erklärung festgelegt ist. Unumstritten und präzise definiert ist darin nämlich nur eins: Ort und Zeit des Verhandlungsbeginns. Ob das schon als „Erfolg" gefeiert werden sollte, und ob der Verhandlungsbeginn *aufgrund* oder aber *trotz* des „Doppelbeschlusses" vereinbart wurde, bleibt zweifelhaft.

Was ist von den Verhandlungen zu erwarten und zu fordern?

Daß Amerikaner und Russen endlich wieder offiziell und direkt miteinander reden, kann nur begrüßt werden. Die Friedensbewegung hat wieder und wieder darauf gedrängt. Jetzt muß sie auf den *Inhalt* der Verhandlungen Einfluß nehmen, ihre Vorstellungen über die anzustrebenden Verhandlungsergeb-

nisse formulieren und den Druck auf die Regierenden verstärken. Daß nämlich die USA bisher noch nicht recht wissen, worüber sie eigentlich verhandeln sollen, daß sie sich zunächst einmal nur der Bundesregierung und anderen westeuropäischen Regierungen zuliebe zu Verhandlungen durchgerungen haben, um deren Zustimmung zur Stationierung der neuen US-Mittelstreckenraketen in Europa – für die USA erklärtermaßen nach wie vor die eigentliche Substanz des „Doppel"-Beschlusses – nicht in Gefahr zu bringen, das haben hohe und höchste Regierungsvertreter aus Washington ganz unmißverständlich ausgesprochen. Weniger bekannt und erstaunlicher ist aber, daß auch die Bonner Bundesregierung, die ihre Haltung zum „Nach"rüstungs-Beschluß immer wieder damit gerechtfertigt hat, es gehe ihr ausschließlich um Verhandlungen, zwei Jahre nachdem sie den NATO-Beschluß mit durchgepeitscht hat, ihrerseits noch kein Konzept für die – von ihr doch seit 1979 „angebotenen" – Verhandlungen vorzuweisen hat! Regierungsnahe Experten haben dies Manko nachdrücklich beklagt und z. T. auch Vorschläge unterbreitet, die bei Schmidt und Genscher bisher jedoch ohne erkennbare Resonanz geblieben sind. (Vgl. z. B. den Beitrag von Brigadegeneral a.D. Christian Krause zum Thema Null-Option in der sozialdemokratischen Monatszeitschrift „Die Neue Gesellschaft", 8/1981, S. 710–713.)

Die Friedensbewegung hat sich in ihrer gegenwärtigen, immer breitere Kreise der Öffentlichkeit erfassenden Form in der Auseinandersetzung mit dem „Nach"rüstungsbeschluß entwickelt. Die in Brüssel beschlossene „Nach"rüstung zu verhindern, d. h. die Stationierung von 572 neuen amerikanischen Atomraketen in Westeuropa, das ist die Schlüsselfrage der gegenwärtigen Bewegung und der gemeinsame Nenner all der vielen, von ansonsten durchaus unterschiedlichen Positionen ausgehenden politischen Kräfte, die jetzt in der Friedensbewegung aktiv geworden sind. Es gibt natürlich weitergehende, perspektivische Forderungen, die über die Verhinderung von etwas Negativem – der Stationierung *neuer* Atomraketen – hinaus positive Ziele entwickeln. Die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Europa zum Beispiel ist für viele „Nach"rüstungsgegner die über die bloße Ablehnung des NATO-Beschlusses hinausweisende Perspektive; andere halten sie für zwar wünschenswert, aber utopisch oder jedenfalls für reine Zukunftsmusik; wieder andere, z. B. solche, die in der „Nach"rüstung eine fahrlässige oder mutwillige Störung des *bestehenden* nuklearen „Gleichgewichts des Schreckens" zwischen Ost und West sehen, das ihnen ansonsten nach wie vor als verläßliche Grundlage westlicher Sicherheitspolitik erscheint, lehnen die Vorstellung eines atomwaffenfreien Europas mit militärstrategischen Argumenten ab; so heißt es z. B., wenn die westeuropäischen Staaten von Atomwaffen „entblößt" würden, müßten sie „konventionell" um so stärker aufrüsten, oder ein atomwaffenloses Europa würde zu einem Spielball der Supermächte, solange diese nicht auch ihrerseits atomar abgerüstet hätten. Was immer von solchen „immanenten" Argumenten zu halten ist: Klar dürfte jedem, der die „Nach"rüstung verhindern will, sein, daß dies Ziel nur dann durchzusetzen sein wird, wenn wirklich *alle* Gegner des NATO-Beschlusses

in dieser Schlüsselfrage zusammenwirken und die breitestmögliche „Ablehnungsfront" bilden, gleichgültig, was sie ansonsten über die NATO, über Atomwaffen, über die Bundeswehr, über Pazifismus usw. denken mögen. Und ebenso klar dürfte sein, daß es kein atomwaffen*freies* Europa geben kann, solange der Beschluß, *neue* Atomraketen in die Bundesrepublik, die Niederlande, nach Belgien, Italien und Großbritannien zu schaffen, nicht aus der Welt ist. Das bedeutet: Die Verhandlungen können zu Schritten in die richtige Richtung führen, insoweit die Friedensbewegung es schafft, den NATO-Beschluß zu „kippen" bzw. seine Realisierung, die „Nach"rüstung, aufzuhalten. Weit davon entfernt, ein Instrument zur Förderung der Verhandlungen zu sein, wie in Bonn noch immer behauptet wird, ist der „Nach"rüstungsbeschluß in Wirklichkeit die schwerste Hypothek, die auf den Genfer Verhandlungen lastet.

Aufgabe der angekündigten Verhandlungen wird der Haig-Gromyko-Erklärung zufolge die „Begrenzung" atomarer Waffen in Europa sein – und nach dem Willen der Friedensbewegung nicht nur die „Begrenzung", sondern die effektive Verringerung bis hin zum völligen Abbau auf beiden Seiten. *Nicht Aufgabe* der Verhandlungen kann es sein, ein beiderseitiges Aufrüstungsarrangement auszupokern, das den Amerikanern doch noch die ersehnte Stationierung von 572 (oder notfalls vielleicht etwas weniger) neuen Mittelstrekkenraketen auf westeuropäischem Territorium erlaubt, wofür die USA ihrerseits großzügig auf den vollständigen Abbau der SS-20 verzichten würden. Maßgebliche US-Vertreter haben keinen Zweifel daran gelassen, daß nicht der Abbau der SS-20, die Amerika ja gar nicht erreichen kann, ihr Problem ist, sondern wie sie die Stationierung ihrer Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa durchsetzen können. Schmidt und Genscher ihrerseits erklären zwar, ihr Motiv sei ausschließlich die SS-20 usw. – wenn die Sowjetunion alle SS-20 verschrotten würde, würden keine neuen US-Raketen bei uns aufgestellt. Sie sagen das aber ebenso wie die Amerikaner in klarer Kenntnis der Tatsache, daß die andere Seite die SS-20 als sowjetische *Reaktion* auf die *vorhandenen* amerikanischen, britischen und französischen Mittelstreckenwaffen in Westeuropa betrachtet, vor allem als Reaktion auf die sog. Forward Based Systems (FBS) der USA, und daß die Sowjetunion ihre Mittelstreckenwaffen folglich solange nicht verschrotten wird, wie die vorhandenen westlichen Atomwaffen nicht zur Verhandlung gestellt werden. Die Sowjetunion hat, übrigens auch schon im Herbst 1979 *vor* dem NATO-Beschluß, Bereitschaft zur Reduzierung ihrer Mittelstreckenwaffen erkennen lassen. Sie hat außerdem wiederholt vorgeschlagen, für die Zeit der Verhandlungen auf die Aufstellung neuer sowjetischer oder amerikanischer Mittelstreckenwaffen zu verzichten (Moratorium). Für die Friedensbewegung und für jeden, der weder sowjetische noch amerikanische Atomwaffen auf sich oder auf andere Europäer gerichtet sehen möchte, ist das Hauptproblem gegenwärtig also die amerikanische (und perspektivisch auch die französische) Weigerung, ebenso wie die Sowjetunion *ihre* vorhandenen Mittelstreckenwaffen zur Verhandlung zu stellen. Die stattdessen vorgelegten Angebote – nämlich daß die NATO als

Gegenleistung für die Verschrottung existierender sowjetischer Raketen auf eine bloße *Option,* nämlich auf die erst ab 1983 verfügbaren Pershing II und Cruise Missiles „verzichtet", kann kaum ernst genommen werden und wird ja auch in den USA selbst, wo man mit Selbstverständlichkeit davon ausgeht, daß die neuen amerikanischen Raketen ab 1983 aufgestellt werden und daß 572 der Mindestbedarf ist, überhaupt nicht ernstgenommen. „Diese Gespräche können nur erfolgreich sein, wenn die NATO ihren Plan *ausführt,* ihre Mittelstreckenraketen zu modernisieren." Das sagte Minister Haig persönlich am 13. September 1981 in Berlin mit Blick auf die Genfer Verhandlungen. (Zit. n. „Amerika-Dienst" v. 16. 9. 1981; Hervorh. v. Verf.) Würde die Sowjetunion am Verhandlungstisch mit der gleichen zweifelhaften Seriosität auftreten, so könnte sie ihrerseits eine „Nach"rüstungs-Option aus der Tasche ziehen und sich dann großzügig dazu bereiterklären, über einen Verzicht auf diese nicht vorhandenen Waffen als Gegenleistung für den Verzicht der USA auf die Stationierung der Pershing II und der Cruise Missiles in Europa zu verhandeln. (Man nehme das Rechenexempel, das Erwin Müller in seinem Beitrag zu diesem Heft anstellt – die 10fache bzw. 50fache Überlegenheit des Westens über die Sowjetunion auf dem Gebiet der seegestützten Mittelstreckenraketen bzw. Atomsprengköpfe in und um Europa . . . Nach der Logik des NATO-„Doppelbeschlusses" könnte Moskau also den Bau einer neuen Atom-U-Bootflotte mit atomaren Mittelstreckenraketen als Kompensation westlicher „Vorrüstung" auf diesem Gebiet ankündigen und gleichzeitig Verhandlungen über diese „Option" anbieten . . .) Das Beispiel zeigt, daß so etwas vielleicht zu einvernehmlicher Aufrüstung oder „Rüstungskontrolle" im schlechtesten Sinn des Wortes, mit Sicherheit aber nicht zu einer Verringerung der Atomwaffen in Europa führen wird.

Sinnvolle Verhandlungen erfordern die Bereitschaft *beider* Seiten, vergleichbare Verhandlungsangebote auf den Tisch zu bringen und als Gegenleistung gegen reale Reduzierungen der anderen Seite selbst ebenfalls reale Reduzierungen vorzunehmen. Ein Schattenboxen – Optionen gegen Optionen, Fiktionen gegen Fiktionen – führt nicht weiter. Es wurde schon genug Zeit vertan.

Müssen die Westeuropäer erst mit Washington verhandeln?

Damit Moskau und Washington in Genf tatsächlich dahin kommen, über die Reduzierung der vorhandenen Atomwaffen in Europa zu verhandeln, muß also zunächst innerhalb des westlichen Lagers, in und zwischen den USA und Westeuropa, eine Klärung darüber erfolgen, was denn nun tatsächlich Gegenstand der Genfer Ost-West-Runde sein kann und was nicht. Dazu sind entweder, wie General von Meyenfeldt in diesem Heft vorschlägt, Verhandlungen der westeuropäischen NATO-Staaten, speziell der Stationierungsländer, mit der *amerikanischen* Regierung zu führen, d. h. Bonn, Den Haag usw. müßten Washington für ein Moratorium und für die Einbeziehung der amerikanischen Gegenstücke zur SS-4/5 und -20 gewinnen und Washington könnte dann, im Namen auch der Westeuropäer, die ja in Genf nicht mit am Tisch sitzen, über Raketen-*Abrüstung* verhandeln. Oder die Bundesregierung und die anderen

betroffenen Staaten in Westeuropa müßten – etwa, wenn die USA weiter bei ihrem FBS-Tabu bleiben, oder wenn, was zumindest wahrscheinlich ist, solche innerwestlichen Verhandlungen zu langwierig würden – einseitig die Zustimmung zur Stationierung der US-Raketen auf ihrem Territorium zurückziehen, um auf diese Weise Druck auf Washington auszuüben und es zu einer realistischeren, Verhandlungsergebnisse in Genf ermöglichenden Haltung zu veranlassen. Offensichtlich ist, daß die Bundesregierung das eine wie das andere aber ihrerseits nur unter äußerstem Druck tun würde. Und dieser Druck kann nur von einer anhaltend starken, weiter wachsenden Friedensbewegung ausgehen.

Daß die Bundesregierung das Recht hat, einseitig ihre Zustimmung zum „Nach"rüstungsbeschluß zurückzunehmen, erscheint schon deshalb kaum fraglich, weil seit 1979 eine neue Lage entstanden ist und die USA ihrerseits einseitig die Grundlagen des seinerzeitigen Beschlusses zunichtegemacht haben, worauf u. a. der saarländische SPD-Landesvorsitzende Lafontaine nachdrücklich hingewiesen hat (vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 24. 9. 1981, S. 4).

Auf die 1979 und bis heute viel zu wenig beachtete Tatsache, daß die USA, auf die ja im Unterschied sowohl zu den West- als auch zu den Osteuropäern einschließlich der Sowjetunion bisher keine Mittelstreckenraketen gerichtet sind, eine Abrüstung dieser Raketenart naturgemäß mit anderen Augen als die Europäer betrachten und schon deshalb nicht mit einer „Blankovollmacht" wie dem „Nach"rüstungsbeschluß ausgestattet werden dürfen, wurde oben schon eingegangen. Erinnert werden muß aber vor allem an das in den „Blättern" seit längerem erörterte grundsätzlichere Auseinanderklaffen der amerikanischen und der europäischen Sicherheitsinteressen, ja – soweit es sich um die unterschiedliche Bewertung eines Atomkriegs handelt – sogar der Überlebenschancen. Die USA haben seit einigen Jahren und vollends unter Reagan ihre Strategie einschneidend geändert. Sie haben sich von der Entspannungspolitik abgewandt, den SALT-II-Vertrag über strategische Rüstungskontrolle fallen gelassen und sie richten sich auf die Möglichkeit ein, Atomkrieg nicht ausschließlich verhüten, sondern auch führen und „gewinnen" zu können – als „begrenzten" Atomkrieg, d. h. unter weitestgehender Aussparung amerikanischen Gebiets „begrenzt" auf Europa, vor allem auf deutschen Boden! (US-Präsidentendirektive von 1980: PD-59) „Die 572 Pershing-II-Raketen und Cruise-Missiles, die nach dem NATO-Ratsbeschluß vom Dezember 1979 eingeführt werden sollen, sind die für Europa bestimmten Waffen dieser neuen amerikanischen Nuklearstrategie. Die Eignung zur atomaren Ausschaltung militärischer Ziele in der Sowjetunion ist das eigentliche Motiv für die „Stationierung" (Alfred Mechtersheimer; vgl. „Blätter" 10/1980, S. 1268f.). Das bedeutet, daß die „Nach"rüstung im Rahmen der neuen US-Atomstrategie ebenso wie auch die Einführung der Neutronenwaffe die „Atomschwelle" gefährlich zu senken und dabei unser Land geradezu zur Zielscheibe atomarer Präventiv- oder Vergeltungsschläge der Supermächte zu machen droht. Eine „Schutzmacht" mit dieser Politik ist für uns

lebensgefährlich. Und das erklärte Streben der USA nach Wiederherstellung einseitiger amerikanischer Überlegenheit und einer globalen „Politik der Stärke" *muß* die Grundlagen eben jener Verhandlungen über strategische Parität und gleiche Sicherheit beider Seiten zerstören, an denen Europa ein so vitales Interesse hat. Wer sich wie Reagan, Weinberger und Haig Chancen ausrechnet, die Sowjetunion „zu Tode zu rüsten", wird natürlich von sich aus wenig Eifer für Rüstungsbegrenzung aufbringen.

Noch nicht die nötige Beachtung gefunden hat auch eine weitere, vielleicht die folgenschwerste Einseitigkeit, die die Bundesregierung zu verantworten und zu korrigieren hat: die Tatsache, daß eines der beiden im „Doppelbeschluß" vorgesehenen neuen Mittelstreckensysteme *ausschließlich* in der Bundesrepublik stationiert werden soll, und zwar ausgerechnet die 108 Pershing-II-Raketen, die die Sowjetunion als potentielle Erstschlagwaffen (vgl. dazu selbst Staatssekretär Corterier im „NATO-Brief", 4/1981, S. 7) ohne Vorwarnzeit auf das äußerste herausfordern müssen. Bezeichnenderweise hat keines der anderen vier Länder, die neben der Bundesrepublik Cruise Missiles aufnehmen sollen, die Stationierung von Pershing-II-Raketen auf seinem Staatsgebiet zugelassen. Indem Schmidt die Pershing II als einziger akzeptiert, verstößt er gegen die von ihm selbst wiederholt erklärte Bedingung, daß die Bundesrepublik nicht in eine Sonderrolle gebracht werden dürfe. Adenauer war in diesem Punkt konsequenter. Er verweigerte Ende der 50er Jahre in vergleichbarer Situation die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen ausgerechnet auf deutschem Boden, weil die Sowjetunion dies als Provokation auffassen müsse. Oskar Lafontaine hat darauf hingewiesen, daß die Haltung des sozialdemokratischen Bundeskanzlers in dieser Frage auch unvereinbar mit der Beschlußlage der SPD ist: „Die Stationierung der Pershing-II widerspricht aber dem Berliner Parteitagsbeschluß." (zit. nach FAZ v. 24. 9. 1981, S. 4)

Wenn die Bundesregierung hier die erforderliche Korrektur ihrer Haltung vornähme, wäre dies also gerade die Abkehr von einer einseitigen Sonderrolle und Sondergefährdung unseres Landes.

Einseitig würde ein „Nach"rüstungsverzicht der Bundesregierung auch kaum bleiben, weil die Niederlande, Belgien und auch Italien, die 1979 nur dem Bonner Beispiel folgten, die Abkehr vom Brüsseler Beschluß sicherlich mitvollziehen würden (soweit sie nicht ohnehin schon auf Distanz zu diesem Beschluß gegangen sind).

Können die westeuropäischen Staaten selbständig mit Moskau verhandeln?

Im übrigen bliebe der Bundesregierung und den anderen Westeuropäern, wenn die USA Verhandlungsergebnisse weiterhin blockieren sollten, bei einer Überprüfung des „Nach"rüstungsbeschlusses die bisher viel zu wenig beachtete Möglichkeit, ihrerseits in zwei- oder mehrseitige Gespräche mit Moskau (ggf. auch mit der DDR und den anderen osteuropäischen Staaten) einzutreten, um sich ein eigenes Bild von der sowjetischen Rüstung, ihren Zielen

und Begrenzungsmöglichkeiten zu machen und Garantien gegen einen Atomwaffengebrauch zwischen den beteiligten west- und osteuropäischen Staaten einschließlich der Sowjetunion auszuhandeln. Moskau hat entsprechende Abkommen schon mehrfach vorgeschlagen.

Das dringendste Ziel der Friedensbewegung besteht in einer solchen Lage also zwangsläufig darin, die Bundesrepublik und Westeuropa aus der amerikanischen Aufrüstungsverstrickung, aus der selbstgestellten Falle „Doppelbeschluß" zu befreien. Aber die Rückbesinnung darauf, daß Europa *eigene Sicherheitsinteressen* hat, für die die Europäer letztenendes auch selbst aktiv werden müssen, heißt natürlich keineswegs, daß uns die Zukunft der Genfer Gespräche gleichgültig sein kann. Von den beiden Supermächten ist vielmehr mit allem Nachdruck zu verlangen, daß sie ohne weiteren Verzug und ernsthaft über den schrittweisen gegenseitigen Abbau der auf West- und Osteuropa gerichteten Atomwaffen verhandeln. Dabei kann es zu Fortschritten nur dann kommen, wenn jede Seite auch die Bereiche, in denen sie überlegen ist, mit zur Verhandlung stellt, soweit die andere Seite ihre Sicherheit beeinträchtigt sieht. Das heißt, daß nicht nur die Sowjetunion zum Abbau der *landgestützten* Mittelstreckenwaffen, sondern daß die USA ihrerseits zum Abbau der *seegestützten* Mittelstreckenwaffen, wo sie überlegen sind, und anderer FBS bereit sein müssen. Auch die taktischen Atomwaffen, über die die NATO bisher gar nicht spricht, weil sie auf diesem Gebiet ebenfalls überlegen ist, werden natürlich im Verlauf der Verhandlungen nicht ausgespart bleiben können, wenn es wirklich um Wege zu einem atomwaffenfreien Europa geht.

Die Kernforderungen der Friedensbewegung mit Blick auf Genf heißen: es darf *keine* „Nach"rüstung geben; stattdessen muß über eine *echte* Null-Lösung verhandelt werden, d. h. über die Reduzierung sowohl der amerikanischen als auch der sowjetischen Atomwaffen in Europa bis zu ihrem vollständigen Abbau.

Der „Doppelbeschluß" als Abrüstungsinstrument?

Die Friedensbewegung, die keinerlei Atomwaffen in Europa wünscht und deshalb jeden realen Schritt in diese Richtung, also auch den Abbau der Mittelstreckenwaffen beider Seiten, unterstützen würde, hat von Anfang an bezweifelt, daß der NATO-Beschluß ein taugliches Mittel zur Rüstungsbegrenzung sein könne. Die Logik dieses Beschlusses – Aufrüsten, um abzurüsten (!) – erscheint wenig vertrauenerweckend, schon gar nicht für den Verhandlungspartner auf der anderen Seite. Wieso sollte die Aufstellung neuer amerikanischer Atomraketen in Westeuropa die Sowjetunion veranlassen, ihre Raketen zu reduzieren?! Natürlich wäre die Wirkung genau entgegengesetzt: Moskau würde seinerseits „nachrüsten", d. h. im Endergebnis gäbe es auf beiden Seiten *mehr* und nicht weniger Raketen. Kein klar denkender Mensch mit ein bißchen politischer und historischer Bildung hat anderes erwartet, als die Sowjetunion dann auch tatsächlich angekündigt hat.

Die Bundesregierung jedoch bleibt unbeirrbar dabei: der „Doppelbeschluß" ist das einzig richtige, ja überhaupt das einzig verfügbare Mittel, um erfolgreiche Verhandlungen in Gang zu bringen und zu halten, um die Bedrohung durch atomare Mittelstreckenraketen abzuwenden. Heute wird die Gromyko-Haig-Vereinbarung über die Aufnahme von Verhandlungen als Beweis für die Richtigkeit des NATO-Beschlusses gefeiert. Hat Schmidt doch rechtbehalten? Muß die Friedensbewegung ihre Vorstellungen korrigieren?

Zu fragen ist, worin der von Bonn reklamierte Erfolg des NATO-Beschlusses eigentlich bestehen soll? In der Aufnahme amerikanisch-sowjetischer Verhandlungen? Das wäre ein reichlich magerer und verspäteter Erfolg für einen Beschluß, der zunächst einmal fast zwei volle Jahre nutzlos vertaner Zeit nach sich gezogen hat. Und ob diese Verspätung noch wettgemacht werden kann, bleibt völlig offen – ebenso offen wie die Frage, bis wann und ob überhaupt in den Genfer Verhandlungen eine amerikanisch-sowjetische Einigung möglich sein wird. Bis jetzt gibt es schließlich außer über Ort und Zeit der Verhandlungsaufnahme leider in absolut keinem Punkt Einvernehmen zwischen Washington und Moskau; weder über den Verhandlungsgegenstand und seine Eingrenzung, noch über mögliche Leistungen und Gegenleistungen für ein etwaiges Abkommen.

Soviel „Erfolg" nach zwei Jahren NATO-Beschluß spricht also kaum für Schmidts These, der „Doppelbeschluß" sei eine Art Wunderwaffe der Rüstungsbegrenzung. Mit den zwei seit jenem Brüsseler Dezembertag verlorenen Jahren ist schon mehr als die Hälfte der damals für Verhandlungen angesetzten, ohnehin nicht gerade reichlich bemessenen Zeit nutzlos verstrichen. Inzwischen laufen die Vorbereitungen für die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles, Erprobung, Produktion sowie „Buddeleien und Betoniereien" (Willy Brandt) auf vollen Touren. Wer erwartet denn noch, daß die verbleibenden zwei Jahre bis zum vorgesehenen Stationierungsbeginn im Herbst 1983 dazu ausreichen könnten, einen amerikanisch-sowjetischen Vertrag über die Begrenzung von Atomrüstungen in Europa zustandezubringen? Keines der bisherigen Rüstungskontrollgespräche, ob SALT I oder II oder M(B)FR, hat in so kurzer Frist Ergebnisse gebracht. Und der Verhandlungsgegenstand der neuen Genfer Gespräche erscheint komplizierter, die Ausgangsbedingungen sind besonders ungünstig. Man denke nur an Weinbergers neuesten Beitrag zur Verbesserung des Verhandlungsklimas – die im Wortsinn unvergleichliche „Dokumentation" über die Rüstungssünden des frischgewonnenen Verhandlungspartners ohne irgendwelche ernsthaften Vergleichsziffern – oder an die Ernennung ausgerechnet Paul Nitzes, eines der erbittertsten SALT-Gegner, zum US-Delegationsleiter für Genf. Alle Experten rechnen, selbst bei – bisher noch durchaus nicht erwiesenem – guten Willen beider Seiten, mit außerordentlich langwierigen Verhandlungen. Immer wieder werden Vergleiche mit den Wiener M(B)FR-Gesprächen über die Reduzierung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa gezogen, die sich mittlerweile im achten Jahr ohne Ergebnis dahinschleppen.

Eine *Reduzierung* der Raketenpotentiale in Europa, soviel noch zum Thema „Erfolg", hat der NATO-Beschluß vom Dezember 1979 bisher absolut nicht bewirkt. Allenfalls das Gegenteil. Ob und wann die Genfer Verhandlungen eine solche Reduzierung herbeiführen können, steht in den Sternen. Soweit es um die Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion geht – die hätte man *ohne* „Nach"rüstungsbeschluß schon zwei Jahre früher in Anspruch nehmen können, wenn man Breschnew im Oktober 1979 beim Wort genommen hätte. Andererseits hat der famose „Doppelbeschluß" die USA – obwohl Moskau im Juni 1980 Helmut Schmidt *trotz* NATO-Beschluß erneut Verhandlungsbereitschaft bekundete – nicht an einer weiteren Verzögerung der Verhandlungsaufnahme um noch einmal 17 Monate hindern können. Ebensowenig hat der „Doppelbeschluß" mit seinem angeblich gleichwertigen „Verhandlungsteil" die amerikanische Regierung etwa daran hindern können, wiederholt unmißverständlich zu bekunden, daß man sich durch diese Verhandlungen keinesfalls beim „Vollzug" der „Nach"rüstung stören lassen werde. Die Entschlossenheit der USA, „... in unseren Rüstungsprogrammen fortzufahren, gleich ob die Nachrichten vom Verhandlungstisch günstig oder ungünstig sind", hat Reagans Abrüstungsexperte Rostow in aller Offenheit vor dem Außenpolitischen Senatsausschuß bekundet („Amerika-Dienst" v. 1. 7. 1981).

Die Aufnahme amerikanisch-sowjetischer Verhandlungen kann daher für die Friedensbewegung in Westeuropa durchaus kein Grund sein, ihren Widerstand gegen den „Doppelbeschluß" aufzugeben und die Bundesregierung künftig mit der Forderung nach Aufkündigung des fatalen Beschlusses zu verschonen.

Wenn der Beschluß also auf westlicher Seite bisher nicht weniger, sondern mehr Raketenrüstung bewirkt bzw. gefördert hat – hat er wenigstens unsere Bedrohung durch die sowjetischen Mittelstreckenraketen verringert und somit seine – nach Schmidt – Hauptaufgabe erfüllt (oder zu erfüllen begonnen)? Nun – 1979 gab es nach NATO-Angaben 120 SS-20-Raketen und die älteren SS-4/5-Raketen wurden in dem Maße abgebaut, wie sie durch SS-20 ersetzt wurden. Hätte man damals Breschnews Vorschlag angenommen, auf die Aufstellung *weiterer* Raketen verzichtet und Verhandlungen über die bereits *vorhandenen* in Gang gebracht, dann gäbe es jetzt vielleicht schon erheblich weniger, jedenfalls nicht *mehr* sowjetische Mittelstreckenraketen in Europa. Da die NATO seither alle Vorschläge für ein Moratorium, ob von Schmidt im Frühjahr 1980 oder ob von Breschnew erneut im Februar 1981 vorgeschlagen, strikt abgelehnt hat, muß sie heute 250 SS-20 registrieren und, wenn sie nicht wenigstens jetzt, wo man mit Verhandlungen beginnt, ein Moratorium akzeptiert, könnte die Zahl der SS-20 rein rechnerisch leicht auf 400 oder mehr anwachsen, ehe die im NATO-Beschluß vorgesehene Stationierung der neuen US-Atomraketen beginnt.

Grandios, dieser Erfolg des „Doppelbeschlusses", der doch tiefe Zweifel daran aufkommen lassen muß, daß es der NATO wirklich um die Befreiung Westeuropas von der SS-20-Gefahr und nicht um etwas ganz anderes geht:

nämlich darum, einer widerstrebenden westeuropäischen Öffentlichkeit die Stationierung neuer US-Raketen, mit denen erstmals von deutschem Boden aus Moskau und der ganze sowjetische Westen atomar vernichtet werden könnten, und das praktisch ohne Vorwarnzeit, zu „verkaufen". Statt die potentielle Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen, mit der wir seit zwei Jahrzehnten leben und die in den 70er Jahren kein Hinderungsgrund für die Einleitung einer Politik der Entspannung zum beiderseitigen Nutzen war, zu verringern, hat die Bundesregierung mit ihrer Zustimmung zum „Nach"rüstungsbeschluß und der ungeprüfte Ablehnung aller sowjetischen Moratoriumsvorschläge a) bewirkt, daß heute weitaus mehr SS-20 existieren als 1979 und b), daß diese sowjetischen Raketen, die bisher weniger der Bundesrepublik als den in Frankreich, Großbritannien und auf amerikanischen U-Booten und Flugzeugträgern befindlichen, heute schon gegen die Sowjetunion gerichteten Mittelstreckenwaffen gelten, ab 1983 auch in der Bundesrepublik über 200 Ziele erster Ordnung vorfinden werden, sofern die „Nach"rüstung nicht gestoppt wird.

Seit einiger Zeit taucht das SS-20-Argument in der regierungsoffiziellen oder regierungsnahen Apologetik in einer zusätzlichen Variante auf: Seit dem Brüsseler Beschluß habe das Stationierungstempo der SS-20 erschreckend zugenommen. Die 1979 in Aussicht gestellte Möglichkeit, daß Verhandlungen die Aufstellung der neuen US-Atomraketen überflüssig machen könnten, sei *deshalb* kaum mehr realistisch. Manche sprechen ganz offen davon, daß die USA inzwischen noch weitaus mehr als 572 neue Mittelstreckenraketen in Westeuropa aufstellen möchten, und rechtfertigen diesen doppelten Bruch des ursprünglichen Beschlusses – nicht nur keine Verringerung durch Verhandlungen, sondern obendrein Überschreiten der festgesetzten Zahl – vorsorglich gleichfalls mit dem erschreckenden Tempo der SS-20-Stationierung.

Dazu ist *erstens* zu sagen, daß der NATO-Beschluß über 572 neue US-Raketen 1979 nicht mit der damaligen Anzahl von, wie es hieß, 120 SS-20-Raketen begründet wurde. Im Gegenteil: 1979 haben sowohl amerikanische als auch deutsche Regierungsvertreter noch von einem *vorhandenen* ungefähren Gleichgewicht gesprochen. Die 572 neuen US-Raketen wurden vielmehr mit der Aussicht gerechtfertigt, daß die SS-20 *zukünftig* zu einer Verschiebung des „eurostrategischen Gleichgewichts" führen könne.

Zweitens wäre einmal zu prüfen, ob die SS-20-Stationierung seit 1979 tatsächlich erschreckend beschleunigt worden ist. Nach den Angaben der NATO gab es im Herbst 1979 120 SS-20-Raketen, im Herbst 1981 250. Innerhalb von zwei Jahren hat die Sowjetunion also 130 neue SS-20-Raketen aufgestellt, das entspricht einer Jahresrate von 65 Stück. Sehen wir uns zum „Tempovergleich" die NATO-Planung an. Laut „stern", 9/1981 (Wolf Perdelwitz, Atomrampe Deutschland), sollen bis Mitte 1985 268 der neuen US-Atomraketen, darunter sämtliche 108 Pershing II, in Europa stationiert sein. Das entspricht, wenn die Stationierung wie angekündigt im Herbst 1983 beginnen würde, einer Jahresrate von über 130 Stück. Das vorgesehene NATO-Tempo wäre also doppelt so

schnell wie das der Sowjetunion nach 1979. Wird also Moskau nicht, wenn es soweit kommt, seinerseits von einem erschreckenden Tempo auf westlicher Seite sprechen können und noch vermehrt SS-20 oder andere Atomwaffen aufstellen? Wenn man in der Bundesregierung und in Brüssel nicht bald den Balken im eigenen Auge entdeckt, droht die fatale Spirale sich immer schneller zu drehen.

Einseitig?

Dem Krefelder Appell, im Grunde aber allen, die den „Nach"rüstungsbeschluß der NATO ablehnen, wird immer wieder die Behauptung entgegengehalten, eine solche Position sei einseitig. Bitteschön, könnten die „Nach"rüstungskritiker sagen: wir verlangen von Ost-Berlin das gleiche, was wir von Bonn verlangen und von Moskau das gleiche wie von Washington:

– Die *DDR* soll keine sowjetischen Atomraketen, die die USA erreichen können, auf ihrem Territorium zulassen – ebensowenig wie die Bundesrepublik amerikanische Atomraketen, die die Sowjetunion erreichen können, auf ihrem Gebiet zulassen darf (*das* sagt der Krefelder Appell).

– Die *Sowjetunion* soll keine Atomraketen, die Amerika erreichen können, auf dem amerikanischen Kontinent (z. B. auf Kuba) aufstellen – ebensowenig wie die USA Atomraketen, die die (europäische) Sowjetunion erreichen können, auf dem europäischen Kontinent aufstellen sollen.

Mißt man also beiden Seiten mit gleichem Maß, so zeigt sich: *Einseitig* gegen die Politik Bonns und Washingtons gerichtet erscheint die „Nach"rüstungskritik nur, insofern Bonn und vor allem Washington sich durch die geplante Neu-Stationierung von 572 US-Atomraketen in Westeuropa Vorteile verschaffen wollen, die allerdings einseitig wären. Denn was als gleichwertige Gegenforderung an die *andere Seite* (Moskau usw.) zu richten wäre, ist eben schon Wirklichkeit:

– Es gibt keine sowjetischen (oder sonstigen) Atomraketen, die die USA erreichen können, in der DDR; ebensowenig wie in Polen, der CSSR oder sonstwo in Europa außerhalb der Sowjetunion.

– Es gibt nicht einmal sowjetische *Mittelstrecken*raketen außerhalb der UdSSR. Die SS-20 stehen *ausschließlich* auf sowjetischem Boden (ebenso wie ihre Vorgänger, die SS-4 und SS-5) und sie können die *USA* nicht erreichen.

Folglich können die SS-20 nicht gegen Euro-*Strategische* Waffen wie die Pershing II oder die Cruise Missiles bzw. gegen den Verzicht auf diese amerikanischen Raketen aufgerechnet werden. Die Sowjetunion betrachtet, wie gesagt, ihre gegen Westeuropa gerichteten Mittelstreckenraketen als das sowjetische Gegenstück zu den in Westeuropa und den umliegenden Gewässern stationierten amerikanischen Mittelstreckenwaffen, den Forward-Based-Systems, sowie zu den englischen und französischen Mittelstreckenwaffen. Dem berechtigten Sicherheitsinteresse der Westeuropäer, keine sowjetischen Atomwaffen mehr auf sich gerichtet zu sehen, wird man also nach den

Maßstäben des gesunden Menschenverstandes nur näher kommen können, wenn die westliche Seite das ebenso berechtigte Interesse der Osteuropäer, einschließlich der Sowjetunion, in Rechnung stellt, keine amerikanischen bzw. NATO-Atomwaffen auf sich gerichtet zu sehen. Deshalb muß die westeuropäische Friedensbewegung Druck auf die USA (und gegenenfalls auf Frankreich und Großbritannien) ausüben, die bisher nicht bereit waren, ihre Forward-Based-Systems usw. zur Verhandlung zu stellen, während die Sowjetunion die Bereitschaft hat erkennen lassen, über ihre SS-20 zu verhandeln.

General Bastian hat auf dem Hamburger Ärztekongreß gegen Atomkriegsgefahr noch einmal in aller Deutlichkeit klargestellt: „. . . die ‚Nachrüstungs'-Waffen, wie sie bei uns stationiert werden sollen, sind ein Schritt zum Unterlaufen des Abschreckungsmechanismus. Ein Schritt, um dem Westen einseitige Vorteile zu verschaffen, die den Nuklearkrieg in Europa möglich machen." (Zit. nach dem durchgesehenen Manuskript des Hamburger Referats vom 19. 9. 1981)

Glaubwürdigkeit

In den Rechtfertigungsmustern der „Nach"rüster spielt das Stichwort „Glaubwürdigkeit" eine große Rolle. Gemeint ist die „Glaubwürdigkeit" der Abschreckung. (Manchmal fällt es dabei allerdings schwer herauszufinden, ob dabei wirklich Moskau die Adresse ist, oder ob es eher um die Rettung des weithin erschütterten Kinderglaubens an eine „Schutzmacht"-Rolle der USA geht.) Genscher und Schmidt scheinen noch immer nicht zu bemerken, daß die Doppelbödigkeit ihrer „Doppelbeschluß"-Manöver vor allem Glaubwürdigkeit *zerstört,* nämlich die eigene, die Glaubwürdigkeit einer „sozial-liberalen" Politik, die nicht mehr als Friedens- und Entspannungspolitik zu identifizieren ist. Die gegenwärtige Krise in und zwischen den Regierungsparteien sowie das bei den Regierungspartnern *sowohl* im Westen *als auch* im Osten wachsende Mißtrauen gegenüber der Bonner Politik zeigt, daß dieser Glaubwürdigkeitsverlust nach allen Seiten hin eintritt.

Wachsende Teile der Bevölkerung und damit zunehmend auch Teile der Koalitionsparteien glauben nicht mehr daran, daß Etikett und Inhalt des „Doppelbeschlusses" übereinstimmen. Daß Schmidt und Genscher das rasche Anwachsen der Friedensbewegung als Bedrohung und Kampfansage aufnehmen, erhöht die Glaubwürdigkeit ihrer friedenspolitischen Deklamationen nicht sonderlich und beraubt die Bundesregierung stattdessen der Chance, neuen Rückhalt für eine glaubwürdige Politik nationaler Selbstbehauptung gegen amerikanische Aufrüstungspressionen und für den Versuch mäßigender Einwirkung auf Reagan und seine Berater zu finden.

Internationalisierung der Friedensbewegung

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik hat also noch viel vor sich – aber sie steht nicht allein. Schon die Beteiligung niederländischer Friedens-

organisationen an der Vorbereitung der großen Bonner Demonstration vom 10. Oktober 1981 hat augenscheinlich werden lassen, daß es gute Voraussetzungen für eine Internationalisierung der Friedensbewegung gibt, wobei die einzelnen Länder und Regionen sich gegenseitig verstärken und anspornen können. Zwischen den „Stationierungsländern" als Erst- und Hauptbetroffenen gibt es gute Ansätze zur Zusammenarbeit der „Nach"rüstungskritiker, die in den Niederlanden und mit Einschränkungen auch in Belgien ja bereits parlamentarische Mehrheiten mit entsprechenden Rückwirkungen auch auf die Regierungspolitik in Bonn mobilisieren können. Ein Wechselverhältnis, das zum gegenseitigen Nutzen noch erheblich ausgeweitet werden kann, besteht auch zwischen der Bewegung zur Verhinderung der „Nach"rüstung in Mitteleuropa und den Bestrebungen der Skandinavier für eine atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa, aber auch den Labour- und Gewerkschaftsinitiativen/beschlüssen für einseitige atomare Abrüstung in Großbritannien. Wenn z.B. zahlreiche britische Städte und Gemeinden heute Beschlüsse fassen, die ihr Gebiet zur atomwaffenfreien Zone erklären, innerhalb derer sie z. B. keine Stationierung von Cruise Missiles zulassen wollen, dann verdient dies Beispiel die Aufmerksamkeit der Städte und kommunalen Initiativen in der Bundesrepublik, insbesondere überall dort, wo es Partnerschaften mit britischen Kommunen gibt. Schließlich zeigen sich auch in den USA selbst ermutigende Ansätze für eine Gegenbewegung gegen Reagans Superrüstung und ihre bereits spürbar werdenden sozialen Folgen. Die Zusammenarbeit zwischen europäischen und amerikanischen Friedensbewegungen beweist, wie unsinnig der Vorwurf des „Antiamerikanismus" ist, mit dem man die „Nach"rüstungskritiker mundtot zu machen versucht.

Angesichts des wenig ermutigenden Zustandes der offiziellen Beziehungen zwischen Washington und Moskau und der immer noch verfahrenen Verhandlungssituation gewinnt die Einhelligkeit, mit der die neue Friedensbewegung eine „Nach"rüstung ablehnt, ebenso wie ihre grundsätzlichere Abschreckungskritik und ihr Bemühen, Alternativen zu einem immer fragwürdiger werdenden „Gleichgewicht des Schreckens" zu entwickeln und in die Politik einzubringen, besonderes Gewicht. Der geistigen Erstarrung der amtlichen Sicherheitspolitik muß mit großen Anstrengungen der Vernunft und der Phantasie entgegengearbeitet werden; eine Sicherheitspolitik, die diesen Namen verdient, setzt eine breite demokratische Grundsatzdebatte voraus, wie sie gegenwärtig in der Bundesrepublik in Gang kommt. Nur auf diesem Wege kann die Blockade, die Abrüstung bisher verhindert, durchbrochen werden. Für unser Land, heute der größte Atomwaffenlagerplatz der Welt, ist und bleibt das eine Frage des Überlebens.

Bedingt verhandlungsfähig

Zur Kritik der geltenden NATO-Atomstrategie

Von Generalmajor a.D. Michiel Herman von Meyenfeldt

General von Meyenfeldt, bis zu seiner Pensionierung im vorigen Jahr Chef der Königlich-Niederländischen Militärakademie, gehört zu den militärischen – also durchaus immanent urteilenden – Kritikern der „Nach"rüstung, die international Beachtung gefunden haben. (Siehe auch das Buch „Generale für den Frieden", Köln 1981). In seinem nachstehenden „Blätter"-Beitrag untersucht von Meyenfeldt die geltende NATO-Strategie der „flexible response", in der er eines der größten Hindernisse auf dem Weg zu wirksamen Abrüstungsgesprächen sieht. Folgerichtig plädiert der General für eine Revision dieser Strategie und für entsprechende westeuropäisch-amerikanische Gespräche, möglichst noch im Vorfeld der angekündigten Genfer Verhandlungen zwischen Washington und Moskau. D. Red.

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat vor einigen Wochen in einem Brief an Bundeskanzler Helmut Schmidt beteuert, daß er mit Moskau über die Möglichkeiten, das Wettrüsten auf dem Gebiet der atomaren Mittelstreckenwaffen (der sogenannten eurostrategischen Waffen) in Europa zu begrenzen, sprechen wolle. Inzwischen ist bekannt geworden, daß die Verhandlungen am 30. November 1981 aufgenommen werden sollen.

Kein geeignetes internationales politisches Klima

Daß das Gespräch zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Begrenzung der Rüstungsanstrengungen wieder in Gang kommt, muß natürlich positiv eingeschätzt werden. Meine Erwartungen bezüglich der Ergebnisse dieses Gesprächs sind allerdings nicht hoch gespannt. Ein Grund dafür ist, daß das internationale politische Klima es derzeit nahezu unmöglich macht, bedrohliche Entwicklungen auf dem Gebiet der Rüstung in vertretbarere Bahnen zu lenken. Die internationale Politik der Vereinigten Staaten ist gegenwärtig auf die Mobilisierung der Kräfte rings um Rußland – beispielsweise in Westeuropa, Ostasien und im Mittleren Osten – gegen eine mögliche Expansion des russischen Einflusses in diesen Gebieten und anderswo gerichtet. Für diese Politik hat die Ausweitung der militärischen Macht Amerikas und seiner Bundesgenossen die oberste Priorität; Rüstungskontrolle ist dem Streben nach Macht und der Sorge um die eigene Sicherheit untergeordnet worden.

Rußland befindet sich militärstrategisch in einer verwundbaren Position, und es steht vor erheblichen inneren Problemen, wie z. B. der Verletzlichkeit der Kommunikations- und Nachschubwege seiner Truppen in Osteuropa (Polen). Es betrachtet die Aufrechterhaltung einer hinreichenden Militärmacht als essentielle Voraussetzung dafür, die Entwicklungen in den Randgebieten unter Kontrolle behalten zu können.

Ein ungünstiger Faktor ist in diesem Zusammenhang, daß der Westen mit Rußland nur aus einer Position der Stärke heraus verhandeln will. Die Worte, die der britische Kriegspremier Sir Winston Churchill in seiner Rede in Fulton (Mai 1946) sprach, sind immer noch weitgehend gültig für die Haltung des Westens gegenüber seinem Hauptrivalen: „Was ich bei unseren russischen Verbündeten und Freunden während des Krieges gesehen habe, bringt mich zu der Überzeugung, daß sie nichts mehr bewundern als Macht. Es gibt nichts, wovor sie weniger Respekt haben als vor Schwäche, insbesondere vor militärischer Schwäche."

Sachverständige von der Akademie der Wissenschaften in Moskau, mit denen ich kürzlich sprach, wiesen diese These entschieden zurück. Sie erinnerten mich an eine Äußerung des russischen Außenministers vom 21. Dezember 1979: „Wenn irgend jemand immer noch ernsthaft darauf hofft, mit der Sowjetunion von einer Position der Stärke aus verhandeln zu können, so möge er diese nichtigen Hoffnungen aufgeben. Wir werden nie in so etwas einwilligen, und wir werden nicht zulassen, daß man in einer solchen Sprache mit unserem Land spricht. Ebenso wenig können wir natürlich zulassen, daß der NATO-Block Positionen militärischer Überlegenheit für sich selbst schafft." Rußland läßt sich nicht durch militärische Schritte dazu zwingen, am Verhandlungstisch Platz zu nehmen und den Wünschen des Westens entgegenzukommen. Es will als ein normaler Gesprächspartner akzeptiert und behandelt werden.

Der eingeschränkte Spielraum der NATO

Ein anderer Grund für meine gedämpften Erwartungen hinsichtlich der Ergebnisse der angekündigten Verhandlungen über die Begrenzung der eurostrategischen Waffensysteme hängt mit den Unterschieden zwischen Ost und West auf militärstrategischem Gebiet zusammen. Ich denke beispielsweise an die strategische Lage der beiden Blöcke und die Auffassungen von der Funktion und dem Gebrauch militärischer Mittel, insbesondere von Atomwaffen. Diese Unterschiede bilden in der Praxis zweifellos ein ernstes Hemmnis, wenn es darum geht, in Teilbereichen der Atomrüstung Einigung zu erzielen.

Wer die Entwicklungen auf militärischem Gebiet im Westen und insbesondere innerhalb der NATO verfolgt, kann zu keiner anderen Schlußfolgerung kommen, als daß das Bündnis die Atomtechnologie definitiv als Mittel für militärische Zwecke akzeptiert hat. Der Beschluß Präsident Reagans, die Produktion der Neutronenbombe aufzunehmen, hat dies noch einmal deutlich unterstrichen. Andere Signale für die zunehmende Vermengung der konven-

tionellen und der atomaren Militärtechnologie sind die Pläne zur Verbesserung der Treffsicherheit atomarer Waffensysteme (Pershing-II-Raketen: CEP 37 m), für die Lenkbarkeit von Atomsprengköpfen und für die Erhöhung der Geschwindigkeit, mit der atomare Zerstörungskraft ins Ziel transportiert werden kann. Die Atomwaffen werden immer stärker auf die Aufgabe ausgerichtet, militärische Ziele anzugreifen und auszuschalten.

Die Betonung der atomaren Technologie ist eine Folgeerscheinung einerseits der Ausweitung der militärischen Verpflichtungen, andererseits der Probleme, die der Westen mit der Aufrechterhaltung zureichender konventioneller Militäranstrengungen hat. Die amerikanische Regierung beschloß unlängst, daß die Vereinigten Staaten in der Lage sein müssen, zwei Kriege gleichzeitig zu führen, statt anderthalb Kriegen, wie bisher vorgesehen. Diese Neuorientierung führt zu einer Vergrößerung des militärischen Aufgabenpakets, nicht allein für Amerika, sondern auch für die europäischen Verbündeten, beispielsweise im Zusammenhang mit der Verteidigung der westlichen Interessen im Gebiet des Persischen Golfs und mit der Sicherung der Nachschublinien im Atlantischen Ozean.

Die Frage ist, ob Amerika und Europa die konventionellen militärischen Mittel aufbringen können, um diese Ausweitung des Aufgabenpakets zu realisieren. Amerika steht auf militärischem Gebiet vor großen Personalproblemen, und Europa ist nicht einmal bereit oder in der Lage, die finanziellen Opfer zu bringen, die erforderlich sind, um die heutigen Verpflichtungen zu erfüllen. Lediglich Norwegen hält sich an die Absprache über die jährliche Erhöhung der Verteidigungshaushalte um real 3%. Die Atomtechnologie bietet Möglichkeiten, auf relativ billige und wenig arbeitsintensive Weise den alliierten Bedarf an Gefechtskraft zu decken. Der Besitz von Kernwaffen hat auch anziehende Seiten.

Die NATO-Strategie, ein hemmender Faktor

Die Möglichkeiten der NATO, die Rolle der Kernwaffen in ihrer politischen und militärischen Strategie zurückzudrängen und am Verhandlungstisch zur Erreichung konkreter Resultate mitzuarbeiten, werden nicht nur durch das Zurückbleiben hinter dem Bedarf auf konventionellem Gebiet, sondern auch durch die geltende Strategie der flexiblen Erwiderung (flexible response) eingeschränkt. Diese Strategie sieht für den Fall einer Aggression gegen eines der NATO-Länder Gegenmaßnahmen vor, die dem Ausmaß der Aggression entsprechend abgestuft werden sollen; der Angreifer bleibt aber im ungewissen über die genaue Art und den Umfang der Gegenmaßnahmen, ebenso über Ort und Zeitpunkt ihrer Anwendung.

Die Absicht der NATO-Strategie ist einerseits, den potentiellen Gegner vom Gebrauch militärischer Gewalt gegen einen der Bündnispartner abzuschrekken, andererseits den Gegner im Falle eines möglichen Konflikts dazu zu zwingen, diesen auf einem möglichst niedrigen Niveau der Gewaltanwendung zu beenden. Wenn dies erreicht werden soll, muß der Gegner im unge-

wissen u. a. über den Zeitpunkt bleiben, zu dem die NATO – notfalls als erste – Atomwaffen einsetzt und die Atomschwelle überschreitet. Wichtige Elemente dieser Strategie sind:

– die Abschreckung des Gegners u. a. durch die Androhung eines auf Europa begrenzten Kernwaffenkonflikts;
– die Bereitschaft, als erster Kernwaffen einzusetzen;
– der Glaube an die Möglichkeit, daß man in einer Konfliktsituation die Kontrolle über den Einsatz atomarer Kampfmittel aufrecht erhalten kann.

Die Strategie der flexiblen Erwiderung zwingt die NATO zur Aufrechterhaltung einer äußerst flexiblen Abschreckungsmacht, die sich aus konventionellen militärischen Mitteln, strategischen und taktischen Kernwaffensystemen zusammensetzt, sowie zu einer permanenten Verbesserung der Flexibilität durch die Anwendung neuer Möglichkeiten, die die Technologie bereitstellt. Die Philosophie der Konfliktbeherrschung (Beherrschung und stufenweise Steigerung der Gewalt), die dieser Strategie zugrunde liegt, erfordert obendrein eine Überlegenheit gegenüber dem Gegner, jedenfalls auf dem Gebiet der Atomwaffen.

Innerhalb der NATO gehen die Meinungen darüber, wie groß der Bedarf an den verschiedenen Kernwaffensystemen jeweils ist, um die gültige Strategie verwirklichen zu können, weit auseinander. Auf zwei dieser Auffassungen möchte ich näher eingehen.

Die erste Auffassung geht davon aus, daß die NATO zumindest Parität, vorzugsweise aber die Überlegenheit auf jedem Teilgebiet der Atomrüstung besitzen muß, also auch auf dem Gebiet der sogenannten eurostrategischen Waffen. Eine Überlegenheit im Bereich dieser Waffensysteme gilt vor allem deshalb als erforderlich, um im konkreten Fall den Einsatz der verwundbar gewordenen amerikanischen strategischen Systeme so lange wie möglich hinauszögern zu können. Der amerikanische Präsident – so meint man – wird sich leichter dazu entschließen, die Atomkriegsschwelle zu überschreiten, sofern ein eventueller Konflikt zwischen Ost und West mit den in Europa stationierten Atomwaffen gelöst werden kann. Diese Auffassung wird von zwei Überlegungen „gestützt":

– Der amerikanische Präsident ist nicht bereit, die europäische Sicherheit ausschließlich mittels der amerikanischen strategischen Atommacht zu garantieren.
– Die politischen und militärischen Führer der Sowjetunion werden ihre Reaktion auf einen eventuellen Atomwaffenangriff aus dem Westen ausschließlich gegen jenes Gebiet richten, aus dem heraus der Angriff unternommen wurde.

Die Vertreter dieser Auffassung halten den Rückstand der NATO auf dem Gebiet der Mittelstreckenwaffen – den einige von ihnen auf 4 : 1 schätzen – für absolut unannehmbar. Die Einführung neuer Kernwaffensysteme in Europa betrachten sie als einen vertretbaren Versuch, diesen Rückstand soweit wie

möglich zu verringern. Verhandlungen mit der Sowjetunion können demzufolge nur ein Ziel haben: diesen Rückstand weiter zu verkleinern und die russischen Rüstungsanstrengungen zu verringern.

Die zweite Auffassung geht dahin, daß die NATO ihrer Aufgabe gerecht werden kann, so lange die atomare Gesamtkapazität, über die der Pakt verfügt, ausreicht, um den Warschauer Pakt von einem Angriff auf den Westen abzuhalten. Die Funktion der eurostrategischen Waffen im Rahmen des Abschreckungssystems ist für sie primär in der Koppelung zwischen den Gefechtsfeldwaffen und den interkontinentalen strategischen Atomwaffensystemen zu sehen. Diese Verbindung muß ausreichend stark sein, um im Kriegsfall zu große Sprünge im Prozeß der Steigerung der Gewalt vermeiden zu können. Eine zu starke Betonung dieser Waffen jedoch kann die Verbindung mit den strategischen Systemen unterbrechen und der Vorstellung Nahrung geben, daß ein Kernwaffenkrieg auf Westeuropa begrenzbar sei. Dieser Auffassung zufolge ist – so lange das atomare Gesamtpotential auf einem vertretbaren Niveau gehalten wird – ein Rückstand auf Teilgebieten der Atomrüstung gegenüber dem Warschauer Pakt hinnehmbar.

Der Beschluß der NATO vom Dezember 1979 über die Modernisierung der Atomrüstung ist mit beiden Auffassungen zu vereinbaren. Neue Technologien, die die Flexibilität des Abschreckungssystems erhöhen und die Zahl der Entscheidungsmöglichkeiten für die politischen und militärischen Führer des Westens vergrößern, müssen angewendet werden. Die Pershing-II-Rakete und die Tomahawk-Marschflugkörper verschaffen der NATO Optionen, über die das Bündnis gegenwärtig noch nicht verfügt. Im Jahre 1985 wird die NATO in der Lage sein, mit relativ wenig verwundbaren Systemen und in sehr kurzer Frist mit großer Präzision militärische Ziele bis tief in die Sowjetunion hinein anzugreifen. Das bedeutet nun aber, daß es bei den Verhandlungen mit Rußland über die Begrenzung der Mittelstreckenraketen *nicht* darum gehen wird, über die *Nicht*-Stationierung der neuen Raketen in West- und Südeuropa zu sprechen (die sogenannte Nulloption). Über die Anzahl der zu stationierenden Systeme kann möglicherweise verhandelt werden. Ich erwarte, daß einige europäische Mitglieder der NATO bereit sind, in dieser Hinsicht Wasser in den Wein zu gießen. Daß die Amerikaner, die mit ihrer heutigen Position gegenüber der Sowjetunion unzufrieden sind, sonderlich bereitwillig sein werden, die Anzahl der in Europa zu stationierenden neuen Atomwaffensysteme zu verringern, ist äußerst unwahrscheinlich.

Die NATO-Strategie der „flexible response" ist also eines der größten Hindernisse, das einem aktiven Beitrag des Westens zur Abwendung bedrohlicher Entwicklungen auf dem Gebiet der Atomrüstung im Wege steht. So lange die NATO sich von dieser Strategie abhängig macht, kann sie auf Systeme wie die Pershing-II-Raketen nicht verzichten, hat sie also am Verhandlungstisch nur die Möglichkeit, über die Begrenzung der Anzahl der Raketen, die aufgestellt werden sollen, zu sprechen. Deshalb ist eine Revision der NATO-Strategie der „flexible response" erforderlich. Es können auch noch andere Gründe

für die Notwendigkeit einer solchen Revision angeführt werden. Ich denke beispielsweise an die abnehmende militärische und politische Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie im Gefolge der nuklearen Entwicklungen innerhalb des Warschauer Paktes, an die wachsenden Zweifel an der Möglichkeit, einen Atomkrieg unter Kontrolle zu halten, und an der militärischen Anwendbarkeit atomarer Kampfmittel. Werden die politisch Verantwortlichen jemals ihre Zustimmung zum Einsatz von Atomwaffen gegen Ziele in der Bundesrepublik oder in der Deutschen Demokratischen Republik geben?

Angesichts dieser Probleme scheint mir ein internes Gespräch (Europa–Amerika) über eine verantwortlichere Politik der Vorbeugung, Beherrschung und Lösung von Konflikten in Europa erforderlich, bevor Amerika mit Rußland über die Begrenzung von Mittelstreckenwaffen in Europa zu verhandeln beginnt; ein Gespräch über eine neue Strategie, die uns weniger abhängig von Atomwaffen macht und uns größere Möglichkeiten bietet, das Wettrüsten unter Kontrolle zu bringen, Möglichkeiten zur Verringerung und schließlichen Verbannung atomarer Waffen auf dem Gebiet Europas.

Rußland ist zu stark bedroht

Die Entwicklungen auf dem Gebiet der Mittelstreckenwaffen stellen die Sowjetunion vor andere Probleme als den Westen. Die NATO strebt für sich günstigere Kräfteverhältnisse an. Rußland dagegen findet es unannehmbar, sich durch militärische Entwicklungen in den anliegenden Gebieten in eine stärker bedrohte strategische Position als Amerika versetzen zu lassen. Es muß nicht allein mit der amerikanischen strategischen Atommacht rechnen, sondern auch mit den Atomstreitkräften der NATO, Englands, Frankreichs und Chinas. Weil es eine gleichgewichtigere Position Amerika gegenüber anstrebt, läßt es sich nicht in Verhandlungen über Rüstungskontrolle und über vertrauensbildende Maßnahmen auf militärischem Gebiet verwickeln, die die an Rußland angrenzenden Gebiete auf eine Stufe mit (Teilen von) Rußland stellen und Amerika ausklammern. Dies trägt zur Erklärung der russischen Haltung gegenüber Gesprächen über kernwaffenfreie Zonen in Nordeuropa sowie auf der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid bei.

Das Verhältnis zu den angrenzenden Gebieten

Rußland verfolgt naturgemäß Entwicklungen in den angrenzenden Gebieten, die seine militärische Bedrohtheit verstärken, mit großer Aufmerksamkeit.

Hinsichtlich dieser Gebiete hat die politische und militärische Führung u. a. folgende Ziele:

– den amerikanischen Einfluß zu parieren und zurückzudrängen;
– einer Aggression vorzubeugen; und falls dies nicht gelingt,
– einen militärischen Konflikt mit Erfolg beenden und den Schaden für das eigene Land und Volk begrenzen zu können.

Um diese Ziele realisieren zu können, unterhält die Sowjetunion Streitkräfte, die mit konventionellen und atomaren Waffen ausgerüstet und imstande sind, in einem Konflikt frühzeitig ein Maximum der sie gefährdenden gegnerischen Ziele (Atomwaffen, Kommunikationszentren, Flugplätze usw.) auszuschalten und die Kämpfe so schnell wie möglich auf das Gebiet des Gegners zu verlagern. Die defensive militärstrategische Haltung schließt daher überraschende und offensive Aktionen nicht aus.

Die Strategie der NATO und namentlich die westlichen Auffassungen über einen kontrollierten Einsatz von Atomwaffen sind in russischen Augen unglaubwürdig. Die russische Reaktion auf einen Atomangriff von westeuropäischem Gebiet aus kann sich auch gegen das amerikanische Territorium richten. Der Einsatz von Kernwaffen ist nicht unter Kontrolle zu halten und wird zu einem totalen Krieg führen. Die wichtigste Aufgabe der Gegenwart – so meint man in Moskau – ist deshalb: einem derartigen Krieg vorzubeugen und den Westen vom Ersteinsatz von Kernwaffen abzuhalten.

Die russischen Sorgen über die militärischen Entwicklungen in den angrenzenden Gebieten und über die Verwundbarkeit der eigenen Position sind groß. Der Wunsch, zu verhüten, daß die Dinge außer Kontrolle geraten, macht das Streben nach einer militärischen Überlegenheit gegenüber jenen Gebieten, von denen aus Rußland am stärksten bedroht ist, begreiflich. Diese Überlegenheit ist vor allem dazu erforderlich, die Entwicklungen in Amerika und seine Politik zu beeinflussen, sei es auch auf *indirektem* Wege.

Die Aufstellung der SS-20-Raketen, als Ersatz der veralteten SS-4- und SS-5-Waffensysteme, steht mit dieser Haltung in völligem Einklang. Es handelt sich um das Gegenstück zu den mobilen Kernwaffensystemen (Flugzeuge, Raketen, Unterseeboote), über welche die NATO verfügt. Die Ablösung der SS-4- und SS-5- durch die SS-20-Raketen hat übrigens die quantitativen Kräfteverhältnisse auf dem Gebiet der eurostrategischen Kernwaffensysteme nicht wesentlich verändert. Die SS-20 gibt der Sowjetunion zwar bessere Möglichkeiten, militärische Ziele beispielsweise in Westeuropa zu bekämpfen. Diese Systeme haben aber lediglich eine regionale Bedeutung.

Rußland am Verhandlungstisch

In Moskau hat man sich äußerst besorgt über den Beschluß der NATO vom Dezember 1979 gezeigt. Man kann darin nichts anderes erkennen als eine Äußerung des amerikanischen Strebens danach:

- die SALT-Verträge zu umgehen;
- sein strategisches Atomwaffenpotential weiter auszubreiten;
- die Bedrohung der Sowjetunion von europäischem Territorium aus zu vergrößern.

Die Pershing-II-Raketen und die Tomahawk-Marschflugkörper sind Waffensysteme von strategischer (globaler) Bedeutung. Sie beeinflussen *unmittelbar*

den Machtkampf zwischen Amerika und Rußland. Diese Waffensysteme können bei Verhandlungen nicht der SS-20 gegenübergestellt werden.

Die Haltung Rußlands am Verhandlungstisch erscheint mir deutlich. Vorrang hat zweifellos das Bemühen, der Stationierung von neuen Raketen, die das Territorium der Sowjetunion bedrohen, in Westeuropa vorzubeugen. Rußland wird sicherlich Verständnis für das Bestreben der NATO aufbringen, ihr atomares Potential zu modernisieren. Aber dieser Modernisierungsprozeß muß sich in einer Weise vollziehen, daß die Bedrohung der Sowjetunion nicht größer wird. Daß Rußland bereit ist, über die SS-20 zu sprechen, ist mittlerweile klar geworden. Ob ein solches Gespräch jedoch zu Ergebnissen führen wird, hängt mit davon ab, ob der Westen Verständnis für die schwierige strategische Position Rußlands sowie für die unterschiedliche strategische Bedeutung der verschiedenen Waffensysteme aufbringt, die wir bequemlichkeitshalber unter der Kategorie eurostrategischer Waffen zusammenfassen. Westeuropa muß meines Erachtens auch lernen, hinzunehmen, daß der Ost-West-Konflikt primär ein Konflikt zwischen Amerika und Rußland ist und daß es, wenn es sich als Plattform für amerikanische Atomwaffen, die die Sowjetunion bedrohen, hergibt und wenn es bereit ist, als erste Seite Kernwaffen einzusetzen, eine kraftvolle militärische Gegenreaktion der Russen herausfordert. Wenn wir unsere Haltung nicht ändern und Verhandlungen über die Begrenzung der Mittelstreckenwaffen ergebnislos bleiben, dann wird Rußland sich zu einer Reaktion gezwungen sehen, die sich gegen Amerika und gegen die Länder richten wird, die die neuen Waffen aufstellen. Diese Reaktion kann u. a. folgendes beinhalten:

– eine Verstärkung des Einflusses in den an Amerika angrenzenden Gebieten;
– die Außerkraftsetzung der SALT-Vereinbarungen und eine Vergrößerung des strategischen Atomwaffenpotentials;
– die Aufstellung weiterer SS-20-Raketen (über die „geplante" Anzahl hinaus).

Ich bin, um das abschließend festzustellen, der Auffassung, daß Rußland aufrichtig wünscht, einen Krieg zu verhüten und das Wettrüsten abzubauen. Diesen Wunsch kann es aber nicht allein verwirklichen. Ausschlaggebend für die künftige Entwicklung ist auch das Verhalten des Westens und die Bereitschaft, Rußland als Gesprächspartner ernstzunehmen. Von dieser Bereitschaft spüre ich noch sehr wenig. Deshalb glaube ich nicht an positive Ergebnisse der bevorstehenden Verhandlungen.

Aspekte der Risikopolitik

Zur Ideologie der „Nachrüstung" und ihren Paradoxien

Von Erwin Müller

„Risikopolitik" – auf diesen unterkühlt-polemischen Begriff bringt Erwin Müller vom IFSH, dem von Graf Baudissin geleiteten Hamburger Friedensforschungsinstitut, die Summe beunruhigender „Aspekte", die seine brillante Auseinandersetzung mit den immanenten Widersprüchen und Paradoxien der „Nachrüstungs-Ideologie zutagefördert; „Aspekte der Friedenspolitik" hat bekanntlich die Bundesregierung in aller Bescheidenheit eine Rechtfertigungsbroschüre betitelt (vgl. dazu auch die „Notwendigen Anmerkungen ..." von Generalmajor a. D. Gert Bastian im Septemberheft der „Blätter"), deren Argumentationsmuster Müller seiner Untersuchung zugrundelegt. Einer – dem eigenen Anspruch nach – „Sicherheitspolitik" oder gar „Friedenspolitik" stellt die Charakterisierung als „Risikopolitik", wie wir meinen, ein vernichtendes, zu grundsätzlichem Überdenken zwingendes Urteil aus. D. Red.

Die Bundesregierung tut sich bekanntlich schwer mit der öffentlichen Legitimation des sogenannten Nachrüstungsbeschlusses vom Dezember 1979. Ihr jüngster Rechtfertigungsversuch in Gestalt einer Broschüre des Presse- und Informationsamtes trägt den anspruchsvollen Titel „Aspekte der Friedenspolitik. Argumente zum Doppelbeschluß des Nordatlantischen Bündnisses". Die Publikation faßt die bislang von amtlicher Seite in dieser Sache vorgebrachten Argumente zusammen und verknüpft sie mittels einer eigenwilligen Logik zu dem Schluß, der Brüsseler NATO-Beschluß sei „zwingend"[1]) gewesen. Da die Analyse des Textes Einsichten in die Strukturen der generellen und spezifischen Legitimation von Rüstungsdynamik wie in die exzentrische Logik unserer Sicherheitspolitik erlaubt, sei ihm die angemessene Aufmerksamkeit gewidmet.

Die Broschüre läßt sich zunächst die Einstimmung des Lesers auf die allgemeine Bedrohungslage angelegen sein. Als Auslöser euronuklearer wie strategischer Rüstungsdynamik gilt ihr ausschließlich die Sowjetunion. Jede Mitwirkung des westlichen Lagers weist sie entschieden zurück. Die eigene Sicherheitspolitik wird vielmehr als rein reaktiv, zurückhaltend und in sich schlüssig interpretiert. Wir begegnen damit aufs neue jenem vielfach beschriebenen und analysierten Vorurteilssyndrom der negativen Fremdstereotypen und der positiven Eigensicht, dem die politischen Eliten der WVO-Staa-

1) Aspekte der Friedenspolitik. Argumente zum Doppelbeschluß des Nordatlantischen Bündnisses. Eine Veröffentlichung der Bundesregierung, hrsg. v. Bundespresse- und Informationsamt, Bonn Juni 1981, S. 58. Die Broschüre versucht die „Einwände" der Kritiker des Brüsseler NATO-Beschlusses zu widerlegen. Schon die Tatsache, daß dies in ihrem Eigenverständnis in so gut wie allen Fällen gelingt, gibt zu denken: Diesen Grad der Perfektion kann *Politik* nicht erreichen.

ten allerdings in entsprechender Weise huldigen. Schon die Behauptung, die NATO sei *„ein Zusammenschluß freiheitlicher, durch die gleichen Wertvorstellungen verbundener Demokratien"*[2]), ist angesichts der Lage in der Türkei zumindest gewagt. Sodann wird uns mitgeteilt: *„Die NATO hat nicht mit nuklearen Waffen ‚aufgerüstet'. Die USA haben die Zahl ihrer nuklearen Waffensysteme seit 1967 nicht vermehrt (wohl die Zahl der Gefechtsköpfe)."*[3]) In früheren Jahren – Beleg: diverse Verteidigungsweißbücher der Bundesregierung[4]) – wäre die eingeklammerte Bemerkung wahrscheinlich entfallen. Seit aber öffentlich die Erkenntnis Raum greift, daß sich die Zerstörungskapazität eines Waffenarsenals nicht an der Zahl der Trägersysteme, sondern am Bestand an Atomsprengköpfen mißt, fällt das flinke Argumentieren schwerer.

In der Tat haben die USA ihre strategischen Trägerwaffen in den 70er Jahren numerisch reduziert, dafür aber die Zahl der unabhängig zielbaren Nuklearladungen drastisch erhöht: 1967 verfügten sie über 1710 Sprengköpfe auf strategischen Raketensystemen, 1979 über 7274. Die Zahl der einschließlich der Atombomben auf Interkontinentalbombern zur Verfügung stehenden strategischen Sprengköpfe wuchs von ca. 4000 (1970) auf über 10 000 an[5]). Natürlich hielt sich auch die UdSSR rüstungspolitisch nicht zurück. Der Vorwurf jedoch, sie allein habe in den letzten Jahren auf Teufel-komm-raus gerüstet, spricht den Tatsachen Hohn. Der Versuch der Broschüre, einen sowjetischen Rüstungsvorsprung nachzuweisen, muß daher auch kläglich scheitern, zumal die angewandte Methode allzu durchschaubar ist: Der Anteil der Rüstungsausgaben am Bruttosozialprodukt – so steht geschrieben – liegt auf sowjetischer Seite bei 12–15%, wogegen die Vereinigten Staaten nur knapp 6% ihres BSP zu militärischen Zwecken verausgaben[6]). Schnurstracks wird aus diesen Daten abgeleitet, daß der Warschauer Pakt „deshalb" sowohl im konventionellen als auch in einigen nuklearen Bereichen nicht nur den USA, sondern gar der ganzen NATO überlegen sei[7]). Nun weiß aber jeder Pennäler, daß das Bruttosozialprodukt der USA gut doppelt so hoch ist wie das BSP der UdSSR. Wenn also die Sowjetunion vergleichsweise den doppelten BSP-Anteil für Rüstung ausgibt, muß sich der absolute Rüstungsaufwand beider Seiten ziemlich exakt entsprechen. Der Bundesregierung sollte zudem bekannt sein, daß die USA und die Sowjetunion Angehörige von Militärbündnissen sind, isolierte Vergleiche zwischen den Supermächten mithin die militärischen Leistungen ihrer Verbündeten ausblenden. Da die NATO-Partner der Vereinigten Staaten ungefähr sechsmal mehr für militärische Zwecke aufwenden als die Verbündeten der Sowjetunion, läßt sich selbst unter den obigen (im übri-

2) Aspekte der Friedenspolitik, S. 7.
3) Aspekte der Friedenspolitik, S. 34.
4) Siehe z. B. Verteidigungsweißbuch der Bundesregierung 1971/72, S. 13f., und Verteidigungsweißbuch 1973/74, S. 11, wo immerhin in einer Fußnote darauf hingewiesen wird, daß die USA über Mehrfachgefechtsköpfe verfügen. Die jeweils dargebotenen Kräftevergleichstabellen berücksichtigen gleichwohl nur die nuklearen Trägersysteme.
5) Siehe SIPRI-Yearbook 1974, S. 106. Yearbook 1976, S. 138f. Yearbook 1979, S. 422f., u. Yearbook 1980, S. XXVIII.
6) Aspekte der Friedenspolitik, S. 32.
7) Ebd.

gen zweifelhaften) Prämissen ein westlicher Vorsprung beim Rüstungsaufwand feststellen[8]).

Als zweifelhaft sind die amtlichen Angaben ihrer Herkunft und Entstehung wegen einzustufen, die wir im Zusammenhang mit einer anderen Behauptung der Broschüre näher betrachten können: *„Zwischen 1970 und 1979 . . . hat die Sowjetunion in einem bisher nie gekannten Maß aufgerüstet und über 450 Milliarden US-Dollar – und damit fast 30 Prozent mehr als die USA – für militärische Zwecke ausgegeben. Allein im Jahr 1979 betrugen die sowjetischen Militärausgaben rund 222 Milliarden US-Dollar."*[9])

Diese 222 Milliarden sind in jedem Sinne eine Schnapszahl. Üblicherweise übernimmt die NATO die CIA-Schätzungen der sowjetischen Militärausgaben. Deren Analytiker aber geben diesen Betrag für 1979 mit 165 Mrd. Dollar an[10]). Wie die Broschüre zu einem Mehraufwand kommt, der immerhin dem Dreifachen des westdeutschen Militärbudgets entspricht, bleibt das Geheimnis ihrer Verfasser.

Der eigentliche Witz der Sache liegt jedoch in der Methode, die bei der Schätzung des sowjetischen Militäraufwands angewandt wird. Die CIA kalkuliert nämlich, wieviel die Sowjetarmee kosten würde, wenn ihre Truppen nach den Gehaltsvorschriften der vergleichsweise hochbezahlten amerikanischen Berufsarmee besoldet würde[11]). Der amerikanische Wehrsold übertrifft den sowjetischen etwa um das Hundertfache. Diese fiktive Gehaltserhöhung für die personell umfangreiche Sowjetarmee schlägt sich in einem riesigen Dollarbetrag nieder, der zu den ebenfalls nach amerikanischen Preiskriterien kalkulierten Ausgaben für Rüstungsgüter addiert wird. Auf diesem Wege kommt ein Militärbudget zustande, das die amerikanischen Militärausgaben erheblich übertrifft.

Es wäre absurd, aus diesem größtenteils fiktiv überhöhten Personalausgaben geschuldeten Betrag auf einen gigantischen Militäraufwand oder gar eine überlegene Kampfkraft der Sowjetarmee schließen zu wollen.

Die Untauglichkeit der angewandten Berechnungsmethode läßt sich überzeugend demonstrieren, wenn man die Personalkosten der westeuropäischen NATO-Armeen nach den Kriterien der CIA kalkuliert. Sie würden sich – wegen des wie in der Sowjetarmee hohen Anteils an niedrig entlohnten Wehrpflichtigen – gegenüber den tatsächlichen Personalausgaben *verdrei-*

8) Zu den Rüstungsausgaben der westeuropäischen NATO-Staaten und der nichtsowjetischen Warschauer-Pakt-Staaten siehe z. B. The Military Balance 1979/80, S. 6ff.

9) Aspekte der Friedenspolitik, S. 43.

10) Siehe die Angaben in Soviet and U.S. Defense Activities 1970–79: A Dollar Cost Comparison, CIA SR 80–10005, Jan. 1980, in: The Military Balance 1980/81, S. 13. Das SIPRI-Yearbook 1980, S. 19, schätzt die sowjetischen Militärausgaben für 1979 auf 105,7 Mrd. Dollar, die amerikanischen auf 110,1 Milliarden Dollar, beides auf Preisbasis 1978. Selbst wenn man die CIA-Daten akzeptiert, ergibt sich, daß die NATO in den 70er Jahren 207 Mrd. Dollar mehr für militärische Zwecke ausgab als die WVO (siehe „Bulletin of the Atomic Scientists", 6/1981, S. 9).

11) Siehe Secretary of Defense Harold Brown, Department of Defense Annual Report Fiscal Year 1981, Washington, D.C., 1980, S. 3.

fachen[12]). Würde man diesen fiktiven Betrag den tatsächlichen Ausgaben für Rüstungsgüter zuschlagen, ergäben sich Militärausgaben von imposantem Umfang. Die betroffenen Staaten würden sich aber gewiß entrüsten, wenn ihnen die UdSSR aufgrund dieses unterstellten Militäraufwands Militarismus und Überlegenheitsstreben vorwürfe. Halten wir fest: Die CIA-Schätzung der sowjetischen Militärausgaben klärt uns lediglich über den absurden Tatbestand auf, wieviel die Sowjetarmee in den USA kosten würde. Ein Schluß auf die tatsächlichen Militärausgaben der UdSSR oder das militärische Kräfteverhältnis ist aus diesen Angaben nicht möglich. Um so mehr eignet sich die Methode zur Nährung von Bedrohungsängsten und bietet ein exzellentes Instrument der Rechtfertigung westlicher „Nach"-Rüstung.

Bleiben wir bei der sowjetischen Bedrohung. Die Broschüre bemerkt dazu: *„Entscheidend ist . . . nicht, was die sowjetische Führung im Augenblick* will, *sondern was sie langfristig mit ihren Angriffskräften* tun könnte."[13]) Vice versa aber heißt es: *„Auch die UdSSR muß von den friedlichen* Absichten *des Westens überzeugt sein: Dennoch rüstet sie bis an die Zähne."*[14]) Wir lernen daraus: Ein Staat, der trotz des Wissens, nicht bedroht zu sein, erhebliche Rüstungsanstrengungen unternimmt, kann kaum Gutes im Schilde führen. Dieser alarmistische Schluß beruht aber auf Prämissen, die mit zweierlei Maß messen: Für den Westen begründen die militärischen *Fähigkeiten* der UdSSR eine Bedrohung.

Die Sowjetunion hingegen hat sich bei der Einschätzung der Bedrohungslage ausschließlich an den (guten) *Absichten* des Westens zu orientieren und sich vom Militärpotential der NATO, dessen nukleare Komponente zu ihrer vielfachen Verwüstung hinreicht, gefälligst nicht bedroht zu fühlen. An anderer Stelle erweist sich die Bundesregierung allerdings als einsichtsfähiger. Obschon es ihr lediglich um die Relativierung sowjetischer Absichtserklärungen geht, darf man ihr bei einer Generalisierung der Aussage recht geben: *„Friedliche Absichtserklärungen allein sind noch keine Gewähr für stets friedliches Verhalten."*[15]) Sobald es westlichen Entscheidungsträgern gelingt, sich diese Erkenntnis aus sowjetischer Sicht plastisch zu verdeutlichen, werden sie die Fähigkeit entwickeln, die Besorgnisse der sowjetischen Führung zu verstehen und sich von einem Teil ihrer Fremdstereotypen freizumachen. Das Vermögen, sich in die Lage des „potentiellen Gegners" zu versetzen, sollte ohnehin ein unverzichtbares Element der Qualifikation politischer Entscheidungsträger bilden, denen gestattet ist, sich in unserem Auftrag mit einem so brisanten Sachgebiet wie der Sicherheitspolitik zu befassen.

---

12) Siehe Ulrich Albrecht u. a., A Short Research Guide on Arms and Armed Forces, London 1978, S. 58. Zur Verläßlichkeit von Rüstungsschätzungen generell bemerkte übrigens sogar der ehemalige Staatssekretär im BMVg, Andreas v. Bülow: „Alle Geheimdienste manipulieren offensichtlich nach oben." (siehe „Der Spiegel", 41/1978, S. 43f.).

13) Aspekte der Friedenspolitik, S. 41 (Herv. v. Verf.).

14) Ebd. (Herv. v. Verf.).

15) Es geht um unsere Sicherheit, hrsg. v. Auswärtigen Amt u. v. Bundesministerium der Verteidigung, Bonn Mai 1981 (2. Aufl.), S. 14.

Kehren wir von der Illusion wieder zu den Realitäten der Broschüre zurück und wenden wir uns ihrem eigentlichen euronuklearen Argumentationskern zu. Wir entdecken zunächst die gängigen Lücken in den amtlichen Kräftevergleichsstatistiken, mit denen die Lücken im Abschreckungsspektrum belegt werden sollen. Etwa: *„Da das Bündnis bisher den landgestützten Mittelstreckenraketen und Mittelstreckenbombern der UdSSR keine gleichwertigen Systeme entgegenstellen kann, besteht eine Lücke in den Reaktionsmöglichkeiten der NATO."*[16])

Ist die „Raketenlücke" eine Informationslücke? Die Bundesregierung weigert sich standhaft, die dem europäischen NATO-Oberbefehlshaber (SACEUR) unterstellten amerikanischen U-Boot-Raketen (SLBM) vom Typ Poseidon C-3 in das euronukleare Potential des Westens einzubeziehen, obwohl die Besitzer dieser Raketen, die es doch am besten wissen müssen, sie unisono zu den Nuklearwaffen „in und für Europa" zählen: Der amerikanische Verteidigungsminister Harold Brown wie General David Jones, als Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff der ranghöchste Militär der Vereinigten Staaten, haben mehrfach überzeugend versichert, der NATO sei ein größeres Kontingent amerikanischer Poseidon-Raketen zugeteilt, und diese ausdrücklich als „Theater Nuclear Forces" deklariert[17]). Kurz: Dem NATO-Oberkommandierenden Europa sind 5 Poseidon-Unterseeboote mit insgesamt mindestens 800 Nuklearsprengköpfen unterstellt[18]). 2 bis 3 dieser Boote befinden sich stets auf Gefechtsstation. Im mathematischen Schnitt sind daher ständig 400 Poseidon-Sprengköpfe einsatzbereit. Da amtliche Kräftevergleiche auf Fragen der Einsatzbereitschaft keine Rücksicht nehmen, erlauben wir uns die nämliche Freiheit. Dann stehen den gut 860 Sprengköpfen auf landgestützten Mittelstreckenraketen, die die UdSSR nach Angaben der Broschüre für den Einsatz in Westeuropa bereithält (darunter 480 Sprengköpfe auf SS-20-Raketen)[19]), die erwähnten 800 Poseidon-Ladungen gegenüber. Die Poseidon-Rakete ist technologisch mit der SS-20 durchaus vergleichbar, sowohl was die Ausstattung mit Mehrgefechtsköpfen betrifft (SS-20: 3 Sprengköpfe; Poseidon C-3: 10 bis 14 Sprengköpfe) als auch hinsichtlich der Zielgenauigkeit: Die SS-20 bringt es auf einen mittleren Zielfehler von 300–750 m, die C-3 auf 450–500 m[20]). Der Grad der Unverwundbarkeit bei einem nuklearen Entwaffnungsangriff liegt bei den Poseidon-SLBM mit Sicherheit höher als bei der SS-20. Dafür können (noch) bestehende Nachteile bei der Führbarkeit und Einsatzflexibilität allemal hingenommen werden.

16) Aspekte der Friedenspolitik, S. 27.

17) Siehe DOD Annual Report Fiscal Year 1981, S. 92, u. Chairman of the Joint Chiefs of Staff General David C. Jones, U.S. Military Posture for Fiscal Year 1980, Washington, D.C.; 1979, S. 32ff.

18) Siehe Alfred Mechtersheimer, Modernisierung gegen Sicherheit, in: Studiengruppe Militärpolitik, Aufrüsten um abzurüsten?, Reinbek 1980, S. 59.

19) Aspekte der Friedenspolitik, S. 73.

20) Zielgenauigkeit SS-20: laut Aspekte der Friedenspolitik, S. 46: „rund" 300 m; nach SIPRI-Yearbook 1980, S. 179: 400 m; andere Quellen (World Missile Directory, „Bulletin of the Atomic Scientists" etc.) geben 750 m an (siehe „Der Spiegel", 13/1981, S. 138). Zielgenauigkeit Poseidon C-3: Gert Krell, Das militärische Kräfteverhältnis bei den nuklearstrategischen Waffen, HSFK-Report, Frankfurt/M. 1980, S. 31, u. SIPRI-Yearbook 1980, S. XXVIII.

Angesichts der bereits erzielten (nuklear-strategisch ohnehin bedeutungslosen) numerischen Parität der Zerstörungspotentiale können wir darauf verzichten, die insgesamt 290 Sprengköpfe auf land- und seestationierten britischen und französischen Mittelstreckenraketen in den Vergleich einzubeziehen[21]). Wir haben andererseits ja auch darauf verzichtet, die 180 bis 360 Interkontinentalraketen (ICBM) der UdSSR vom Typ SS-11 und SS-19 zu berücksichtigen, die aller Wahrscheinlichkeit nach auch für Einsätze gegen Ziele in Europa und Asien programmiert sind[22]), ganz abgesehen von sonstigen sowjetischen und amerikanischen nuklearstrategischen Systemen, die natürlich auch zur Verwüstung West- bzw. Osteuropas verwandt werden können, im Rahmen eines – um mit Dieter Lutz zu sprechen – „Nuklearkrieges in und für Europa"[23]). Es sei aber doch der Hinweis auf die laufenden britischen und französischen Programme zur Aufstockung des euronuklearen Potentials der NATO gestattet, die völlig unabhängig vom Brüsseler NATO-Beschluß vorangetrieben werden. Vielleicht ist letztere Tatsache der Grund dafür, daß amtliche Publikationen von diesen Programmen keine Kenntnis nehmen wollen.

Die ab Mitte der 80er Jahre erfolgende Ausrüstung der (bis dahin) 6 französischen Nuklearunterseeboote mit Mehrfachgefechtsköpfen wird das seestationierte Kampfpotential Frankreichs von derzeit 80 auf 576 Sprengköpfe steigern[24]). Großbritannien wird seine 192 SLBM-Gefechtsköpfe auf Polaris-Booten durch amerikanische Systeme des Typs Trident ersetzen. Bis Ende des Jahrzehnts wird die Royal Navy über mindestens 512 Trident-Sprengköpfe verfügen, falls Großbritannien die Trident-I-Rakete beschafft. Sollte – wofür einiges spricht – die Trident II in Dienst gestellt werden, dürfte sich das britische Potential unter Beibehaltung der Zahl der SLBM auf an die 1000 seestationierte Sprengköpfe erhöhen[25]). Die UdSSR könnte sich von dieser Entwicklung übrigens ganz unabhängig von der Einführung der Pershing II und der amerikanischen Marschflugkörper in Europa zu einer „Nach"-Rüstung inspiriert sehen. Anders gewendet: Bereits die französischen und britischen Rüstungsanstrengungen würden die sowjetische Mittelstreckenaufrüstung numerisch kompensieren, ohne daß im Kräftevergleich auf die SACEUR unterstellten Poseidon-SLBM (die ebenfalls durch modernere Raketen abgelöst werden dürften) oder die amerikanischen Systeme des Brüsseler Beschlusses zurückgegriffen werden müßte.

---

21) 18 Sprengköpfe auf landstationierten französischen Raketen, 80 Sprengköpfe auf seestationierten französischen Systemen und 192 Sprengköpfe auf britischen Unterseebooten.

22) Siehe Raymond L. Garthoff, Brezhnev's Opening: The TNF Tangle, in: „Foreign Policy", No. 41, Winter 1980-81, S. 89 f.; Günter Poser, Militärmacht Sowjetunion 1980, München 1980, S. 90, und Congressional Research Service, The Modernization of NATO's Long-Range Theater Nuclear Forces. Report prepared for the Committee on Foreign Affairs, U.S. House of Representatives, Dec. 1980, S. 47.

23) Dieter S. Lutz, Weltkrieg wider Willen?, maschinenschriftl. Ms. (i.E.), S. 382.

24) Zahl der Boote: siehe Dieter S. Lutz, „Militärische Beurteilungen" und „gesicherte Informationen", in: „Neue Politik", 2/1981, S. 7. Zahl der Sprengköpfe pro Rakete: „Soldat und Technik", 6/1981, S. 330 (je 150 Kilotonnen, zielpräzis).

25) Siehe „Der Spiegel", 27/1981, S. 103 f., und Nr. 28/1981, S. 138; „Hamburger Abendblatt" v. 27. 6. 1981. Frühere Pressemeldungen, denen zufolge das britische Potential auf über 2000 Sprengköpfe hätte anwachsen können, haben sich nicht bestätigt.

Bleibt die Bedrohung durch sowjetische Mittelstreckenbomber. Zur Einschätzung dieses Drohpotentials genügt eigentlich der Hinweis auf die kaum bestreitbare Tatsache, daß ungefähr zwei Drittel der in der Broschüre aufgeführten über 850 Maschinen, nämlich die 550 Exemplare vom Typ Tu-16 „Badger" und Tu-22 „Blinder" militärtechnisch überholt sind. Diese Veteranen der Luftfahrt absolvierten ihre vom Westen beobachteten Jungfernflüge 1954 bzw. 1961[26])! Bleiben die in der Broschüre aufgeführten über 200 Su-19 „Fencer" und 100 Tu-22 M „Backfire" (zu deutsch „Fehlzündung"). Die Tu-22 M machte ihrer NATO-Bezeichnung anfangs durchaus Ehre, da ihre Entwicklung von vielfältigen technischen Schwierigkeiten begleitet war. Mittlerweile dürfte sie aber zu einem kampfkräftigen Waffensystem gereift sein, das immerhin den technologischen Stand der amerikanischen Luftrüstung von 1967 aufweist. Seit jener Zeit nämlich verfügt die US Air Force über den Mittelstreckenbomber F-111, von dem derzeit 156 Exemplare in Großbritannien stationiert sind[27]). Die F-111 wie die Backfire besitzen ein Geländefolgesystem, das ihnen Tiefstflugeigenschaften und damit die Chance einräumt, die gegnerische Radaraufklärung zu unterfliegen[28]). Die Backfire hat zwar einen höheren Aktionsradius zu bieten, die Reichweite der F-111 ist aber groß genug, um die Zerstörung von Zielen weit im Inneren der Sowjetunion zu gestatten. Hinsichtlich der Waffenzuladungskapazität steht die „Wunderwaffe" Backfire vergleichsweise bescheiden da: Die F-111 schleppt Bomben bis zu einem Gesamtgewicht von annähernd 14 t, die Backfire bringt es nur auf 8 t[29]). Solche Nutzlasten ist die NATO von ihren wesentlich kleineren taktischen Kampfflugzeugen gewohnt[30]). Wir dürfen uns daher dem Urteil des Chefs des Strategischen Luftkommandos (SAC) der US Air Force, General Richard Ellis, anschließen, der erst vor kurzem bekräftigte, er würde die F-111 nicht gegen die Backfire eintauschen wollen[31]). Selbst wenn wir die 100 Backfire um gut 200 Fencer (Nutzlast: 5 t) verstärken, stehen diesem Potential fast 300 technologisch vergleichbare F-111 gegenüber: 156 in Großbritannien, der Rest in den USA, innerhalb von Stunden nach Europa verlegbar[32]). Zudem scheint die amtliche Einstufung der Fencer als Flugzeug mit Mittelstreckenreichweite generös. Andere Quellen weisen die Maschine als weniger weitreichend aus (s. Tabelle). Gehen wir davon aus, daß Mittelstreckensysteme eine Reichweite von ca. 1000 km aufweisen müssen, um von Westeuropa aus Ziele in einem substantiellen Teil des sowjetischen Staatsgebiets erreichen zu können und vice versa, so zeigt uns die Tabelle, daß auch ein Großteil der westlichen Jagdbomber zu den Mittelstreckenwaffen zu zählen ist. Die kurzatmigeren

26) Siehe John W. R. Taylor/Gordon Swanborough, Military Aircraft of the World, New York 1975, S. 137f.
27) Siehe Taylor/Swanborough, S. 57. Zum amerikanischen F-111-Gesamtbestand siehe Milton Leitenberg, Background Materials on Tactical Nuclear Weapons (Primarily in the European Context), in: SIPRI, Tactical Nuclear Weapons: European Perspectives, London 1978, S. 133, u. The Military Balance 1980/81, S. 8.
28) Siehe SIPRI-Yearbook 1980, S. 180.
29) Nikolaus Krivinyi, Taschenbuch der Luftflotten 1976, München 1976, S. 252ff.; Friedrich Wiener (Hrsg.), Die Armeen der NATO-Staaten, München 1977, S. 482ff., und SIPRI-Yearbook 1980, S. 179.
30) F-4 Phantom: 7 t, MRCA Tornado: 7 t, F-14 Tomcat: 6t, F-18 Hornet: 8 t (siehe die in Anm. 29 aufgeführten Handbücher von Krivinyi und Wiener u. „Hamburger Abendblatt" v. 2.7. 1981.)
31) Siehe Lutz, Militärische Beurteilungen . . ., S. 8.
32) Siehe Leitenberg, Background Materials . . ., S. 133.

sowjetischen Flugzeuge sind deswegen euronuklear aber nicht ausblendbar. Die geographische Situation läßt ihren Einsatz gegen Westeuropa von vorgeschobenen Flugplätzen in Polen, der DDR und CSSR zu. Schon dieses simple Beispiel zeigt die Unhaltbarkeit von Kräfteverlgleichen, die mit so schematischen Kriterien wie der Einsatzreichweite von Waffensystemen operieren. Amtliche Kräftevergleiche vernachlässigen die taktischen Kampfflugzeuge beider Seiten, obwohl sie in der Rolle nuklearer Mittelstreckensysteme einsetzbar sind. Die Broschüre etwa will partout nicht wahrhaben, daß taktische Kampffugzeuge der NATO über Mittelstreckenreichweiten verfügen (und sei es mit Zusatztanks)[33]). Ihre Begründung ist entwaffnend: Nach den *„in SALT vereinbarten Kriterien"* handle es sich nicht um Mittelstreckensysteme[34]). Diese Vereinbarungen konnten Israels Luftwaffe allerdings nicht daran hindern, mit taktischen Kampfflugzeugen amerikanischer Provenienz (F-15 und F-16), die weit über 1000 km bis Bagdad zurücklegen, um dort einen irakischen Reaktor zu zerstören. Müßig zu erwähnen, daß die NATO in Europa über exakt dieselben Maschinen verfügt.

Tabelle
Aktionsradien taktischer Kampfflugzeuge von NATO und WVO (in km)

Typ	*Wiener*)*	*Krivinyi*)*	*Military Balance*)*
Mirage III	*770*	–	*1200*
Mirage 5	–	*1200*	*1300*
F-104	*1300*	*1300*	*1200*
F-4	*1060*	*1450*	*1450*
F-15	*1800*	*1800*	*1100*
F-16	*885*	*885*	*925*
Jaguar	*1140*	*1140*	*850*
A-4	*600*	*550*	*1100*
A-6	*1800*	*1810*	*600*
A-7	*850*	*850*	*825*
MRCA Tornado	*1200*	*1250*	*925*
Su-19 Fencer	*1200*	*400*	*740*
Su-7	*450*	*460*	*480*
Su-15	*900*	–	*650*
Su-17/-20	*600*	*460*	*600*
MiG-21	*600*	*600*	*550*
MiG-23/-27	*1000*	*400*	*1017*
MiG-25	*950*	*1125*	*460*

*) Quellen: Friedrich Wiener (Hrsg.), Die Armeen der NATO-Staaten, München 1977, S. 483ff.; ders., Die Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten, München 1979, S. 321ff.; Nikolaus Krivinyi, Taschenbuch der Luftflotten 1976, München 1976, S. 249ff.; The Military Balance 1977/78, S. 88f.

Man mag sich trotz alledem schon damit abgefunden haben, daß taktische Kampfflugzeuge nicht zu den Mittelstreckensystemen zu rechnen seien, da stürzt einen die Broschüre in vierfache Verwirrung, indem sie wenige Zeilen

33) Zusatztanks können die Einsatzreichweite taktischer Kampfflugzeuge annähernd verdoppeln.
34) Aspekte der Friedenspolitik, S. 54.

weiter mit der überraschenden Erkenntnis aufwartet: „*Zu den amerikanischen nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa zählen dagegen die Flugzeuge, die auf einigen Flugzeugträgern stationiert sind.*"[35])

Zum ersten weisen diese Maschinen (Typ A-6 und A-7) wenigstens teilweise die Einsatzradien landstationierter Jagdbomber auf (s. Tabelle), die nicht zu den Mittelstreckensystemen gehören dürfen. Zum zweiten hat damit zumindest statistisch eine westliche „Nachrüstung" stattgefunden: Frühere amtliche Publikationen, etwa das Verteidigungsweißbuch von 1979, führen diese Maschinen in Mittelstreckenvergleichen nicht auf, obwohl sie schon seit Jahren im Einsatz sind[36]). Zum dritten scheint diese Information so neu zu sein, daß eine gleichzeitig mit unserer Broschüre erschienene Veröffentlichung der Bundesregierung statistisch wie argumentativ nicht Schritt halten konnte. Dort lesen wir nämlich, die von Kritikern vorgebrachten Argumente zum euronuklearen Kräfteverhältnis seien „*nicht stichhaltig*", denn: U. a. „*werden häufig die Trägerflugzeuge vom Typ A-6 und A-7 . . . einbezogen, obschon diese Systeme wegen ihrer geringen Reichweite nicht zum Mittelstreckenpotential zählen.*"[37]) Zum vierten scheint diese Information sogar den Verfassern der Broschüre so ungewohnt zu sein, daß die im Text erwähnten Trägerflugzeuge keinen Eingang in die im Anhang dargebotene Kräftevergleichstabelle für den euronuklearen Mittelstreckenbereich gefunden haben[38]).

Verlassen wir den verwirrenden Bereich der nuklearfähigen Flugzeuge, um nochmals einen Blick auf die Raketenlage zu werfen. Die Broschüre belehrt uns: „*Der Vergleich der Zahlen im Bereich der nuklearen Mittelstreckenraketen ist besonders eindrucksvoll.*"[39]) Grund: Die UdSSR verfügt über mehr als 600 Mittelstreckenraketen mit über 1000 Sprengköpfen[40]). „*Auf westlicher Seite steht in Europa, abgesehen von 18 französischen Raketen, dem nichts Vergleichbares gegenüber.*"[41]) Dieses numerische Kräfteverhältnis von über 50:1 zuungunsten des Westens ist korrekt, wenn – wie geschehen – nur Sprengköpfe auf *landgestützten* Mittelstreckenraketen gezählt werden. Ist dieses Vorgehen legitim, kann es nicht minder legitim sein, einen ebenso selektiven Vergleich der seegestützten Raketen vorzunehmen. Wir gelangen dann zu folgenden „eindrucksvollen" Ergebnissen: Den – laut Broschüre – 20 sowjetischen SLBM (mit 20 Sprengköpfen)[42]) des euronuklearen Mittelstrekkenbereichs stehen 224 westliche SLBM mit insgesamt 1072 Sprengköpfen gegenüber[43]).

35) Aspekte der Friedenspolitik, S. 55.
36) Verteidigungsweißbuch 1979, S. 107, u. Bundesminister der Verteidigung, Die nuklearen Mittelstreckenwaffen. Modernisierung und Rüstungskontrolle, Bonn 1980, S. 37.
37) Es geht um unsere Sicherheit, S. 68.
38) Aspekte der Friedenspolitik, S. 73.
39) Aspekte der Friedenspolitik, S. 48 f.
40) Aspekte der Friedenspolitik, S. 49.
41) Ebd.
42) Zahl der Raketen: Aspekte der Friedenspolitik, S. 73. Zahl der Sprengköpfe auf diesen Systemen: SIPRI-Yearbook 1980, S. 179.
43) 80 französische SLBM mit 80 Nuklearsprengköpfen,
64 britische Polaris-SLBM mit 192 Nuklearsprengköpfen,
80 amerikanische Poseidon-SLBM mit 800 Nuklearsprengköpfen.

Würde die UdSSR ihre Rüstungschritte mit solch durchsichtigen selektiven Vergleichen legitimieren wollen, könnte sie auf eine NATO-„Überlegenheit" von 11:1 bei den „Mittelstreckenraketen" und von 54:1 bei der Zahl der darauf befindlichen Kernsprengköpfe hinweisen.

Wir sind gerne bereit zuzugeben, daß *unser* selektiver Vergleich Unfug ist. Über den selektiven Vergleich der Broschüre maßen wir uns kein Urteil an. Milton Leitenberg allerdings hat aus Erfahrungen mit amtlichen Kräftevergleichen den Schluß gezogen: „Zusammenfassend entsteht der Eindruck, daß die Zahlen, die die heutige große Übermacht der Sowjetunion bei den euronuklearen Potentialen großer Reichweite beweisen sollen, zum größten Teil frei erfunden sind."[44]) Journalisten sprechen im selben Zusammenhang von „grober Irreführung der Bevölkerung" und „kruder Manipulation".[45]) Das deutlichste Wort fand der saarländische SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine: „Hier werden Massen verdummt."[46])

Verlassen wir damit das Feld der technologischen und quantitativen Rüstungsvergleiche. Nuklearstrategisch unterrichtete Leser wissen ohnehin, daß numerische Kernwaffenvergleiche prinzipiell unsinnig sind, da bereits ein höchst begrenztes Potential ausreicht, einen numerisch noch so „überlegenen" Gegner auszulöschen. Aus diesem Grunde konnte es hier auch nur darum gehen, einige Auslassungen in amtlichen Kräftevergleichen zu korrigieren. Von einem strategischen Denkansatz ausgehend, der mit dem dilettantischen quantitativen Ansatz nichts gemein hat, bedarf Abschreckungsstabilität nicht technologisch oder numerisch „vergleichbarer" Waffensysteme, sondern eines Potentials, das hinreicht, den Kontrahenten unter allen Bedingungen mit untragbaren Verlusten zu konfrontieren.

Anders die Militärstrategen. In ihren Planungen hat sich das Konzept der *Kriegsverhütung* durch nukleare Abschreckung in ein Konzept der Abschrekkung durch nukleare *Kriegsführungsfähigkeit* verwandelt. Die Broschüre spiegelt diesen Strategienwandel wider, vermeidet aber ein eindeutiges Bekenntnis zur veränderten Sachlage. Vielmehr unternimmt sie den Versuch, ein abschreckungspolitisches Kriegsführungskonzept als reines Kriegsverhütungskonzept zu verkaufen. Dies geschieht u. a. durch eine verdeckte Neuinterpretation des Begriffs der „politischen" Waffen. Das Verteidigungsweißbuch 1975/76 hatte betont: *„Ersteinsätze nuklearer Waffen sollen weniger eine militärische Entscheidung herbeiführen, als vielmehr* politische *Wirkungen erzielen."*[47])

---

44) Milton Leitenberg, Die taktischen Nuklearwaffen großer Reichweite der NATO und der WVO, in: Studiengruppe Militärpolitik, Aufrüsten . . ., S. 30.
45) „Der Spiegel", 29/1981, S. 33 u. S. 112.
46) Laut „Der Spiegel", 26/1981, S. 20.
47) Verteidigungsweißbuch der Bundesregierung 1975/76, S. 21 (Herv. v. Verf.). Zur Nuklearstrategie der NATO für Europa und ihrer doppeldeutigen Interpretation zwischen Kriegsverhütung und Kriegsführung siehe auch Hans Rattinger, Strategieinterpretationen und Rüstungskontrollkonzepte, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte", B. 28/81, S. 21 ff., u. Congressional Research Service, The Modernization . . ., S. 45.

Im herkömmlichen Verständnis sind politische Waffen Abschreckungsinstrumente, die einen potentiellen Angreifer demonstrativ mit der Gefahr der – vernichtenden – nuklearen Eskalation konfrontieren. Sie sind nicht dazu vorhanden oder geeignet, die militärische Lage auf einem Kriegsschauplatz entscheidend zu beeinflussen. Demgegenüber behauptet die Broschüre: *„Insofern sind sämtliche Waffen der NATO-Streitkräfte, insbesondere aber die nuklearen Waffen, politische Waffen, die den Krieg verhindern sollen. Politische Waffen aber* müssen militärisch wirksam sein *und für die Ausführung der Strategie ausreichen, damit sie glaubhaft abschrecken und der Sicherheitspolitik dienen können."*[48])

Unabhängig davon, ob nukleare Einsatzmittel als politische oder als militärische Waffen interpretiert werden, müssen auf jeden Fall *Ersteinsätze* von Nuklearsystemen vermieden werden: Der unausbleibliche atomare Gegenschlag, sei er auf zivile oder militärische Objekte gezielt, würde zur Katastrophe führen. Kernwaffenstrategien dürfen daher ausschließlich darauf abzielen, durch Drohung mit nuklearer Reaktion auf angemessener Eskalationsstufe den Kontrahenten vom Einsatz seiner Atomwaffen abzuschrecken. Eine Strategie des Ersteinsatzes ist eine Selbstmordstrategie, die überdies abschreckungspolitisch untauglich ist, solange ein Gegner vom halbwegs rationalen Verhalten des Drohenden ausgeht.

Durch die Übernahme einer dezidierten Zweiteinsatzdoktrin hingegen wird der Kontrahent in die Position desjenigen manövriert, der mit nuklearem Ersteinsatz die Selbstmordoption wählen müßte. Das beidseitig akzeptierte Ersteinsatzdilemma läßt bei rationalem Verhalten auf den Bestand von Abschreckungsstabilität und damit aufs Überleben hoffen.

Westliche Sicherheitspolitik zielt aber in zwei Punkten auf eine gravierende Verletzung dieser Maximen:

1. Wer sich wie Haig und Weinberger die unglaubliche Leichtfertigkeit gestattet, zu erklären, um von einem Atomkrieg abschrecken zu können, müsse man imstande sein, diesen zu „gewinnen"[49]) (was immer das hinsichtlich der Kalkulation akzeptabler Eigenverlustraten bedeuten mag), erweckt auf sowjetischer Seite die verständliche Befürchtung, westliche Kriegsführungspotentiale dienten nicht einem ausschließlich abschreckungsbezogenen Zweitschlagskonzept, sondern zielten auf einen entwaffnenden Erstschlag. Anders als durch die präemptive oder präventive Ausschaltung der Nuklearsysteme des Kontrahenten ist ein Atomkrieg ja keinesfalls unter nichtkatastrophalen Eigenverlusten riskierbar oder gar „gewinnbar". Derartige Erklärungen sind in Zusammenschau mit den aktuellen amerikanischen Rüstungsprogrammen im Mittelstreckenbereich („Nachrüstung") und im Interkontinentalbereich hervorragend geeignet, auf sowjetischer Seite Panikreaktionen hervorzurufen.

48) Aspekte der Friedenspolitik, S. 31 (Herv. v. Verf.).
49) Siehe „Der Spiegel", 16/1981, S. 20, u. 29/1981, S. 37.

2. Die NATO-Strategie sieht den defensiv verstandenen Ersatzeinsatz von Kernwaffen in Europa vor, sollte die Abwehr eines Angriffs durch konventionelle Mittel zu scheitern drohen. Die euronuklearen Kriegsbilder der Planer beinhalten Kernwaffenschläge, die nach Angaben des ehemaligen amerikanischen Verteidigungsministers Brown „einige zehn bis *einige hundert*" Sprengköpfe zum Einsatz bringen, etwa gegen Truppenkonzentrationen, Flugplätze oder nukleare Einsatzmittel der WVO[50]). Offenbar fällt im Rahmen dieser Strategie der Griff zur Kernwaffendrohung immer leichter. Die an Journalisten und Politiker verteilte maschinenschriftliche Fassung der Broschüre jedenfalls verlautbarte: *„Auch ein längerer konventioneller Krieg würde zerstören, was geschützt werden soll.* Gerade deshalb *besitzt die NATO nukleare Waffen: Mit ihnen kann sie einem möglichen Angreifer die Gefahr eines Atomkrieges androhen."*[51])

Nukleare Eskalation mithin nicht erst, wie bislang betont, wenn konventionelle Verteidigung zu scheitern droht, sondern bereits, wenn sich ein konventioneller Krieg verlustreich hinzieht? Die Broschüre bestätigt ausdrücklich Browns Angaben, wenn sie erläutert: *„Die Fähigkeit zur Verteidung verlangt aber auch, den Einsatz militärischer Mittel überlegt und kontrolliert* steigern *zu können, um durch die Drohung mit solcher Steigerung dem Angreifer die Aussichtslosigkeit weiterer Angriffe zu zeigen,* dadurch den Krieg zu beenden *und so Abschreckung wieder herzustellen."*[52])

Das Risiko, daß die Wiederherstellung der Abschreckung für uns zu einem postumen Erfolg wird, wenn die WVO nuklear miteskaliert, liegt allerdings auf der Hand. Die Autoren der Broschüre versichern selbst, ein Nuklearkrieg würde *„zerstören, was geschützt werden soll"*. In der maschinenschriftlichen Version hieß es noch lapidarer: *„Natürlich wäre ein Nuklearkrieg zerstörerisch."*[53])

Europa + Verteidigung = Euroshima? Die Amerikaner, im Wortsinne weit vom Schuß, mögen sich eine eskalierende nukleare Kriegsführung in Europa leisten können. Für die Europäer bedeutet die Ausführung dieser Strategie die Auslöschung durch den allfälligen sowjetischen Gegenschlag. Obwohl dieser Sachverhalt denkfähigen Sicherheitspolitikern bekannt sein müßte, hält die NATO an der nuklearen Ersteinsatzdoktrin fest[54]). Sinnigerweise waren es gerade europäische NATO-Staaten, die die widerstrebenden amerikanischen Administrationen stets auf eine Strategie der frühzeitigen nuklearen Eskalation einzuschwören versuchten. Es geschah um des angeblich größeren Abschreckungseffekts willen.

Absurd genug daher, daß gerade die Bundesregierung das Ersatzeinsatzdilemma absolut zutreffend kommentiert: *„Daher kann von ‚Führbarkeit eines*

50) DOD Annual Report Fiscal Year 1981, S. 94 (Herv. v. Verf.).
51) Aspekte der Friedenspolitik (maschinenschriftl. Fassung), S. 22 (Herv. v. Verf.).
52) Aspekte der Friedenspolitik, S. 29 (Herv. v. Verf.).
53) Aspekte der Friedenspolitik, S. 28, u. maschinenschriftl. Fassung, S. 22.
54) Siehe Verteidigungsweißbuch 1975/76, S. 21, und Verteidigungsweißbuch 1979, S. 123.

Nuklearkrieges' keine Rede sein, denn jede Seite riskiert mit dem Ersteinsatz von Nuklearwaffen die eigene Vernichtung."[55])

Zu der Einsicht, daß eben dies die Konsequenz der Ausführung der NATO-Strategie wäre, vermag man sich allerdings nicht durchzuringen.

Kommen wir in diesem Zusammenhang auf die Umdefinition der Kernwaffen von politischen zu militärischen Waffen und das damit verknüpfte Konzept der Abschreckung durch nukleare Kriegsführungsfähigkeit zurück. Gerade die Selbstmordperspektive des Ersteinsatzes von Nuklearsystemen, die als politische Waffen verstanden und verwandt werden, macht die NATO-Strategie abschreckungspolitisch unglaubwürdig. Die Hoffnung, einen Ausweg aus dem Dilemma zu finden, kann sich auf Kernwaffen gründen, die (militärisch effektiv) einsetzbar scheinen, da sie aufgrund ihrer dosierten Wirkung und präzisen Anwendbarkeit die Folgen nuklearer Auseinandersetzungen auf ein erträgliches Maß reduzieren könnten. Verfügt der Kontrahent über entsprechende Systeme, scheinen notfalls auch „kontrolliert gesteigerte" Nuklearkonflikte wagbar. Eine Ersteinsatzdrohung würde damit glaubwürdiger. Allerdings würde auch die Hemmschwelle des Griffs zur Kernwaffe sinken.

Jedoch: Auch die Ausführung eines abschreckungspolitischen Kriegsführungskonzepts vermag den Holocaust nicht zu vermeiden: Was die (ohnehin begrenzte) verminderte Zerstörungswirkung der einzelnen Atomwaffe an Schaden vermeidet, gleicht eine entsprechend höhere Zahl von Kernwaffeneinsätzen wieder aus. Es gibt keinerlei Gewähr dafür, daß ein nuklearer Schlagabtausch auf der untersten Eskalationsstufe abgebrochen wird. Daher ist die Aussage der Broschüre über die Konsequenz eines nuklearen Ersteinsatzes korrekt. Die NATO-Strategie bleibt auch mit präziseren neuen Nuklearwaffen eine Selbstmordoption, wenn sie zu der in der Broschüre geschilderten „kontrollierten Steigerung" von Kernwaffeneinsätzen greift.

Halten wir fest: Die Bundesregierung qualifiziert die von ihr mitvertretene NATO-Doktrin als nicht ausführbar, weil mit untragbaren Risiken verbunden. Soll man daraus schließen, daß die eigentlichen sicherheitspolitischen Lükken nicht im militärischen hardware-Bereich zu suchen wären, sondern bei der Militärdoktrin, die gewissermaßen eine „Intelligenzlücke" aufweist?

Oder geht das Problem über den Bereich der Militärstrategie weit hinaus? Sammeln wir weitere Indizien: Die UdSSR wäre im Falle eines „kontrolliert" gesteigerten Nuklearkrieges zweifellos herausgefordert, die euronuklearen Systeme der NATO präemptiv auszuschalten, um der Vernichtung eigener Nuklearwaffen oder konventioneller Kapazitäten vorzubeugen. Für die Stationierungsgebiete dieser Waffen würde dies atomare Verwüstung bedeuten. Dennoch beharrt die Bundesregierung auf der Landstationierung euronuklearer Waffen einschließlich der neuen amerikanischen Mittelstreckensysteme, die ihrer Reichweite wegen sowjetisches Territorium bedrohen und auf der sowjetischen Zielliste daher höchste Priorität genießen dürften. Die Bereit-

55) Aspekte der Friedenspolitik, S. 31 (Herv. v. Verf.).

schaft der USA – so die Begründung –, Westeuropa mit Nuklearwaffen zu *„verteidigen", „bedeutet ein großes Risiko für die Existenz der amerikanischen Nation. Bündnissolidarität verlangt deshalb die Bereitschaft aller Bündnispartner, nukleares Risiko . . . auch gemeinsam zu tragen. Das bedeutet Stationierung von Nuklearwaffen auch auf europäischem Gebiet."*[56])

Die Rede ist offenbar von einer Risiko-*Teilung* zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten. Wenn aber – wie die Broschüre an anderer Stelle verdeutlicht (s. u.) – die Sowjetunion einen Einsatz amerikanischer Mittelstreckenwaffen mit einem Gegenschlag auf amerikanisches Gebiet beantworten würde (mit einem Schlag auf europastationierte Systeme ohnehin), dann kommt es bei einer Landstationierung neuer Mittelstreckenwaffen nicht zu einer Risiko-Teilung, sondern zur geographischen Risiko-*Ausweitung:* Die USA sind mit und ohne europastationierte Mittelstreckensysteme vom sowjetischen Gegenschlag bedroht. Die Stationierung dieser Waffen bezieht Westeuropa bei einem nuklearen Schlagabtausch zwischen den Supermächten *zusätzlich* in das Inferno ein, wäre doch überdeutlich „sichtbar", von welchen Gebieten aus sowjetisches Territorium nuklear bedroht werden kann. Wem aber nützt die schlichte geographische Ausweitung des Vernichtungsrisikos? Den USA bringt sie keine Risikoentlastung, den Westeuropäern lediglich einen auch bündnispolitisch funktionslosen Risikozuwachs. Die Broschüre tröstet uns über die zusätzlichen Gefahren der Stationierung von Mittelstreckensystemen hinweg, indem sie versichert: *„Auch heute schon gibt es für die UdSSR in Westeuropa eine Vielzahl von Zielen für Atomwaffen mit hoher Priorität."*[57]) Das ist die Logik des Mannes, der im Löwenkäfig sitzt und fatalistisch verlangt, man möge auch noch die Tiger reinschicken, darauf käms nun auch nicht mehr an . . . Eine verantwortungsbewußte Politik müßte aus der Kenntnis des Vernichtungsrisikos den Schluß ziehen, die Nuklearziele im eigenen Lande nicht leichthändig zu erhöhen, sondern möglichst auf Null zu reduzieren. Das Konzept einer atomwaffenfreien Zone in Westeuropa könnte dazu den Weg weisen, ohne daß die Stabilität der Abschreckung tangiert wäre.

Weshalb hat sich die Bundesregierung trotz der deutlich sichtbaren Risikosteigerung auf den Brüsseler NATO-Beschluß nicht nur eingelassen, sondern ihn nach Bekunden des Bundeskanzlers sogar initiiert? Diese Frage führt uns zum innersten Kern der „Nachrüstungs"-Problematik, die sich von seiten der Bundesregierung als längst überfällige Einsicht in eine simple Tatsache präsentiert: Wenn sich die Sowjetunion von einem Kernwaffeneinsatz gegen westdeutsches Territorium nicht durch die Aussicht abschrecken läßt, daß in diesem Falle das Gebiet ihrer Verbündeten entsprechend verwüstet würde, müssen die Vereinigten Staaten zu der Drohung greifen, *sowjetisches* Territorium nuklear unter Feuer zu nehmen. Damit aber setzen sie sich einem ebenso verlustreichen sowjetischen Gegenschlag aus. Es wäre verwegen zu erwar-

56) Aspekte der Friedenspolitik, S. 61 f.
57) Aspekte der Friedenspolitik, S. 61.

ten, die USA würden dieses Risiko eingehen, um einen – wenn auch wichtigen – Verbündeten zu schützen. Der Aufbau französischer und britischer Nuklearpotentiale kann als Indiz dafür gewertet werden, daß diese Länder die amerikanische Nukleargarantie mit äußerster Skepsis betrachten.

In Erkenntnis der Tatsache, daß die *strategischen* Waffensysteme der USA zur Garantie der Abschreckung in Europa nicht herangezogen werden können, versucht die Bundesregierung, diese nukleare Schutzgarantie durch die Stationierung amerikanischer *Mittelstreckensysteme* herzustellen. Diese Politik wäre abschreckungsstrategisch konsistent, wenn zwischen den abschrekkungslogischen Charakteristika von strategischen Systemen und Mittelstrekkenwaffen der USA ein prinzipieller Unterschied bestünde. Eben da liegt der fundamentale Bruch in der Denklogik der Bundesregierung. Denn: Wenn strategische Waffensysteme für uns sicherheitspolitisch funktionslos sind, weil sie einen sowjetischen Gegenschlag auf die USA provozieren, können Mittelstreckensysteme nur dann eine glaubwürdige Schutzgarantie abgeben, wenn ihr Einsatz eben dieses Risiko vermeidet. Paradoxerweise weist die Bundesregierung selbst überzeugend nach, daß dem nicht so ist. Sie beweist logisch zwingend, daß amerikanische Mittelstreckensysteme keinesfalls zur Abschreckung eines Nuklearwaffenangriffs auf die Bundesrepublik Deutschland eingesetzt werden können, diese Waffen mithin für uns sicherheitspolitisch funktionslos sind. Lassen wir uns mit den Worten der Bundesregierung selbst Schritt für Schritt den kapitalen Denkfehler vor Augen führen, von dem der Brüsseler NATO-Beschluß lebt:

Ausgangspunkt der amtlichen Überlegungen ist die geschwundene strategische Nukleargarantie der Vereinigten Staaten: *„In der Vergangenheit konnte die bereits damals bestehende Überlegenheit der UdSSR im Bereich der nuklearen Mittelstreckenraketen durch die Überlegenheit der Vereinigten Staaten im Interkontinentalbereich ausgeglichen werden."*[58] Präziser: *„Unter den strategischen Bedingungen der 60er Jahre mußte die Sowjetunion damit rechnen, daß die NATO auf jeglichen Einsatz sowjetischer Nuklearwaffen großer Reichweite in Europa mit einem Gegeneinsatz der überlegenen amerikanischen interkontinentalstrategischen Nuklearwaffen reagieren würde."*[59] *„In diesem Bereich hat die UdSSR jedoch in den vergangenen Jahren gleichgezogen . . . Damit wurde das Ungleichgewicht im Mittelstreckenbereich zunehmend schärfer akzentuiert."*[60] Denn: *„Damit wurden die USA zunehmend dem Risiko ausgesetzt, nach einem Einsatz ihres interkontinental-strategischen Potentials mit einem sowjetischen Gegenschlag auf amerikanisches Territorium rechnen zu müssen."*[61] Dieser Sachverhalt (Verwundbarkeit, Risiko) *„könnte den amerikanischen Abschreckungsschirm über Europa weniger glaubwürdig erscheinen lassen."*[62] Es muß in Rechnung gestellt werden,

58) Aspekte der Friedenspolitik, S. 48.
59) Die nuklearen Mittelstreckenwaffen, S. 16.
60) Aspekte der Friedenspolitik, S. 48.
61) Die nuklearen Mittelstreckenwaffen, S. 16.
62) Es geht um unsere Sicherheit (1. Aufl.), Bonn 1980, S. 56.

„daß die Sowjetunion ... von der Annahme ausgehen könnte, sie könne ihr nukleares Mittelstreckenpotential gegen Europa einsetzen oder einen Einsatz androhen, ohne daß die Vereinigten Staaten auf ihre interkontinental-strategischen Systeme zurückgreifen."[63]) Deutlicher: Gesetzt den Fall, die UdSSR greift ein nicht „nachgerüstetes" Westeuropa mit Mittelstreckenwaffen an: *„Die USA wären gezwungen, dann sofort mit interkontinentalstrategischen Waffen zu antworten, was – angesichts interkontinentalstrategischer Parität –* wenig glaubhaft *ist. Ohne westliche, in Europa stationierte Mittelstreckenraketen kann die UdSSR* vom Einsatz ihrer Mittelstreckenraketen nicht abgeschreckt werden. *Deshalb war der Nachrüstungsbeschluß vom 12. Dezember 1979 zwingend."*[64])

Lassen wir uns nicht davon verwirren, daß die Bundesregierung an anderer Stelle schreibt: *„Im Schatten der nunmehr erreichten annähernden interkontinental-strategischen Parität könnte die Sowjetunion einer* abenteuerlichen Fehlkalkulation *aufsitzen und so bezweifeln, ob Amerika seine Langstreckenwaffen auch dann einsetzen würde, wenn es damit sein eigenes Überleben aufs Spiel setzt"*[65]), und sich damit bescheinigt, einer „abenteuerlichen Fehlkalkulation" aufzusitzen. Halten wir vielmehr fest: Der Schwund der nuklearstrategischen „Überlegenheit" der USA, ihre Verwundbarkeit durch sowjetische Nuklearwaffen und das damit verbundene Überlebensrisiko haben dazu geführt, daß die USA nicht mehr riskieren können, die Sowjetunion mit strategischen Kernwaffen von einem Nuklearangriff auf Westeuropa abzuschrekken. Halten wir uns nicht lange bei der Feststellung auf, daß diese Situation bereits seit mindestens 20 Jahren besteht, als die UdSSR die Fähigkeit erwarb, die Vereinigten Staaten mit Interkontinentalwaffen anzugreifen. Behalten wir vielmehr obige amtliche Einlassungen im Gedächtnis und gestatten wir uns, sie mit einer weiteren amtlichen Aussage logisch zu verknüpfen: Auf den von Rüstungskritikern vorgebrachten Einwand, die neuen amerikanischen Mittelstreckensysteme erlaubten die Führung eines auf Europa begrenzten Nuklearkrieges, antwortet die Broschüre absolut überzeugend: *„Es ist abwegig anzunehmen, daß irgendein politisch Verantwortlicher in den USA ... glaubt, einen Nuklearkrieg regional auf Europa begrenzen zu können. Die sowjetische Führung betont immer wieder, daß sie eine solche Abgrenzung nicht akzeptiert. Für sie wäre es* irrelevant, *ob die amerikanischen Raketen, die ihre Städte zerstören,* aus Westeuropa oder sonstwoher *kämen.* Sie würde im Gegenschlag auch amerikanische Städte angreifen."[66]) Verteidigungsminister Apel bekräftigte diese Auffassung: *„Wenn es zu einer nuklearen Auseinandersetzung käme, dann wird – das ist sowjetische Strategie, darüber gibt es klare Auskunft – die Sowjetunion den Konflikt dorthin tragen, wo die politische Entscheidung zum Einsatz der nuklearen Waffen getroffen wurde, nämlich nach Washington."*[67])

63) Die nuklearen Mittelstreckenwaffen, S. 18.
64) Aspekte der Friedenspolitik, S. 58 (Herv. v. Verf.).
65) Es geht um unsere Sicherheit (2. Aufl.), Bonn 1981, S. 63f. (Herv. v. Verf.).
66) Aspekte der Friedenspolitik, S. 57 (Herv. v. Verf.).
67) Interview mit Bundesverteidigungsminister Apel in „Der Spiegel", 29/1981, S. 39.

Damit ist das nukleare Abschreckungsdilemma der Bundesrepublik exakt umrissen, ohne aber – trotz seiner Evidenz – den Verantwortlichen bewußt zu werden: Wenn die Gefahr der Vernichtung amerikanischen Gebiets die USA daran hindert, strategische Waffensysteme zum Schutz Westeuropas einzusetzen, der Einsatz amerikanischer Mittelstreckensysteme aber ein *identisches* Risiko aufwirft, dann können diese Waffen ebensowenig zu unserem Schutz eingesetzt werden. Von der sowjetischen Reaktion her gesehen sind amerikanische Mittelstreckensysteme *strategische* Systeme. Der einzige – abschreckungspolitisch irrelevante – Unterschied zwischen Interkontinentalwaffen und Mittelstreckenwaffen der USA liegt in ihrer Reichweite, die *entscheidende* Gemeinsamkeit aber darin, daß sie auf sowjetischem Staatsgebiet detonieren würden. Damit sind sie nach hergebrachter amerikanischer wie sowjetischer Definition *strategische* Waffen[68]).

Demzufolge sind Kräftevergleiche irreführend, die nur Mittelstreckensysteme berücksichtigen, da diese Waffen lediglich einen Bruchteil des strategischen Nuklearpotentials ausmachen. Die in dieser Studie angestellten Kräftebilanzen im Mittelstreckenbereich sind daher lediglich als immanente Kritik amtlicher Angaben zu verstehen.

Für die abschreckungspolitische Situation lassen sich aus dem Sachverhalt zwei alternative Schlüsse ziehen:

1. Die USA sind nicht bereit, zum Schutz westeuropäischer Staaten den Einsatz strategischer Waffen anzudrohen. Dann können sie auch nicht mit Mittelstreckenwaffen drohen. Amerikanische Mittelstreckensysteme in Europa sind demnach für uns sicherheitspolitisch funktions- und wertlos[69]).

2. Die USA sind bereit, strategische Waffen zu unserem Schutz einzusetzen. Dann reicht ihr Arsenal von über 10 000 strategischen Sprengköpfen allemal hin, die Sowjetunion von einem Angriff auf die USA *und* auf Westeuropa abzuschrecken.

---

68) Siehe Norman Polmar, Strategic Weapons: An Introduction, London 1975, S. V.

69) Der Umkehrschluß des Arguments wäre: Die USA können die nicht nuklear gerüsteten Staaten Westeuropas nur dann mit Mittelstreckensystemen abschirmen, wenn ein mit diesen Waffen geführter Nuklearkrieg tatsächlich auf Europa begrenzt werden könnte und damit die amerikanischen Risiken entfielen. Unter dieser Voraussetzung könnten allerdings die Skrupel der amerikanischen Entscheidungsträger gegenüber dem Einsatz euronuklearer Systeme abnehmen und atomare Eskalationsbereitschaft wachsen. Mit anderen Worten: Um mit nuklearen Mittelstreckensystemen der USA abgeschirmt werden zu können, müßten die westeuropäischen Staaten eine Regionalisierung des Atomkrieges nicht nur hinnehmen, sondern sich sogar entschieden dafür einsetzen! Auch dann wäre die Rechnung immer noch ohne den Wirt gemacht: Die UdSSR kann sich unmöglich auf diese Begrenzung eines Nuklearkrieges, in den ihr Staatsgebiet einbezogen wird, einlassen. Sie würde die von ihren Kernwaffen errichtete Abschreckungsschwelle erheblich senken, wenn sie den Einsatz amerikanischer Atomwaffen dann lediglich mit Gegenschlägen auf das Territorium der Verbündeten der USA beantworten und amerikanisches Gebiet aussparen würde. Dennoch ist ein regionalisierter Atomkrieg in Europa denkbar, und zwar dann, wenn eine Atommacht Nuklearwaffen ausschließlich gegen das Gebiet nicht nuklear bewaffneter Verbündeter einer anderen Atommacht einsetzt und diese sich entsprechend verhält, was naheliegt, wenn eine unerwünschte Eskalation vermieden werden soll. Die Bundesrepublik Deutschland gehört somit zu der Gruppe von Staaten, die ein rein europäisches „Kriegstheater" nuklearer Natur erleben könnte. Man könnte den Gedanken weiterspinnen: wenn es überhaupt so etwas wie eine „Schicksalsgemeinschaft" gibt, dann – Herrn Genscher zum Trotz – nicht zwischen den USA und der BRD, sondern zwischen diesen nicht nuklear bewaffneten Staaten in Ost- und Westeuropa.

Das heißt: Im ersten Fall ist die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa funktionslos, im zweiten Fall überflüssig[70]). Da sie aber ein erhebliches Sicherheitsrisiko verkörpert, ist die Bundesregierung aufgefordert, aus der von ihr selbst logisch zwingend nachgewiesenen sicherheitspolitischen Sinnlosigkeit des Brüsseler Beschlusses die entsprechende Konsequenz zu ziehen.

Damit könnten wir es bewenden lassen. Da uns aber die in amtlichen Verlautbarungen wie in der NATO-Strategie selbst enthaltenen logischen Brüche, die in dieser Studie aufgezeigt wurden, in erhebliche Besorgnis versetzen müssen, ist es angezeigt, diese Inkonsistenzen noch einmal präzis auf den Begriff zu bringen. Die folgenden logischen Paradoxien, deren Prämissen amtlichen Aussagen entsprechen, stellen nur eine Auswahl dar, die unschwer ergänzt werden könnte:

1. Prämisse: Die USA können einen Nuklearwaffenangriff der UdSSR auf die BRD nicht mit strategischen Waffen abschrecken.
2. Prämisse: Hierzu bedarf es amerikanischer Mittelstreckensysteme. Mittelstreckensysteme aber sind strategische Waffen.
Schluß: Da strategische Waffensysteme die UdSSR nicht abschrecken, brauchen wir zur Abschreckung strategische Waffensysteme. Oder: Um die Sowjetunion abzuschrecken, brauchen wir Waffensysteme, die nicht abschrecken.

1. Prämisse: Die Fähigkeit zur kontrollierten Steigerung von Waffeneinsätzen in einem Nuklearkrieg ist Grundlage unserer Verteidigungsfähigkeit.
2. Prämisse: Ein Nuklearkrieg wäre für uns zerstörerisch.
Schluß: Grundlage unserer Verteidigungsfähigkeit ist die Fähigkeit zur Selbstzerstörung.

1. Prämisse: Der Ersteinsatz von Nuklearwaffen schützt vor Vernichtung durch einen länger dauernden konventionellen Krieg.
2. Prämisse: Der Ersteinsatz von Nuklearwaffen kann zur Selbstvernichtung führen.
Schluß: Um uns vor Vernichtung zu schützen, müssen wir unsere Vernichtung riskieren.

Dagegen ist das Resultat der folgenden Denkfigur logisch konsistent, sicherheitspolitisch aber höchst berunruhigend:
1. Prämisse: Der Ersteinsatz von Kernwaffen birgt das Risiko der Selbstzerstörung.
2. Prämisse: Die NATO-Strategie, Grundlage unserer Sicherheitspolitik, sieht den Ersteinsatz von Kernwaffen vor.

---

70) Daraus könnte gefolgert werden, daß die bereits in Westeuropa stationierten amerikanischen Mittelstrekkensysteme abzuziehen wären. Damit würden sich aussichtsreichere Perspektiven für eine kernwaffenfreie Zone in Europa eröffnen.

Schluß: Die NATO-Strategie birgt das Risiko der Selbstvernichtung. Oder: Unsere Sicherheitspolitik kann zur Selbstvernichtung führen.

Damit genug. Diese in sich widersprüchliche *Risiko*politik als *Sicherheits*politik zu klassifizieren, wäre euphemistisch. Je riskanter aber die Politik, desto höher die Anforderungen an die intellektuelle Kapazität der politisch Verantwortlichen. Denn: Auf einem Politikfeld mit der Brisanz der nuklearen Abschreckung können Denkfehler gravierende, letztlich tödliche Konsequenzen zeitigen. Wer also Sicherheitspolitik treiben will, muß einer unabdingbaren Minimalanforderung genügen: Der Fähigkeit zu logisch konsistentem, in sich widerspruchsfreiem Denken. Eine Analyse von Atomrüstungsbegründung wie Nuklearstrategie der NATO belegt aber, daß amtliche Logik mit herkömmlicher Logik oft wenig gemein hat.

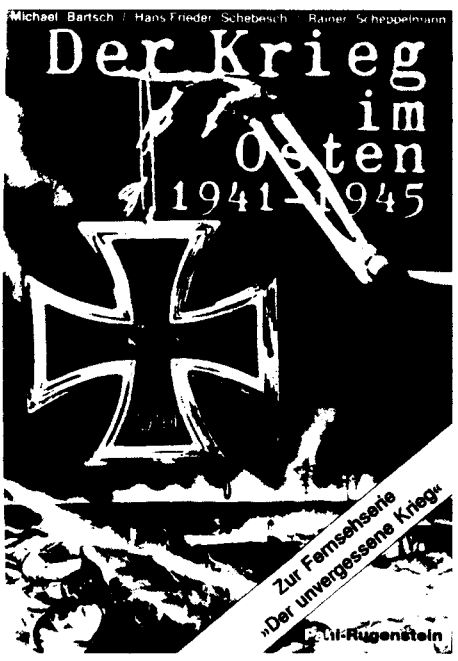
Wenn die Sicherheitspolitik glaubwürdig werden soll, müssen *erstens* die dubiosen Darstellungen der militärischen Kräfteverhältnisse eingestellt werden. *Zweitens* muß der intellektuelle Schritt von vornuklearem Denken zu einer Betrachtungsweise gelingen, die der Zerstörungsgewalt von Kernwaffen gerecht wird. *Drittens* ist ein in sich widerspruchsfreies und effektives Sicherheitskonzept zu entwickeln. Ein Konzept, dessen letzter Schluß die Selbstzerstörung der Bundesrepublik Deutschland wäre, verdient diesen Namen nicht.

Zur 15teiligen Fernsehserie
„Der unvergessene Krieg"
Michael Bartsch/Hans-Frieder Schebe
Rainer Scheppelmann

Der Krieg im Osten 1941-1945

Das Buch zur gekürzten ARD-Fassung
zur sowjetisch-amerikanischen Origina
sung. Jede ARD-Folge wird einzeln v
stellt und erläutert. Verpaßte Sendu
können nachgelesen, kommende Teile
nen vorbereitet werden.
Mit historischer Einführung. Darste
zum Krieg im Osten und zum gesa
Kriegsverlauf. Zahlreiche Materialien
Dokumente zu jeder Fernsehserie.
Buch für den Zuschauer und die politi
Bildungsarbeit.
229 Abbildungen, 24 Karten,
Format 24 x 16,5, 262 Seiten, DM 19,

Pahl-Rugenstein



Zur Situation im Iran

Von Mostafa Danesch

Die politische Entwicklung im Iran ist offenbar in eine kritische Phase eingetreten, die es dem Außenstehenden schwer macht, Prognosen über die Zukunft zu fällen. Wir haben deshalb Mostafa Danesch gebeten, aus seiner Sicht eine Darstellung der politischen Situation und ihrer Hintergründe zu geben. D. Red.

„Daß politische Entscheidungen allein im Land selbst ausgerungen werden, kann sich in Persien nach wie vor niemand vorstellen. Wie der gordische Knoten aus politischer Sturheit, aus Terror und Totschlag durchtrennt werden kann, ist weiter unklar. Eigentlich bietet sich nur das historische Vorbild an: eben die Gewalt"[1]), so beschreibt der sozialdemokratische „Vorwärts" die Situation in Iran zweieinhalb Jahre nach dem Sieg der Revolution, die für das iranische Volk die Befreiung von einer der brutalsten Diktaturen der Neuzeit bedeutete.

Was ist aus dieser Revolution geworden?

Folgt man den Medien der Bundesrepublik: Terror, Gewalt, Masseninrichtungen. Die düsteren Schreckensbilder sind inzwischen gängig: „Diktatur der Mullahs", „Rückschritt ins Mittelalter" etc. Wer dagegen opponiert, wird umgebracht. So weiß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" zu berichten: „Was auch bloß als Ansatz organisierter Opposition den Verdacht auf sich zieht, wird durch den Terror der Revolutionsgerichte und ihrer Schlägertrupps ausgelöscht. Hoffnung auf einen Wandel gibt es nicht."[2]) Hat die FAZ scheinbar jede „Hoffnung" verloren, so greift „Die Welt" nach dem berüchtigten Strohhalm: „Das Asyl ist für den dynamischen Mann (gemeint ist Bani-Sadr, d. Verf.) nichts anderes als das Sprungbrett, in das iranische Chaos zurückzutauchen, sobald sich Gelegenheit dazu ergibt."[3]) Hatte man nicht bereits vor der Revolution vor der „reaktionären Mullahs" gewarnt?! Die antidiktatorische Bewegung gegen das Schah-Regime war nämlich – so lautete zu jenen Zeiten das gängige Iran-Bild – das „Werk fanatischer Mullahs und reaktionärer islamischer Kräfte". Diejenigen, die einst dem kaiserlichen Regime bis zuletzt die Stange hielten, haben nun Sorge um die Demokratie in Iran. Irgendwie schleicht sich da ein Verdacht ein: War der Schah nicht doch besser als Chomeini?

1) „Vorwärts" v. 3. September 1981.
2) FAZ v. 30. 7. 1981.
3) „Die Welt" v. 30. 7. 1981.

Grundlagen der Revolution

Im Februar 1979 siegte in Iran eine Volksrevolution, die sich selbst islamisch nennt. Ihre Auswirkungen beschreibt der indische „Islamforscher" Dr. Surindar Suri: „Die Fragen, die sich mit der islamischen Revolution in Iran ergeben, reichen über die Zukunft des Landes weit hinaus. In der Tat steht nichts geringeres auf dem Spiel als die künftige Gestalt unserer Zvilisation!"[4]) Zbigniew Brzezinski, ehemaliger Sicherheitsberater von Präsident Carter, umreißt das Problem mit strategischen Gesichtspunkten: „Entlang der Küsten des Indischen Ozeans erstreckt sich bogenförmig eine Krisenzone mit zerbrechlichen sozialen und politischen Strukturen in einer Region, die für uns von vitaler Bedeutung ist, und der Zerstückelung droht. Es besteht die Gefahr, daß das hieraus folgende politische Chaos Elementen zugute kommt, die unseren Werten feindlich gesonnen sind, mit unseren Gegnern aber sympathisieren."[5]) In der Tat, die iranische Revolution hatte nicht nur bedeutende Auswirkungen auf die Gesellschaft des Landes, sie vollzog sich in einem geographischen und politischen Raum, der vielfach als Krisenzone bezeichnet wird, einer Region, in der mehr als 60% der Erdölreserven der Welt lagern. Das ist der Grund dafür, daß die Vereinigten Staaten und die multinationalen Konzerne, die jahrzehntelang in jeder Hinsicht vom Pfauenthron profitiert hatten, den Diktator bis zuletzt stützten und daß das Interesse gerade dieser Kräfte an der iranischen Revolution keineswegs geschwunden ist. Im Gegenteil – schließlich gilt es, verlorene Pfründe wiederzugewinnen.

Bestimmte Entwicklungen jüngster Zeit lassen sich nur korrekt einordnen, wenn man die Bewegung, die die Revolution trug, einer genaueren Analyse unterzieht. Die antidiktatorische Bewegung gegen das Schah-Regime konnte nur siegen, weil sie zur Volksbewegung geworden war. Vier Faktoren charakterisieren das Schah-Regime; zugleich erklären sie auch die Bedingungen, unter denen das Volk geradezu in die Opposition getrieben wurde. Der Kampf gegen die verhaßte amerikanische Marionette wurde faktisch zur Überlebensfrage nahezu aller Klassen und Schichten des iranischen Volkes:

1) Die Despotie Schah Rezas war eine der grausamsten Diktaturen der Neuzeit. Laut „amnesty international" schmachteten bis zu 100 000 politischen Gefangene in den Kerkern des Regimes. Verhaftungen, Folter und Mord waren an der Tagesordnung.

2) Der Schah betrieb eine exzessive Politik des nationalen Ausverkaufs. Obwohl reich an Bodenschätzen, vor allem Erdöl, verarmten breite Schichten des Volkes. So verzichtete das Regime bereits kurz nach dem CIA-Putsch von 1953 vertraglich auf mehr als 60% der Öleinnahmen, die es den Ölmultis zukommen ließ[6]). Das Eindringen multinationaler Konzerne in das Land ruinierte zudem die Existenzbedingungen weiter Teile des nationalen Bürgertums.

4) Suribdar Suri, Religion und Revolution in Asien, in: „Europa-Archiv" 1980, H. 2.
5) Zit. n. Laffin, Islam – Weltbedrohung durch Fanatismus, München 1980, S. 20.
6) Vgl. Brönner u. a., Ölkrise und arabische Länder, Frankfurt 1980.

3) Der Pfauenthron war eine Marionette des Pentagon. Ihm verdankte er nicht nur seine Existenz (der Schah-Putsch 1953 war vom CIA organisiert worden), sondern in seinem Sinne betrieb er auch Politik. Das Schah-Regime war der US-Gendarm im Nahen und Mittleren Osten. Folge dieser Funktion war eine kaum vorstellbare Militarisierung der iranischen Gesellschaft. Allein in den Jahren 1973 bis 1976 kaufte das Schah-Regime für über 10 Mrd. Dollar Kriegsgerät aus westlichen Waffenschmieden, vor allem aus den USA[7]).

4) Der Iran unter Schah Reza war Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion. Weitreichende Spionageeinrichtungen waren an der Grenze zur UdSSR installiert.

Diese Bedingungen, die sich gerade in den letzten Jahren der Schah-Herrschaft dramatisch zugespitzt hatten, waren der Nährboden für die Revolution. Sie ließen die Volksbewegung entstehen, die Millionenmassen auf die Straßen trieb, Panzern und Maschinengewehren zum Trotz. Diese ungeheure Breite der Volksbewegung bedeutet jedoch auch, daß in ihr zum Teil sehr unterschiedliche Klassen und Schichten und damit auch politische Strömungen vereint waren; bürgerliche Liberale, islamische Revolutionäre wie Marxisten, Vertreter des nationalen Bürgertums wie der Arbeiterklasse des Landes, um nur einige Mosaiksteine zu nennen. Der gemeinsame Feind, der so Gegensätzliches vereinte, war das Schahregime.

Als die Revolution im Februar 1979 siegte und damit der gemeinsame Gegner fiel, mußten zwangsweise Auseinandersetzungen über den künftigen Entwicklungsweg des Landes auftreten. Die Frage, die sich stellte, war, ob der Iran den bisherigen Entwicklungsweg ohne Diktatur gehen oder ob die Revolution auf antiimperialistischer und national-demokratischer Grundlage weiterentwickelt werden sollte? Entsprechend dieser Grundfrage kristallisierten sich sehr rasch zwei politische Lager heraus, deren Kampf den Iran bis heute prägt. Hinzu kommen natürlich auch noch jene Schah-Vasallen, die von Anfang an nach der Wiedererrichtung der Monarchie strebten. Da ist zum einen jenes breit gefächerte politische Lager, das den revolutionären Prozeß seit Februar 1979 zu stoppen und – in welcher Form auch immer – rückgängig zu machen sucht:

1) Die entmachteten Anhänger des Schah, seine hohen Beamten und Militärs, die Reste des Geheimdienstes SAVAK. Ihr Ziel ist es, die alte Monarchie unter dem Sohn Reza Pahlewis neu entstehen zu lassen. Bekannteste Köpfe dieser Gruppierung sind Schah-Generäle wie Palisban, Oveissi oder Ariana, aber auch der letzte Statthalter des Pfauenthrons, Bakhtiar. Die sogenannte „Iranische Volksbefreiungsarmee" hört auf ihr Kommando. Zugleich verfügt diese Gruppe über enge Kontakte zum irakischen Regime.

2) Separatistische Gruppen vor allem in iranisch Kurdistan, Khusestan und Aserbaidschan, die vom irakischen Regime bewaffnet, von SAVAK-Offizieren und Großrgrundbesitzern befehligt werden.

---

7) Vgl. Opperskalski, Iran gestern und heute, Dortmund 1980, S. 58ff.

3) Bürgerlich-liberale Kräfte, die einen bürgerlich-kapitalistischen Entwicklungsweg einschlagen möchten (Basargan, Bani-Sadr).

4) Die Organisation der „Volksmodjahedin", die durch gefährliche Fehleinschätzungen und politisches Sektierertum in das Lager der Konterrevolution abgedriftet ist.

5) Die ultra-linke Minderheit der Volksfedajin und verschiedene maoistische Splittergruppen, die sich um Bani-Sadr scharten, um die Revolution mit seiner Hilfe zu zersetzen.

Soziale Stütze der Konterrevolution ist vor allem das liberale Bürgertum des Iran, das in den letzten zwei Jahren seit dem Sieg der Revolution entscheidende politische und ökonomische Positionen verloren hat.

Ihnen stehen jene politischen Kräfte gegenüber, die die Revolution repräsentieren. Ihr Anhang rekrutiert sich aus Arbeitern, Bauern, Hüttenbewohnern in den Städten und radikalen Kräften des Kleinbürgertums und der Intelligenz.

Der Kreis der revolutionären Demokraten ist freilich sehr heterogen. Nebeneinander anzutreffen sind eine konsequent sozialrevolutionäre Front, ein rechter Flügel sowie eine gemäßigte mittlere Gruppierung. Dabei ist es natürlich, daß die revolutionäre Demokratie verschiedene historische und politische Tendenzen aufweist. Je nach der spezifischen Situation des Landes und der Weltlage können sich Rechts- oder Linkswendungen ergeben. Die objektiv gegebenen Faktoren im Iran haben dazu beigetragen, daß der konsequent revolutionäre Flügel dominiert.

Die verschiedenen Strömungen der revolutionären Demokratie sind:

1) Die antiimperialistischen islamischen Kräfte unter Führung von Chomeini. Sie organisieren sich häufig in der „Islamisch Republikanischen Partei" und haben den meisten Massenanhang im Land. Zu ihnen zu zählen sind auch die Volksmilizen (Pasdaran). Sie dominieren in den zahlreichen Revolutionskomitees und Räten in den Städten, Betrieben und auf dem Land sowie in den Volkskomitees zur Alphabetisierung und zum Aufbau des Landes.

2) Kleinere radikal-islamische Organisationen wie die Gruppe „Omat" (Bewegung kämpferischer Moslems).

3) Die sich entwickelnden Gewerkschaften.

4) Die Marxisten, so die „Tudeh-Partei" (die kommunistische Partei des Landes) und die „Organisation der Volksfedajin des Iran/Mehrheit".

Verschiedene Etappen seit dem Sieg der Revolution

Gegen das Schah-Regime hatte sich eine breite Front gebildet, in der Arbeiter, Bauern, Handwerker, Mittelschichten sowie das liberale Bürgertum[8]) und

8) Das liberale Bürgertum wird repräsentiert durch die „Nationale Front", die „Bewegung zur Freiheit", die „Radikale Bewegung" sowie einen Teil der Geistlichkeit an ihrer Spitze der hierzulande bekannte Ayatollah Schariatmadari.

die Kaufleute aus den Bazaren ihr gemeinsames Ziel fanden. Ihre Teilnahme an dieser revolutionären Bewegung hatte jedoch unterschiedliche Beweggründe. Jede Gruppe verfolgte ihre eigenen klassenspezifischen Interessen.

Das liberale Bürgertum erhoffte sich von dem Kampf gegen das Schah-Regime, die ihr auferlegten Restriktionen beseitigen zu können, wollte jedoch das Wirtschaftssystem vor tiefgreifenden Umwälzungen schützen[9]). Nach seiner Vorstellung sollte der Kampf gegen die imperialistische Herrschaft der USA im Iran nach der Revolution „vorläufig" auf Eis gelegt werden. Diese Haltung führte dazu, die Auflösung des bilateralen Militärvertrages zwischen dem Iran und den USA, des Vertrages über den Waffenkauf, der Spionageeinrichtungen der USA, sowie die Ausweisung der US-Militärberater aus dem Land und den Stopp der finanziellen und einseitigen Beziehungen zu den USA abzulehnen.

Diesem Lager standen die Volkskräfte gegenüber, die die Eliminierung der politischen, ökonomischen, militärischen und kulturellen Abhängigkeit, d. h. die Bekämpfung der Herrschaft der USA, als Voraussetzung für soziale und politische Freiheiten und grundlegende sozioökonomische Reformen ansahen. In der Person Chomeinis spiegelten sich diese Forderungen wider. Folgt man Chomeinis Definition, so besteht der innenpolitische Kern der iranischen Revolution in dem Schutz der Interessen der „Bewohner der Elendsviertel gegenüber den Einwohnern der Paläste": „Das Fundament dieses Landes bilden die Hüttenbewohner und nicht die Schloßbewohner."[10])

Es dauerte nicht lange, bis sich Interessenkonflikte Chomeinis Reformprogramm und am außenpolitischen Kurs der Revolutionsführung entzündeten.

Die wichtigsten Reformprogramme, die Bodenreform, Verstaatlichung des Außenhandels und gesetzliche Einschränkungen der Kapitalakkumulation verstießen gegen die Interessen der Großgrundbesitzer, des Großbürgertums, der Großkaufleute und des liberalen Bürgertums, dessen politische Vertreter nach dem Sieg der Revolution die ausschließliche Regierungsmacht innehatten. Diese Kräfte torpedierten die sozialen Reformen.

Konflikt der Machtzentren

Die schleichende Obstruktionspolitik während der 10monatigen Bazargan-Regierung hatte die etappenweise Zerstörung der revolutionären Errungenschaften zum Ziel. Mit dieser Politik vereinigte Bazargan alle konterrevolutionären Kräfte – vom Großgrundbesitzer, Großbürgertum, der Großkaufmannschaft bis hin zu den Überresten des Schah-Regimes in Armee und Verwaltung im Regierungslager. Angriffe auf Büros der demokratischen Organisationen, ökonomische Sabotage und gegen die Revolution gerichtete Aktio-

9) Das liberale Bürgertum war durch den Widerspruch zwischen ihren Interessen und der Hegemonie des Auslandskapitals sowie durch die Diktatur des Schah-Regimes, die die Entwicklung des liberalen Bürgertums hemmte und durch die versagte Teilnahme an der politischen Macht mit dem Schah-Regime in einen Konflikt geraten.

10) Aus der Rede Chomeinis 10. 11. 1979; vgl. die Rede Chomeinis vom 15. 11. 1979.

nen bestimmten in der zweiten Hälfte 1979 immer mehr die politische Atmosphäre. So entstand eine dualistische Staatspolitik[11]), die sich in zwei Machtzentren manifestierte. Das revolutionäre Lager gruppierte sich um Chomeini. Chomeine verfolgte die revolutionäre Lösung der wichtigsten gesellschaftlichen Probleme – sowohl innen- als auch außenpolitisch. Die Probleme der sozial Benachteiligten gewannen hier erste Priorität: „Der Revolutionsrat soll mit aller Kraft die ihm auferlegten Pflichten erfüllen. Insbesondere muß er in bezug auf die Säuberung des Verwaltungsapparates und gegenüber den besitzlosen und obdachlosen Schichten revolutionär und entschieden handeln" (Chomeinis Anweisung an den Revolutionsrat am 5. November 1979).

Im zweiten Machtlager – in der Regierung – sammelte sich das liberale Bürgertum unter dem Ministerpräsidenten Mehdi Bazargan. Bazargan beabsichtigte in Übereinstimmung mit seiner Gefolgschaft den ökonomischen und politischen Status quo im Lande aufrechtzuerhalten, lediglich ohne den Pfauenthron.

In der Regierung Bazargan wurden Leute wie Amir Entezam mit dem Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Mogaddam Maragei mit der Position des Generalgouverneurs von Ostazerbeidjan betraut (beide wurden durch die in der US-Botschaft gefundenen Dokumente als CIA-Agenten entlarvt). Landwirtschaftsminister wurde ein Großgrundbesitzer namens Izadi, der die Landreform hintertrieb. Hassan Nazih wurde Vorsitzender des Vorstandes der Iranischen Nationalen Erdölgesellschaft. Nazih ist bekannt als enger Mitarbeiter des Ex-Schah-Ministerpräsidenten Bachtiar. Als später seine konterrevolutionären Machenschaften entlarvt wurden, flüchtete er nach Paris. Dort schloß er sich dem Kreis um Bachtiar und den geflüchteten Schah-Generälen an. Dieser Kreis schmiedet eifrig Pläne zur Zerschlagung der iranischen Revolution.

Die öffentliche Meinung zwang jedoch die Regierung Bazargan, den Anweisungen Chomeinis, wenn auch nur teilweise, Folge zu leisten. Auf ausdrückliche Anweisung Chomeinis brach sie mit der ihr üblichen Verzögerungstaktik die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten, Südafrika und Israel ab, stellte den Ölverkauf an Israel und Südafrika ein, nationalisierte Banken und Versicherungsgesellschaften und einen Teil der Industrie. Abgesehen von diesen Maßnahmen bremste die Regierung der bürgerlichen Liberalen die Fortführung der Revolution und verlangsamte ihre Konsolidierung. Das politische Konzept sah vor, langsam die „freundschaftlichen Beziehungen" zu den USA wieder aufleben zu lassen. Dazu mußte die feindselige Politik der USA gegenüber dem Iran verharmlost werden. Amir Entezam (der CIA-Agent) war hier ein geschickter Mittelsmann. Der Höhepunkt dieser Verschwörungstak-

11) Von Anbeginn an gab es innerhalb der politischen Konstellation eine Art Dualität. Dieses Phänomen läßt sich auf zweierlei Gründe zurückführen: 1. Der überwiegenden Mehrheit der aktiven Geistlichen fehlten die notwendigen Voraussetzungen für die Verwaltung von staatlichen Institutionen. 2. Die linken Kräfte waren nicht in der Lage, das Vakuum auszufüllen. Dies führte dazu, daß die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich in die Hände der Liberalen geriet.

tik war das Treffen Bazargans, in der Begleitung seines Außenministers Jazdi, mit Brzezinski in Algier im November 1979, ein Geheimtreffen ohne Wissen Chomeinis. Dieses Treffen sollte der „Versöhnungspolitik" konkrete Züge geben. Die iranischen Devisen blieben auf den amerikanischen Banken und in anderen Finanzinstitutionen, eine Transferierung in den Iran lehnte die Regierung ab.

Diese Politik der Regierung Bazargan führte zu einer wachsenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Diese steigerte sich, als die Regierung Bazargan unter Hinweis auf manche Unzulänglichkeiten versuchte, die revolutionären Organe zu diskreditieren bzw. zu schwächen, dann aufzulösen und ihre Aufgaben der noch nicht gesäuberten Polizei, Gendarmerie und Armee zu übertragen. Offen wurde auch von der Revision ökonomischer Errungenschaften (z.B. den Verstaatlichungen) gesprochen.

Diese Politik stimulierte den Widerstand von Millionen Menschen gegen die Regierung Bazargan. Dank der Existenz der Revolutionskomitees, der Revolutionsmilizionäre und der Revolutionsgerichte konnte, trotz der Unzulänglichkeiten und der Infiltration von konterrevolutionären Agenten, die diese Institutionen von innen her zu zersetzen suchten, der Sieg der Revolution konsolidiert und den Gegenkräften das Handwerk gelegt werden.

Chomeini verlieh in dieser Situation der Volksstimmung Ausdruck und Orientierung, als er die Massen aufrief, zur Verteidigung der Revolution aktiv zu werden. Gleichzeitig erklärte er die Regierung Bazargan unmißverständlich für „nicht revolutionär".

Die Besetzung der US-Botschaft, des „Hauses der Spione", wie es die Iraner nennen, vom 4. November 1979 und der Sturz der Regierung Bazargan markierten eine Wende in der iranischen Politik. Sie war ein entscheidender Schlag gegen die von CIA-Agenten organisierte und angeleitete Konterrevolution: „In der US-Botschaft in Teheran wurde eine Verschwörung vorbereitet, die jetzt aufgedeckt worden ist. Bei einer geplanten Verschwörung gegen die iranische Nation kann man nicht verlangen, daß das Volk ruhig dasitzt und zuschaut."[12]) Daher habe sich das iranische Volk erhoben, „um zu verhindern, daß dieses Spionagenetz im Iran seine subversive Tätigkeit weitertreibt."[13]). Chomeini charakterisierte die neue Entwicklung mit den Worten: „Im Iran gibt es wieder eine Revolution, eine größere Revolution als die erste."[14])

Nach dem Sturz Bazargans übernahm der inzwischen zum Präsidenten gewählte Bani Sadr die Macht. Er übernahm das Kabinett Bazargan ohne Änderung, damit blieb auch der Dualismus in der Staatspolitik erhalten. Die alte Politik trat nun in Person Bani Sadrs auf. Bani Sadr konnte seine Politik mit ei-

12) Chomeinis Interview mit dem deutschen Fernsehen, November 1979.
13) Chomeinis Grußbotschaft an die Botschaftsbesetzer vom 17. 11. 1979.
14) Chomeinis Ansprache am 4. 11. 1979.

ner Stimmenmehrheit von 10,7 Millionen bei der Staatspräsidentenwahl im Januar 1980 – zumindest formal[15]) – legitimieren.

Die politische Konzeption von Bani Sadr

Zunächst versuchte er, die Beschwichtigungspolitik gegenüber den USA auf dem Umwege über Westeuropa und Japan fortzusetzen: „Ich muß sagen, Japan und Europa werden von den Supermächten unterdrückt. Unsere Gemeinsamkeit besteht darin, daß wir von den Supermächten bedroht werden. Japan und Europa benötigten unsere Energiequellen wie wir ihre Technologie."[16]) Hinter dieser These verbarg sich die maoistische „Drei-Welten-Theorie". Da laut dieser Theorie die „zweite" und „dritte Welt" von den Expansionsbestrebungen der „ersten Welt" (den „Supermächten") bedroht werden, sollten sie eine gemeinsame Front gegen die „erste Welt" bilden. Die gefährlichere „Supermacht", d. h. die der „zweiten" und „dritten Welt" räumlich näherliegende, also die Sowjetunion, sollte vorrangig bekämpft werden.

Die praktische Schlußfolgerung dieser Theorie ist eindeutig: zur Bekämpfung der gefährlicheren „Supermacht" (Sowjetunion) mögen sich die „zweite" und „dritte Welt" des mit dem Hauptfeind Sowjetunion konkurrierenden und weiter entfernteren Teiles der „ersten Welt" (den USA) bedienen.

Bei einer Rede anläßlich der Revolutionsfeierlichkeiten 1981 sagte Bani Sadr, das Land befände sich in einer Phase „anbrechender Tyrannei"[22]). Nur ein einziger könne das Land retten und die Freiheit garantieren: „Ich!" (so antwortete Bani Sadr auf diese vom „Spiegel" gestellte Frage)[23]). Um diese Behauptungen der iranischen Bevölkerung plausibel zu machen, umrahmte er sie mit folgenden Thesen. Anläßlich des zweiten Jahrestages der Revolution sagte Bani Sadr: „Das Ergebnis jeder Revolution ist Despotie." Und weiter:

15) Der hohe Stimmenanteil Bani Sadrs war auf folgende Faktoren zurückzuführen:
– Die „Islamisch-Republikanische Partei" (IRP) konnte seiner Zeit nicht rechtzeitig einen populären Gegenkandidaten aufstellen.
– Nach dem Sieg der Revolution hatte Bani Sadr es bis zum November 1979 vermieden, Regierungsverantwortung zu übernehmen, u. a. aus zweierlei Gründen: 1. Er versuchte den Eindruck zu erwecken, ihm bedeute die Regierungsmacht nichts. 2. Durch geschickte „volkstümliche" Auftritte und Versprechungen für alle Teile der Bevölkerung versuchte er gewisse Popularität zu gewinnen. Dabei standen ihm außer dem Fernsehen, Rundfunk und Zeitungen auch Moscheen (Versammlungszentren) im ganzen Land zur Verfügung.
– Reale Chancen hatten daher am Vorabend der Wahl nur zwei Kandidaten: Bani Sadr und Admiral Madani. Der Wahlkampf machte deutlich, daß die konterrevolutionären Kräfte bis hin zum liberalen Bürgertum und vor allem die Überreste des alten Regimes sich hinter Admiral Madani stellen würden. Als Madanis Verbindung zum CIA kurz vor den Wahlen – anhand aufgefundener Dokumente aus der besetzten US-Botschaft – aufgedeckt wurden, wandte sich die Bevölkerung Bani Sadr zu, in dem Glauben, sich für das kleinere Übel entschieden zu haben.
– Der wichtigste Faktor für Bani Sadrs Stimmenmehrheit war jedoch der Aufruf Chomeinis vom Krankenhausbett zur *Einheit* und Stimmabgabe für denjenigen Kandidaten, der eine größere Basis hatte.
16) Vgl. Zeitung „Etelaat" v. 2. Februar 1979. Ähnlich äußerte er sich im „Spiegel", Nr. 10. v. 3. 3. 1980: „Meine Vorstellung ist immer ein Europa gewesen, das bereit ist, eine von den Supermächten unabhängige Politik zu betreiben. Dann wäre jetzt eine historische Gelegenheit, mit ihm zusammenzuarbeiten zu können, und zwar in jeder Beziehung . . ."
17) bis 21) Entfallen.
22) „Die Zeit" v. 1. 8. 1981.
23) „Spiegel" v. 3. 8. 1981.

„Jede Revolution besteht aus drei wesentlichen voneinander abgesonderten Perioden. In der ersten Periode nach jeder Revolution ergreifen die fortschrittlichen Elemente die Staatsmacht. In der zweiten Periode werden sie verdrängt von den Fanatikern. Diese Periode ist gekennzeichnet durch Krisen, Anarchie, Terror und Schrecken. Schließlich verringern sich die Spannungen, die Anarchie, der Aufruhr und der Druck. Schrittweise ergreift die neue Regierung die Macht. Und die dritte Periode ist, laut dieser Theorie, die Diktatur . . ."[24]).

In Anwendung dieser Theorie auf die Iranische Revolution kommt Bani Sadr zum folgenden Ergebnis: „Die erste Periode der iranischen Revolution ist mit dem Sieg vom 10. Februar 1979 zu Ende gegangen. Die zweite Periode der Revolution, d. h. die Periode der Krisen und der Anarchie, näherte sich dem Ende. Sie bereitet die dritte Periode vor, d. h. die Etablierung der Despotie und Diktatur."[25]) – Soweit die Gedanken eines Mannes, der von sich behauptete, „Wenn ich mich selbst vorstellen will, dann muß ich sagen: ‚Ich bin der größte Denker der Neuzeit! . . . Mein Buch über den Widerspruch und den Monismus ist das größte Jahrhundertwerk.'"[26])

Die Hauptgefahr einer drohenden Diktatur glaubte Bani Sadr in dem von Chomeini geführten Machtzentrum sehen zu müssen. Die Konsequenz hieraus zu ziehen, ist einfach. Chomeinis Politik und alle revolutionären Kräfte, die seine Politik unterstützen, mußten bekämpft werden (vorerst politisch), denn die sozialrevolutionären Geistlichen waren für Bani Sadrs Politik (genau wie für Bazargan) ein erhebliches Hindernis. Reformen, insbesondere die Bodenreform, die Verstaatlichung des Außenhandels und die gesetzliche Einschränkung der Kapitalakkumulation, d. h. alle die Schritte, die zur Weiterentwicklung der Revolution und zur Festigung der Macht der revolutionären Geistlichen – mit Chomeini an der Spitze – führten, mußten torpediert werden.

Einig waren sich alle Gegner des Revolutionsregimes in der notwendigen Unterbindung von Reformen – zwar nicht aus gleichen Motiven, aber für ein gemeinsames Ziel, nämlich die Beseitigung der revolutionären Geistlichen. So führte die „Oppositionsrolle" von Bani Sadr zu einer großen Koalition höchst unterschiedlicher Gruppen: dem Groß- und Liberal-Bürgertum, der Feudalen, der Großkaufmannschaft, den Überresten der Armee und SAVAK-Funktionären, den maoistischen Splittergruppen und den „Volksmodjahedins"[27]). Statt Bazargan verkörperte nun Bani Sadr die Integrationsfigur und das Sprachohr der Konterrevolution.

Die weitere Auseinandersetzung zwischen den Machtzentren war dadurch geprägt, daß Bani Sadr seit den Parlamentswahlen im Juni 1980 im Parlament

24) „Islamische Revolution" v. 12. 2. 1980.
25) Ebd.
26) „Etelaat" v. 22. 6. 1981.
27) Vgl. R. Rawi, in: „Druck und Papier", 15/1981.

einer klaren Mehrheit der „Isalmisch-Republikanischen Partei" (IRP) gegenüberstand. Er versuchte das Parlament, die Regierung und die revolutionären Organe zu diskreditieren. Den außenpolitischen Kurs der Revolution bezichtigte er der kommunistischen Orientierung, nannte die Studenten in der amerikanischen Botschaft beeinflußt von der Tudeh-Partei. So beschuldigte er, wenn auch indirekt, Chomeini des Kommunismus. Auch diese Taktik war nicht neu, es war eine konsequente Fortsetzung der Politik des liberalen Bürgertums unter Bazargan. Bazargan nannte die Tudeh-Partei, neben dem Klerus und der „extremistischen Jugend", als die drei Gefahren für die Revolution[28]). Es ist auch kein Zufall, daß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 10. April 1980 Chomeini als „kommunistisch beeinflußt", als eine Figur in der Hand der Tudeh-Partei darstellte. Ähnlich äußerte sich der neu gewählte US-Präsident Reagan: „Die große Gefahr besteht darin, daß die Tudeh-Partei Irans die Macht ergreift . . ."[29]).

Worauf ist diese gemeinsame Sprache zurückzuführen?

Diese Argumentationen verfolgen zwei Ziele: 1. Es soll der Eindruck geschürt werden, im Iran seien die Kommunisten die eigentlichen Drahtzieher der Macht im Hintergrund[30]). 2. Die Menschen in Iran sollen von der anti-imperialistischen Politik abgelenkt werden. Sie sollen ihren Kampf gegen diejenige Macht unterlassen, die sie mehr als zwei Jahrzehnte bestialisch unterdrückte. Amerika wird so vor den revolutionären Schlägen gerettet, um schleichend wieder im Iran sein Unwesen treiben zu können.

Chomeini durchschaute diese Taktik als er sagte: „Wir sind nicht abhängig. Selbstverständlich haben wir Bedürfnisse, bezogen auf das Ausland, z. B. müssen wir Getreide einkaufen, wir zahlen dafür den geforderten Preis und kaufen das Getreide. Diese Beziehungen haben nichts gemein mit Abhängigkeit, sondern sind schlicht und einfach Handelsbeziehungen. Abhängigkeit war das, was während des Schah-Regimes vorhanden war. Alles wurde vom Ausland kontrolliert und verwaltet . . . Zur Zeit ist der Iran von niemandem abhängig. Dies ist das beste, was die islamische Republik erreicht hat..."[31]) Chomeini fuhr fort, indem er nicht nur die Zielsetzung dieser Politik, sondern auch die Träger dieser Politik entlarvte: „Alle diejenigen, die sich heute gegen die Islamische Republik geeinigt haben, stehen in direkter oder indirekter Verbindung mit Amerika." In seiner Rede vom 2. Juli 1981 (Radio Teheran) sagte Chomeini: „Wir dürfen nicht vergessen, daß wir mit den USA im Krieg stehen. Im Krieg mit *Amerika und seinem Abschaum. Einem Abschaum, der der sich in unsere Reihen eingeschlichen hat und aufgrund unserer Unaufmerksamkeit noch immer sein Unwesen treibt.*" (Hervorhebung d. Verf.) Und Chomeini charakterisierte die Linie der „Opposition": „Die Linie bestand

28) „Die Zeit" v. 1. 5. 1981.
29) Iran-Times, herausgegeben in den USA, 16. 1. 1981 – eine Zeitung der Gegner der iranischen Revolution in den USA.
30) Vgl. „Die Zeit" v. 8. 5. 1981; vgl. FAZ v. 10. 4. 1980.
31) „Islamische Revolution" v. 7. 1. 1980.

darin, daß eine Gruppe die Sowjetunion ins Gespräch brachte, um Amerika in Vergessenheit zu bringen . . . – Dies sollte die Parole ‚Tod den USA' vergessen lassen."

Um Bani Sadr scharten sich zunehmend die Feinde der Revolution – das Groß- und liberale Bürgertum, Großgrundbesitzer, alle Überreste des Schah-Regimes aus Armee, Verwaltung und SAVAK, aber auch die inzwischen gegen die iranische Revolution zum bewaffneten Kampf aufrufenden „Volksmudjahedins", die sektierische ultra-linke Minderheit der „Volksfedajin" und verschiedene maoistische Splittergruppen. In seiner Politik kam er diesen konterrevolutionären Kräften entgegen. In seiner Eigenschaft als Präsident mißachtete er die iranische Verfassung und die vom Parlament verabschiedeten Gesetze und Beschlüsse, indem er sie nicht unterzeichnete[32]). Bani Sadr lehnte alle vorgeschlagenen Kandidaten des Parlamentes und des Regierungschefs Radjai für das Amt des Außenministers ab. Dadurch fehlte dem Iran seit Bildung der gesetzmäßigen Regierung im Juli 1980 bis zur Absetzung Bani Sadrs am 20. Juni 1981 ein Außenminister. Ähnlich verfuhr er mit anderen wichtigen Ministerposten wie Wirtschaft und Finanzen.

Bani Sadr fühlte sich als Koordinator aller drei Gewalten: Legislative, Exekutive und Judikative. Zur Konzentration der Macht in seiner Hand verlangte er immer wieder, daß alle drei Gewalten ausschließlich „in Harmonie mit dem Amt des Präsidenten" zu funktionieren hätten. Er verfügte neben dem Oberbefehl der Armee, der ihm von Chomeini übertragen worden war, auch über die entscheidenden Geldquellen und verhinderte durch seine Finanzverordnungen tiefgreifende soziale Reformen[33]).

Bani Sadrs Aussage, er sei als einziger Präsident der Welt gleichzeitig Oppositionsführer, wurden von den Feinden der iranischen Revolution zu Recht als Kampfansage gegen Chomeini und seine sozial-revolutionäre Politik verstanden. Sein Aufruf, das Volk solle sich gegen die „Tyrannei" und Regierung auflehnen, konnte nur als ein Aufruf zum Bürgerkrieg verstanden werden. Die Gegner der Revolution schürten die Unruhen zu einer Eskalation von Gewaltaktionen. Diese Entwicklung hinterließ eine wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung und bei allen Kräften, die die iranische Revolution unterstüt-

32) Grundsatz 123 der iranischen Verfassung besagt: „Der Präsident der Republik ist verpflichtet, die Beschlüsse der Versammlung (gemeint ist das Parlament, Verf.) sowie die Ergebnisse der Volksbefragung nach Beendigung der vorgesehenen Verfahren und ihrer Vorlage zu unterzeichnen und sie zur Durchführung an die zuständigen Behörden weiterzuleiten."

33) Bani Sadr stützte sich sogar auf manche Gesetze, die schon dem Schah die alleinige Entscheidung über die gesamten Finanzen des Landes (Kontrolle der Noten- und Zentralbank und des Planungsministeriums) überlassen hatten. Dadurch, daß er den Präsidenten der Noten- und Zentralbank ernannte, ließ er die vom Parlament beschlossenen Gelder für revolutionäre Institutionen wie Pasdaran (Revolutionsmilizionäre) oder die Djahad-Sazandegi (Organisation zum Aufbau des Landes) stoppen. Um der Revolution die Rückendeckung dieser revolutionären Institutionen zu entziehen, beabsichtigte er sogar, sie aufzulösen oder wie er sagte, zu zentralisieren: „Langfristig sollen durch die Zentralisierung dieser Institutionen (gemeint sind Revolutionskomitees, Revolutionswächter und Revolutionsgerichte, d. Verf.) die verschiedenen Entscheidungszentren aufgelöst werden." („Spiegel" v. 3. 3. 1980). Dank des Widerstands von Chomeini scheiterte auch dieser Plan.

zen – die „Islamisch-Republikanische Partei" (IRP)[34]), die kämpfende moslemische Bewegung, die Organisation der Volks-Fedajin-Mehrheit, die Tudeh-Partei, Jugendorganisationen, Gewerkschaften, Frauenorganisationen, Schüler- und Studentenverbände etc. Auch diesmal verlieh Chomeini der Volksstimmung Ausdruck und enthob nach dem Parlamentsbeschluß Bani Sadr seines Amtes[35]). Chomeini gestand die Fehler der Revolutionsführung gegenüber Bani Sadrs Wahl zum Staatspräsidenten ein: „Der Rückschlag, den wir hinnehmen mußten, ist auf unseren Fehler zurückzuführen. Die heute anzutreffende Unordnung beruht darauf, daß wir einen Fehler gemacht haben. Dieser Fehler darf uns nicht mehr passieren".[36])

Bani Sadr erhoffte nun die Rettung seiner verlorenen Position durch die „Volksmudjahedins" zu erreichen, die sich dem „Chor der Gegner" der Revolution angeschlossen hatten und am 20. Juni 1981 (dem Tag der Amtsenthebung Bani Sadrs) ihre bis dahin mehr politisch vorgetragenen Aktivitäten in einen „militärischen Kampf", in Terrorismus verwandelten, um den gewünschten Bürgerkrieg auszulösen. Bani Sadr machte aus seiner Überzeugung keinen Hehl: „Überall im Iran herrscht Bürgerkrieg und der wird sich verschärfen. Am Abend der Präsidentschaftswahl (gemeint sind die Wahlen vom Juli 1981, d. Verf.) haben die Volksmudjahedin 120 militärische Aktionen gegen die Regierung unternommen."[37]) Chaos und Bürgerkrieg waren und sind die erhofften und geplanten Folgen, mit denen Bani Sadr und die „Volksmodjahedin".[38]) bei ihren Terroraktionen rechnen. Dabei werden mög-

34) Die Islamisch-Republikanische Partei (IRP) wurde von Ayatollah Beheschti, der durch das Bombenattentat vom 28. Juni 1981 getötet wurde, gegründet. Sie stellt trotz der heterogenen Zusammensetzung den demokratisch-revolutionären Teil der Geistlichkeit dar. In dieser Partei sind verschiedene Bevölkerungsschichten und die überwiegende Mehrheit der Geistlichkeit (Mullahs) organisiert. Diese Geistlichen stehen in engem Kontakt zum Volk, sie kommen aus den Reihen des Volkes und sie haben jahrzehntelang die Armut, die Unterdrükkung des Volkes am eigenen Leibe gespürt. Die IRP stellt im Parlament die Mehrheit der Abgeordneten. Die durch die Medien hochgeputschte Meinung, daß der Funke „offener Kritik" am Chomeini-Regime auch auf den Klerus übergesprungen sei, daß die religiösen Geister sich entlang derselben Bruchlinie scheiden, die das gesamte islamische Lager in „radikale und liberale Gruppierungen" spalte (vgl. „Die Zeit" v. 8. 5. 1981), ist in der iranischen Wirklichkeit nichts anderes als eine hier wie anderswo anzutreffende Konfrontation verschiedener gesellschaftspolitischer Auffassungen. So gibt es selbstverständlich auch unter den Geistlichen Kräfte, die die sozial-revolutionäre Linie Chomeinis teilen und andere, die sich dagegen stellen. Hierzu wählt der hierzulande bekannte traditionell religiöse Führer Ayatollah Schariat-Madari, der mit seiner bürgerlich-liberalen Position gegen die sozial-revolutionäre Linie Chomeinis steht. Gerade dies verdeutlicht, daß es hier nicht um eine Spaltung zwischen den „fanatisierten Mobs" mit ihrer „mittelalterlichen Vorstellungswelt" und dem „weltlichen Fortschritt" geht.

35) Im Grundsatz 110 Absatz 5 der iranischen Verfassung steht über die Befugnisse der islamischen Führung. „Absetzung des Präsidenten der Republik unter Berücksichtigung der Interessen des Landes nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofes des Landes über die Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten oder nach dem Beschluß der Versammlung des Nationalrates über eine politische Unfähigkeit."

36) Chomeinis Rede vom 2. Juli 1981.

37) „Der Spiegel" v. 3. 8. 1981.

38) Die theoretische Basis ihrer gegen die Revolution gerichteten Aktivitäten läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Die heutige Herrschaft der Revolution sei die Herrschaft der „rückschrittlichen, reaktionären Kleinbourgeoisie" und zu bekämpfen. Die Bekämpfung dieser Herrschaft beherberge zwei Möglichkeiten: 1. Wurde das liberale Bürgertum nach dem Sturz des „Chomeini-Regimes" die Herrschaft an sich reißen, wäre die Organisation der „Volksmodjahedin" als „einzige revolutionäre Organisation der Lage, diese Herrschaft der Liberalen später erfolgreich anzufechten. 2. Würden sich die USA wieder des Iran bemächtigen wollen, entstünde in diesem Fall ein zweites Vietnam. Die „Volksmodjahedin" würden dann als „einzige revolutionäre Organisation" die Führung der Widerstandsbewegung gegen den US-Imperialismus übernehmen und nach dem Sieg hätten sie die Regierungsgewalt (vgl. „Modjahed" Nr. 103).

liche US-Interventionen und eine drohende monarchistische Konterrevolution durchaus einkalkuliert.

Errungenschaften der Revolution

Jede Revolution wird an ihren konkret erfahrbaren Errungenschaften für das Volk gemessen. In kaum mehr als zwei Jahren hat die iranische Revolution beachtenswerte Erfolge aufzuweisen:

– Die Verstaatlichung von 70% der in- und ausländischen Industriebetriebe (bis Anfang 1981 wurden mehr als 600 Fabriken nationalisiert), die Verstaatlichung der mit dem multinationalen Kapital eng verpflochtenen Banken und Versicherungen, Eliminierung der Herrschaft der multinationalen Konzerne, die mit mehr als 50%iger Beteiligung in der iranischen Wirtschaft fest verankert waren[39]), die Eliminierung der Herrschaft der vom Ausland, insbesondere von den USA, beherrschten Militärkomplexe und Militärpakte[40]). Der 80jährige Einfluß der Öl-Multis auf die iranischen Erdölquellen wurde zurückgedrängt.[41]).
– 40 000 US-Militärberater, die das Land unter der Pahlewi-Diktatur fest im Griff hatten, wurden des Landes verwiesen; Militär- und Wirtschaftsverträge, die das Land an den Imperialismus ketteten, wurden aufgelöst, die Spionagestationen an der Grenze zu Sowjetunion geschlossen; Austritt aus dem – inzwischen zusammengebrochenen – NATO-Schwesterpakt CENTO.
– Der Geheimdienst SAVAK wurde aufgelöst; einige seiner Funktionäre bestraft; eine Zusammenarbeit mit CIA findet nicht mehr statt.
– Diplomatische Beziehungen zu den USA und zu reaktionären Staaten wie Südafrika, Jordanien, Marokko und zum zionistischen Israel wurden abgebrochen. Enge Verbindungen gibt es dagegen zur PLO, die ihrerseits ihre konsequente Unterstützung für die iranische Revolution bekundete. Die „Islamische Republik Iran" erklärt sich als mit allen Befreiungsbewegungen freundschaftlich verbunden.
– Innenpolitisch fand tendenziell eine Demokratisierung statt; revolutionäre Volksorgane entstanden (Pasdaran, Komitees, Räte etc.) und revolutionäre

39) 1976 hatten die ausländischen Kapitalinvestitionen im Iran den Stand von 5,2 Milliarden Dollar erreicht. Über die Beteiligung des multinationalen Kapitals in der iranischen Wirtschaft siehe Mostafa Danesch, Die innenpolitische Entwicklung im Iran, in: „Blätter", 9/1978.

40) Allein in den letzten 6 Jahren seiner Herrschaft kaufte der Schah insgesamt für mehr als 60 Mrd. Dollar Rüstungsmaterial. Hinzu kam, daß das Schah-Regime den mehr als 80 000 im Iran stationierten US-Militär- und „Zivil"-Beratern Bewegungsfreiheit in der iranischen Armee und Wirtschaft gewährte. Ein Vergleich mit den Deviseneinnahmen des Iran aus dem Erdöl innerhalb der letzten 6 Jahre der Schah-Herrschaft, insgesamt ca. 110 Mrd. Dollar zeigt, daß in der gleichen Zeitspanne weit über 84 Mrd. Dollar allein durch Waffeneinkäufe und Bezahlung der Berater in die Kassen der ausländischen Mächte flossen. Die restlichen ca. 24 Mrd. Dollar wurden durch die Importe aus dem Ausland verschlungen.

41) Zwischen 1954 und 1978 wurden aus dem Iran mehr als 20 Milliarden Barrel Rohöl exportiert. Der Wert dieses Erdöls beträgt über 500 Milliarden Dollar. Dem Iran kam von dieser gigantischen Summe in der gleichen Zeitspanne ein Buchteil zugute. Diese in Relation zum Gesamtgewinn schon niedrigen Profite wurden dann noch in Waffenlieferungen und Importe umgesetzt. Die Anglo-Iranian-Oil-Company (AIOC) erzielte in den Jahren 1905–1932 insgesamt 171 Mio. Pfund Sterling Reingewinn, davon erhielt der Iran nur 11 Mio. Der Reingewinn der AIOC in den Jahren 1914 bis 1950 betrug 5 Milliarden Dollar. Der 8%ige Anteil, der in den Iran floß, war kaum nennenswert.

Organisationen sowie die Gewerkschaften können arbeiten.
– Auf sozialpolitischem Gebiet gab es Verbesserungen: der Mindestlohn für Arbeiter wurde verdoppelt, ein 44-Stunden-Arbeitsgesetz verabschiedet, Komitees zur Alphabetisierung und zum Aufbau des Landes sowie einer gerechten Lebensmittelversorgung der Mittellosen entstanden.

Sicherlich, einige dieser Errungenschaften sind noch ungenügend entwikkelt, manche stehen erst auf dem Papier, auch Fehler wurden begangen. Dennoch, sie bieten die Basis dafür, daß die iranische Revolution ihre selbstgesteckten Ziele erreicht, Freiheit, Unabhängigkeit, sozialen Fortschritt.

Daneben hat die iranische Revolution mit einer Reihe von ökonomischen Problemen zu kämpfen.

Große Probleme sind z. B. die hohe Arbeitslosigkeit, schätzungsweise über 2 Millionen, die Inflationsrate, die bei 30–40% liegt, Teuerungsraten im Bereich der Lebensmittel von ca. 170%, drastischer Rückgang der Produktivität (ca. 50%), Versorgungsengpässe bei manchen Nahrungsmitteln wie Fleisch, Zucker etc. Devisenknappheit durch drastischen Rückgang der Ölproduktion[42]; alles Probleme, die zum Teil Erbe des Schah-Regimes, zum größten Teil aber durch die Interventions- und Putschgelüste, Boykottmaßnahmen der ausländischen Mächte, den Aggressionskrieg des Irak gegen den Iran, die inneren konterrevolutionären Kräfte, zum Teil auch durch die revolutionären Wirren und nicht zuletzt die Unerfahrenheit und Fehler des Revolutionsregimes verursacht worden sind.

Festzuhalten bleibt:

Das, was der Iran so lange Zeit für die USA und die westliche Welt war, wird er nie wieder sein:

– Eine militärische Säule zur Bekämpfung der Befreiungsbewegungen im ölreichen Gebiet des Persischen Golfes, die die „Sicherheit" der Öltankerrouten und „US-Hegemonie" über die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens und des Indischen Ozenas garantieren konnte.
– Der zweitgrößte Ölexporteur, verläßlich sowohl für den Westen als auch für Israel und Südafrika. Erinnert sei an den Oktoberkrieg 1973 (Jomkippur-Krieg), in dem der Schah Israel gigantische Ölmengen lieferte.
– Eine Militärmacht, die politisch als stabilisierender Faktor für Saudi-Arabien, Öl-Emirate und Pakistan fungierte.
– Spionagezentrum der USA zur Einkreisung der Sowjetunion und zur Kontrolle der gesamten Region des Indischen Ozeans.

Die Strategie der USA

Die USA hielten dem Schah-Regime buchstäblich bis zur letzten Minute die

42) Die tägliche Ölproduktion unter dem Schah betrug 5,6 Mio. Barrel. Die Förderung des Erdöls wurde nach der Revolution auf die Hälfte reduziert. Trotzdem war durch Preiserhöhung das Devisenaufkommen des Iran aus dem Erdöl konstant geblieben. Heute wird, besonders beeinflußt durch den irakisch-iranischen Krieg, weit weniger produziert.

Stange. Noch am 10. Januar 1979 wurde der US-Nato-General Huyser in den Iran geschickt. Sein Auftrag: er soll die drohende Revolution mit allen Mitteln verhindern helfen. So kabelt er nach Washington: „Die Aktionen, die ich vorantreibe, sind Streikbruch durch Einsatz von Militär beim Zoll, bei der Ölförderung, bei den Banken. Auf allen drei Gebieten haben wir Fortschritte gemacht . . . Ich habe Bachtiar ermutigt, diese Schritte zu unternehmen. Er hat Bereitschaft gezeigt, aber ich würde gerne das Tempo beschleunigen. Wenn das nicht klappt, müssen wir zu einer direkten militärischen Übernahme kommen . . ."[43]). Die Revolution konnten weder Huyser, noch die US-gedrillten Elitetruppen des Schah, noch sein letzter Statthalter Bachtiar verhindern. Die USA verloren damit einen ihrer treuesten Vasallen, den US-Polizisten am Golf, die unvorstellbare Profitquelle Iran. Seit dem Sieg des vietnamesischen Volkes war dies der schwerste Schlag gegen die USA.

Verständlich also, daß die Vereinigten Staaten seit dem Sturz des Schah-Regimes nicht unversucht ließen, den revolutionären Prozeß in Iran rückgängig zu machen:

1) Die direkte militärische Intervention: Am 25. April scheiterte das amerikanische Militärunternehmen in der Wüste von Tabas, angeblich zur sogenannten „Geiselbefreiung" inszeniert, in Wirklichkeit sollte es jedoch den Auftakt für einen geplanten Militärputsch in Iran bilden. Die CSU-Monatszeitschrift „epoche" schreibt dazu in seltener Offenheit: „Am 25. April 1980 scheiterte dann die amerikanische Aktion zur Befreiung der Geiseln, wobei als Begründung technische Mängel und das Fehlern von Staubfiltern an den Hubschraubermotoren angegeben wurde. Dies war nie glaubhaft . . . Beteiligt an dem Unternehmen waren nicht nur die Hubschrauber des Flugzeugträgers Nimitz . . ., sondern auch eine Bodenstreitmacht von über 2000 Exiliranern und Amerikanern, die am 25. April in der Nähe von Teheran bereits Stellung bezogen hatte, sowie zahlreiche Kommandoeinheiten innerhalb Teherans, die strategisch wichtige Positionen besetzt, die Botschaft abgeschirmt und anderswo in der Stadt Ablenkungsmanöver durchgeführt hätten . . ."[44]) Weitere direkte Militärcoups behalten sich die USA vor . . .

2) Die Unterstützung konterrevolutionärer Kräfte in Iran:
Mit der Besetzung der US-Botschaft in Teheran kamen zahlreiche Dokumente ans Tageslicht, die die Interventionspolitik des CIA enthüllen und beweisen. Ein Zellentrakt im Keller der Botschaft, Waffen, Druckmaschinen für iranisches Falschgeld, zahlreiche gefälschte Dokumente und Pässe (u. a. der BRD-Paß des CIA-Mannes O'Keefe, ausgestellt auf Josef Markus Schneider). Querverbindungen zu Terrororganisationen wie „Forghan" und separatistischen Organisationen in Gebieten mit nationalen Minderheiten wurden bloßgelegt, führende Persönlichkeiten in Iran (Amir Entezam) als CIA-Agenten entlarvt[45]).

---

43) Opperskalksi, Iran gestern und heute, Dortmund 1980, S. 81 f.
44) epoche, Nr. 4/1981, S. 13.
45) Opperskalski, Iran gestern und heute, S. 7 ff. In diesem Buch sind zahlreiche Originaldokumente des CIA, die in der US-Botschaft gefunden wurden, faksimiliert.

3) Die politische Unterstützung aller Kräfte des iranischen liberalen Bürgertums:
Dies wird allein durch die weltweit entfachte Kampagne gegen die iranische Revolution, die revolutionären Kräfte des Landes und die wohlwollende Berichterstattung über die Aktivitäten von Personen wie Bachtiar oder Bani-Sadr deutlich.

4) Die Unterstützung sektiererischer Organisationen, um Spaltungstendenzen, Terror und Bürgerkrieg zu provozieren:
So schrieb der Sicherheitsberater Carters, Brzezinski, einen vertraulichen und zugleich aufschlußreichen Brief an das US-Außenministerium, datiert vom 6. August 1979: „Der Präsident betonte auch, daß es hinsichtlich der Unvorhersehbarkeit der zukünftigen Entwicklung in Iran ebenso wichtig ist, Kontakte mit den Führern aller politischen Strömungen und Organisationen ohne Ausnahme aufzunehmen – *einschließlich der Minderheiten und der extremistischen Gruppen, die in der Lage sind, einen bewaffneten Aufstand gegen Chomeinis Regime zu provozieren . . .*"[46]) In diesem Zusammenhang spielt die Organisation der „Volksmodjahedin"[47]) eine besonders unrühmliche Rolle. Sie wurde 1965 gegründet und begann 1971 mit dem bewaffneten Kampf gegen das Schah-Regime. Ihre Ideologie war der Versuch einer Verbindung lateinamerikanischer Stadtguerillakonzeptionen mit islamischen Vorstellungen und revolutionären und antiimperialistischen Positionen. So unterstützte sie nach dem Sieg der Revolution auch zu Anfang die antiimperialistische Linie Chomeinis und die islamischen und anderen revolutionären Kräfte, die sich um diese Linie gruppierten. Der Einfluß der „Modjahedin" war jedoch auf Teile des Kleinbürgertums und der Intelligenz beschränkt.

Die fatale Überschätzung ihres Einflusses und der Rolle ihrer Organisation (so bezeichnen sich die „Modjahedin" selbst „als einzig konsequent revolutionäre Organisation") führte sie schließlich in eine scharfe Auseinandersetzung mit den anderen revolutionären, besonders islamischen, Kräften. In ihrem Kampf gegen die „Islamisch-Republikanische Partei" verstiegen sie sich schließlich zu folgender Behauptung: „Die Pflicht jedes Moslems besteht darin, alle Kräfte unter die Führung der Organisation (gemeint sind die „Modjahedin", d. Verf.) zu stellen. Jeder Moslem, der außerhalb dieser Organisation (andere) Organisationen gründet oder die Bevölkerung zu einer anderen Organisation oder anderen Gruppe aufruft, ist ein Verräter und ein Feind des Islam."[47]) (Zahlreiche weitere Zitate ähnlicher Stoßrichtung ließen sich noch anfügen.) Damit waren die herrschenden islamischen Kräfte, ja alle anderen revolutionären Organisationen zu „Feinden" geworden, die man vorerst noch politisch bekämpfte: „Die Tudeh-Partei Irans, die Islamisch-Republikanische Partei, die kämpfende Moslemische Bewegung und die Organisation der Volksfedajin/Mehrheit bilden eine ‚Einheitsfront der Reaktion'![48]) Gleichzei-

46) Ebd., S. 31.
47) Zit. n. einer Erklärung der „Modjahedin", Archiv. d. Verf.
48) „Mojiahed", Organ der Modjahedin, Nr. 103, Januar 1/1981.

tig forderten die „Modjahedin" als nach eigener Einschätzung „einzig konsequent revolutionäre Organisation" die entscheidenden Machtstellen in Staat und revolutionären Institutionen für sich. Als ihnen dies verwehrt wurde und ihre gesellschaftliche Isolierung wuchs, schwenkten sie ganz auf die Unterstützung Bani-Sadrs um, über den sie nun versuchten, an die Hebel der Macht zu gelangen. Vergebens, die Weiterentwicklung der iranischen Revolution brachte eine immer konsequentere Entmachtung aller Kräfte des liberalen Bürgertums mit sich und schließlich den Sturz Bani-Sadrs. Bani-Sadr und sein Gefolgsmann Masud Radjiawi, der „Chef" der „Modjahedin" flohen nach Paris ins Exil. Nun hatte ihr politisches Sektierertum und ihre machtorientierte Intentionen die „Modjahedin" von der politischen Auseinandersetzung zum konterrevolutionären Terrorismus getrieben. Die „Modjahedin" erklären offen „den bewaffneten Kampf gegen das faschistische Chomeini-Regime" und brüsten sich zahlreicher Attentate und Anschläge gegen revolutionäre Politiker und Institutionen des Iran. Das Bombenattentat vom 28. Juni 1981 auf das Hauptquartier der Islamisch-Republikanischen Partei, bei dem 72 Spitzenpolitiker ermordet wurden, geht nach Regierungsangaben auf das Konto der „Modjahedin". Bis heute haben sie sich davon nicht distanziert. Ihr Freund Bani-Sadr konnte seine offene Sympathie für den Terror nicht unterdrücken: „Wenn man einen Präsidenten (gemeint ist Bani-Sadr, d. Verf.) absetzt, den das Volk gewählt hat, darf man sich nicht wundern, wenn die Antwort eine Explosion ist!"[49])

Die „Modjahedin" möchten einen Bürgerkrieg herbeibomben, der in Iran ein „zweites Vietnam" entstehen ließe[50]), wie sie hoffen; dann würden sie wie ein revolutionärer Phönix aus der Asche eines verbrannten Landes und einer verbrannten Revolution entsteigen und die Macht an sich reißen können. Damit sind sie zum Spielball der Konterrevolution und des Imperialismus geworden. Eine Organisation mit anfänglich revolutionären und antiimperialistischen Zielen verwandelte sich durch politisches Sektierertum und Machtgier in ein Instrument der konterrevolutionären Strategie des Pentagon, die der Ex-Sicherheitsberater Brzezinski in seinem Brief an das US-Außenministerium ja so klar entworfen hatte . . .

Die Strategie des Terrors gegen das Revolutionsregime in Teheran läßt das Karussell des Bombenterrors und der Mordanschläge immer schneller drehen. Nach dem Attentat auf das Hauptquartier der „Islamisch-Republikanischen Partei" folgten weitere Anschläge: 5. August 1981 – Das führende IRP-Mitglied, der Parlamentsabgeordnete Hassan Ayat, wird auf offener Straße erschossen. 30. August 1981 – Bei einem Bombenattentat auf den Sitz des Ministerpräsidenten finden u. a. Staatspräsident Rajai und Ministerpräsident Bahonar den Tod. 5. September 1981 – Bei einem Bombenattentat in seinem Amtssitz im Zentrum von Teheran findet Generalstaatsanwalt Godousi den Tod. Diese Aufzählung läßt die vielen Opfer – darunter zahlreiche unbeteiligte Zivilisten –, die der tägliche Terror fordert, unerwähnt.

49) „Der Spiegel" v. 3. 8. 1981.
50) „Mojiahed", Organ der „Modjahedin", Nr. 103, 1/1981.

Das strategische Ziel aller konterrevolutionären Gruppen ist ein Bürgerkrieg in Iran. Nahezu tägliche Terroranschläge sollen die Bevölkerung verunsichern, eine Atmosphäre der Angst und der Unzufriedenheit als politischen Nährboden für die Konterrevolution entstehen lassen. So kann die Reaktion der Regierung, die des Terrorismus Angeklagten zu verhaften und hinzurichten, nicht verwundern. Es ist jedoch anzumerken, daß die Hinrichtungen bloßer Mitglieder und Sympathisanten sektiererischer Organisationen wie der „Modjahedin" es allen ehrlichen und aufrichtigen Anhängern dieser Gruppen nahezu unmöglich macht, sich vom Kurs ihrer Führung zu trennen. Daher hat Chomeini auch eine deutliche Warnung an die Revolutionsgerichte erlassen, von jeder Form der Rachejustiz und übertriebener Härte abzusehen.

5) Die irakische Aggression gegen den Iran paßt haargenau in die Strategie des US-Imperialismus gegen die iranische Revolution. So ist es das selbstgesteckte Kriegsziel des irakischen Staatschefs Saddam Hussein, dem „Chomeini-Regime das Genick zu brechen". Genutzt hat dieser Krieg weder dem irakischen, noch dem iranischen Volk, profitiert haben einzig und allein das Pentagon und Israel: mit dem Aggressionskrieg wurde vom Kampf der arabischen Bevölker gegen Israel abgelenkt; so bekam es freiere Hände zu Überfällen auf Libanon und die dort lebenden Palästinenser. Die amerikanische Präsenz am Golf konnte drastisch erhöht werden, inzwischen verfügen die USA über Militärstützpunkte in Somalia und Oman, in Ägypten trainieren US-Elite-Soldaten mit der ägyptischen Armee, AWACS-Spionageflugzeuge sollen an Saudi-Arabien geliefert werden und eine riesige Kriegsschiffarmada schwimmt im Indischen Ozean, bereit, jederzeit einzugreifen . . .

Nachdem die US-Interventionen von außen gescheitert sind, scheint sich das Gewicht nun jedoch auf die innere Destabilisierung zu verlagern. Die größte Gefahr für die iranische Revolution geht von einem Bürgerkrieg aus – von wem immer er angezettelt werden mag.

Neue Sonderdrucke aus den „Blättern":

Gert Bastian, „Aspekte der Friedenspolitik", Notwendige Anmerkungen zum NATO-Doppelbeschluß in der Darstellung der Bundesregierung (Sonderdruck 269)

Ulrich Albrecht, Disengagement, atomwaffenfreie Zone, Neutralisierung. Alternativen zur gegenwärtigen Sicherheitspolitik der Bundesrepublik (Sonderdruck 267)

10 Exemplare (Mindestabnahme) 12,– DM, 50 Exemplare 45,– DM, 100 Exemplare 75,– DM. Inkl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten. Bestellungen über den Verlag.

Pahl-Rugenstein Verlag

„Global 2000" – Vorzüge und Mängel der amerikanischen Weltstudie

Von Edgar Gärtner

Die „Blätter" berichteten im Augustheft über die Hauptaussagen der amerikanischen Weltstudie *Global 2000*[1]). Im Anschluß daran sollen nun die Leistungen und Defizite dieser Studie diskutiert werden.

Erschöpfte sich *Global 2000* darin, nun in einer regierungsamtlichen Version jene in der Grundtendenz eher lähmenden als mobilisierenden Kassandra-Rufe zu wiederholen, mit denen im vergangenen Jahrzehnt vor allem der „Club of Rome" mit seinen „Weltmodellen" hervorgetreten ist, dann könnte man über diese Studie, deren erstmalige Veröffentlichung nun immerhin bereits über ein Jahr zurückliegt, vielleicht mit einem Achselzucken zur Tagesordnung übergehen; denn die Einsicht, „daß es so wie bisher nicht mehr lange weitergehen kann", gewinnt man inzwischen leichter in Biertischgesprächen und braucht nicht erst ein Heer führender Experten und große Computer zu befragen.

Tatsächlich unterscheidet sich die Studie *Global 2000* in ihrer breiten Anlage jedoch von bisherigen Computer-Simulations-Modellen. Da ihre Veröffentlichung mit dem Ende der Amtszeit Carters zusammenfiel, wurde sie überdies (ungewollt) zu einer Art Vermächtnis an die Mannschaft seines Nachfolgers Reagan. Und die Tatsache, daß Reagan die Auslieferung der Studie durch das U.S. Government Printing Office stoppen ließ, weist unmißverständlich darauf hin, daß er diese Hinterlassenschaft seines Amtsvorgängers als unbequem empfindet. Offenbar laufen viele Aussagen von *Global 2000* und noch mehr gewisse Schlußfolgerungen, die man daraus ziehen kann, dem politischen Kurs Reagans zuwider. Wo liegen also die Fortschritte in *Global 2000* gegenüber bisherigen „Weltmodellen"? Wo liegen die Schwächen der neuen Studie? Welche ihrer Aussagen bereiten der Reagan-Administration Kopfschmerzen?

1. Vergleich mit bisherigen „Weltmodellen"

Zur besseren Erinnerung: Im März 1972, also bereits anderthalb Jahre vor dem „Ölschock" vom Herbst 1973, hatte der „Club of Rome", eine informelle internationale Vereinigung von Top-Managern und Koryphäen der Wissenschaft, die Weltöffentlichkeit durch die Veröffentlichung der am Massachusetts Insti-

1) Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten, Zweitausendeins, Frankfurt/M. 1980. – W. Rügemer, Die alarmierenden Prognosen von „Global 2000". Ein Bericht über die Weltstudie des amerikanischen Rates für Umweltqualität und des US-Außenministeriums, in: „Blätter" 8/1981, S. 927 ff.

tute of Technology (MIT) unter Leitung von D. Meadows erstellten Computersimulationsstudie „Die Grenzen des Wachstums"[2]) aus dem Traum von einer weltweiten nachindustriellen Wohlstandsgesellschaft aufgeschreckt. Die Hauptaussagen dieser Studie waren, grob zusammengefaßt, etwa folgende: Wenn tiefgreifende Veränderungen ausblieben, führe das exponentielle Wachstum der Bevölkerung und der Wirtschaft in den nächsten hundert Jahren in eine globale Katastrophe. Sollte es aber gelingen, den Rohstoffeinsatz je Einheit der Industrieproduktion durch Einsparungen und Recycling ab 1975 auf ein Viertel zu verringern und den Abbau wenig ergiebiger Lagerstätten zu meistern, werde es dennoch zum Kollaps kommen, diesmal allerdings infolge der Umweltverschmutzung. Gelänge es jedoch, die Umweltverschmutzung von 1975 an auf ein Viertel zu reduzieren, werde das Bevölkerungswachstum mit einer Verzögerung von lediglich 20 Jahren infolge einer globalen Nahrungsmittelkrise zusammenbrechen. Eine Katastrophe sei nur zu vermeiden, wenn es gelinge, ab 1975 die Weltbevölkerung zu stabilisieren und die Pro-Kopf-Industrieproduktion auf dem erreichten Niveau einzufrieren.

Diese Studie hat, wie aus wiederholten Meinungsumfragen hervorgeht, sicher erheblich zur umweltpolitischen Sensibilisierung eines Teils der Bevölkerung beigetragen, weil sie Probleme ansprach, die in der Nachkriegszeit aus Wunschdenken oder bewußter Schönfärberei fast systematisch unterbewertet bzw. verschwiegen worden waren. Sie hat aber auch viel Ratlosigkeit hinterlassen, weil sie aufgrund ihres undifferenzierten globalistischen Vorgehens, insbesondere der Nichtberücksichtigung der Unterschiede zwischen reich und arm, keine Ansätze bot für die Reformen, die sie provozieren sollte. So konnte es nicht ausbleiben, daß die Studie selbst in den Reihen des „Club of Rome" auf zahlreiche Einwände stieß.

Diese Einwände sollten durch das zweite „Weltmodell" des „Club of Rome", der unter der Leitung von M. Mesarovic und E. Pestel erstellten Simulationsstudie „Menschheit am Wendepunkt"[3]), die im Oktober 1974 vorgestellt wurde, entkräftet werden. Diese Studie trat bereits mit dem Anspruch auf, nicht nur als Denkanstoß für die Politiker und als Schockbehandlung für die breite Öffentlichkeit zu fungieren, sondern ein komplexes Analyse-, Prognose- und Planungsinstrument zu sein. Deshalb wurde hier die Welt nicht mehr als fiktive Einheit behandelt, sondern durch zehn hierarchisch gegliederte Regionalmodelle beschrieben. Nur die unteren Ebenen (geophysikalische und ökologische Umwelt, Technologie und Ökonomie) wurden fest programmiert, während die oberen Ebenen (Entscheidungs- und Normenebene) in Form alternativer Szenarios eingegeben werden können. So führten nun die verschiedenen Modelläufe nicht mehr in eine globale Katastrophe, sondern – entsprechend dem jeweils angenommenen Szenario – zu regional begrenzten

2) D. Meadows, Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972.

3) M. Mesarović/E. Pestel, Menschheit am Wendepunkt. 2. Bericht an den Club of Rome zur Weltlage, Stuttgart 1974.

Zusammenbrüchen oder auch zur Fortsetzung des Wirtschaftswachstums. Die Autoren dieser Studie forderten keinen generellen Wachstumsstopp, sondern einen „Generalplan für das organische Wachstum", dessen Erstellung und Realisierung allerdings eine „Weltregierung" vorausgesetzt hätte. Deshalb gab es auch nur regional begrenzte Versuche, dieses Modell für die praktische Politik nutzbar zu machen, so u. a. im Rahmen der 1973 von der EG-Kommission ins Leben gerufenen Aktion „Europa plus 30", von der heute allerdings niemand mehr spricht. Der bekannteste dieser Anwendungsversuche war das 1975 bei der Arbeitsgruppe um E. Pestel an der Technischen Universität Hannover vom damaligen bundesdeutschen Technologieminister Matthöfer in Auftrag gegebene „Deutschland-Modell"[4]), dessen Veröffentlichung im Jahre 1978 insbesondere durch die in ihm enthaltene Arbeitslosen-Prognose Aufsehen erregte.

1977 wurde das von A. O. Herrera, H. D. Scolnik u. a. an der argentinischen Barliloche-Stiftung erarbeitete „lateinamerikanische Weltmodell"[5]) veröffentlicht. Es unterscheidet sich in seinem Ansatz grundlegend von den beiden oben besprochenen Weltmodellen: Statt hochzurechnen, was passieren könnte, wenn es nicht zu tiefgreifenden Umwälzungen in Politik und Wirtschaft kommt, wurde hier simuliert, wie sich eine konsequente Ausrichtung der Wirtschaftsentwicklung aller Weltregionen auf die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse längerfristig auswirkt. Die argentinische Forschergruppe stellte fest, die Hauptprobleme, vor denen die Welt gegenwärtig stehe, seien nicht physischer, sondern soziopolitischer Natur. Sie beruhten auf der ungleichen Verteilung der Macht sowohl innerhalb der Nationen als auch zwischen ihnen. Der Verfall der physischen Umwelt sei keine unvermeidbare Folge des Fortschritts, sondern das Ergebnis einer Gesellschaftsorganisation, die auf Ausbeutung und Entfremdung beruht. Im Falle einer egalitären Einkommensverteilung könne die gesamte Menschheit innerhalb eines Zeitraums von etwas mehr als zwei Generationen einen ausreichenden Lebensstandard erreichen. Bereits bis zum Ende dieses Jahrhunderts könnten in den meisten Ländern der Dritten Welt die unerläßlichsten physischen und kulturellen Bedürfnisse befriedigt werden, und zwar nicht infolge eines Kapitaltransfers aus den hochentwickelten Ländern, sondern infolge gerechter Preise für die Produkte der armen Länder.

Vergleicht man den *Global 2000* Report mit den hier vorgestellten Weltmodellen (die übrigens in Teil III des Technischen Berichts neben anderen Weltmodellen, auf die hier nicht eingegangen werden kann, ausführlich kritisch gewürdigt werden), so fällt seine große Ähnlichkeit mit dem Ansatz von „Grenzen des Wachstums" auf. Von der MIT-Studie unterscheidet sich *Global 2000* hauptsächlich durch seine unvergleichlich viel breitere Datengrundlage und die damit einhergehende größere Detailliertheit und Differenziertheit, was

4) E. Pestel/R. Bauerschmidt/M. Gottwald/P. Möller/. W. Oest, Das Deutschland-Modell. Die Grenzen von Arbeit, Energie und Wirtschaft, Stuttgart 1978.
5) A. O. Herrera/H. D. Scolnik u. a.: Grenzen des Elends – Das Barliloche-Modell: So kann die Menschheit überleben, Frankfurt/M. 1977.

bei diesem Aufgebot führender „brain trusts" nicht weiter erstaunt. Die in *Global 2000* gegenüber dem ersten Weltmodell realisierten Fortschritte beschränken sich natürlich nicht auf die größere Zahl langer Zahlenkolonnen, eindrucksvolle Schaubilder und Diagramme. Vielmehr lassen sich auch interessante begriffliche Fortschritte ausmachen. So liegt der Studie ein differenzierter Ressourcen-Begriff zugrunde: Die Autoren stellen klar, daß es nicht gerechtfertigt ist, die biologischen Ressourcen generell als „erneuerbar" einzustufen. In Wirklichkeit sind die Tier- und Pflanzenarten die einzigen nicht erneuerbaren Ressourcen. Ihre Ausrottung ist unwiderruflich. Demgegenüber sind die gemeinhin als „nicht erneuerbar" bezeichneten nichtenergetischen mineralischen Ressourcen durch das Recycling der Abfälle wenigstens teilweise erneuerbar.

Aufgrund der größeren Differenziertheit ergeben sich interessante Gewichtsverschiebungen: Die Frage der mineralischen Ressourcen insgesamt, die in „Grenzen des Wachstums" hochgespielt worden war, erscheint in *Global 2000* als weniger dringend im Vergleich zum Problem der beschleunigten Abholzung der tropischen Regenwälder mit der massenhaften Ausrottung potentiell nützlicher Tier- und Pflanzenarten oder zum ähnlichen Problem der Zerstörung der Lebensräume wildwachsender Getreidevarietäten – Probleme, die in den bisherigen Weltmodellen überhaupt nicht erwähnt wurden.

Gewisse Fortschritte sind auch bei der Behandlung des Bevölkerungswachstums in den Entwicklungsländern feststellbar. Es wird zwar noch immer undifferenziert als die Hauptursache vieler Umweltbeeinträchtigungen wie etwa der Verschlechterung der Böden angesehen, aber nicht mehr losgelöst vom Problem der Armut behandelt, wie das US-Politiker und Privatorganisationen bis zur Weltbevölkerungskonferenz der UNO von 1974 wiederholt getan haben.

Diese Fortschritte gegenüber bisherigen „Weltmodellen" und politischen Positionen gehen jedoch einher mit ernsten methodischen Mängeln, wobei sich die eher technisch bedingten Unzulänglichkeiten abgrenzen lassen von Fehlleistungen und Schwächen, die auf den politischen Auftrag von *Global 2000* zurückzuführen sind. Ohne an dieser Stelle die vielfältigen methodischen Probleme der Teilmodelle in *Global 2000* und ihrer Vorläufer in den Modellen des „Club of Rome", die in Teil II des Technischen Berichts zu *Global 2000* mit einer überraschenden Offenheit diskutiert werden, eingehender untersuchen zu können, kann die erste Kategorie von Mängeln hier nur kurz charakterisiert werden: Die insgesamt elf relativ detaillierten Teilmodelle konnten nur unzureichend oder überhaupt nicht miteinander verknüpft werden, da sie von verschiedenen Behörden zu unterschiedlichen Zeitpunkten aufgrund unterschiedlicher Methoden und Annahmen und für voneinander abweichende Zielsetzungen erstellt wurden. Die Teilmodelle konnten also nicht zu einem konsistenten Gesamtmodell integriert werden. Viele der Einzelprognosen wurden so, wie die Autoren selbst eingestehen, wechselseitig unverträglich. Zwar untersucht die Studie verschiedene Wechselwirkungen zwischen den

zehn Teilmodellen über die Entwicklung der Bevölkerung, des Bruttosozialprodukts, des Klimas, der Technologie, der Nahrungsmittel, der regenerierbaren Ressourcen (Wasser, Fischerei, Forstwesen), der Energie, der Energieabfälle, der fossilen Brennstoffe und der nichtenergetischen Mineralien und auch sehr detailliert deren Auswirkungen auf die Umwelt, wenn auch nicht in Form formalisierter Modelle. Es gibt aber keine Rückkopplung zwischen den festgestellten bzw. geschätzten Umweltauswirkungen und dem Verlauf der Hochrechnungen der Bevölkerung, des BSP usw. Mögliche Rückwirkungen der Umweltbedingungen werden im Abschnitt „Die Kreise schließen" (S. 811ff.) lediglich angedeutet. Infolge der Vernachlässigung dieser Rückwirkungen und der Doppelzählung von Ressourcen dürften die Prognosen der Studie, sofern man an der ihnen zugrunde liegenden Annahme des Ausbleibens radikaler institutioneller und technischer Wandlungen festhält, insgesamt eher zu optimistisch ausgefallen sein.

2. *Die politisch bedingten Mängel der Studie*

Die Autoren von *Global 2000* sind sich der ihnen auferlegten Beschränkungen durchaus bewußt: „Der Auftrag von *Global 2000* lautete, sich auf Trends und Veränderungen und nicht auf Ziele zu konzentrieren. Die Studie . . . bezog sich auf biologisch-physikalische Fragen und nicht auf soziale, politische und ökonomische Vorgänge. Zwar wurden ökonomische Überlegungen in begrenztem Umfang eingeführt, um die einzelnen Prognosen besser miteinander zu verknüpfen, doch blieben ökonomische, politische und soziale Überlegungen im wesentlichen außerhalb des Untersuchungsrahmens." (S. 912) Desgleichen wurden normative Ansätze nach Art des lateinamerikanischen „Weltmodells" ausdrücklich ausgeklammert.

Dabei entsteht jedoch ein Widerspruch, der die ganze Studie durchzieht: Einerseits gilt *Global 2000* als „erste regierungsamtliche Studie", welche die drei Problembereiche Bevölkerungsentwicklung, Ressourcenerschöpfung und Umweltverschlechterung „unter einer relativ langfristigen globalen Perspektive angeht" (S. 108), um als Grundlage für eine vorausschauende politische Planung dienen zu können, andererseits stellen jedoch die Autoren selbst fest: „Da nur eine einzige politische Option und keine Veränderung der Politik analysiert wurde, bietet die Studie keine angemessene Grundlage für detaillierte politische Empfehlungen." (S. 110)

Trotz unverkennbarer begrifflicher Fortschritte geht der analytische Wert der Studie also insgesamt nicht über den einer ausführlichen Bestandsaufnahme hinaus. Zudem sind die meisten Kapitel (mit Ausnahme des etwas aus dem gewählten Rahmen herausfallenden umfangreichen Umwelt-Kapitels) bei aller Datenfülle nicht einmal detailliert genug, um als Grundlage für eine Analyse der tieferliegenden gesellschaftlichen Ursachen der dargestellten Symptome dienen zu können. Aber liegt der Hauptzweck von Weltmodellen nicht darin, eine Darstellung der Gegenwartsprobleme aus der Vogelperspektive zu ermöglichen? Entspricht das globale Herangehen nicht zutiefst dem ökolo-

gischen Ansatz, die Biosphäre als eine unteilbare Einheit zu begreifen? Das ist sicher richtig. Richtig ist aber auch, daß man auch aus der Vogelperspektive letztlich nur das sieht, was man sehen möchte.

Wie die bisherigen „Weltmodelle" (ausgenommen das lateinamerikanische), geht der *Global 2000* Report jedoch von der Illusion aus, gesellschaftliche und politische Probleme könnten völlig „wertfrei" identifiziert werden, und es bleibe dann den jeweiligen politischen Entscheidungsträgern überlassen, daraus die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen. In Wirklichkeit wird jedoch jede Krisendiagnose, wie nicht zuletzt das lateinamerikanische „Weltmodell" gezeigt hat, von vornherein von der Art der ins Auge gefaßten Abhilfemaßnahmen beeinflußt. Deshalb ist die vielgeschmähte Froschperspektive in bestimmten Situationen vorzuziehen – insbesondere, wenn es gilt, sich in die Lage der von einer Krise am schwersten Betroffenen zu versetzen, um ihre Probleme und Handlungsweisen verstehen zu lernen und daraus realistische Lösungsstrategien ableiten zu können.

Darum ist die Feststellung nicht unwichtig, daß der *Global 2000* Report bestimmt nicht als Handbuch für Volksbewegungen in der Dritten Welt oder für Bürgerinitiativen in den Industrieländern geschrieben wurde. Die globalistische Herangehensweise diente hier vielmehr dazu, die krisenhaften Entwicklungen (oder vielmehr deren Symptome) in einer Form vorzustellen, daß ihre Lösung unwillkürlich als Angelegenheit von Spezialisten erscheint. Auch wenn *Global 2000* auf dem „grünen" Markt zu einem Bestseller geworden ist, stellt er in erster Linie eine Datensammlung für die Technokraten nationaler und internationaler Institutionen und für die Manager der multinationalen Konzerne dar. (Diese Einschätzung wird bestätigt durch die kürzlich in der BRD veröffentlichte Studie „*Global Future*"[6]), welche aus *Global 2000* die nötigen Handlungsanweisungen für die USA ziehen soll.) Das wird auch deutlich, wenn wir die Art und Weise, in der die Autoren von *Global 2000* im Kapitel über Nahrungsmittel und Landwirtschaft (S. 243ff.) das Problem der in Südasien, Afrika und Lateinamerika drohenden Hungerkatastrophe behandeln, mit der 1978 erschienenen Studie „Vom Mythos des Hungers" der amerikanischen Autoren Joseph Collins und Frances Moore-Lappé[7]) vergleichen.

Collins und Moore-Lappé kamen in ihrer reich dokumentierten Untersuchung ohne Computer aus. Dafür machten sie sich die Mühe, die verfügbaren Welthandelsstatistiken auf Länderebene zu vergleichen und viele Daten „vor Ort" zu sammeln. Im Gegensatz zum globalistischen Herangehen erlaubte ihnen ihre Vorgehensweise, zu den wirklichen Ursachen der beunruhigenden Krisensymptome vorzustoßen. Sie demonstrieren an etlichen Beispielen, daß die Bebauung und Zerstörung empfindlicher Böden nicht direkte Folge einer Überbevölkerung ist: So gehörten in El Salvador, das zum größten Teil aus steilen Bergen besteht, die fruchtbarsten Böden auf den weniger steilen vul-

6) Global Future. Es ist Zeit zum Handeln. Hrsg. v. A. Bechmann/G. Michelsen, Freiburg i. Br. 1981.
7) J. Collins/F. Moore-Lappé, Vom Mythos des Hungers. Die Entlarvung einer Legende: Niemand muß hungern, Frankfurt/M. 1978.

kanischen Hängen, in den Flußtälern und in der Küstenebene seit der spanischen Eroberung einer Handvoll Großgrundbesitzern, die dieses Land ausschließlich für Exportkulturen wie Baumwolle, Zucker und Kaffee und als Weideland für ebenfalls hauptsächlich in die USA exportierten Rinder nutzten. Etwa 350 000 arme Campesinos hingegen mußten sich mit den verbleibenden stark erosionsgefährdeten Steilhängen begnügen, die sie z. T. bereits nach einem einzigen mageren Jahresertrag aufgeben mußten. In Brasilien gehören nur einem Prozent der Farmen über 43% des gesamten bebaubaren Landes, und zwar das beste. 50% aller Farmen hingegen teilen sich weniger als 3% des bebaubaren Landes, und über 7 Mio. ländliche Familien besitzen überhaupt kein Land. Um der naheliegenden Forderung nach einer demokratischen Bodenreform entgegenzutreten, begann die Militärregierung, die arme Landbevölkerung ins Amazonasbecken umzusiedeln, das zu 98% für eine dauernde Bewirtschaftung ungeeignet ist. Dabei besitzt Brasilien soviel Ackerland, daß jeder Familie zehn Acres zur Verfügung stünden.

Collins und Moore-Lappé wiesen auch nach, daß Unterernährung und Wüstenausbreitung keine direkte Folge widriger Witterungsverhältnisse sind; denn die Exporte von Rindfleisch und Gemüse aus dem Sahel-Gebiet erreichten während der großen Trockenheit zu Beginn der 70er Jahre Rekordhöhen. Sie zeigten auf, daß alle Hungerländer der Erde Nettoexporteure von landwirtschaftlichen Produkten sind. Die in vielen Entwicklungsländern zu verzeichnenden Ertragssteigerungen der Landwirtschaft dienten jedoch lediglich einer kleinen reichen Minderheit, während sich die Ernährungssituation der Bevölkerungsmehrheit aufgrund ihrer unzureichenden Kaufkraft verschlechterte. Die Experten internationaler Organisationen mußten sich dann den Kopf darüber zerbrechen, wie man die Nahrungsmittelüberschüsse auf dem Weltmarkt beseitigen könnte.

Collins und Moore-Lappé räumten auch mit dem Mythos auf, landwirtschaftliche Produktionssteigerungen in den armen Ländern seien nur durch den Einsatz von teurem und energieaufwendig hergestelltem Kunstdünger zu erreichen. Sie verwiesen stattdessen auf die Bedeutung des Mischanbaus und einer richtigen Fruchtfolge, bei der dem Boden durch den Anbau von Hülsenfrüchten Stickstoff zugeführt wird. Außerdem könne die Verwertung der Abfälle von Tieren, Pflanzen und den Menschen durch die Biovergasung gleichzeitig Energie und sechs- bis achtmal mehr Pflanzennährstoffe liefern, als die Entwicklungsländer vor der „Ölkrise" in Form chemischer Düngemittel erhielten. An praktischen Beispielen demonstrierten sie, daß sich alle Entwicklungsländer selbst ernähren könnten, wenn die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, die die Armen daran hindern, ausreichend Nahrung für eigenen Bedarf zu produzieren, durch eine von der Initiative der Volksmassen selbst getragene Bodenreform beseitigt werden.

Collins und Moore-Lappé konnten ihre Problemdiagnose mit einem begründeten Optimismus vortragen; denn schließlich geht eine durchgreifende, nicht durch falsche Rücksichtnahme gegenüber bestehenden Privilegien

verwässerte Landreform schneller über die Bühne als der Abbau einer vermeintlichen Überbevölkerung. Diesen Weg muß man jedoch von vornherein aus seinen Überlegungen ausschließen, wenn man die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt mit dem Terrorismus gleichsetzt und hinter jeder Volksbewegung für eine konsequente Bodenreform (wie derzeit in El Salvador) gleich die Russen wittert.

Die Autoren von *Global 2000* konnten sich auf eine vergleichbar vorurteilsfreie Suche nach den Ursachen der von ihnen beschriebenen bedrohlichen Entwicklungen nicht einlassen. Sie hätten dann nämlich fragen müssen, inwieweit das gegenwärtige Elend in den Entwicklungsländern der bisherigen US-Politik und der Tätigkeit multinationaler Konzerne zuzuschreiben ist. Deshalb findet man keinen Hinweis auf solche Konzerne wie etwa Del Monte, die die lateinamerikanischen Landarbeiter und Vertrags-Landwirte dazu zwingen, für Hungerlöhne auf den besten Böden ernährungsphysiologisch nutzlose Luxusprodukte wie Spargel, Erdbeeren, Tomaten und Schnittblumen anzubauen, während der Anbau der billigen und nahrhaften und zugleich ökologisch wertvollen traditionellen Volksnahrungsmittel wie Bohnen stark eingeschränkt wird. Es findet sich auch kein Hinweis auf das US-amerikanische Gesetz P.L. 480, das es ermöglichte, die amerikanischen Getreideüberschüsse der Nachkriegszeit zu Dumping-Preisen in traditionellen Selbstversorger-Ländern abzusetzen, um deren Bauern zu ruinieren und somit einen dauerhaften Absatzmarkt für die großen amerikanischen Getreidegesellschaften wie Cargill u. a. zu schaffen.

Die Autoren der Studie sind immerhin so ehrlich, zuzugeben, daß einer Ausweitung der Nahrungsmittelproduktion in den unterentwickelten Ländern keine physischen, sondern ökonomische Hindernisse entgegenstehen. Als solche sehen sie aber vorwiegend die als selbstverständlich angenommene wachsende Abhängigkeit von teurem Rohöl und Kunstdünger. Trotz der angedeuteten Differenzierungen legen sie den Schluß nahe, die Übernutzung von Böden sei hauptsächlich auf die Bevölkerungsexplosion zurückzuführen.

Die Notwendigkeit von Landreformen wird an verschiedenen Stellen immerhin eingeräumt, aber lediglich als Aufgabe der etablierten Regierungen und nicht der Völker selbst gesehen. Auch die Möglichkeit einer weniger von Kunstdünger und Pestiziden abhängigen und dafür arbeitsintensiveren Landwirtschaft wird angedeutet. Ihre Untersuchung mußten die Autoren jedoch aufgrund des gewählten Modellansatzes ausschließen. Man fragt sich deshalb, wo die nun zum wiederholten Male angewandte Kassandra-Methode überhaupt ihre Rechtfertigung findet, da sie offenbar nichts anderes zutage fördern kann als das, was man von vornherein weiß oder zu wissen glaubt, d. h. nur Vorurteile bestätigt, die bereits in den Modellansatz eingegangen sind: Die USA erscheinen nach allem Rechenaufwand mit ihren Weizenüberschüssen wieder als die einzige Hoffnung der Hungernden, obwohl sie in Wirklichkeit der größte Importeur von Nahrungsmitteln aus den armen Ländern sind, und die Länder der Dritten Welt erscheinen weiterhin in der Po-

sition von Almosenempfängern – eine Auffassung, die von US-Politikern seit Jahren wiederholt wird, um der Forderung nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung mit Erpressungsdrohungen zu begegnen. „Weizen als Waffe" ist schließlich kein bloßes Schlagwort . . .

Die erneute Begründung des US-amerikanischen Vormachtsanspruchs war wohl der eigentliche Zweck der ganzen Übung; denn bereits in den der Studie vorangestellten Schlußfolgerungen heißt es, die USA müßten in einer „neuen Ära der Zusammenarbeit und gegenseitigen Verpflichtung die Führung übernehmen" (S. 31) – und das, obwohl die USA aufgrund ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse den Hunger bisher nicht einmal bei sich selbst besiegen konnten! Auf die näherliegende Idee, die Völker selbst entscheiden zu lassen, wie sie ihre Lebensweise mit ihren jeweiligen Umweltbedingungen in Einklang bringen möchten, sind die Autoren von *Global 2000* nicht gekommen.

Es erscheint durchaus nicht als abwegig anzunehmen, die Art, wie die Bevölkerungs-, Ressourcen- und Umweltprobleme der amerikanischen Bevölkerung bisher vorwiegend vermittelt wurden, habe nicht unwesentlich zur Veränderung des politischen Klimas in den USA, die sich schließlich in der mehrheitlichen Befürwortung des ebenso harten wie perspektivlosen Kurses Ronald Reagans und der hinter ihm stehenden gesellschaftlichen Kräfte äußerte, beigetragen. Schließlich zeigte bereits Jimmy Carter, daß es möglich ist, die Beschwörungen des nahenden Weltuntergangs infolge der Bevölkerungsexplosion und der Umweltzerstörung über Nacht durch nicht weniger dramatische Warnungen vor einem sowjetischen Rüstungsvorsprung zu überblenden, weil es ziemlich gleichgültig scheint, mit welcher Art von Kassandra-Rufen man die amerikanische Hochrüstungs- und Machtpolitik rechtfertigt.

3. *Die Bedeutung des Umwelt-Kapitels von Global 2000*

Wie bereits angedeutet, muß das im Vergleich zu den übrigen Kapiteln sehr umfangreiche Umwelt-Kapitel von *Global 2000* von der vorstehenden Kritik weitgehend ausgenommen werden. Es wurde zum größten Teil nicht von den Experten der an der Studie beteiligten Behörden, sondern von universitären Wissenschaftlern, darunter einige weltbekannte Ökologen, erarbeitet. (Ökologen, die für ihre kritische Haltung gegenüber der US-Politik bekanntgeworden sind, wie etwa Barry Commoner, wird man allerdings auf der Autorenliste auch dieses Kapitels vermissen.) Der Umwelt-Teil stützt sich nicht auf formalisierte Modelle und auf globale Computer-Hochrechnungen, sondern auf etwa 1000 naturwissenschaftliche Spezialuntersuchungen. Obwohl die Autoren von *Global 2000* das als Manko empfinden und sich dafür entschuldigen, hat dieses Kapitel gerade dadurch gegenüber den übrigen Kapiteln der Studie beachtlich an analytischem Wert gewonnen. Es ist, alles in allem, zu einem recht brauchbaren Kompendium unseres gegenwärtigen Wissens über Umweltschäden geworden. Dieses Kapitel allein rechtfertigt den kommerziellen Erfolg von *Global 2000* in der Ökologiebewegung; denn es bietet eine Fülle konkreter Informationen, bei denen die bisherige US-Politik bezeich-

nenderweise selten gut wegkommt. Da es uns plastisch die verheerenden Folgen der Expansion der multinationalen Konzerne in den letzten Jahrzehnten vor Augen führt, ist zu vermuten, daß vor allem dieses Kapitel Anlaß für die Unterdrückung der Studie durch die Reagan-Administration bot.

Führende US-Konzerne, die als große Umweltverschmutzer hervorgetreten sind, wie etwa der hinter Reagan stehende Konzern General Electric, werden hier nämlich beim Namen genannt: Zwei Kondensator-Werke des Konzerns haben den Hudson River in den 70er Jahren (bis zum totalen Verbot der Herstellung und Verwendung der krebserregenden polychlorierten Biphenyle [PCB] im Jahre 1979) mit etwa 440 000 Pfund dieses überaus langlebigen Umweltgiftes verseucht. Obwohl das Ausbaggern der Flußsedimente, wo sich ein großer Teil der PCD festgesetzt hat, Hunderte von Millionen Dollar kosten wird, erklärte sich General Electric lediglich bereit, dem Staat New York 4 Mio. Dollar dafür zu zahlen.

Die Autoren des Umwelt-Kapitels stellen auch eindrucksvoll dar, was das amerikanische Agrobusiness aus einem einstigen Paradies auf Erden, dem ehemals äußerst fruchtbaren San Joaquin Valley in Kalifornien, gemacht hat: Infolge übermäßiger Bewässerung bei unzureichender Drainage sind dort bereits 160 000 Hektar Farmland durch Versalzung unfruchtbar geworden, weitere 450 000 Hektar (etwa 13% der Gesamtfläche des Tales) sind auf dem Wege, unproduktiv zu werden. In der Hälfte der Bewässerungs- und Trinkwasserbrunnen dieses Gebietes fanden die kalifornischen Gesundheitsbehörden gefährliche Mengen des Pestizids Dibromochloropropan (DBCP). Arbeiter, die die Obst- und Gemüseernte einbrachten, wurden durch Rückstände dieses Giftes unfruchtbar. Aufgrund des übermäßigen Einsatzes chemischer Pestizide sind in Kalifornien inzwischen 17 der 25 wichtigsten Schädlingsarten gegenüber einem oder mehreren Insektiziden resistent geworden.

Aufgrund von Versalzung, Erosion und unkontrollierter Überbauung beliefen sich die Verluste an Ackerland in den USA im Jahre 1975 auf insgesamt 3 Mrd. Tonnen. Um die Getreideproduktion der USA auf ihrem gegenwärtigen Niveau halten zu können, müßten diese Verluste wenigstens halbiert werden. Die verheerenden Folgen der Luftverschmutzung mit Schwefeldioxid, Stickstoffoxiden, Staub usw. werden inzwischen auf der nördlichen Hemisphäre der Erde fast überall sichtbar: Saure Niederschläge führen (neben der stark beschleunigten Zerstörung von Baudenkmälern und der allgemein verstärkten Korrosion) in kalkarmen Gebieten zu einer Ansäuerung des Bodens und der Binnenseen, was zu einer Beeinträchtigung des Pflanzenwachstums und zum Absterben der Fische führt.

Die schlimmsten Folgen eines rücksichtslosen Umgangs mit der Natur finden sich jedoch in den Entwicklungsländern. Den meisten von ihnen fehlt es an qualifiziertem Personal und an den notwendigen technischen Einrichtungen, um etwa die Tätigkeit von Chemiekonzernen sowie die Anwendung chemischer Produkte kontrollieren zu können. Vor allem in El Salvador und Guatemala kam es so in den 70er Jahren zu Zehntausenden von schweren Vergif-

tungsfällen, weil die Landarbeiter von amerikanischen Nahrungsmittelkonzernen bzw. von deren Vertragslandwirten dazu gezwungen wurden, ohne Ausbildung und ohne Schutzkleidung gefährliche Pestizide anzuwenden.

Man erfährt auch, daß im Amazonasbecken bei der großflächigen Zerstörung des Urwaldes neben dem Feuer und riesigen Bulldozern auch das berüchtigte Entlaubungsmittel „Agent Orange", das Beimengungen des höchstgefährlichen „Seveso-Giftes" Dioxin enthält und ursprünglich von der US-Armee massenhaft in Vietnam angewandt wurde, eingesetzt wird. Erwähnt wird auch der amerikanische Milliardär Daniel K. Ludwig, der als reichster Mann der Welt gilt. Er hat im Amazonasgebiet 1,5 Mio. Hektar Urwald billig erworben und davon bereits etwa 100 000 Hektar roden und mit eingeführten raschwüchsigen Baumarten bepflanzen lassen, die in einer riesigen „schwimmenden Papiermühle" (so groß wie zwei Fußballfelder) verarbeitet werden sollen. Die ökologischen Auswirkungen dieses und anderer Projekte, die die sehr artenreichen und noch weitgehend unerforschten Regenwälder des Amazonasgebietes in den nächsten zwanzig Jahren völlig zu zerstören drohen, sind unabsehbar. Eine ernsthafte Beeinträchtigung des chemischen Gleichgewichts der Atmosphäre sowie des globalen Klimas ist wahrscheinlich. Schon der mit der Zerstörung der Tropenwälder einhergehende Verlust Hunderttausender von Pflanzen- und Tierarten, die nicht nur als Baumaterialien, Brennstoffe und Nahrungsmittel, sondern auch für die Herstellung von Medikamenten, Insektiziden usw. genutzt werden könnten, wäre unersetzlich. „Nirgendwann in geschichtlicher Zeit", so heißt es im Umweltkapitel (S. 824), „ist das Gespenst des Aussterbens ganzer Arten so drohend vor uns aufgetaucht. Weitgehend eine Folge der Abholzung und ‚Zähmung' unberührter Gebiete ist der in den beiden folgenden Jahrzehnten zu erwartende Verlust von annähernd einem Fünftel aller biologischen Arten unseres Planeten (das sind grob geschätzt mindestens 500 000 Pflanzen- und Tierarten), eine Größenordnung, die sich buchstäblich dem menschlichen Vorstellungsvermögen entzieht. Wir sind immer noch dabei, den genetischen und ökologischen Wert wilder oder unlängst entdeckter Arten zu erkennen. Diese Arten repräsentieren ein unersetzliches evolutionäres Erbe, dessen Wert – vor allem der der vielen tropischen Arten, die voraussichtlich zum Aussterben verurteilt sind – aller Wahrscheinlichkeit nach noch zunehmen wird, wenn sich das Erdklima weiterhin erwärmt. Die Tatsache, daß die Menschheit den größten Teil ihrer Nahrung von nicht mehr als 15 verschiedenen Pflanzenarten bezieht, verdeckt in gewissem Grad die Bedeutung der genetischen Vernichtung, allerdings nicht für die Pflanzenzüchter, die in ihrem beständigen Kampf gegen Schädlinge und Krankheiten und ihrem Bemühen um eine Steigerung der Erträge von den Eigenschaften der wilden Stammpflanzen ihrer Züchtungen abhängig sind."

Ähnlich wie in der im vergangenen Jahr veröffentlichten „Weltstrategie für die Erhaltung der Natur", die von der Internationalen Union zur Erhaltung der Natur (IUCN) in Zusammenarbeit mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), dem World Wildlife Fund (WWF), der Landwirtschafts- und

Ernährungsorganisation der UNO (FAO) und der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) ausgearbeitet wurde[8]), weist auch *Global 2000* darauf hin, daß die Erhaltung der in Jahrmilliarden entstandenen genetischen Vielfalt der Lebewelt nicht nur eine Frage der Ästhetik ist, sondern unabdingbare Voraussetzung einer dauerhaften wirtschaftlichen Entwicklung.

Infolge der kapitalistischen Rationalisierung der Landwirtschaft ist die Ernährung von etwa vier Fünfteln der Weltbevölkerung überwiegend oder teilweise von Weizen oder Reis abhängig geworden. Die großflächigen Monokulturen genetisch gleichförmiger Hochleistungssorten sind aber äußerst anfällig gegenüber Krankheiten und Schädlingsbefall. Pflanzenzüchter gehen heute bereits davon aus, daß eine neue Weizensorte nur etwa ein Jahrzehnt überdauert, bis es Schädlingen oder Krankheitserregern gelingt, ihre Abwehrmechanismen zu durchbrechen oder zu umgehen. Die genetisch vielfältigen Wildformen, aus denen die modernen Hochertragssorten gezüchtet wurden und die das einzige Ausgangsmaterial für resistentere bzw. besser angepaßte Neuzüchtungen sind, sind jedoch zum großen Teil zum Aussterben verurteilt, weil ihre natürlichen Standorte rücksichtslos umgewandelt bzw. vernichtet werden.

Hier nur ein Beispiel: Um die Bodenerosion beim wiederholten Maisanbau zu verringern, suchten Pflanzengenetiker jahrzehntelang eine mehrjährige wilde Ausgangsform von Mais (Teosinte), mit deren Hilfe sie die Eigenschaften der Mehrjährigkeit, Widerstandsfähigkeit gegen Pilzbefall u. a. durch Kreuzung auf den bisher nur in einjährigen Formen vorliegenden Kulturmais übertragen wollten. 1977 fand schließlich ein mexikanischer Botanikstudent eine geeignete Wildform (Zea diploperennis) in einem abgelegenen bergigen Gebiet im mexikanischen Staat Jalisco. Ein amerikanischer Botaniker, der diese Wildform untersuchte, schlug vor, ihren natürlichen Standort, an dem sich noch weitere unerforschte wilde Getreidearten fanden, unter Naturschutz zu stellen, mußte aber wenig später mit Bestürzung feststellen, daß die Vegetation dieses Gebietes auf Anordnung amerikanischer Entwicklungs-„Experten" zerstört wurde, um Hirse anzubauen und Holz für Besenstiele zu gewinnen.

Ohne systematisch nach den tieferen Ursachen der beschleunigten Zerstörung der biologischen Reichtümer unseres Planeten zu suchen, stellen die Autoren des Umweltkapitels von *Global 2000* doch klar die Frage: „Kann eine dauerhafte Erhaltung der Ressourcen allein aufgrund des ökonomischen Eigennutzes erzielt werden?" (S. 699) Und sie kommen immerhin zum Schluß, „daß in den meisten Fällen wirtschaftliche und politische Überlegungen – und nicht ein Mangel an Technologie – den Bemühungen um den Schutz der Umwelt entgegenstehen." (S. 497)

8) Weltstrategie für die Erhaltung der Natur. Ausgearbeitet von der Internationalen Union zur Erhaltung der Natur und der natürlichen Lebensräume (IUCN). Herausgegeben vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn 1980.

4. Global 2000 und die Umweltpolitik der Reagan-Administration

Nachdem im Umweltkapitel von *Global 2000* ausführlich die Vorteile des „sanften" Weges der Lösung der Energiekrise dargelegt wurden, setzt Reagan wieder ganz auf den „harten" Weg, nicht zuletzt auf die Kernenergie. Bezüglich der Ressourcenpolitik machte Reagans Außenminister Haig erst kürzlich klar, daß die US-Regierung die Fortführung der Diskussion um eine neue Weltwirtschaftsordnung und die Aufstockung der Entwicklungshilfe blockieren wird. Durch die Stärkung des Privatsektors auch in den Entwicklungsländern soll vielmehr eine „globale Wachstumsstrategie" verwirklicht werden, als deren Träger nur die transnationalen Konzerne in Frage kommen. Sämtliche umwelt- und ressourcenpolitischen Vorstellungen der Reagan-Administration laufen im nationalen und internationalen Maßstab auf eine Rückkehr zu jener rücksichtslosen Ausplünderung von Mensch und Natur hinaus, die der amerikanische Ökonom und Zukunftsforscher Boulding schon in den 60er Jahren als „Cowboy-Ökonomie" bezeichnete.

Reagan hat erklärte Gegner eines behutsamen Umgangs mit der Natur an die Spitze der für den Umweltschutz zuständigen Bundesbehörden gestellt: Der für die Umweltbelange verantwortliche Innenminister James Watt hat sich schon vor seinem Amtsantritt als Rechtsanwalt in einer von der Großindustrie finanzierten Initiative gegen die staatlichen Umweltauflagen hervorgetan. Die Befürchtungen US-amerikanischer Umweltschützer, Reagan habe mit der Ernennung Watts den Bock zum Gärtner gemacht, wurden umgehend bestätigt. Schon kurz nach seinem Amtsantritt hob Watt die Einschränkungen für den zerstörerischen Tagebau von Kohle und Erzen auf, setzte die Grenzwerte für den Ausstoß von Schadstoffen in die Luft und die Gewässer erheblich herunter, gab einmalige Wälder zum Abholzen frei und erlaubte die Aufstockung des Viehbestandes auch auf dem von der Versteppung bedrohten Grasland. An die Spitze des Umweltamtes setzte Reagan Anne Gorsuch, eine Mitstreiterin von Watt in Anti-Umwelt-Bürgerinitiativen. Zahlreiche Umweltschutzbeamte und ein Großteil der Mitglieder des CEQ (darunter die Autoren von *Global 2000*) wurden fristlos entlassen; sie werden nicht mehr gebraucht, weil die Überwachung der Einhaltung gesetzlicher Umwelt-Richtlinien erheblich gelockert oder völlig abgeschafft wird.

Vor den unvermeidlichen Folgen dieser Politik scheint zumindest James Watt keine Angst zu haben: Als religiöser Eiferer (Fundamentalist) glaubt er nämlich an das baldige Herannahen des Jüngsten Gerichts. Was macht es da schon aus, wenn er den Weltuntergang noch etwas beschleunigt!

All jene jedoch, die nicht den Jüngsten Tag herbeisehnen, werden im Umweltkapitel von *Global 2000* genügend Argumente dafür finden, daß eine Erhaltung der natürlichen Reichtümer unseres Planeten dann möglich ist, wenn sie gemeinsam für eine Beschneidung und schließliche Überwindung der Macht der großen Konzerne und ihrer politischen Exponenten kämpfen. Schon jetzt ist abzusehen, daß Umwelt-Argumente, wie sie nicht nur von *Global 2000* geliefert werden, bei einer möglichen vorzeitigen Beendigung des Reagan-Experiments eine wichtige Rolle spielen werden.

Menschlichkeit als Störpotential

Gedanken zur Militärpsychiatrie*)

Von Niels Pörksen

Vor ca. 3 Wochen passierte in unserer Nachbarschaft folgendes: Eine etwa 40jährige Reinemachefrau arbeitete vormittags, als die Familie außer Haus war, in der Küche. Während sie an der Spüle arbeitete, ließ sich plötzlich der laufende Wasserhahn nicht mehr zudrehen. Die Frau ergriff einen Eimer, schöpfte Wasser und goß es in einen alten Ausguß, den es noch in der Küche gab. In der Zwischenzeit war das Becken wieder vollgelaufen, sie schöpfte weiter und weiter. Sie rannte von einem Ausguß zum anderen, versuchte zwischendurch immer wieder, den Hahn zuzudrehen, was ihr nicht gelang, war allein im Haus, dachte daran, wen sie wohl erreichen könnte, ob sie es nicht schaffen könnte, mich in der Klinik anzurufen. Auf den Gedanken, den Stöpsel herauszuziehen, kam sie in ihrer Aufregung nicht.

Noch nach Tagen wirkte sie verstört, wollte ihre Putzstelle in einem solchen Haus aufgeben, weil sie den Gefahren, die in einem solchen Altbau lauern, nicht gewachsen sei. Wenige Tage vorher hatte es einen Kurzschluß gegeben.

Warum erzähle ich das? Bei näherem Hinsehen gibt es im Alltagsleben dieser Frau und ihrer Familie nichts Unvorhergesehenes. Der Tag hat sein zeitliches Ritual, die Gegenstände haben ihren Platz, man lebt in der Familie ziemlich für sich, feiert selten mal, alles ist sauber, ordentlich, Unvorhergesehenes passiert nicht. Und wenn etwas passiert, dann bricht schon fast alles zusammen.

Wenn diese Putzstelle nicht so günstig wäre, wäre sie ohnehin längst weggegangen, denn in dem Haus, in dem sie tätig ist, sieht es, nachdem sie mit ihrem Putzen fertig ist, immer noch sehr viel unordentlicher aus als bei ihr zu Hause, wenn sie mit dem Putzen anfängt...

Beim Durchlesen der Literatur zur Militärpsychiatrie kam mir dies Erlebnis immer wieder in den Kopf. Und viele Parallelen zu unserem Alltagsleben fallen mir ein, in dem wir alle dazu beitragen, daß alles seine Ordnung hat, daß in den Schulen leistungsgerechte Gruppen und Klassen entstehen, daß entsprechende Sonderschulen eingerichtet werden, daß wir immer nur bei Grün über die Straße gehen, damit der Verkehr reibungslos funktioniert; daß wir schon ungeduldig werden, wenn einmal für eine halbblinde Frau mit Stock das kurze Fußgängergrün nicht ausreicht; daß wir rationalisieren und wegrationalisieren; daß wir Leben verlängern und erhalten, anstatt zu helfen, daß das Leben lebenswert zu Ende geht.

*) Für den Abdruck in den „Blättern" überarbeitete Fassung des Referats, das Dr. Pörksen am 19. September 1981 vor dem „Medizinischen Kongreß gegen den Atomkrieg" in Hamburg hielt. D. Red.

Wir haben uns schon fast daran gewöhnt, mit den Worten funktionieren, spezialisieren, organisieren auch den Abfall hinzunehmen, den das einfach kostet in Form von Arbeitslosigkeit, in Form von Ausgrenzungen in Heime, Anstalten und Nervenkliniken. Wir finden es bewundernswert, wenn aus einer Elterninitiative ortsnahe Lebenshilfe für das behinderte Kind entsteht, und merken gar nicht, wie in den vergangenen 10 Jahren durch Rahmenrichtlinien, Gesetze und institutionelle Optimierung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten wieder totale Einrichtungen entstehen, die die Behinderten, statt einzugliedern, wieder ausgliedern, die vom Wohnen bis zur Arbeit ein totales System bilden.

Ich gehe von unserem Alltag aus, weil ich denke, daß er den Mutterboden schafft für ein Militär und eine Militärpsychiatrie, die meine Alltagsbeobachtungen nur noch perfektionieren. Ich denke, unser Sicherheitsbedürfnis, unsere Angst vor der Angst, unsere Angst vor Störung, Chaos und Unordnung, vor mangelnder Effektivität ist neben der Wirkung des Kapitals ein Mutterboden für die Perfektionierung des militärischen Apparates, die im Grunde genommen davon lebt und darauf hofft, daß die Menschen, die ihn bedienen, nicht menschlich reagieren. –

Nun konkret zur Militärpsychiatrie: Sie ist dazu da, menschliches Reagieren auszuschalten, damit das perfekte Waffensystem auch so funktionieren kann, wie es angelegt ist, und nicht durch Panik, Chaos und Unordnung aus den Fugen gerät, weil ja Menschen in Paniksituationen angeblich nur darauf aus sind, so Herr Brückenstein[1]), ihr Leben zu retten (was sollten sie denn sonst auch retten).

Wenn einer doch mal menschlich reagiert, sich vor Angst in die Hosen macht, an Selbstmord denkt, zittert, sich weinend über den verblutenden Kameraden beugt, anstatt an der Waffe zu bleiben oder, wenn er Arzt ist, denen zu helfen, die noch zu retten sind, dann handelt es sich hier um ein Fehlverhalten psychopathologischen Ausmaßes, das entsprechend diagnostiziert, kategorisiert und behandelt werden muß.

Um zu verdeutlichen, was ich meine, will ich dem Leser die Sprache der Militärpsychiatrie nicht vorenthalten. Es ist die Sprache der „Männlichkeit", die brauchbare und unbrauchbare Menschen kennt, die Sprache der Selektion.

Ich zitiere zunächst aus dem „Nervenarzt", Jahrgang 1947, also kurz nach Kriegsende, aus einem Artikel von Karl Bonhoeffer zur vergleichenden psychopathologischen Erfahrung aus den beiden Weltkriegen, weil hier deutlich wird, wie sich die Sprache der Psychopathologie der Nachkriegszeit nahtlos an die Zeit davor anschließt. Der Artikel endet mit folgendem Absatz: „Nicht zu berechnen wird bleiben die bevölkerungspolitisch wichtige Frage, inwieweit der Ausfall von mehreren Millionen gesunder Männer einerseits und das Überleben großer Zahlen von den im Kriege ungeschädigten, verschont ge-

1) Vgl. Seite 1236ff.

bliebenen und kriegsuntauglichen Psychopathen eine Qualitätsverschlechterung in psychischer Hinsicht innerhalb des Bevölkerungsdurchschnitts zur Folge hat. Wenn man bedenkt, daß innerhalb eines Menschenalters das deutsche Volk zweimal von einer solchen kontraselektorischen Katastrophe betroffen worden ist, wird man besorgt, ob es sich um einen überhaupt noch ausgleichbaren qualitativen Erbgutverlust handelt. Eine Hoffnung liegt vielleicht darin, daß dem Erbgut der gesunden Frau, für die der Krieg ja keine in diesem Sinne maligne Auslese bedeutet hat, eine regenerative Bedeutung zukommt. Dazu wird es aber einer sehr langen Friedenszeit bedürfen, und man wird sich bewußt sein müssen, daß an die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit der Frauen keine Überforderungen gestellt werden dürfen, die ihre generativen Organe schädigen."

Das Wort „kontraselektorische Katastrophe" wird am meisten deutlich machen, daß hier Psychiater, die sich mit Militärfragen beschäftigen, selbst unmittelbar nach dem Krieg nichts dazugelernt haben. Im Gegenteil: Hier wird nicht nur verschwiegen, daß mit Hilfe der Psychiatrie annähernd 100 000 psychisch Kranke und Behinderte getötet wurden; das Wort unterstellt, daß, wenn schon Selektion, dann auch richtige, damit das Erbgut erhalten bleibt.

Das Ganze schließt sich nahtlos an an die unendlichen Veröffentlichungen Rudolf Brückensteins, zuletzt im August 1981 im „Niedersächsischen Ärzteblatt".

Ich zitiere: „Deshalb sollten sich alle Führungskräfte und Rettungsdienste, insbesondere auch alle Ärzte damit vertraut machen, wie in bedrohlichen Situationen Fehlreaktionen bei Menschenansammlungen entstehen. Sogar bei den im Katastrophengebiet überlebenden Ärzten kann es zu einer derartigen Dekompensation kommen, daß sie nicht mehr in der Lage sind, ihre humanitären Aufgaben entsprechend ihrer Ausbildung zu erfüllen. Die psychiatrische Katastrophenprävention hat deshalb die Aufgabe, alle Chefs von Konzernen, Leiter von Großveranstaltungen, Polizeioffiziere und überhaupt alle Führungskräfte sowie Rettungsdienste und insbesondere Ärzte über Ursachen und Art menschlicher Fehlverhaltensweisen in bedrohlichen Situationen zu informieren und alle Möglichkeiten zu deren Verhinderung aufzuzeigen und einzuüben."

Die Katastrophe selbst, ob ein Schiffsunglück oder ein Krieg, ist naturgegeben, wird nicht hinterfragt. Hinterfragt wird in der anerkannten Militärpsychiatrie nur das menschliche Verhalten, welches den reibungslosen Ablauf stört. So äußert sich Brückenstein auch zum Thema Suicidalität, ohnehin ein Phänomen weicher Zeiten, in denen keine existentiellen Gefährdungen auftreten, wo harmlose kleine Problemchen bei Menschen zu irrealen Fehlreaktionen und Suicidalität führen. Aus den Ergebnissen der Untersuchungen der Bundeswehr heißt es: „Immerhin konnten trotz mancher Schwierigkeiten schon vor der Einführung dieses Suicidblattes ca. 72% aller vollendeten Suicide von Soldaten nachträglich wehrpsychiatrisch aufgeklärt werden. Dabei ergab sich als bestimmende Ursache für die Tat in 40% eine Persönlichkeits-

störung, davon 24% im Sinne einer Abnormität und 16% durch Reifungskrisen, bzw. Retardierung, in 10% endogene Psychosen, vor allem Hebephrenien, die sich ja gerade im Rekrutenalter langsam schleichend und selten gleich erkennbar entwickeln, und seltener endogene Depressionen auf dem Wege der Besserung bei Nachlassen der krankhaften Hemmung, 1,4% Schwachsinn und 1,1% organische Hirnschäden. Sogenannte Bilanzsuicide machten 13% aus."

Es herrscht also auch hier der Irrglaube, durch die Zuordnung zu einer angeblich wissenschaftlichen Diagnose wie Persönlichkeitsstörung oder Schwachsinn die Selbsttötung zu begründen. Warum sich die Menschen umgebracht haben, bleibt unklar. Die Diagnosen verschleiern diese Gründe und führen in die Irre. Bei den Selbstmordversuchen und desgleichen handelt es sich bei Brückenstein ohnehin um tendenziöse Mechanismen, die meist in dem Wunsch gipfeln, vorzeitig aus der Bundeswehr entlassen zu werden oder doch persönliche Vergünstigungen im Wehrdienst zu erlangen. Die Suicidprävention in der Bundeswehr versucht durch negative Selektion, nämlich Ausschaltung anbrüchiger Männer vom Wehrdienst, positive Prophylaxe usw. tätig zu werden.

Wenn es einem Schwachsinnigen doch einmal gelingt, in die Bundeswehr hineinzukommen, dann ist Herr Brückenstein auch wieder mit einer Beurteilung zur Verwendungsfähigkeit intellektuell minderbegabter und schwachsinniger Soldaten zur Stelle. Die Heeresführung sagt dazu folgendes: „Der Soldat der Bundeswehr ist nicht nur Glied einer hochtechnisierten Armee, sondern er soll auch im kalten Krieg zwischen der freien Welt und dem Kommunismus aus eigenen Erkenntnissen zu dem Schluß kommen, nötigenfalls unter Einsatz des eigenen Lebens die Werte der Freiheit zu verteidigen. Ein Soldat mit unterdurchschnittlicher Intelligenz ist dazu nicht in der Lage. Ökonomisch denkende Truppenführer weisen darauf hin, daß intellektuell minderbegabte oder schwachsinnige Soldaten das Ausbildungsziel nicht erreichen. Die Erfahrungen in der Bundeswehr haben zwar erneut bestätigt, daß schwachsinnige Soldaten zuweilen eine ganze Zeit erfolgreich untergeordnete Funktionen ausfüllen können. Aber es zeigte sich leider auch immer wieder, daß diese Schwachsinnigen oder intellektuell Minderbegabten infolge ihrer Kritikschwäche, ihres Mangels an Einsicht und der Fähigkeit, entsprechend dieser Einsicht zu handeln, schon bei geringfügigen, aber nicht voraussehbaren Belastungen versagen. Gegen diese Erfahrung sind die in der Bundeswehr tätigen Psychiater der Ansicht, daß Schwachsinnige oder intellektuell Minderbegabte nicht zum Grundwehrdienst eingezogen werden oder, falls dies schon geschehen, nach Möglichkeit vorzeitig entlassen werden sollen."

In ähnlicher Weise äußert er sich zu den Homosexuellen: „Manche dieser Soldaten geben bei einer gezielten Exploration schließlich zu, daß sie gar nicht homosexuell orientiert sind. Sie berichten, daß sie aber in einem der einschlägigen Informationszentren wie Frankfurt, Köln oder Düsseldorf eingehend

geschult wurden, um alle Fragen bezüglich der Homosexualität so beantworten zu können, daß sie als dienstunfähig aus der Bundeswehr entlassen werden und auch keinen Ersatzdienst leisten müssen. Wirklich homosexuell orientierte Wehrpflichtige sind für eine ärztliche Belehrung darüber, wie sie während ihres Wehrdienstes Schwierigkeiten vermeiden können, fast immer dankbar. Sie leisten ihren Wehrdienst meist dann auch ohne Schwierigkeiten. Manche homosexuellen Soldaten empfinden aber die enge räumliche Gemeinschaft mit ihren Kameraden wirklich als Belastung und gelegentlich auch als Versuchungssituation, so daß es ihnen schwerfällt, an sich zu halten."

Nun noch mal zu uns Normalen: Die gleiche Haltung hat auch da Platz gegriffen. Wer in einer Katastrophensituation Angst hat, planlos reagiert, unzweckmäßig handelt, ist ein zur Masse degenerierter Mensch, wer dies Verhalten auch noch in seine Umgebung hineinträgt, ist ein Panikmacher, ein Angstmacher und Rädelsführer, eine Panikperson, die schon in normalen Zeiten nicht gut funktioniert, eine sogenannte labile Persönlichkeit. Diese Menschen gilt es zu erfassen, psychopathologisch zu diagnostizieren und von der Masse zu isolieren, da sie ja unter einer ansteckenden Krankheit leiden. Bei schweren Katastrophen wie z. B. beim Einsatz von Atombomben können natürlich auch Personenkreise abartig reagieren, die sich bisher bei Belastungen unauffällig verhalten haben.

Über die Paniktheorie von Herrn Brückenstein will ich hier nichts sagen. Es wundert einen natürlich, wenn es heißt, daß in der Panik eine Steuerung der Reaktion auf die Wahrnehmung nicht mehr stattfindet, sondern der von der Panik befallene Mensch rein instinktmäßig Handlungen vollzieht, deren Zweck *nur* die Erhaltung seines Lebens ist.

Im Grunde geht es bei der Militärpsychiatrie um zwei wesentliche Dinge: Es geht einmal darum, alle einflußreichen Personen darin zu schulen, diejenigen Personen schnell ausfindig zu machen, die in Katastrophensituationen normal menschlich (fehl-)reagieren, d. h., Angst haben, Schmerz und Trauer empfinden, beim Anblick von Bergen von Leichen erstarren, die sich beim Einsatz von Kernwaffen in die Hosen machen und schwitzen, daß ihnen schwindelig wird und sie kotzen. Das nennt man natürlich psychogene Reaktion mit vegetativer Entgleisung. Es geht eben darum, die alten Ideale von Männlichkeit und Wehrhaftigkeit weiter zu perfektionieren und denjenigen, der Angst hat, Mitleid hat, der Freundschaft, Trauer und Leid nicht verstecken kann, als labil und tendenziell krank zu definieren.

Der Militärpsychiater hat also die Aufgaben, diese Leute zu erkennen und therapeutisch das Richtige zu tun. Präventiv kommt ihm die Aufgabe zu, andere Personengruppen zu schulen, weil er ja das alles weiß, und in der militärischen Ausbildung mit dafür zu sorgen, daß menschliche Fehlreaktionen soweit als möglich nicht stattfinden.

Und dies geschieht auch so in der Praxis. Als vor zwei Jahren ein Lüneburger Pastor in einer Sonntagsandacht zum Volkstrauertag darüber trauerte, daß ein

Volk wie unseres in der heutigen Zeit Militär braucht und soviel Geld zum Fenster rauswirft, gab es in unseren Kasernen einen großen Aufstand. Bei einem anschließenden klärenden Gespräch waren Soldaten aller Dienstgrade anwesend, dazu einige geladene Personen, darunter auch ich.

Was mich am meisten erschreckt hat, waren die Antworten der jungen Soldaten auf die Frage nach dem Feindbild oder nach ihrem Selbstverständnis: „Bei uns hier in der Kaserne gibt es das Wort Feind nicht mehr, wir kennen nur den Gegner. Wir haben ja nichts gegen den Menschen auf der anderen Seite. Meine Aufgabe ist es, mein Gerät noch schneller und besser zu bedienen als er und natürlich auch ein besseres Gerät zu haben, in der konkreten Situation nicht zu versagen, nicht an meinen Gegner als einen Menschen zu denken, der unter mir leidet, den ich persönlich umbringen will. Ich will das ja gar nicht. Es ist für mich, wie das Wort Gegner es ausdrückt, auf der gleichen Ebene ein Gegenüber, wir sitzen beide im gleichen Boot. Daß einer von uns beiden dabei stirbt, ist ein Teil der Kampfregeln. Aber Feinde kenne ich nicht."

Hier hat also die Erziehung zum Soldaten gut geklappt. Menschliche Regungen, sich selbst oder dem Feind gegenüber, kommen nicht vor, sind nicht eingeplant, so als ginge es nur um die Materialschlacht, und Menschen sind nicht vorgesehen.

Horst Eberhard Richter hat recht, wenn er schreibt, wie wenig Menschen in dieser Zeit maximaler Bedrohung überhaupt reagieren. Wie wir alle die Bedrohung so haben passieren lassen, sie geschah neben uns so lautlos, so unsichtbar, war so wenig Teil unseres Alltags. Uns stört mehr, wenn ein alter Mann langsam über die Straße schleicht, wenn jemand in die Gegend spuckt, wenn jemand auf der Straße schreit und uns anbettelt – als wenn die Militärtransporte an uns vorüberrollen.

Und genau das leisten die neuen Waffen, sie werden immer sauberer, immer kalkulierbarer, immer genauer. Und um so mehr sie das werden, um so mehr müssen wir uns ihnen anpassen, und um so mehr sind diejenigen psychisch krank und gestört, die dazu nicht in der Lage sind.

Hier drängen sich auch jetzt wieder Parallelen zu unserem Alltag auf. Die Angst vor „direkter" Auseinandersetzung schafft indirekte und subtile Formen der Gewalt. Nicht mehr der Faustschlag und die Handwaffe sind gefragt, sondern subtilere Machtmittel, die so tun, als ob es das Thema Macht und Gewalt gar nicht gibt. Subtile Organisationsstrukturen, Bürokratisierungen, Rationalisierungen, Psychopharmaka und Psychotherapie sind in ihren Gewaltaspekten oft gar nicht mehr erkennbar, sie nehmen sich so vernünftig aus, ihre Notwendigkeit erscheint offenbar. Wir haben unser Leben so eingerichtet, daß es leicht zu Katastrophen kommen kann, wenn wir uns nicht kalkulierbar verhalten – wir nennen es dann menschliches Versagen.

Parallelen sind zu ziehen zu unserem gesellschaftlichen Leben, in dem sich unendlich viele Menschen daran gewöhnt haben, daß es eben so ist, wie es ist,

daß die Dinge gut funktionieren müssen, daß von einer Demokratie nichts mehr zu spüren ist, daß Geld und Bürokratie, klare Hierarchien und vernünftige Organisationsberatungen die Dinge rationell auf den richtigen Weg bringen. Und wenn es um unsere Haltung und um unseren Einsatz in Katastrophen geht, dann sind wir eben als echte Männer wieder gefragt.

Im Grunde sind wir mit unseren Ängsten, Sorgen, unserer Unordnung und Schlamperei, unseren Wünschen und Hoffnungen überflüssig und tendenziell krank. Hier findet eine Umkehr der Weltordnung statt: Die Neutronenwaffe ist als Waffe pervers: sie tötet Leben und erhält Materie. Die Militärpsychiatrie ist als Lehre vom gesunden und gestörten Verhalten pervers. Sie verlangt seelenloses Reagieren und tötet die Seele.

So wie wir vor dem Atomkrieg als der äußeren Bedrohung warnen, so müssen wir uns auch gegen eine Psychiatrisierungstendenz wehren, die von uns schon in normalen Zeiten verlangt, unsere menschlichen Reaktionen und Verhaltensweisen als krankhaft und gestört abzulegen. Dies wird am deutlichsten am Beispiel der Militärpsychiatrie. Mutterboden dazu ist jedoch unser aller Alltag, in dem sich diese Erkenntnisse auswirken müssen.

Aus ausländischen Zeitschriften

Die Ökonomie des Wettrüstens

Von John Kenneth Galbraith

Der nachstehende Beitrag des bekannten amerikanischen Ökonomen John Kenneth Galbraith, emeritierter Professor der Harvard-Universität und u. a. ehem. Botschafter der USA in Indien, erschien zuerst in amerikanischer Sprache in „The Bulletin of the Atomic Scientists", Juni/Juli 1981, S. 13–16. Wir meinen, daß Galbraiths bemerkenswerte Analyse auch in der Bundesrepublik, die selbst zunehmend in den verhängnisvollen Zirkel von Aufrüstung und Sozialdemontage zu geraten droht, aufmerksam zur Kenntnis genommen werden sollte. D. Red.

Jeder, der sich in verantwortlicher Weise mit dem atomaren Wettrüsten zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten und seinen Folgen auseinandersetzen will, muß zunächst einmal einräumen, daß eine ganze Vielfalt von treibenden Kräften an dem Problem beteiligt ist.

Da ist als erstes die technologische Falle zu berücksichtigen. Jede der beiden Mächte entwickelt diejenigen Waffen, durch die die Waffen der Gegenseite veraltet werden; um dieser Entwicklung zuvorzukommen, strebt jede Seite danach, Waffen zu entwickeln, die sie vor einem solchen Veralten schützen und ihr stattdessen einen Vorteil einräumen. Die daraus entstehende Wechselwirkung besitzt eine eigene technologische Dynamik.

Ferner wird diese Dynamik durch die wirtschaftlichen, bürokratischen und militärischen Interessen in Gang gehalten. Öffentliche und private Arbeitsplätze, die Ausweitung der Bürokratien des

Pentagons und der Rüstungsfirmen, persönliches Prestige und Profite der Unternehmen – all das wird durch das Wettrüsten ermöglicht. Genau das ist der Einfluß, vor dem Dwight D. Eisenhower bereits vor zwanzig Jahren in einer überaus eindrucksvollen Erklärung gewarnt hat. Wir müssen auf der Hut sein, erklärte er damals, „daß der militärisch-industrielle Komplex nicht einen ungerechtfertigten Einfluß erhält, unabhängig davon, ob er diesen Einfluß absichtlich anstrebt oder nicht. Das Potential für ein verheerendes Anwachsen fehlgeleiteter Macht ist jedenfalls da und wird auch in Zukunft vorhanden sein . . . Wir sollten nichts als selbstverständlich hinnehmen."

In unserem höflichen und vorsichtigen Zeitalter gibt es eine gewisse Abneigung davor, über finanzielle Interessen am Wettrüsten zu sprechen. Kann etwas so Gefährliches und Katastrophales durch finanzielle Interessen oder persönliches Gewinnstreben motiviert sein? Finanzanalytiker und andere Wissenschaftler haben solche Hemmungen nicht, sondern erteilen ihren Auftraggebern und Klienten bereitwillig Auskunft über die Perspektiven, die sich für die Unternehmen aus der bevorstehenden Aufstockung des Rüstungshaushalts ergeben.

Es kennzeichnet die Macht finanzieller und bürokratischer Interessen, daß sie die Aufmerksamkeit der Beteiligten so sehr beanspruchen, daß diese über die letztendlichen Konsequenzen ihres Handelns nicht mehr nachdenken. Vor der Zukunft wird ein Vorhang heruntergelassen. Wichtig ist der Dollar von heute; verschwenden wir keinen Gedanken daran, daß er für uns selbst und für unsere Kinder morgen den Tod bedeuten kann.

Wir müssen von der Annahme ausgehen, daß in der Sowjetunion als Gegenstück dazu ähnliche Kräfte am Werk sind. Es liegt nicht in meiner Absicht, so zu argumentieren, als werde die Dynamik dieses Wettrennens nur von einer der beiden Seiten in Gang gehalten. Man wendet sich mit seinen Ausführungen jedoch an die Vertreter der eigenen Seite.

Auf dieser unserer Seite nun gibt es schließlich noch eine allgemeinere und doch einflußreichere Kraft, durch die das Wettrüsten in Gang gehalten wird. Sie besteht in der Überzeugung, daß wir ein wirtschaftliches, politisches und soziales System verteidigen. Durch die Verbreitung von Waffen und die Weiterentwicklung einer immer geheimeren und immer gefährlicher werdenden Waffentechnologie schützen wir freiheitliche Institutionen, freies Unternehmertum, Kapitalismus, den amerikanischen Way of Life. Unsere Institutionen werden bedroht vom Sozialismus und Kommunismus. Und wir verteidigen sie, indem wir uns ohne Rücksicht auf Kosten und Gefahren in immer umfassenderem Maße auf Waffensysteme verlassen. Mit dieser letzteren Motivation möchte ich mich besonders auseinandersetzen.

Das Wettrüsten, wie es zur Zeit stattfindet, führt nicht zur Stärkung der freien Institutionen oder des freien Unternehmertums oder wie immer wir unser wirtschaftliches und soziales System bezeichnen mögen. Im Gegenteil, es schwächt dieses System erheblich. Und falls oder wenn in irgendeinem Moment des Irrtums, der Wut oder der Panik dieses Wettrennen außer Kontrolle gerät, wenn es also zu einem atomaren Schlagabtausch kommt, sei er nun total oder auch, wie sich das manche Leute heutzutage vorstellen, von begrenzter Natur, dann wird alles das nicht überleben, was heute als freie Wirtschaft oder Kapitalismus bezeichnet wird. Ebensowenig die freien Institutionen. Alles wird dann bis zur Unkenntlichkeit zerschlagen sein. Und das gleiche gilt für das, was heute Kommunismus heißt. Kapitalismus, Sozialismus und Kommunismus sind sämtlich hochentwickelte soziale Formen und als solche nur relevant für die Welt in ihrem jetzigen entwickelten Zustand. Keines dieser Systeme würde in den Trümmern und der Asche und für die spärlichen Überlebenden in einer nachatomaren Welt noch existieren oder von irgendeiner Bedeutung sein. Diese Aussage ist nicht einfach eine rhetorische Floskel; ihr liegen harte Tatsachen zu Grunde, denen sich niemand, der ernsthaft darüber nachdenkt, entziehen kann.

Es ist jedoch ein Gedanke, dem sich viele ansonsten intelligente und vernünftige Leute zu entziehen versuchen. Der Verstand will mit diesen schrecklichen Dingen ebenso wenig zu tun haben, wie es einem normalen Menschen widerstrebt, sich mit dem Tode zu beschäftigen. Folglich überlassen wir das Thema der Atomwaffen, ihrer Kontrolle und ihrer Auswirkungen den Leuten, deren beruflicher Alltag im Umgang mit dem Schrecken besteht. Dieses Delegieren von Macht ist leichtfertig und verhängnisvoll.

Die wirtschaftlichen Folgen des Wettrüstens und dessen nachteilige Auswirkungen auf die Wirtschaft zu erkennen, ist nicht besonders schwierig. Und sie lösen unter den Wirtschaftswissen-

schaftlern und sonstigen informierten Beobachtern auch keine nennenswerten Kontroversen aus. Schließlich läßt sich das Ergebnis empirisch deutlich nachweisen.

Ausgaben für Rüstungszwecke gehen wie alle Ausgaben der öffentlichen Hand zu Lasten anderer Verwendungszwecke. Und ganz besonders gehen sie zu Lasten privater Kapitalverwendung. Diese Aussage wird von liberalen Wirtschaftswissenschaftlern akzeptiert und tritt in Lehre und Verhalten ihrer konservativen Kollegen sogar noch deutlicher in Erscheinung. Bei den Wirtschaftswissenschaftlern der gegenwärtigen Regierung steht sie ganz allgemein an zentraler Stelle. Die Freisetzung von Steuereinnahmen, die zur Zeit für öffentliche Zwecke verwendet werden, wird für die private Kapitalanlage als wesentlich angesehen, um auf diese Weise die amerikanischen Industriebetriebe wieder zu beleben. Im Zusammenhang mit unseren Militärausgaben ist dieser Punkt jedoch nicht betont worden.

In den vergangenen Jahren ist gelegentlich darauf hingewiesen worden, wie sehr die Rüstungsausgaben sonstigen Bedürfnissen der Öffentlichkeit die finanziellen Mittel entzogen haben, daß etwa schon ein kleiner Teil der dem Pentagon bewilligten Gelder ausreichen würde, um den Verfall unserer Großstädte und der städtischen Dienstleistungsbetriebe aufzuhalten oder Arbeitsplätze für die Jugendlichen in den Großstädten zu schaffen. Weit weniger war darüber zu hören – es ist geradezu so etwas wie eine Verschwörung des Schweigens oder der Unterlassung entstanden –, wie sehr diese Ausgaben zum Niedergang unserer Industrie beigetragen haben.

Dieser Beitrag ist ebenso allgemeiner wie spezifischer Natur. Während der 70er Jahre haben wir jährlich ungefähr 100 Mrd. Dollar für unsere Verteidigungseinrichtungen ausgegeben; legt man den Wert des Dollars von 1976 zugrunde, so ergibt sich für die gesamten 70er Jahre eine Gesamtsumme von rund einer Billion Dollar. Kapital in dieser Größenordnung kann für Waffen ausgegeben werden, und es kann für private Kapitalinvestitionen ausgegeben werden, aber nicht für beides gleichzeitig. Hätte man einen nennenswerten Teil dieser Mittel für die Verbesserung unserer Industrieanlagen aufgewendet – wofür sie auch benutzt worden wären, hätte die Regierung sie nicht beansprucht –, dann wäre, und daran kann keinerlei Zweifel bestehen, unsere Wirtschaft heute stärker. Und aus dieser stärkeren wirtschaftlichen Position heraus hätte sich ein Teil des politischen Prestiges und der Vorrangstellung wieder einstellen können, die wir in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg genossen haben. Es war unsere wirtschaftliche und nicht unsere militärische Stärke, von der damals unsere Weltstellung in weitestem Umfange abhing. Rüstungsausgaben gehen zu Lasten wirtschaftlicher Stärke, und auf unserer wirtschaftlichen Stärke beruhte in der Vergangenheit unsere Stellung in der Welt.

Das ist die allgemeine Auswirkung: ein massiver Transfer von Kapital, das der zivilen Industrie über Jahre hinweg entzogen wird, und als Ergebnis eine Schwäche, die für jeden sichtbar ist. Die speziellen Auswirkungen innerhalb des industriellen Systems sind sogar noch sichtbarer. Moderne Militärausgaben wirken sich in hochspezialisierter Weise aus. Sie konzentrieren sich, und das ist nichts Neues, auf den begrenzten Industriebereich und die hochspezialisierte Technik, die der Produktion der Raketenwaffen und Waffensysteme für Flugzeuge und Schiffe dienen. Es kann kaum Zweifel daran geben, wie stimulierend das auf diese Industriezweige und Technologien wirkt. Aber diese Entwicklung und die damit verbundene Verzerrung bei der Bereitstellung von Mitteln – technisches Können, Kapital, Arbeitskräfte und sonstige Mittel fließen in verschwenderischem Maße diesem kleinen, spezialisierten Sektor des Wirtschaftssystems zu – finden statt auf Kosten derjenigen Industriezweige, auf die wir angewiesen sind, um im einheimischen und internationalen Wettbewerb mithalten zu können. In dem schmalen Industriebereich, der unserer Rüstung dient, sind wir nach vorn geprescht, in dem gleichen Maße jedoch haben wir unsere Stahl-, Automobil-, Textil- und chemische Industrie sowie einen weiten Bereich anderer Industriezweige vernachlässigt und damit im Wettbewerb verwundbar werden lassen.

Nun ist zwar nicht lediglich eine einzige Ursache für den Niedergang unserer zivilen Industrie verantwortlich; ein starkes Argument macht man nicht dadurch noch stärker, daß man behauptet, es gebe eine solche alleinige Ursache. Aber es steht außer Zweifel, daß die Schwäche unserer älteren Industriezweige ein genaues Gegenstück zum überdurchschnittlichen Wachstum jenes schmalen Industriesektors darstellt, der das Wettrüsten unterstützt.

Die Erkenntnis, daß unsere Wettbewerbslage im Vergleich zu derjenigen Deutschlands und Japans sich in der letzten Zeit ständig verschlechtert hat, ist nicht neu. Wir sind nicht weniger intel-

ligent als die Deutschen und die Japaner. Die Basis unserer Rohstoffe und Energievorräte ist nicht weniger gut, sie ist sogar bei weitem besser. Und unsere Arbeiter scheinen auch nicht weniger fleißig zu sein. Pro Kopf der Bevölkerung wendet Deutschland mehr Geld für sein Sozialwesen auf, und die Japaner stehen ihnen darin kaum nach. Der Hauptunterschied besteht darin, daß Deutsche und Japaner ihr Kapital dazu benutzt haben, ihre alten Fabrikanlagen im zivilen Bereich zu ersetzen und neue und bessere Anlagen zu bauen. Wir dagegen haben unser Kapital für unter industriellem Aspekt sterile militärische Zwecke verwendet. Ein Vergleich ist überaus eindrucksvoll.

Während der 70er Jahre gaben wir zwischen 5 und 8% unseres Bruttosozialprodukts für militärische Zwecke aus. Im gleichen Jahrzehnt verwendeten die Deutschen dafür jeweils zwischen 3 und 4%, in den meisten Jahren ungefähr die Hälfte unserer Aufwendungen. Und die Japaner gaben während dieser zehn Jahre weniger als 1% ihres Bruttosozialprodukts pro Jahr für militärische Zwecke aus. 1977, um ein ziemlich typisches Jahr herauszugreifen, beliefen sich unsere Militärausgaben pro Kopf der Bevölkerung auf 441 Dollar; in Deutschland belief sich dieser Wert auf 252 Dollar, und die Japaner gaben lediglich 47 Dollar pro Kopf ihrer Bevölkerung aus. Das auf diese Weise eingesparte und anderweitig investierte Kapital bewirkte, daß ein wesentlicher Anteil des im zivilen Bereich investierten Kapitals wieder zurückfließen konnte. Dadurch konnten diese Länder jene industrielle Vorrangstellung erreichen, die heute eine so erfolgreiche Herausforderung unserer eigenen darstellt.

Wiederum sind die Zahlen eindrucksvoll. Während der 70er Jahre pendelten unsere Ausgaben für nichtmilitärische und nicht wohnungsbaubezogene Investitionen zwischen 16,9% und 19,0% unseres Bruttosozialprodukts. Die entsprechenden Werte lagen in Deutschland zwischen 20,6 und 26,7%. Japans Investitionen in diesem Bereich lagen im gleichen Zeitraum zwischen 31,0% und dem gewaltigen Wert von 36,6% *). Die Investitionen zur Verbesserung der Industrieanlagen im zivilen Bereich stand damit im umgekehrten Verhältnis zu den Investitionen für Rüstungszwecke. Kann beim Betrachten dieser Zahlen noch irgend jemand der Meinung sein, unsere Rüstungsausgaben seien eine Quelle industrieller und wirtschaftlicher Stärke? Zweifellos sind sie zu Lasten unserer industriellen Vorrangstellung gegangen und zu Lasten des damit verbundenen Prestiges und Einflußvermögens.

Fragen wir uns noch einmal: Haben wir unsere Stellung in der Welt stärken können, als wir den Niedergang unserer zivilen Industrie akzeptierten? Gewinnen wir im Zeitalter des Overkills industrielle Stärke, wenn wir in noch mehr Overkill investieren? Wäre es angesichts eines solchen Tiefstandes nicht weise im allerkonservativsten Sinne, auf eine Rüstungskontrolle zu drängen, die es uns ermöglichen würde, mehr von unserem Kapital zur Verbesserung des Könnens und der Leistung unserer zivilen Industrie zu investieren? Ich appelliere nicht an irgendeinen Friedensidealismus, sondern an praktisches Eigeninteresse. Es kann nach meiner Meinung keinen Zweifel daran geben, wie die Antworten ausfallen werden.

Und wie sieht es mit den Folgen des Wettrüstens aus, mit den nur allzu sicheren Konsequenzen, wenn es nicht unter Kontrolle gebracht wird? Wir haben von den Toten als direkte oder langfristige Folge eines atomaren Schlagabtauschs gehört. Und von den schrecklichen Dingen, denen sich die Überlebenden gegenübersehen werden, wenn Ärzte, Krankenschwestern, Krankenhäuser und Arzneimittel zusammen mit den Toten verschwunden sind. Nur unzureichend sind wir bisher darüber informiert worden, daß auch das Wirtschaftssystem, von dem wir abhängig sind – und das wir, wie gesagt, zu verteidigen vorgeben –, ebenso zugrundegehen wird wie die Bewohner der Zielgebiete. Und es wird keine große Rolle spielen, wo diese Zielgebiete liegen.

Im weitesten Sinne basiert unser System auf freiwilliger Reaktion auf einer vom Geld ausgehenden Motivation, auf dem Eigeninteresse, für Geld zu arbeiten. In einem Punkt besteht völlige Gewißheit: nach dem ersten Schlagabtausch wird dieser Anreiz nicht mehr funktionieren. Die Menschen werden nicht mehr für Geld arbeiten wollen, wenn dies bedeuten würde, Krankheit und Tod zu riskieren; und eine weitere sichere Folge der Katastrophe wird sein, daß sie das, was sie verdienen, nicht mehr ausgeben können.

*) Die Zahlenangaben sind dem Statistical Abstract of the United States und International Indicators vom Dezember 1980 entnommen.

Um erneut nach dem Allgemeinen das Spezielle zu erörtern, wollen wir uns dem Problem des Transportwesens zuwenden. Von ihm wird nach allerkürzester Zeit alles Leben abhängen. In der unmittelbaren Folge des atomaren Schlagabtausches wird es kein Transportsystem mehr geben. Überlebende Lastwagenfahrer und Eisenbahnangestellte werden gegen bloße Bezahlung nicht mehr das Risiko auf sich nehmen, durch verwüstete, atomar verseuchte oder von neuen Angriffen bedrohte Gebiete zu fahren. Die Folge wird sein, daß der Warentransport zum Erliegen kommt; sind dann die gelagerten Bestände der verschieden stark radioaktiv verseuchten Nahrungsmittel aufgebraucht, wird sich eine Hungersnot einstellen. In gleicher Weise werden die Bestände an Arzneimitteln und Brennstoffen erschöpft sein. Verhungern und Tod durch die Unbilden der Witterung wird das Schicksal all derer sein, die so unglücklich waren, der ersten Druck- und Hitzewelle zu entgehen.

Nun könnte vielleicht der Vorschlag gemacht werden, die Fahrer von Lastwagen und Eisenbahnzügen zwangszuverpflichten und sie den bewaffneten Streitkräften oder ähnlichem einzugliedern. Schon unter den günstigsten Umständen wäre das eine organisatorische Glanzleistung; in der allgemeinen Anarchie nach der atomaren Katastrophe wäre es unmöglich. Und die Tatsache, daß irgendeine Form von Zwang die einzige Antwort darstellt, unterstreicht mein Argument: das auf freiwilliger Motivation beruhende Wirtschaftssystem wäre eins der ersten Opfer des Atomschlages.

Man kann den Folgen noch weiter nachgehen, Übertreibungen sind ganz überflüssig. Die überlebenden Männer und Frauen sämtlicher Tätigkeitsbereiche werden Fabrik- und andere Arbeit in den Zielgebieten verweigern. Auch in diesem Fall gibt es keine Bezahlung mit Geld, für die es sich lohnen würde, den sicheren Tod auf sich zu nehmen. Abgesehen von den dringend lebensnotwendigen Dingen wird eine solche produktive Arbeit auch sinnlos sein. Eine Bevölkerung, die sich verzweifelt um das Überleben bemüht, hat kein Verlangen mehr nach Autos, Waschmaschinen oder Zahnpasta. Und sollte doch noch etwas produziert werden, dann kann es oft genug nicht ausgeliefert werden. Es wird kein Bildungswesen mehr geben; das kulturelle Erbe von tausend Jahren wird verschwunden sein. Denken Sie jedes Mal daran, wenn Sie an einer Universität vorbeigehen, eine Kunstgalerie aufsuchen oder ein Museum betreten.

Es sollte auch niemand annehmen, die Versorgung mit den lebensnotwendigen Gütern sei dann noch möglich. Ganz offensichtlich ist das bei Lebensmitteln. In der modernen Wirtschaft ist die Herstellung von Lebensmitteln eng mit anderen Industriezweigen verzahnt. Wir alle können uns noch daran erinnern, daß die Farmen früher ihren Energiebedarf selbst deckten; heute dagegen sind sie unausweichlich Endabnehmer einer langen Versorgungskette, die ihnen den Kraftstoff für ihre Traktoren und ein ganzes Dutzend weiterer Dinge liefert, die für die Produktion erforderlich sind. Der Transport ist dabei wiederum von entscheidender Bedeutung – entfällt er, dann werden Lebensmittel weder produziert noch ausgeliefert. Außerdem stellt sich die Frage, warum die Bauern überhaupt sich bemühen sollten, andere mit Lebensmitteln zu versorgen, wenn sie dafür keine Gegenleistung bekommen können. Auch hier wird Geld in jeder Form und in jeder Menge kein Anreiz mehr sein. Ebenso wie eine Zwangsorganisation zur Aufrechterhaltung eines Transportsystems nötig wäre, würde sie auch erforderlich sein, um die Herstellung von Lebensmitteln und anderen lebensnotwendigen Dingen zu gewährleisten. Die Möglichkeit ist absurd, sobald man sie näher in Erwägung zieht.

Die Argumentation ist hinreichend dargelegt worden. Das moderne Wirtschaftssystem kann den Schock und das Risiko eines begrenzten oder unbegrenzten atomaren Schlagabtauschs nicht aushalten. Das Transportnetz, das die verschiedenen Teile dieses Systems miteinander verbindet, wird – wie schon erwähnt – das erste Opfer sein; ohne Transportwesen werden alle Teile zusammenbrechen. Und das Transportsystem ist nur eine Metapher für die enorme Verwundbarkeit unseres hochentwickelten und durch eine Vielfalt gegenseitiger Abhängigkeiten geprägten Systems.

Zurück zu denjenigen, die im Atomkrieg eine Möglichkeit zur Verteidigung eines wirtschaftlichen und sozialen Systems sehen. Für die Millionen Menschen, die dann bereits tot sein werden, ist eine solche Bemühung nicht mehr relevant. Aber sie hat auch kaum mehr Bedeutung für die Überlebenden. Nach dem Atomschlag werden die freien Institutionen, die freie Wirtschaft, der

Kapitalismus und die damit verbundenen Geld- und Eigentumswerte sämtlich verschwunden sein. Wer sagt, wir sollten das Risiko eines atomaren Konflikts auf uns nehmen, um unser System zu retten, der fordert uns ganz entschieden dazu auf, die sichere Zerstörung dieses Systems zu akzeptieren.

Vor etwa einem Jahr erklärte ein Sprecher des Pentagon unter Bezugnahme auf eine interne Studie, die Vereinigten Staaten könnten nach einem atomaren Schlagabtausch einen „mittelalterlichen" Lebensstandard aufrechterhalten. Eine treffende Bemerkung, treffender vielleicht als der Sprecher dachte. Unter den wirtschaftlichen Bedingungen des Mittelalters fristeten Männer und Frauen ein kümmerliches Leben, indem sie versuchten, dem Erdboden das Lebensnotwendige abzuringen, und dieses Leben war kurz und immer wieder von Krankheiten heimgesucht. Die Menschen besaßen damals, was sie mit ihren Händen herstellten; es gab keine Industrie und nur wenig Handel. Und es gab nichts, das man hätte als Kapitalismus oder freie Wirtschaft – oder Freiheit – bezeichnen können. Es ist nicht so, daß diese Dinge noch nicht erfunden waren; sie gehören einfach einer viel späteren und höheren Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung an. Sie entstanden nicht durch ideologische Erfindung oder Bevorzugung, sondern aus historischem Wandel.

Es gab wenig Freiheit im mittelalterlichen System, weil man sie sich nicht leisten konnte. Männer und Frauen waren an das Land gebunden, weil diese Zwangsverbindung in der Wirtschaft des Mittelalters die Alternative zur Entlohnung mit Geld darstellte. Eigentumsrechte und -werte waren von geringer Bedeutung; Eigentum bedeutet nur dann etwas, wenn es einen Wert in der Produktion oder im praktischen Gebrauch besitzt. In einer Welt nach dem Atomkrieg würde das alles ebenso sein. Alles, was wir heute als freies Unternehmertum oder freie Wirtschaft bezeichnen, wäre dann verschwunden. Desgleichen der Sozialismus. Da Kapitalismus und Kommunismus in der Asche der Zielgebiete nicht mehr voneinander zu unterscheiden wären, würden sie für die Überlebenden keinerlei Bedeutung mehr besitzen.

Es ist klar, was wir daraus zu lernen haben. In Koexistenz mit der Sowjetunion und dem Rest der sozialistischen oder kommunistischen Welt können die alternativen wirtschaftlichen und sozialen Systeme überleben. Das Wettrüsten übt eine zutiefst zerstörerische Wirkung auf die vom freien Unternehmertum bestimmte Wirtschaft aus, und wir können davon ausgehen, daß dies in der gleichen Weise auf das sozialistische System zutrifft. In unserem Fall sind die Ergebnisse nur allzu sichtbar: unseren Industrieanlagen fehlt das Kapital, im Vergleich zu unseren Konkurrenten sind wir schwach, unser Prestige in der Welt ist verloren – und all das ist die Folge davon, daß das Kapital abgezogen und für Zwecke des Wettrüstens eingesetzt wird. Dies hat unserem System bereits spürbaren Schaden zugefügt, das Schlimmste steht uns jedoch noch bevor. Ich sagte bereits, daß angesichts der Nachwirkungen des unkontrollierten Wettrüstens kein modernes Wirtschaftssystem überleben wird. Kapitalismus und Sozialismus werden beide zusammenbrechen. Und selbst dem leidenschaftlichsten Ideologen wird es wenig Vergnügen bereiten, wenn wir bei der Zerstörung des sowjetischen Systems unser eigenes ebenso vollständig zerstören.

Es ist unausweichlich, einen einzigen Weg zu beschreiten. Er besteht darin, daß wir uns, so groß unsere derzeitigen Unterschiede auch sein mögen, mit der Sowjetunion zusammensetzen und dafür sorgen, daß nicht beide Seiten – jedenfalls die Überlebenden – in eine Zeit zurückfallen, die man nicht unzutreffend als das finstere Mittelalter bezeichnet hat. In dieser Sache stimmen unsere beiderseitigen Interessen vollkommen überein. Der Rüstungskontrolle und der Unterstützung aller Maßnahmen, die uns vor einer durch Kalkulation oder Fehlkalkulation, durch Zorn oder Zufall ausgelösten weltweiten Zerstörung schützen, liegt ein vollkommen gemeinsames Interesse zugrunde. Alle Amerikaner, welches auch immer ihre politischen Neigungen und ihre politischen Befürchtungen sein mögen, haben die Aufgabe, dieses gemeinsame Interesse zu vertreten und zu ihrer Sache zu machen.

Und unabhängig von unserer politischen Einstellung müssen wir die Vorstellung aufgeben, wir könnten ein Wirtschaftssystem dadurch schützen oder retten, daß wir die Möglichkeit eines atomaren Krieges akzeptieren. In der Asche der atomaren Katastrophe, es sei noch einmal gesagt, werden Kommunismus und Kapitalismus nicht mehr voneinander zu unterscheiden sein. Und sie werden auch nicht mehr unterscheidbar und ohne jede Bedeutung sein im mehr als primitiven Überlebenskampf all derer, die so unglücklich waren, am Leben zu bleiben!

Medienkritik

AUG UND OHR.

Das Fernsehteam hatte die Nacht im besetzten Haus verbracht, aber draußen war im entscheidenden Moment keine öffentlich-rechtliche Kamera dabei. Die Bilder vom Tod des Demonstranten, schemenhaft, aber deutlich genug, um Trauer und Zorn auszulösen, hatte ein *Beteiligter* in Super 8 aufgenommen. An Händen vorbei, die ihm vors Objektiv gehalten wurden, mit laufender Kamera flüchtend und ohne auf Schärfe und Bildausschnitt achten zu können, nahm er die Ereignisse zu Protokoll: Angriffe der Polizei, Chaos auf der Straße, den Bus, der den Körper des Opfers mitschleift, die ersten Versuche, ihm zu helfen, welche die Polizei behindert.

Für die „Panorama"-Redaktion war die Existenz dieses Schmalfilms sicher ein Glücksfall, und sie nahm ihn „ungekürzt" in ihren Bericht (am 29. 9.) auf. Denn sein „News"-wert war unzweifelhaft sehr hoch, ebenso wie der eines Interviews mit Klaus Jürgen Rattay, den man zufällig zwei Tage zuvor aus der Menge vor die Kamera geholt hatte. Und man stellt das ehrliche Engagement Stefan Austs nicht in Frage, wenn man feststellt, daß die Jagd nach dem spektakulären Bild die Anweisungen, die er seinem Kameramann gab, mitbestimmte, daß auch der Entschluß, ins besetzte Haus zu gehen, nicht die Gesetze der bundesdeutschen Fernsehberichterstattung ausser Kraft setzte, nach denen man zwar dabei, aber nicht beteiligt zu sein hat. Eine etwaige Sympathie oder Überzeugung hat sich wie von selbst logisch zu ergeben, darf nicht anders als in der Form einer positiven Manipulation sich zeigen.

Hier aber prallten plötzlich zwei Möglichkeiten, zwei Perspektiven aufeinander: die Anteil nehmende Beobachtung erhielt durch den Bericht eines Teilnehmenden eine neue Qualität. Kurz nachdem die Filmkassette des Amateurs abgelaufen war, traf das Fernsehteam am Tatort ein und befragte unmittelbar unter dem Eindruck des Geschehenen stehende Zeugen. Objektiv und Mikrophon machten sich zum Vermittler ihrer übereinstimmenden Meinung, registrierten aber auch die Bemerkung eines Beamten, hier handle es sich um einen „Verkehrsunfall". Normale Verhältnisse, das heißt, die Freiheit des Zuschauers, der Evidenz der Tatsachen durch einfachen Unglauben auszuweichen, schienen wieder hergestellt. Aber plötzlich waren vorher und später gezeigte Bilder von Polizei-Mannschaftswagen, die einzelne Demonstranten verfolgten, von Stiefeln, die immer wieder die am Sterbeort niedergelegten Blumen zertrampelten, sprechender geworden. Man spürte, begriff, lernte:

Hier sollten menschliche und kollektive Gefühle keine Chance mehr haben gegen eine von Menschen, unter dem Beifall der vorprogrammierten BILD-Leser, bewußt eingesetzte Polizeimaschinerie, die durch keine Zusicherung friedlichen Verhaltens, keine Diskussion und kein Gespräch, keinen Wutschrei und keinen Hilferuf mehr aufzuhalten war.

Einer dieser Menschen antwortete auf die Frage, warum denn am 22. September auf einmal acht Häuser geräumt werden mußten: „Nun, man sagt gelegentlich: wenn schon denn schon, in einem Aufwasch ist das am besten erledigt". Man mag diese Äußerung für das Zeichen begrenzter Intelligenz halten und dem Sprecher jede Spur von Sensibilität absprechen. Aber damit ist nur die Erkenntnis verbunden, daß die hinter Innensenator Lummer stehenden Kräfte sich genau jene Mischung aus Kleinkariertheit und Imponiergehabe als Werkzeug ausgewählt haben, die man an die Front schikken und die Drecksarbeit tun lassen kann. Denn ist die Rede vom Aufwasch, vom Erledigen nur dumm und zynisch? Wie klar, wie bewußt steuert man wirklich den Bürgerkrieg an? Es gibt Gerüchte, daß am 10. 10., wenn in Bonn die große Friedensdemonstration stattfindet und dort viele hinfahren werden, weitere Häuser geräumt werden sollen. Wenn dies geschieht, kann man voraussehen, was in Berlin und Bonn passieren *könnte*.

Was passieren *soll:* die Wut soll uns kopflos machen.

Günter Giesenfeld

Wirtschaftsinformation

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 2. Vierteljahr 1981

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Die in der letzten Vierteljahresübersicht festgestellte leichte konjunkturelle Besserung hat sich nicht fortgesetzt, die Mitte 1980 ausgebrochene zyklische Überproduktionskrise dauert an. Auch im Herbst 1981 ist die offiziell erwartete konjunkturelle Wende noch nicht in Sicht. Das Bruttosozialprodukt ist weiterhin niedriger als in der vergleichbaren Vorjahreszeit, der Rückgang hält nun schon das dritte Vierteljahr an.

Tabelle 1
Reales Bruttosozialprodukt im 2. Vierteljahr 1982

	In Mrd. DM[1])	*In % gegenüber dem Vorjahr*
BSP	*218,7*	*−1,0*
Privater Verbrauch	*121,8*	*−0,6*
Öffentlicher Verbrauch	*39,3*	*+1,3*
Anlageinvestitionen	*53,3*	*−1,3*
Export	*71,5*	*+5,3*

1) In Preisen von 1970.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 34/81.

Ins Auge fällt der starke Anstieg beim Export. Dies ist vor allem eine Folge der gegenüber einigen Währungen, besonders dem Dollar, schwachen DM. Der Außenhandelsüberschuß ist im zweiten Vierteljahr auf fast 7 Mrd. DM angestiegen und damit höher als in den ersten drei Quartalen von 1980 zusammengenommen. Das Defizit der Leistungsbilanz ist dadurch deutlich gesunken, eine allerseits erhoffte Entwicklung. Diese Besserungstendenz in der Leistungsbilanz ist ironischerweise eine Folge der Abwertung der DM, also genau der Entwicklung, die die Bundesbank durch ihre Hochzinspolitik – vergeblich – zu verhindern hoffte. Die Tatsache, daß die Besserungstendenz in der Außenwirtschaft nicht wegen, sondern trotz der Maßnahmen der Bundesbank erreicht wurde, hindert diese allerdings nicht, sich mit ihren „Erfolgen" zu schmücken.

Trotz des kleinen „Exportbooms" hat sich die wirtschaftliche Lage im Inland weiter verschlechtert. Die außenwirtschaftlichen Erfolge reichen nicht aus, der Inlandskonjunktur entscheidende Anstöße zu geben. Dadurch wird unterstrichen, daß die einseitig außenwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik von Bundesregierung und Bundesbank vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus eher schädlich ist: die anhaltende Schwäche des privaten Verbrauchs prägt die Gesamtkonjunktur weit stärker als die günstige Exportentwicklung. Die Konsumnachfrage war im ganzen ersten Halbjahr 1981 niedriger als in der gleichen Vorjahreszeit, die Einzelhandelsumsätze lagen real um durchschnittlich 3% unter den Vorjahresergebnissen.

Die Produktion im verarbeitenden Gewerbe stagnierte im Vergleich zum ersten Vierteljahr 1981, lag allerdings deutlich unter Vorjahresstand.

Eine Tendenzaussage wird durch die stark schwankenden Monatsergebnisse der Produktionsstatistik erschwert, im Juni und Juli hatte es wieder einen scharfen Rückgang gegenüber den Vormonaten gegeben. Die Kapazitätsauslastung der Industrie ist weiterhin gesunken, sie lag im Juni mit 78,7% (Ergebnisse des Ifo-Instituts) etwa 1% niedriger als im März 1981 und 4,5 Punkte unter dem Vorjahresstand.

Tabelle 2
Nettoproduktion im verarbeitenden Gewerbe[1])

	2. Vierteljahr 1981	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
Insgesamt	*107,1*	*−1,7*
Grundstoffe und Produktionsgüter	*105,4*	*−5,2*
Investitionsgüter	*112,2*	*+1,0*
Verbrauchsgüter	*98,5*	*−4,6*

1) Index 1976 = 100.
Quelle: ebd.

Der Nachfragerückgang und die krisenbedingt niedrige Kapazitätsauslastung hat sich auch auf die Unternehmergewinne ausgewirkt, die seit drei Quartalen rückläufig sind.

Tabelle 3
Einkommensverteilung[1])

	In Mrd. DM	In % gegenüber dem Vorjahr
BSP	*376,5*	*+3,3*
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	*317,9*	*+4,6*
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	*69,6*	*−4,0*

1) In jeweiligen Preisen, im 1. Quartal 1981.
Quelle: ebd.

Der Rückgang der Unternehmergewinne – der durch steuerliche Erleichterungen teilweise aufgefangen wird – ist allein der Nachfrageschwäche, nicht etwa zu hohen Löhnen zu verdanken. Denn bei weiter ansteigender Arbeitsproduktivität sind die realen Arbeitseinkommen je Beschäftigten rückläufig.

Tabelle 4
Löhne und Gehälter

	2. Vierteljahr 1982	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
Tarifeinkommen[1])	–	*+5,4*
Nettolohn- und -gehaltssumme (Mrd. DM)	*127,0*	*+4,0*
Je Beschäftigten	–	*+4,6*
Arbeitsproduktivität[2])	–	*+1,6*
Reallöhne und -gehälter[3])	–	*−1,0*

1) Auf Monatsbasis.
2) Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.
3) Nettoeinkommen je Beschäftigten, bereinigt um den Anstieg der Lebenshaltungskosten.
Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", lfd.; eigene Berechnungen.

Die Kaufkraft der Lohn- und -gehaltssumme war zur Jahresmitte etwa 2% niedriger als zur gleichen Vorjahreszeit. Der Anstieg der Sozialrenten und Unterstützungen lag zwar krisenbedingt über der Inflationsrate, er reichte aber nicht aus, um die Kaufkraft der Masseneinkommen insgesamt zu erhalten: erst seit langer Zeit trat hier ein realer Rückgang um etwa ein halbes Prozent ein.

Diese Entwicklung hat sich in den folgenden Monaten beschleunigt, vor allem als Folge der verstärkten Inflation. Entgegen den zweckoptimistischen Prognosen, die vor der Lohnrunde, zum Jahresanfang, teilweise eine Inflationsrate von unter 4% zum Jahresende in Aussicht gestellt hatten, liegt sie im Herbst über 6%.

Tabelle 5
Preisentwicklung

	2. Vierteljahr 1981 in % gegenüber 2. Vierteljahr 1980
Lebenshaltung[1])	*+ 5,6*
Industrielle Erzeugerpreise	*+ 7,0*
Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	*+ 4,8*
Einfuhrpreise	*+14,1*

1) Alle Haushalte.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", lfd.; Preissemeldungen.

Im September lag der Index der Lebenshaltung um 6,5% über dem Vorjahresstand, die angekündigten Faktoren einer Preisberuhigung haben nicht gewirkt. Der Rückgang des Dollarkurses im September bringt sicher eine gewisse Entlastung von seiten der Einfuhrpreise mit sich, dagegen treten im Oktober umfangreiche Preis- und Gebührenerhöhungen für Energie in Kraft, die einer Inflationsverlangsamung entgegenwirken werden.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich im Sommer drastisch verschlechtert. Bei rückläufiger Beschäftigung ist die Arbeitslosigkeit sprunghaft angestiegen, vergleichbar hohe Arbeitslosenzahlen sind in der Geschichte der Bundesrepublik nur am Anfang der 50er Jahre registriert worden.

Tabelle 6
Arbeitsmarkt im 2. Vierteljahr 1981

	In 1000	*Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr*
Abhängig Beschäftigte	*22 123*	*−154*
Registrierte Arbeitslose	*1 127*	*+336*
Kurzarbeiter	*339*	*+309*
Offene Stellen	*240*	*−108*

Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", lfd.

Inzwischen ist der Vorjahresstand – der ja ebenfalls schon von der beginnenden Krise beeinflußt war – um mehr als 400 000 Arbeitslose überschritten, in saisonbereinigter Betrachtung lag die registrierte Arbeitslosenzahl im August bei fast 1,4 Millionen.

Die wirtschaftlichen Perspektiven für den Rest des Jahres bleiben ungünstig. Die positiven Auswirkungen des Exports werden sich im Zuge der Befestigung der DM an den Devisenmärkten eher etwas abschwächen, die wichtigsten Handelspartner der BRD befinden sich ebenfalls noch mitten in der Krise. Inländische Belebungsfaktoren sind zur Zeit noch nicht sichtbar, die Schwächeneigung des privaten Verbrauchs wird sich eher noch verstärken. Die Hochzinspolitik wurde auch am Herbstbeginn trotz der gebesserten außenwirtschaftlichen Situation nicht gelockert, die „Sparbeschlüsse" für den Bundeshaushalt 1982 werden sich negativ auf die öffentliche Nachfrage auswirken. Daher wird auch in den offiziellen Prognosen für 1981 nicht mehr mit dem Beginn einer Belebung gerechnet, die Hoffnungen richten sich erst auf 1982.

Für den Arbeitsmarkt allerdings sind auch dann keinerlei positive Perspektiven sichtbar. Selbst bei einer kräftigen Belebung würde zunächst die Arbeitsproduktivität ansteigen, nicht aber die Beschäftigung. Daher ist nicht mehr auszuschließen, daß die registrierte Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr in den saisonalen Beschäftigungstiefpunkten an die Zweimillionenmarke herankommt.

Jörg Goldberg

Aktuelles Länderstichwort

Belize

Am 28. September 1981 erlangte Belize, das frühere Britisch-Honduras, seine volle staatliche Souveränität. D. Red.

Unabhängiger Staat in Mittelamerika; Fläche: 22 965 km², Ew.: 144 000 – 6,3 Ew./km² (1978, geschätzt); Hptst.: Belmopan 3000 Ew. (1978); Amtssprache: Englisch, als Verkehrssprachen auch Spanisch und Indianersprachen; Währung: Belize-Dollar (BZ$) = 100 Cents.

B. ist in 6 Distrikte unterteilt: Belize, Cayo, Corozal, Orange Walk, Stann Creek und Toledo. B. gehören die Turneffe-Inseln im Karibischen Meer. Guatemala erhebt Anspruch auf das Territorium von B.

Etwa 40% der Bevölkerung sind Indios, Mestizen und Zambos, 50% Afroamerikaner und Mulatten, der Rest europäischer oder asiatischer Abstammung.

Natürliche Bedingungen. B. liegt im SO der Halbinsel Yucatan. Im O grenzt es an den Golf von Honduras. Das Landesinnere ist im wesentlichen flach. Im Zentrum erheben sich bis zu 1122 m Höhe (Victoria Peak) die zerklüfteten Cockscomb- oder Maya-Mountains. Das Temperaturjahresmittel liegt bei 26,3 Grad C. Die jährliche Niederschlagsmenge erreicht 2005 mm.

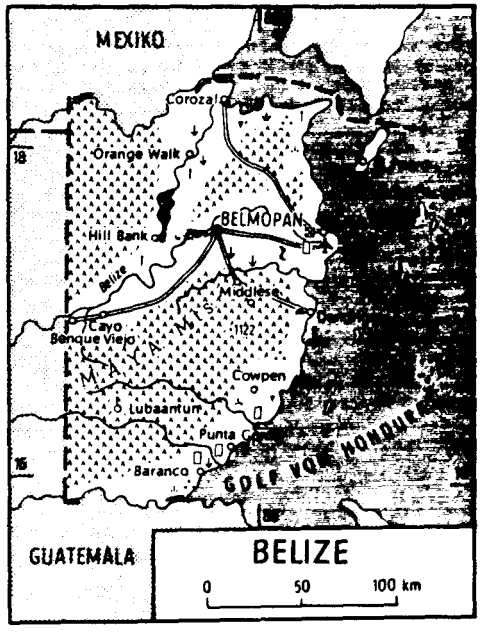
Wirtschaft. B. ist ein rückständiges Agrarland. Große Teile des Territoriums werden von Urwäldern bedeckt, die reich an Edelhölzern sind (Mahagoni, Zedern, Pinien, Rosenholz, Ebenholz).

Wichtigster Wirtschaftszweig war über Jahrzehnte die Holz- und Chicle- (Kaugummirohstoff-) Gewinnung.

Der Raubbau führte jedoch zur Erschöpfung der leicht zugänglichen Baumbestände. Bestimmender Wirtschaftszweig wurde die Landwirtschaft, die 1978 einen Anteil von 21% am Bruttosozialprodukt hatte, während die Industrie nur 11% brachte. 51% des Bodens sind kultivierbar, während aber nur rd. 10% landwirtschaftlich genutzt werden. Seit 1972 sind durch Siedler neue Anbaugebiete erschlossen worden. Hauptanbauprodukte sind Zuckerrohr, Zitrusfrüchte, Bananen, Kokosnüsse, Reis, Mais, Bohnen, Hirse, Erbsen, Kakao und Tabak. Der Eigenbedarf an Lebensmitteln wird noch nicht gedeckt (Produktion 1978: 98 000 t Zucker, 7000 t Reis, 13 000 t Mais).

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen belief sich 1977 auf 185,4 Mill. BZ$ = 1189 BZ$ je Ew.

Die Industrie besteht vorwiegend aus Zucker- und Textilfabriken, Sägewerken und kleine-



Zeichenerklärung:
- Reisanbaugebiete;
- Maisanbaugebiete;
- Faserpflanzen (Jute, Baumwolle, Flachs, Hanf, Sisal);
- Ölpflanzen (Sojabohnen, Erdnüsse, Ölpalmen, Kokospalmen, Oliven, Sonnenblumen);
- Zuckerrüben, Zuckerrohr;
- Wein, Obst, Gemüse;
- Genußmittelpflanzen (Kakao, Kaffee, Tabak, Tee, Hopfen);
- Textilindustrie;
- Holz- und Papierindustrie.

ren Betrieben, in denen Obstkonserven, Papier, Möbel, Gerbstoffe, Zigaretten, Seife und Düngemittel produziert werden.

Die Länge der befestigten Straßen beträgt 2400 km. 1977 waren 9800 Kraftfahrzeuge zugelassen. Internationaler Flughafen ist Stanley Field bei Belize, das auch wichtigster Hochseehafen ist.

Exportiert werden Zucker (45% des Exportwertes), Zitrusfrüchte (5%), Fisch, Holz, Chicle und Bananen. Der Import umfaßt Lebensmittel, Maschinen, Fahrzeuge, Industriewaren, Brenn- und Kraftstoffe, Getränke und Tabakwaren. Haupthandelspartner sind die USA und Großbritannien. Das Außenhandelsvolumen ist stark schwankend. Einem Export 1975 von 130 Mill. BZ$ standen für 186 Mill. BZ$ Importe gegenüber. 1977 waren es 96 Mill. gegenüber 136 Mill.

Lage der Werktätigen. Es gibt keine Sozialgesetze, die Arbeitsgesetzgebung ist rudimentär. 10% der Erwachsenen sind Analphabeten. 1977 gab es in 188 Grundschulen 37 000 Schüler, in 22 weiterführenden Schulen 5400 Schüler. Ferner bestehen 3 technische Berufsschulen. 1976 bestanden 7 Krankenhäuser. Auf 3171 Ew. kam ein Arzt, und auf 203 Ew. entfiel ein Krankenhausbett.

Politische Parteien und gesellschaftliche Organisationen. United People's Party (UPP – Vereinigte Volkspartei) – gegr. 1949, kämpft seit 1964 um völlige Unabhängigkeit B.s. Seit 1974 Regierungspartei. Führer ist George Price.

United Democratic Party (UDP – Vereinigte Demokratische Partei) – gegr. 1964, Koalitionspartei rechter bürgerlicher Kräfte, die mit USA-Monopolen liiert sind. Führer ist Dean Lindo.

National Independence Party (NIP – Nationale Unabhängigkeitspartei) – gegr. 1958, konservativ, ist aber gegen einen Anschluß an Guatemala. Führer ist Philip W. Goldson.

Die Belize General Workers' Development Union (BGWDU) ist die größte Gewerkschaft B.s und der IBFG-Regionalorganisation ORIT angeschlossen. Daneben existieren die Belize Public Officers' Union (BPOU) und die Christian Workers' Union (CWU), die der WVA-Regionalorganisation CLAT (Lateinamerikanischer Verband der Arbeiter) angeschlossen ist.

Massenmedien. Es erscheinen 3 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von 2500 Exemplaren.

Wichtige Ereignisse

1859 – Vertrag zwischen Großbritannien und Guatemala über die Abgrenzung des britischen Kolonialgebietes Britisch-Honduras, wie B. bis 1973 hieß.
1940 – Guatemala erklärt den Vertag von 1859 für ungültig.
1960 – Eine Volksabstimmung lehnt den Anschluß an Guatemala ab.
1964, 6. Jan. – Britisch-Honduras erhält die innere Autonomie.
1973, 1. Juni – Umbenennung in Belize.
1977, 28. Nov. – Die XXXII. Tagung der UNO-Vollversammlung bestätigt erneut mit 126 Stimmen (Resolution 32/32) das Recht B.s. auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit.
1978 – Verhandlungen Großbritanniens mit Guatemala über die Zukunft B.s bleiben ohne ein Resultat.
1979, 26. Nov. – Das Wahlergebnis bringt erneut das eindeutige Verlangen des Volkes von B. nach Unabhängigkeit zum Ausdruck.

Nach: Länder der Erde, Politisch-Ökonomisches Handbuch. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1981, S. 73 f.

Soeben erschienen

Christine Buci-Glucksmann

Gramsci und der Staat

Aus dem Französischen. Studien zur Dialektik. 280 Seiten, DM 19,80

Pahl-Rugenstein

Autoren dieses Heftes

Dr. Horst J. ANDEL, geb. 1933, seit 1966 Nahost-Korrespondent der Berner Tageszeitung „Der Bund", gelegentlicher Mitarbeiter von „Die Weltwoche" in Zürich und der „Außenpolitik"; Buchveröffentlichungen: „Nahost-Report" (München 1976), „Kommen morgen die Araber?" (Zürich 1976), „Die Araber – Europas Nachbarn" (Frankfurt 1978). *** *Anton-Andreas GUHA,* geb. 1937, Publizist, seit 1967 Redakteur bei der „Frankfurter Rundschau"; Buchveröffentlichungen u.a.: Die Neutronenbombe – oder Die Perversion menschlichen Denkens, Frankfurt/M. 1977; Der Tod in der Grauzone. Ist Europa noch zu verteidigen?, Frankfurt/M. 1980. *** *Bernd GREINER,* geb. 1952, in Pirmasens; Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenpolitik der USA; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; lebt in Hamburg. *** *Michiel Herman VON MEYENFELDT,* geb. 1923 in Rotterdam, Generalmajor a.D., bis 1980 Chef der Kgl. Niederländischen Militärakademie, Mitglied der Kommission der Reformierten Kirchen für das Studium der Kriegsproblematik. *** *Erwin MÜLLER,* M.A., geb. 1947 in Hochstadt/Oberfranken, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Zeitgeschichte, Wissenschaftlicher Referent am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Mostafa DANESCH,* geb. 1944 in Semnan (Iran), Studium der Politologie, Völkerkunde und Erziehungswissenschaft an den Universitäten München, Bonn und Köln, Promotion über „Die Politik Großbritanniens in der iranischen bürgerlichen Revolution (1905–1911)"; Zeitungs- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Edgar GÄRTNER,* geb. 1949 in Magdlos/Krs. Fulda, Studium der Biologie und der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M., Forschungsstudium „mediterrane Ökologie" in Marseille, z. Z. Doktorand in Münster. *** *Dr. Niels PÖRKSEN,* geb. 1934 in Gelting/Flensburg. Leiter der Psychatrischen Klinik in Häcklingen bei Lüneburg und Vorstandssprecher der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychatrie, Buchveröffentlichung: Kommunale Psychatrie, Reinbek 1974.

Bemerkungen

Berichtigung: Im September-Heft der „Blätter" sind uns zwei bedauerliche Umbruchfehler unterlaufen.

1) In dem Beitrag von Rudolf Hickel wurden Seiten vertauscht. Die als 1070/71 gezählten Seiten sind auszuwechseln gegen 1068/69, d.h. aus 1070/71 alt wird 1068/69 neu und aus 1068/69 alt wird 1070/71 neu.

2) Im Text des Aufrufs des DGB „Frieden durch Abrüstung!" (S. 1146f.) fehlt eine umfangreiche Passage. Wir drucken deshalb den vollständigen Wortlaut des Dokuments auf S.1278 dieses Heftes noch einmal ab.

Wir bitten um Entschuldigung.

Einbanddecken: Abonnenten, die an Einbanddecken für den laufenden Jahrgang der „Blätter" interessiert sind, bitten wir um Bestellung beim Verlag bis zum 31. Dezember 1981. Der Selbstkostenpreis der Einbanddecken beträgt pro Halbjahresband 7,50 DM. D. Red.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Sechsundzwanzigster Jahrgang · Heft 10/1981

Herausgegeben von

GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
RUDOLF HICKEL
JÖRG HUFFSCHMID

HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL

KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
KLAUS NAUMANN
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats September 1981

1. 9. – Zentralafrikanische Republik. Ein „Militärausschuß für nationalen Wiederaufbau" unter Führung von Generalstabschef André Kolingba übernimmt in der Hauptstadt Bangui die Macht. Präsident David Dacko muß zurücktreten. Die Verfassung wird außer Kraft gesetzt.

2. 9. – Iran. Mit 178 gegen 10 Stimmen bei 8 Enthaltungen stimmt das Parlament der Ernennung von Ayatollah Mohammad Reza Mahdavi Kani zum neuen Ministerpräsidenten zu. Mit seiner Wahl wird Kani auch Mitglied des Präsidentschaftsrates, der vorübergehend das Amt des Präsidenten wahrnimmt (vgl. „Blätter", 9/1981, S. 1027).

2.–3. 9. – Skandinavien. Die Außenminister Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Finnlands und Islands tagen in Kopenhagen. In einem Kommuniqué heißt es, man habe sich gegenseitig über die „Voraussetzungen orientiert", die „unter Berücksichtigung der unterschiedlichen sicherheitspolitischen Situation der einzelnen Staaten bei den Bemühungen um eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa zu gelten" hätten.

3. 9. – Blockfreie Bewegung. In Anwesenheit von UN-Generalsekretär Waldheim findet am Sitz der Weltorganisation in New York eine Sondersitzung aus Anlaß des 20. Jahrestages der Gründung der blockfreien Bewegung statt. (Zur Belgrader Konferenz vom September 1961 vgl. „Blätter", 1/1962, S. 5.) – Am 25. 9. tritt in New York der Koordinierungsausschuß zusammen. Neu in die Bewegung auf-

genommen, die damit 97 Mitglieder zählt, werden Ekuador und Belize. Auf Vorschlag Jugoslawiens wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit der friedlichen Regelung von Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern befassen soll. Weiter wird beschlossen, die Kandidatur des tansanischen Außenministers Salim Ahmed Salim für das Amt des UN-Generalsekretärs zu unterstützen.

– Ägypten. Im ganzen Land setzt eine ausgedehnte Verhaftungswelle ein, die sich gegen die verschiedensten Oppositionsgruppen richtet. Betroffen sind religiöse und politische Organisationen, so die Nationale Fortschrittspartei, deren Hauptquartier in Kairo geschlossen wird. Präsident Sadat gibt am 5. 9. vor dem Parlament die Zahl der Festnahmen mit über 1500 an.

3.–14. 9. – UNO. Die 8. Notstandssondertagung (Emergency Special Session) der Generalversammlung der Vereinten Nationen tagt in New York, um sich mit der Lage in Namibia zu befassen. Mit großer Mehrheit (117 Stimmen bei 25 Enthaltungen) fordert die Versammlung den Sicherheitsrat auf, Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen. – Am 15. 9. beginnt die 36. Generalversammlung. Zum Präsidenten wird Ismat Kittani (Irak) gewählt. Als neue Mitglieder werden Vanuatu (155. Mitglied) und Belize (156. Mitglied) aufgenommen. An der Generaldebatte beteiligen sich u. a. die Außenminister Haig (USA), Gromyko (UdSSR), Genscher (BRD) und Fischer (DDR). Im Namen der Europäischen Gemeinschaften spricht der britische Außenminister Lord Carrington.

4. 9. – DDR/BRD. Der Staatsratsvorsitzende Honecker empfängt in Berlin den SPD-Bundestagsabgeordneten Bahr, der sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Bundestages in der Hauptstadt der DDR aufhält. An dem Gespräch nehmen auch Hermann Axen, Mitglied des SED-Politbüros, und Staatssekretär Klaus Bölling, Ständiger Vertreter der BRD in der DDR, teil. Honecker erklärt bei dieser Gelegenheit, gerade die beiden deutschen Staaten müßten angesichts der Lehren der Vergangenheit ein Interesse daran haben, das Niveau der militärischen Konfrontation zu senken.

– Bolivien. Die regierende Militärjunta ernennt den Oberkommandierenden des Heeres, General Celso Terrelio Villa, zum neuen Präsidenten. Torrelio ist Nachfolger von General Meza (vgl. „Blätter", 9/1981, S. 1026).

7. 9. – Spanien/UdSSR. In einem Memorandum an das Außenministerium in Madrid verweist die sowjetische Regierung auf mögliche „negative Folgen" im Falle eines spanischen Beitritts zur NATO. Es könne nicht ausbleiben, so heißt es, „daß der Einschluß Spaniens in ein gegen die UdSSR und deren Alliierte gerichtetes Bündnis diese zu Reaktionen veranlaßt".

9. 9. – USA/Israel. In Washington kommt es zu einer ersten Begegnung zwischen Präsident Reagan und Ministerpräsident Begin. Nach den Gesprächen heißt es, beide Seiten seien entschlossen, ihre „strategischen Beziehungen" auszubauen und die militärische Zusammenarbeit auch ohne formelles Bündnis zu verstärken. Begin erklärt, Israel wolle ein treuer und stabiler Verbündeter der USA bleiben.

9.–13. 9. – Mexiko/DDR. Auf Einladung von Präsident José López Portillo besucht der Staatsratsvorsitzende Honecker Mexiko. Ein gemeinsames Kommuniqué der beiden Politiker fordert u. a. die internationale Gemeinschaft auf, das Wettrüsten zu beenden. Den Rückflug unterbricht Honecker auf Kuba, wo er mit Präsident Fidel Castro zusammentrifft.

11. 9. – Niederlande. Nach mehrmonatigen Verhandlungen (zu den Wahlergebnissen vom 26. Mai d. J. vgl. „Blätter", 6/1981, S. 643) bilden die Christlich-Demokratische Partei (CDA), die Arbeiterpartei (PvdA) sowie die Demokraten '66 (D '66) eine Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Andries Van Agt (CDA), die sich auf 109 von 120 Mandaten im Parlament stützen kann. Der Vorsitzende der PvdA, Joop Den Uyl, tritt als stellvertretender Ministerpräsident und Sozialminister in das Kabinett ein. Das Außenministerium übernimmt Max van der Stoel (PvdA).

12. 9. – UdSSR. Die Parteizeitung „Prawda" schreibt, die sowjetischen Vorschläge zu Verhandlungen über ein Verbot der Neutronenbombe bedeuteten nicht, „daß die Sowjetunion die Neutronenwaffe oder jede andere neue Waffe nicht bauen" könne. Der UdSSR gehe es vor allem um die Verhinderung einer weiteren Runde des Wettrüstens.

13.–14. 9. – BRD/USA. Der amerikanische Außenminister Haig konferiert in Bonn mit Bundesaußenminister Genscher und Bundeskanzler Schmidt über außen- und militärpolitische Fragen. Haig, der auch von Bundespräsi-

dent Carstens empfangen wird, hält sich am 13. 9. in Begleitung von Genscher zu einem mehrstündigen Besuch in Westberlin auf.

– Norwegen. Stimmenverluste für die regierenden Sozialdemokraten (ihr Stimmenanteil geht um 4,8 auf 37,4% zurück) sowie Gewinne der Konservativen sind das Ergebnis der Parlamentswahlen. Die Konservativen, die Christliche Volkspartei und das Zentrum verfügen mit 47,5% der Stimmen über 79 der 155 Sitze im künftigen Parlament (Storting). Nach dem Scheitern von Koalitionsverhandlungen bildet der Vorsitzende der Konservativen (54 Parlamentssitze), Kaare Willoch, ein Minderheitskabinett, dem ausschließlich Mitglieder seiner Partei angehören. Das Außenministerium geht an Svenn Stray.

15. 9. – BRD/Türkei. Im Auswärtigen Amt in Bonn findet die Unterzeichnung mehrerer Regierungsabkommen statt. Die Verträge sehen militärische und finanzielle Hilfsleistungen der Bundesrepublik an die Türkei vor.

16. 9. – Polen. In einer Stellungnahme des Politbüros der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) heißt es, die Gewerkschaft „Solidarität" werde immer mehr zu einer „oppositionellen politischen Organisation", die sich „offen das Ziel einer Veränderung des politischen Systems in Polen" setze. Die „konterrevolutionäre Gefahr" im Lande nehme zu.

18. 9. – Frankreich. Die Nationalversammlung billigt mit 369 gegen 113 Stimmen eine Vorlage der Regierung über die Abschaffung der Todesstrafe. Die Entscheidung im Senat fällt am 30. 9. mit 161 gegen 126 Stimmen.

21.–26. 9. – IAEO. Die 25. Generalversammlung der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) findet in Wien statt. Im Hinblick auf die Bombardierung eines irakischen Kernreaktors durch Israel (vgl. „Blätter", 7/1981, S. 769) erklärt der scheidende Generaldirektor, Sigvard Eklund (Schweden), in seiner Eröffnungsansprache, der Genfer Abrüstungsausschuß müsse die Frage eines allgemeinen Verbots von Angriffen auf Kernanlagen jeder Art behandeln. Die Abstimmung über einen Ausschluß Israels aus der IAEO wird auf das kommende Jahr vertagt, Israel wird erneut aufgefordert, dem Irak Schadensersatz zu leisten. Gouverneursrat und Generalkonferenz ernennen Hans Blix (Schweden) zum neuen Generaldirektor.

22. 9. – USA/UdSSR. Präsident Reagan richtet ein Schreiben an Generalsekretär Breschnew, in dem er seine Auffassungen über die künftigen amerikanisch-sowjetischen Beziehungen darlegt. Der Text des Briefes wird nicht veröffentlicht. – Am 23. 9. nehmen die Außenminister beider Staaten, Haig und Gromyko, am Rande der UN-Generalversammlung in New York einen Meinungsaustausch auf, der am 28. 9. mit einem zweiten Gespräch fortgesetzt wird und Probleme der gegenseitigen Rüstungsbegrenzung zum Inhalt hat. Die Minister kommen überein, am 30. November d. J. in Genf bilaterale Verhandlungen über die Begrenzung nuklearer Waffensysteme zu beginnen.

22.–23. 9. – Österreich/BRD. Bundeskanzler Schmidt weilt in Wien, um mit dem österreichischen Bundeskanzler Kreisky weltpolitische und bilaterale Themen zu erörtern. Schmidt führt auch ein Gespräch mit Kardinal König, der unmittelbar zuvor von einem Besuch der DDR zurückgekehrt war.

23. 9. – Israel/UdSSR. Die Außenminister Shamir (Israel) und Gromyko (UdSSR), deren Regierungen keine diplomatischen Beziehungen unterhalten, treffen in New York zu einer vertraulichen Unterredung zusammen. Es handelt sich um den ersten Kontakt auf Regierungsebene zwischen beiden Ländern nach einer Unterbrechung von sechs Jahren.

24. 9. – Abrüstung. Die Verhandlungen über die gegenseitige Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa werden in Wien mit der 25. Runde fortgesetzt (vgl. „Blätter", 6/1981, S. 641f.). Auf getrennten Pressekonferenzen legen Vertreter beider Seiten ihre unterschiedlichen Standpunkte dar.

28. 9. – Belgien. Der amtierende Ministerpräsident Eyskens kündigt vorzeitige Neuwahlen für den 8. November d. J. an. Der Rücktritt des Kabinetts wegen Meinungsverschiedenheiten über die Wirtschaftspolitik hatte am 21. 9. eine Regierungskrise ausgelöst.

30. 9. – Großbritannien. Der Parteitag der Labour Party in Brighton befürwortet in einer Resolution eine einseitige nukleare Abrüstung, wendet sich jedoch gegen einen Austritt des Landes aus der NATO. In der Resolution wird verlangt, alle Nuklearstützpunkte in Großbritannien aufzugeben und alle Kernwaffen von britischem Boden zu entfernen.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Sondermemorandum '81

Beschäftigungspolitik statt Soziabbau – Alternativen zur Sparpolitik

Am 15. September 1981 legte die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik („Memorandum-Gruppe") auf einer Pressekonferenz in Bonn ein Sondermemorandum vor, das die sog. Sparpolitik oder „Haushaltsoperation '82" (vgl. auch den Beitrag von Rudolf Hickel in „Blätter", 9/1981, S. 1062–1078) einer durch detaillierte Alternativrechnungen fundierten Kritik unterzieht. Es handelt sich um die aktuelle „Nutzanwendung" der im „Memorandum '81: Demokratische Wirtschaftspolitik gegen Marktmacht und Sparmaßnahmen" ausführlich dargestellten Analysen und Alternativen. (Kurzfassung in „Blätter", 5/1981, S. 611–634; Langfassung erscheint im Herbst als Buch im Pahl-Rugenstein-Verlag) Sowohl das Memorandum '81 als auch das nachstehend erstmals im Wortlaut veröffentlichte Sondermemorandum '81 sind als Sonderdrucke erhältlich. D. Red.

I. Schwerpunkt Sozialabbau – Die Eckdaten der Sparpolitik

Mit der sogenannten „Operation '82" hat die Bundesregierung Eingriffe in den Bundeshaushalt beschlossen, die in der Geschichte der Bundesrepublik einmalig sind.

Das Gesamtvolumen des Bundeshaushaltsentwurfs für 1982 wurde auf 240,8 Mrd. DM begrenzt. Damit beträgt der Zuwachs gegenüber dem Haushalt 1981 nur noch 4,2%; er liegt somit unter der zu erwartenden Preissteigerungsrate. Die Neuverschuldung ist mit 26,5 Mrd. DM angesetzt.

Einsparungen und Steuererhöhungen sollen eine Deckungslücke von ca. 16 Mrd. DM ausgleichen. Die von der SPD in die Verhandlungen zum Bundeshaushalt 1982 eingebrachte Ergänzungsabgabe zur Finanzierung eines Beschäftigungsprogramms konnte auf Druck der FDP nicht verabschiedet werden. Im Haushalt ist ferner ein Bundesbankgewinn von 6,1 Mrd. DM als Einnahme einkalkuliert worden.

Die für 1982 eingeschlagene Sparpolitik soll mittelfristig fortgesetzt werden: In der Finanzplanung für die Jahre 1982 bis 1985 sind Einsparungen im Bundeshaushalt von 77,8 Mrd. DM und in allen Haushalten der Gebietskörperschaften von 88,9 Mrd. DM vorgesehen.

Die beschlossenen Maßnahmen, die in sechs gesonderten Gesetzen verwirklicht werden sollen, umfassen Einschränkungen im Sozialbereich, im öffentlichen Dienst sowie im Unternehmensbereich. Staatliche Investitionsanreize sind vor allem für den Wohnungsbau und Unternehmen vorgesehen. Die quantitativ und qualitativ am weitesten reichenden Eingriffe sind im Sozialbereich vorgesehen. Sie konzentrieren sich auf die Arbeitsförderung, die Krankenversicherung und das Kindergeld.

– Die Maßnahmen im Bereich der *Arbeitsförderung* („Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz") wirken sich als Entlastung des Bundeshaushaltes 1982 in Höhe von 6,7 Mrd. DM aus. Davon sind 3 Mrd. DM Mehreinnahmen der Bundesanstalt für Arbeit durch Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um $^1/_2$ Prozentpunkt; weitere 3,7 Mrd. DM resultieren aus Leistungseinschränkungen vor allem im Bereich der Arbeitslosenversicherung, der beruflichen Bildung, der Lohnkostenzuschüsse für ältere Arbeitnehmer, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und des Kurzarbeitergeldes. In der Arbeitslosenversicherung ist die erneute Verschärfung des Zumutbarkeitsbegriffs, die Verlängerung der Sperrzeiten auf acht Wochen, die Begrenzung der Arbeitslosenhilfe (Abschaffung der originären Arbeitslosenhilfe) sowie eine Verschlechterung des Lohnsteuerjahresausgleichs für Arbeitslose vorgesehen. Weitere Einschränkungen sind bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie beim Kurzarbeitergeld geplant, das mit den vorher geleisteten Überstunden saldiert werden soll. Als Modifikation der von der FDP vertretenen Herabsetzung des Arbeitslosengeldes wurden die Anspruchsvoraussetzungen erheblich verschärft. In Zukunft kann ein Anspruch auf Arbeitslosengeld erst nach zwölfmonatiger Beschäftigung erworben werden. Bei der beruflichen Umschulung und Fortbildung soll das Unterhaltsgeld von 80 auf 75 bzw. 68% des Nettoeinkommens reduziert und teilweise auf Darlehen umgestellt werden. Nichtbeitragszahler bleiben in Zukunft von dem Leistungsangebot für Fortbildung und Umschulung ausgeschlossen.

Die Finanzierung der „59er Regelung" ist der einzige Bereich im geplanten „Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz", in dem die Unternehmer als Verursacher von Arbeitslosigkeit zur Kasse gebeten werden.

– Der zweite große Eingriffsbereich richtet sich auf die *Krankenversicherung* („Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz"). Das führt im Bundeshaushalt 1982 allerdings unmittelbar nur zu geringen Einsparungen. Die getroffenen Maßnahmen verfolgen überwiegend das Ziel, die absehbare Kostenentwicklung stärker zu kontrollieren. Folgende Leistungseinschränkungen sind u. a. vorgesehen:

- höhere Selbstbeteiligung der Versicherten durch eine angehobene Verordnungsblattgebühr (bis zu 4,– DM pro Rezept);
- Nichtübernahme der Kosten für sog. Bagatellarzneimittel durch die gesetzliche Krankenversicherung;
- erhöhte Selbstbeteiligung beim Zahnarzt.

Insgesamt müssen danach die Versicherten über eine halbe Mrd. DM in Form erhöhter Kostenbeteiligung aufbringen.

Relativ bescheiden nimmt sich demgegenüber das „Stabilitätsopfer" der Anbieterseite aus, denn lediglich die Zahntechniker müssen mit einer 5-prozentigen Reduktion ihrer Vergütungen rechnen. Arzthonorare („Honorardeckel") bleiben ebenso wie die Preise pharmazeutischer Produkte durch diese Politik der Kostendämpfung im Gesundheitswesen unangetastet.

– Der dritte große Block, auf den sich die Kürzungen der Sozialleistungen konzentriert, ist der *Familienlastenausgleich*. Durch die Reduktion des Kindergelds für das zweite und dritte Kind um jeweils 20,– DM sowie einige kleine Änderungen werden insgesamt 1,7 Mrd. DM weniger ausgegeben.

Im *öffentlichen Dienst* ist eine Verschiebung der Besoldungsanpassung um 3 Monate für Beamte, die Reduktion des Grundgehalts und des Ortszuschlags um 1 v.H. für alle Bediensteten (zunächst Beamte und Angestellte, dann aber auch alle Arbeiter) sowie die Verringerung der Planstellen um 1 v.H. vorgesehen.

Im *Unternehmensbereich* sind einerseits Subventionsstreichungen und andererseits die Gewährung von Steuererleichterungen zu verzeichnen. Weiterhin ist ein „Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung" geplant. Der Streichung der Kokskohlebeihilfe in Höhe von ca. 1 Mrd. DM und der Streichung des Vorsteuerabzugs bei der Anschaffung von Betriebs-PKWs im Rahmen der Mehrwertsteuer (560 Mio. DM) stehen steuerliche Maßnahmen zur Investitionsförderung sowie direkte Zuschüsse an den Unternehmensbereich in Höhe von gut 1 Mrd. DM gegenüber. Dabei handelt es sich u. a. um:

- zusätzliche Ausgaben und Steuererleichterungen im Stahlbereich (320 Mio. DM),
- die Verbesserung der degressiven Abschreibungen für bewegliche Wirtschaftsgüter (207 Mio. DM),
- zusätzliche Ausgaben für Investitionen im Verkehrsbereich (200 Mio. DM),
- sowie Zuschüsse für den Einsatz der Mikroelektronik und Nachrichtentechnik (130 Mio. DM).

Im *Baubereich* summieren sich die vorgesehenen Steuererleichterungen sowie die geplanten zusätzlichen Ausgaben auf 307 Mio. DM. Darin sind die Erhöhung der degressiven Abschreibungen für alle Gebäude, die Anhebung der Abschreibungsgrenzen nach § 7 b EStG für Ein- und Zweifamilienhäuser, Eigentumswohnungen sowie energieeinsparende Investitionen des Bundes in Dienstgebäuden und die zusätzliche Förderung laufender Wohnungsbauprogramme enthalten.

Durch die beschlossenen Einnahmeerhöhungen („Gesetz zur Änderung von Verbrauchssteuergesetzen") bei speziellen Verbrauchssteuern – Anhebung der Tabak-, Sekt- und Branntweinsteuer – fließen dem Bundeshaushalt 1982 ca. 2 Mrd. DM zusätzliche Steuern zu.

II. Spekulation und Irreführung – Zur Begründung der Sparpolitik

1. Fragwürdiger „Konsolidierungsbedarf"

Die „Operation '82" wird durch die Bundesregierung vor allem damit begründet, daß die Nettoneuverschuldung abgebaut werden müsse, wenn private Investitionen nicht verdrängt und Kapitalmärkte nicht belastet werden sollten. Die Haushaltsdefizite, die unbestreitbar bestehen, sind jedoch nicht das Ergebnis einer prinzipiell falschen Einnahmen- und Ausgabenpolitik, sondern resultieren vielmehr aus der wirtschaftlichen Krisenentwicklung der letzten Jahre. Aufgrund der geringen Wachstumsraten konnte die Massenarbeitslosigkeit seit 1975 nicht wesentlich unter 1 Million gesenkt werden. Durch den voraussichtlichen Rückgang des Bruttosozialprodukts 1981 und seinen allenfalls geringfügigen Anstieg 1982 ist die Arbeitslosigkeit bereits über die Millionengrenze angestiegen und wird weiter zunehmen, zumal in den nächsten Jahren, aufgrund des Eintritts der geburtenstarken Jahrgänge in das Erwerbsleben, das Erwerbspersonenpotential um jährlich 180 000 (1982) bis 120 000 (1985) steigt.

Hohe Arbeitslosigkeit führt zu Ausfällen bei den Einnahmen der öffentlichen Haushalte und zu steigenden Ausgaben, z. B. beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe. Diese betragen zusammen ca. 15,9 Mrd. DM (gegenüber 1,4 Mrd. DM 1973). Die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit wachsen 1981 von 21,7 Mrd. DM in 1980 auf 27,0 Mrd. DM. Die Arbeitslosenhilfe wird seit 1981 voll vom Bund bezahlt, und das Arbeitslosengeld kann nur zum Teil aus Beitragsleistungen der Bundesanstalt für Arbeit finanziert werden, führt also ebenfalls zu steigenden Aufwendungen des Bundes. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung verursachte die Unterbeschäftigung 1978 (also bei einer geringeren Arbeitslosenziffer als heute) Einnahmeausfälle von insgesamt 16 Mrd. DM Ausfällen an indirekten Steuern, 8,4 Mrd. DM Ausfälle an Sozialbeiträgen). Schon diese Zahlen zeigen – ohne weitere, auf die öffentlichen Haushalte entlastend wirkende Kreislaufeffekte höherer Beschäftigung einzubeziehen –, daß das Anwachsen des Haushaltsdefizits für 1982 wesentlich durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit unter Status-quo-Bedingungen verursacht wird und folglich auch langfristig nur durch eine aktive Politik der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung beseitigt werden kann. Die gegenwärtige Sparpolitik der Bundesregierung verkehrt diesen plausiblen, leicht zu durchschauenden Verursachungszusammenhang ins Gegenteil. Statt aus der anhaltenden Wirtschaftskrise mit steigender Arbeitslosigkeit die Konsequenz zu ziehen, den Bundeshaushalt 1982 in Umfang und Struktur in den Dienst einer Vollbeschäftigungspolitik zu stellen, werden fragwürdige Berechnungen eines Konsolidierungsbedarfs, wie sie vom „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" (SVR) in seinem Sondergutachten Anfang Juli unterbreitet wurden, zugrundegelegt.

Der „Sachverständigenrat" geht mit seiner Mehrheitsmeinung im diesjährigen Sondergutachten, das von der Bundesregierung begrüßt wurde, von einer Verschuldung in Höhe von 70 Mrd. DM

(alle öffentlichen Haushalte) in 1981 und einer Verschuldung im Jahre 1982 unter Status-quo-Bedingungen von voraussichtlich 80 Mrd. DM aus. Auf der Basis seines vielfach kritisierten Konzepts der „Konjunkturneutralen Haushalts" wird – übrigens in Abweichung zu früheren Rechnungen – jetzt davon ausgegangen, daß nur noch 1% des Produktionspotentials durch kreditfinanzierte Staatsausgaben beansprucht werden dürfe, wenn negative Einflüsse auf die Konjunktur verhindert werden sollen. Die konjunkturneutrale Verschuldung beträgt demnach für die Gebietskörperschaften 16,5 Mrd. DM. Konjunkturbedingt gesteht der SVR eine zusätzliche öffentliche Verschuldung in Höhe von ebenfalls 16,5 Mrd. DM zu, die sich aus konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen in Höhe von 9,5 Mrd. DM und konjunkturbedingten Bundeszuschüssen an die BfA von ca. 7 Mrd. DM zusammensetzt. Das verbleibende Defizit im Umfang von 35–40 Mrd. DM bezeichnet der SVR als „strukturelles Defizit", welches das Volumen des Konsolidierungsbedarfs ausmachen und auf 4 Jahre verteilt von 1982 bis 1984 abgebaut werden soll. Dies ergäbe einen jährlichen Schuldenabbau von 9 bis 10 Mrd. DM, der durch die gegenwärtigen Sparbeschlüsse für 1982 sogar noch weit übertroffen wird. Gleichzeitig hat der „Sachverständigenrat" schon jetzt die Begründung für die Sparrunden der nächsten Jahre geliefert.

Das Konzept des „konjunkturneutralen Haushalts" ist in der wissenschaftlichen Diskussion so umstritten, daß es nicht als Richtschnur für vermeintlich konjunkturneutrale „Normal"-Verschuldung herangezogen werden darf. Dieses Konzept basiert auf Staatsquoten (Ausgaben-, Einnahmen-, Verschuldungsquoten), die als Durchschnitt für die Jahre seit 1966 gebildet werden und damit die aktuelle Situation sowie die künftig erwartete Entwicklung unzureichend einbeziehen. Das DIW beispielsweise veranschlagt die konjunkturell erforderliche Verschuldung mit 20 Mrd. DM. Aufgrund der ungünstiger ausgefallenen Entwicklung – auch im 2. Halbjahr 1981 – könnte sie noch höher sein. Aber auch der SVR selbst – wie auch die Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht 1981 – gesteht zu, daß die konjunkturelle Entwicklung eine, wenn auch zu niedrig angesetzte, zusätzliche Nettoneuverschuldung konjunkturpolitisch notwendig macht. Im Gegensatz zu diesen Einsichten steht das Vorhaben, einen erheblichen Teil des Sparvolumens ausgerechnet im Bereich der konjunkturbedingt steigenden Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit zu placieren.

2. Verfehlte Mißbrauchsdiskussion

Das Haushaltsdefizit wird fast gänzlich alleine auf ein allzu starkes Ansteigen der Staatsausgaben, insbesondere der Sozialausgaben zurückgeführt. Durch die Reformpolitik der 70er Jahre sei ein *Wildwuchs* sozialer Leistungen entstanden. Eine Anspruchsmentalität habe sich entwickelt, die den heute enger werdenden finanziellen Spielräumen nicht gerecht werde. Es gebe zahlreiche Beispiele, wie „Schmarotzer" sich so behaglich ins soziale Netz gebettet hätten, daß sie noch nicht einmal beim Festhalten des Netzes mithelfen wollten. Insbesondere aus dem Bereich der Arbeitslosenversicherung werden einzelne Fälle des Mißbrauchs propagandistisch breitgetreten. Der Fall, daß Ehepartner, die jeweils eine Pommes-frites-Bude in einem Ferienort besitzen, sich gegenseitig beschäftigen, nach Ende der Feriensaison entlassen und gemeinsam Arbeitslosengeld beziehen, dürfte inzwischen jedem geläufig sein, aber dennoch die absolute Ausnahme sein. Je nach ideologischer Schattierung werden diese vereinzelten Mißbräuche mehr oder weniger drastisch beschrieben. Diese Beschreibungen gleichen sich jedoch alle darin, daß sie einerseits darauf abzielen, den zielkonformen Gebrauch des Sozialsystems durch diejenigen, für die es gerade in Krisensituationen funktionieren muß, einzuschränken. Andererseits lenken sie von dem ökonomisch wirklich relevanten Mißbrauch der Unternehmer ab. Nach Untersuchungen des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht wurde durch aufgedeckte Wirtschaftskriminalität 1978 ein Schaden von 5,4 Mrd. DM verursacht. Die unaufgeklärten Straftaten der Steuerhinterziehung, Konkursstraftaten usw. betragen zwischen 15 und 40 Mrd. DM. Die Summe ist insgesamt auf jeden Fall höher als die gesamten Aufwendungen für das Arbeitslosengeld. Einzelne Mißbräuche im Sozialsystem können auch nicht nur annähernd den ökonomischen Schaden anrichten, der durch Wirtschaftskriminalität verursacht wird.

Die vorgelegten Kürzungsvorschläge zeigen, daß es eben nicht nur um die Beseitigung einiger propagandistisch aufgebauschter – und sicherlich in Einzelfällen vorhandener – Mißbräuche im Sozialbereich, sondern vor allem um globale Verringerung von bisher gesetzlich garantierten

Leistungen geht: Die Kürzungsbeschlüsse setzen an zentralen Bereichen der sozialen Sicherung an. Obwohl noch vor einigen Monaten vom Bundesarbeitsministerium eine Qualifikationsoffensive gefordert wurde, wird z. B. das schon 1975 einmal gekürzte und ohnehin zu niedrig bemessene Unterhaltsgeld bei beruflicher Bildung zusammengestrichen. Oder: Der Druck auf die Arbeitslosen, geringer bezahlte und unterwertige Arbeitsplätze anzunehmen, wird gesteigert. Berufliche Qualifizierung oder Rehabilitation, die Zahlung von Arbeitslosengeld bei nicht individuell verschuldeter Arbeitslosigkeit oder die Inanspruchnahme von Kindergeld können mit Hinweisen auf Mißbräuche nicht begründet werden. Es sei denn, man bezeichnet Kinderkriegen, Qualifizierungen und Entlassungen durch Arbeitgeber als Mißbräuche von Arbeitnehmern.

Die Mißbrauchsideologen glauben also ihrer eigenen Propaganda nicht. Um ihr Sparziel zu erreichen, gehen sie an *den Kern des sozialen Systems* heran und wollen sich nicht mit den geringfügigen Sparerfolgen bei der Beseitigung von Mißbräuchen begnügen.

Die Diskussion über einzelne Mißbräuche war nur der Einstieg in die Kürzungsgründe. Inzwischen wird ganz offen eine gesellschafts- und wirtschaftspolitische „Wende" gefordert. Die soziale Anspruchsmentalität an das „süße Gift sozialer Wohltaten" – zu der die Reformpolitik der Vergangenheit geradezu verleitet habe – soll gebrochen und die Rentabilität privater Investitionen gestärkt werden. Dabei kann – so der Sachverständigenrat – „das Prinzip der sozialen Ausgewogenheit nur schwer eingehalten werden".

Damit sind die Grundpositionen der gegenwärtigen Kürzungspolitik vorgegeben.

1. Konsolidierung des Staatshaushalts muß vorrangig bei den Ausgaben ansetzen. Einnahmeerhöhungen können nicht im Zentrum stehen, da das Defizit „strukturell" durch erhöhte Ausgaben entstanden sei.

2. Die Eingriffe müssen vorwiegend an den großen Ausgabenposten der sozialen Leistungen ansetzen, da dort aufgrund von Mißbräuchen und Überversorgung am ehesten Einsparungen möglich sein sollen.

Alternativen, wie Verbesserung der Einnahmesituation durch höhere Besteuerung von Spitzeneinkommen oder Kürzungen der Rüstungsausgaben, Kürzungen von Unternehmersubventionen oder höhere Staatsverschuldung, sind danach von vornherein aus der Diskussion verbannt worden.

Die *Prioritäten,* an denen sich die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik mit diesem Programm unmißverständlich ausrichtet, sind trotz der ideologisierenden Verschleierungsversuche unschwer auszumachen. Es sind:

– Die Schaffung *neuer Rahmenbedingungen* durch *Umverteilung zugunsten der privaten Unternehmen.* Verschiedene Steuerentlastungsprogramme der letzten Jahre – die zu erheblichen Einnahmeausfällen geführt haben – haben eine Umverteilung zugunsten der Unternehmensseite bewirkt. Eine Untersuchung des DIW zeigt, daß die Nettobelastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in den 70er Jahren (gegenüber den 60er Jahren) deutlich gesunken ist. Durch Abschreibungserleichterungen sollen den Unternehmern von 1982–1985 weitere rund 10,03 Mrd. DM nach dem Gießkannensystem zugesprochen werden.

– *Finanzierung erhöhter Rüstungsausgaben*
Durch die Kürzung der Sozialausgaben werden erhöhte Rüstungsausgaben finanziert. Für 1982 ist eine Steigerung des Rüstungsetats um ca. 4,3% vorgesehen, während die Ausgaben des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung trotz hoher Arbeitslosigkeit und Inflationsrate überhaupt nicht angehoben werden. Der volle Umfang dieser Verlagerung ist dabei noch nicht erkenntlich; es ist abzusehen, daß – wie schon 1980/81 – der Rüstungsetat im Nachtragshaushalt weiter aufgestockt wird. Durch eine solche stückchenweise und überfallartige Aufstockung aufgrund von angeblich nicht vorhersehbaren Mehrausgaben – für die 1980/81 nachträglich bereits insgesamt 2,5 Mrd. DM zusätzlich für Rüstung genehmigt wurden – wird diese angesichts der erstarkten Friedensbewegung nicht mehr allzu populäre Prioritätenverschiebung im Bundeshaushalt verdeckt.

III. Verbaute Zukunft – Perspektiven der Sparpolitik

Das erklärte Ziel der von der Bundesregierung betriebenen Sparpolitik ist es, durch eine Drosselung der Staatsausgaben und den Abbau der Staatsverschuldung die Rahmenbedingungen herzustellen, innerhalb derer die „Kräfte des Marktes" in die Lage versetzt werden, einen längerfristigen Wachstumsprozeß der Wirtschaft hervorzubringen. In seinem Gefolge würden dann auch Arbeitslosigkeit und Inflation weitgehend verschwinden. Das Opfer, das – angeblich von allen, in Wirklichkeit allerdings in weitaus größerem Maße von den sozial Schwächeren – verlangt wird, soll einmalig und zeitlich beschränkt sein: Die vorübergehende Hinnahme von Wohlstandseinbußen ist dieser These zufolge die notwendige und hinreichende Bedingung für die spätere und dann langfristig anhaltende Wohlstands- und Beschäftigungssteigerung für alle.

Wir halten die Grundannahmen dieser Politik allerdings für falsch. Das von den Bürgern verlangte Opfer wird sich im besten Falle als umsonst gebracht erweisen. Wahrscheinlicher ist, daß ihm eine Reihe von neuen und größeren Opfern folgen wird, ohne daß die versprochenen Wohlstands- und Beschäftigungswirkungen eintreten. Denn schon jetzt zeigt sich, daß die theoretischen und politischen Fehler in der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre durch noch größere theoretische und politische Fehler korrigiert werden sollen. Hieraus ergeben sich bedrohliche Perspektiven für die mittelfristige wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die Substanz der Sozialpolitik und Lebensqualität sowie die demokratischen Willensbildungsprozesse in der Bundesrepublik.

1. Anhaltende Rezession – steigende Arbeitslosigkeit

Daß die beschlossene Sparpolitik nicht in der Lage ist, die Wirtschaft aus der Stagnation herauszuführen, ist vielfach belegt und auch theoretisch ohne größeren Aufwand einsichtig:

– Das anschaulichste Beispiel für das Zerbrechen aller Illusionen über Austeritätspolitik bietet England: Die Arbeitslosenzahl hat sich innerhalb von gut zwei Jahren auf drei Millionen verdoppelt, die industrielle Basis ist geschrumpft, und die Inflation ist trotz Abnahme immer noch hoch. (Gegen diese Politik haben mittlerweile auch über 350 Wirtschaftswissenschaftler in Großbritannien öffentlich Stellung genommen.)

Auch in Deutschland haben die Mißerfolge der Sparpolitik eine lange und lehrreiche Tradition:

– Schon in der Weltwirtschaftskrise praktizierte die Regierung Brüning mit Notverordnungen eine rigorose Sparpolitik: Die Anspruchsgrundlagen und Leistungen der Arbeitslosenunterstützung wurden eingeschränkt, Arzneigebühren sowie zusätzliche Steuern eingeführt und die Löhne und Gehälter der Beschäftigten in mehreren Schritten gekürzt. Der weitere Ansteig der Arbeitslosigkeit auf schließlich über sechs Millionen in den Jahren 1932 und 1933 ist hierdurch nicht verhindert, sondern verstärkt worden. Die Neuverschuldung des Reiches hat sich von 1929 bis 1932 verdoppelt.

– Der erste Versuch in der Bundesrepublik, durch „Haushaltskonsolidierung" eine drohende Rezession zu vermeiden, war das Ende 1965 unter der Regierung Erhard verabschiedete „Haushaltssicherungsgesetz", das bei einem Sparumfang von 3,2 Mrd. DM u. a. einen erheblichen Teil der wenige Monate zuvor (und unmittelbar vor der Bundestagswahl) verabschiedeten sozialpolitischen Reformleistungen wieder rückgängig machte. Bekanntlich begann kurz darauf die erste Rezession in der BRD.

– Das „Haushaltsstrukturgesetz" vom Dezember 1975, durch das über fünf Milliarden DM an geplanten Ausgaben vor allem im sozialen Bereich gestrichen wurden, hat keine Abnahme der Arbeitslosigkeit bewirkt.

Demgegenüber gibt es international und in der Bundesrepublik Beispiele für die positive Wirkung von staatlicher Ankurbelung der Wirtschaft über kreditfinanzierte Ausgabensteigerungen:

– Entgegen landläufigen Vorstellungen zeigt ein Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung Japans, daß dort Rezessionsentwicklungen konsequent mit expansiven Konjunkturprogrammen und einer Senkung des Zinsniveaus bekämpft worden sind. Diese Maßnahmen wurden trotz ho-

her Leistungsbilanzdefizite und Staatsverschuldung ergriffen und haben einen Ansteig des Wirtschaftswachstums und einen Abbau der Arbeitslosigkeit bewirkt.

– Die im Jahre 1967 verabschiedeten beiden konjunkturellen Sonderprogramme mit einer Gesamthöhe von 7,7 Mrd. DM haben erheblich zum konjunkturellen Aufschwung und zur weitgehenden Beseitigung von Arbeitslosigkeit in den Folgejahren beigetragen.

– Auch unter den veränderten strukturellen Entwicklungsbedingungen der nationalen und internationalen Wirtschaft in den 70er Jahren konnte vor allem das 1977 aufgelegte Programm für Zukunftsinvestitionen (ZIP) dazu beitragen, einen allerdings wegen verspätetem Einsatz, unzureichendem finanziellen Zuschnitt und gleichzeitiger Konsolidierungsmaßnahmen nur geringen Teil der Arbeitslosigkeit abzubauen.

Der Grund für das nachweisbare regelmäßige Scheitern einer Politik, die durch Einschränkung der Staatsausgaben Krisen verhindern oder mildern will, ist die Vernachlässigung der zentralen Bedeutung der kaufkräftigen Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern für die privatwirtschaftliche Aktivität.

Der durch die Sparpolitik bewirkte Ausfall an kaufkräftiger Nachfrage bei den staatlichen oder privaten Haushalten führt jedoch zu einer Verschlechterung der Absatz- und damit Gewinnmöglichkeiten bei den privaten Unternehmen. Diese werden sich nicht zur Ausweitung ihrer Produktionsanlagen, sondern zu kostensenkenden Rationalisierungen oder zur Produktionseinschränkung veranlaßt sehen. Beides sind Strategien, die wegen der Einsparung an Arbeitskräften weiteren Nachfrageausfall bewirken.

Eine kräftige staatliche oder private Expansion der kaufkräftigen Nachfrage führt zwar nicht automatisch auch zum konjunkturellen Aufschwung mit Vollbeschäftigung – dazu sind monopolistische Preissetzungsmacht und Produktivitätsreserven im Unternehmensbereich zu groß. Ohne eine Nachfragesteigerung oder gar durch eine Einschränkung der realen staatlichen Ausgaben aber kann eine Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation mit Sicherheit nicht herbeigeführt werden. Es ist im Gegenteil zu erwarten, daß die staatliche Sparpolitik zu einem zusätzlichen Hindernis für die wirtschaftliche Aktivität wird und den weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit in diesem und den folgenden Jahren nicht verhindern, sondern beschleunigen wird.

Diese bereits heute programmierte Erfolglosigkeit der Wirtschaftspolitik führt aber ironischerweise auch dazu, daß mittelfristig nicht einmal die Absicht, das Defizit der Staatsfinanzen abzubauen, verwirklicht werden kann: Verstärkt die Politik der Nachfragedämpfung die rezessiven Tendenzen, so muß bei einer steigenden Zahl von Arbeitslosen sowie bei sinkendem Realeinkommen mit einem erheblichen Anstieg der Zahl der Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe gerechnet werden. Auch wenn – wie im beschlossenen Sparprogramm – die Anspruchsgrundlagen und die Leistungen für die einzelnen Bedürftigen eingeschränkt werden – also effektiver Sozialabbau betrieben wird – kann und wird die finanzielle Belastung des gesamten Systems der sozialen Sicherung zunehmen. Dies erfordert erneut steigende Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln, und bei rezessionsbedingt stagnierenden bzw. sinkenden Steuereinnahmen wird das Defizit in den öffentlichen Haushalten zunehmen statt zu sinken. Dann wird nach der bisherigen Linie versucht werden müssen, dieses Defizit im Sinne eines „Sparakzelerators" durch eine weitere und drastischere Runde der Sparpolitik zu beseitigen.

Es gibt Hinweise darauf, daß die Bundesregierung eine weitere „Operation '83" und „Operation '84" usw. bereits jetzt ins Auge faßt. Auch diese Maßnahmen werden im wesentlichen kontraktive Wirkungen haben. Die Alternative liegt in einem Kurswechsel zu einer expansiven Politik des kontrollierten Deficit-spending, die mit der Ausnutzung der vorhandenen ökonomischen Möglichkeiten zugleich die Grundlage für die Sanierung der Staatsfinanzen legt. Je länger dieser Kurswechsel allerdings hinausgezögert wird, desto größer wird die Bürde, die in späteren Jahren abzubauen ist.

2. Durchlöcherung sozialpolitischer Substanz

Für die Substanz und Perspektiven des Systems der sozialen Sicherheit enthält die eingeschlagene Regierungspolitik verheerende Tendenzen:

Sozialpolitik würde auf ein Manövrieren mit den finanziellen Restmassen reduziert, die nach der „Konsolidierung" und Umschichtung der öffentlichen Haushalte zugunsten der privaten Wirtschaft übrigbleiben. Es geht schon gar nicht mehr um den dringend notwendigen Ausbau der sozialen Sicherung (vor allem im Bereich der beruflichen Weiterbildung, der Renten- und Krankenversicherung). Der neue Trend zielt vielmehr mit tiefgehenden Eingriffen auf eine Verstümmelung des bestehenden Systems. Das in seiner Ausgabenstruktur dynamisch angelegte Sozialleistungssystem soll qualitativ eingeschränkt und die jeweilige Leistungshöhe soll noch stärker als bisher von sachfremden, nicht-sozialpolitischen Entscheidungen abhängig gemacht werden. Eine Abkehr von den dynamischen Elementen – und damit auch von den eingebauten konjunkturstabilisierenden Faktoren – im Sozialleistungssystem bedeutet aber strukturell den Rückfall in die Methode der willkürlichen Leistungsanspassungen, wie sie in der Anfangsphase bundesdeutscher Sozialpolitik üblich war.

Dieser Trend soll teilweise dadurch verdeckt werden, daß Finanzierungsengpässe an einer Stelle zeitweise durch Zuschüsse von anderen Stellen überwunden werden; dort werden dann neue Finanzierungslücken aufgerissen.

a) Den Schwerpunkt der Sparmaßnahmen im Bereich der Sozialpolitik bilden die Kürzungen in Höhe von rund 4 Mrd. DM bei der *Arbeitsförderung*, die bereits 1975 durch das Haushaltsstrukturgesetz hart getroffen worden war:

– Es war die – im Arbeitsförderungsgesetz von 1969 kodifizierte – Konzeption der Bundesregierung gewesen, durch die Einführung bzw. Ausdehnung und Verbesserung von Ausbildungs-, Umschulungs- und Rehabilitationsmaßnahmen sowie anderer arbeitsmarktpolitischer Instrumente die Entstehung von Arbeitslosigkeit zu verhindern oder zumindest diese möglichst schnell abzubauen. Dieses sinnvolle sozialpolitische Konzept wird durch die Streichungen gerade in diesen Bereichen in erheblichem Maße zerstört. Beispielsweise wird die Verminderung der Zahlungen bei Weiterbildungsmaßnahmen zu einem Rückgang der Teilnehmerzahlen gerade in einer Zeit führen, in der die Unternehmen aufgrund der Arbeitsmarktlage ihre Qualifikationsanforderungen immer höher schrauben.

– Wenn gleichzeitig bei der Arbeitslosenunterstützung Anwartschaftszeiten und Sperrzeiten verlängert, Zumutbarkeitsbestimmungen verschärft und andere restriktive Maßnahmen durchgeführt werden, so entlastet das zwar die Bundesanstalt für Arbeit finanziell, erhöht aber zugleich das Arbeitsmarktrisiko der Arbeitnehmer. Die Arbeitslosenversicherung entzieht damit einer Vielzahl von Versicherten ihren Schutz. Dies wird dazu führen, daß viele Betroffene mit ihren Einkommen unter die Einkommensgrenzen der Sozialhilfe sinken und diese beanspruchen. Die Finanzlücke der BA wird also teilweise auf dem Rücken der Arbeitslosen verringert, teilweise auf Kreise und Gemeinden verschoben, die für die Sozialhilfe zuständig sind.

Einer Reihe der von der Bundesregierung beschlossenen Einsparungen bei der Arbeitsförderung, wie dem Verbot der Leiharbeit im Baubereich, der Bekämpfung illegaler Beschäftigung, der stärkeren Beteiligung der Arbeitgeber bei Eingliederungsbeihilfen, Außenprüfungen in Betrieben bei Leistungsmißbrauch u. a. kann zugestimmt werden. Die freiwerdenden Mittel sollten zum Ausbau der beruflichen Bildung genutzt werden.

b) *Die Rentenversicherung* schien nach der Aussetzung der bruttolohnbezogenen Anpassung von 1978 bis 1980 und der verfügten Einnahmesteigerung (Rentenversicherungsbeitrag für Arbeitslose durch die BA, d. h. Verschiebung von Geldern von der BA zu den Rentenversicherungsträgern, Beitragserhöhung 1981) wieder konsolidiert und ihren mittelfristigen Aufgaben gewachsen. Nachdem jedoch schon in den Koalitionsvereinbarungen der Bundeszuschuß für 1981 um 3 Mrd. DM gekürzt worden war, soll 1982 die für 1981 verfügte Erhöhung der Beitragssätze um $^1/_2$% wieder rückgängig gemacht und stattdessen der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um denselben Satz angehoben werden. Mit dieser Verschiebung von Geldern entstehen jedoch erhebliche neue Finanzierungsprobleme für die Rentenversicherung. Bereits fest zugesagte Reformen werden nicht durchführbar sein. Die längst überfällige Schaffung einer eigenständigen Sicherung der Frau bei gleichzeitiger rentenversicherungsrechtlicher Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung („Babyjahr") wird entweder weiterhin Stückwerk bleiben. Oder diese Maß-

nahmen werden nur um den Preis einer Senkung des gesamten Rentenniveaus erfolgen, etwa durch einen Prozentsatz bei der Hinterbliebenenregelung, der unter dem in Aussicht genommenen Satz von 75–70% liegen wird, oder um den Preis einer Besteuerung der Renten, oder nach dem Muster der bereits beschlossenen Beteiligung der Rentner an der Krankenversicherung. Damit würde sich die Absicht des freidemokratischen Teils der Koalition durchsetzen, die Renten in Zukunft nur noch nettolohnbezogen anzuheben, obgleich die Beitragszahler ihr Leben lang bruttolohnbezogen zur Kasse gebeten worden sind.

c) Die Einschränkungen bei der *Krankenversicherung* belasten in erster Linie die Patienten, ohne die Ursachen für die „Kostenexplosion" im Gesundheitswesen anzugehen. Diese liegen zum überwiegenden Teil nicht in irgendwelchen Mißbräuchen durch die Patienten, sondern im obligopolistischen Preisverhalten der Arzneimittelunternehmen, dem Monopol der niedergelassenen Ärzte und der schematischen Trennung von ambulanter, stationärer, werks- und sozialärztlicher Behandlung. In dem Maße, wie mehr Personen in die „stille Reserve" des Arbeitsmarktes abgedrängt werden, geht die Beitragszahlung zurück, während die Leistungen der Krankenversicherung in der Regel über die Familienmitversicherung auch für diesen Personenkreis in Anspruch genommen werden. Wenn in dieser Situation Rezeptgebühren erhöht, der Bezug teurer Medikamente erschwert, bestimmte Medikamente gar nicht mehr erstattet, der Krankenhausaufenthalt verkürzt werden u.a.m., wird dies die Kostensteigerungen kaum bremsen: statt nicht erstattungsfähiger werden erstattungsfähige Medikamente in Anspruch genommen, die Pharmakonzerne werden auf den Absatzrückgang ihrer teuren Präparate mit einer Verteuerung der bisher billigeren reagieren usw. Daß die Zusage der Ärzte zur Selbstbeschränkung bei den Honoraren die überdurchschnittliche Steigerung ihrer Einkommen nicht verhindert, mußte die Bundesregierung schon anläßlich des ersten Kostendämpfungsgesetzes erfahren.

Auch im Gesundheitswesen sind die Erkenntnisse der Reformdiskussion von Anfang der 70er Jahre mittlerweile weitgehend verschüttet: Wichtiger denn je wäre heute eine präventiv ausgerichtete Gesundheitspolitik, die nicht nur eingetretene Schäden möglichst früh erkennt und behandelt – oder häufig auch nur verharmlost – sondern die krankmachenden Ursachen durch eine menschenwürdige Organisation der Lebens- und Arbeitszusammenhänge ausschaltet. Dagegen wird die konservative, ideologisch-verkürzte These, der Einzelne verursache durch seinen unvernünftigen Lebenswandel die Ausgabensteigerungen im Gesundheitswesen maßgeblich mit zur Begründung für eine stärkere „Eigenbeteiligung" des einzelnen verwendet – eine ebenso unsoziale wie widersprüchliche Lösung, die letztlich bewirken wird, daß Krankheiten verschleppt, später anfallende Kosten noch größer ausfallen und schließlich die Ausgaben der Rentenversicherung für Frühverrentung und die Leistungen der Sozialhilfe steigen werden – ganz abgesehen davon, daß ja wohl auch die Beiträge der Versicherten „Eigenbeteiligung" sind. Die Tendenz der Gesundheitspolitik geht in Richtung auf eine zunehmende Privatisierung des Krankheitsrisikos. Wenn die Durchsetzung dieser Tendenz nicht gestoppt wird, läuft dies auf eine Zerstörung des Prinzips der Solidargemeinschaft als einer tragenden Säule jeder Sozialpolitik hinaus.

d) Schließlich stagniert die *Familienpolitik* seit Jahren. Allen Vorstellungen von einem degressiven, sozial gestaffelten Kindergeld und allen Forderungen nach einer Beseitigung, zumindest Minderung des Ehegattensplittings unter sozialen Gesichtspunkten zum Trotz, beließ es die derzeitige Regierungskoalition weitgehend bei einem Familienlastenausgleich, der besser Verdienende privilegiert und den Spielraum für wichtige familienpolitische Reformen fast vollständig einengt. Die Kindergeldreform von 1975 und die nachfolgenden Erhöhungen der Leistungen ab dem 2. Kind trugen den unterschiedlichen Einkommensschichtungen nur unzureichend Rechnung. Familienergänzende Einrichtungen sind nach wie vor – vom Kindergarten abgesehen – Modellversuche und im Deckungsgrad im Promillebereich angesiedelt (Kinderkrippen, Tagesmütter usw.). Der viermonatige Mutterschaftsurlaub nach Ablauf der Mutterschutzfrist wurde von der SPD als Einstieg in einen mindestens 18monatigen Karenzurlaub für Mütter und/oder Väter verstanden; derzeit ist zu befürchten, daß auch die 4-Monate-Regelung einer künftigen Sparrunde zum Opfer fällt. Die immer wieder beschworene Stärkung der – insbesondere sozial schwachen – Familie und die Forderung, die Bedingungen für eine wirkliche Wahlfreiheit von Mann *und* Frau zwischen Beruf, Familie und gesellschaftlichem Engagement bleiben dabei allen Lippenbekenntnissen der Parteien zum Trotz auf der Strecke.

3. Die Maßnahmen im öffentlichen Dienst – Beitrag zur Arbeitslosigkeit und Verschlechterung der Lebensqualität

a) Einkommens- und Stellenabbau

Nachdem bereits für das laufende Jahr in einigen Bundesländern Einstellungsstopp und Stellenbesetzungssperren durchgeführt werden, sind für das nächste Jahr erneut erhebliche Einsparungen im öffentlichen Dienst für die Haushalte aller Gebietskörperschaften beschlossen worden. Der Beschluß der Bundesregierung, die Anfangsgrundgehälter und Ortszuschläge aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten um 1% zu kürzen und die Besoldungsanpassung für Beamte um drei Monate hinauszuschieben, ist nicht zu rechtfertigen. Er belastet insbesondere die Bediensteten mit unteren und mittleren Einkommen, denen damit ein Sonderopfer abverlangt wird.

Der Stellenplan im Bereich der Bundesverwaltungen, insbesondere aber die bereits vorliegenden Länderhaushaltsentwürfe für 1982 weisen massive Streichungen von Planstellen aus. So sollen in Westberlin allein 2000 Stellen abgebaut werden, in Nordrhein-Westfalen sind es sogar 7000, etwa 2% aller im Landeshaushalt ausgewiesenen Stellen. Zusätzlich ist geplant, alle freien und freiwerdenden Stellen für ein halbes Jahr unbesetzt zu lassen. Eine solche Politik trägt einerseits in vollem Umfang zum Anstieg der Arbeitslosigkeit bei; sie führt andererseits in verschiedenen Bereichen zu einer erheblichen Zunahme von Überstunden und Arbeitsbelastung. Es ist ein finanzpolitischer Widerspruch, wenn aus Gründen der Einsparung beispielsweise die Finanzverwaltungen unterbesetzt und dadurch nur noch beschränkt arbeitsfähig sind, dem Staat durch eben diese Arbeitsunfähigkeit ein Vielfaches der eingesparten Summe an Steuereinnahmen entgeht: Zunehmender Umfang der Steuerhinterziehungen, anwachsende Steuerrückstände, weniger Betriebsprüfungen und damit noch weniger Steuergerechtigkeit sind damit bereits vorgezeichnet und führen zu erneuten Einnahmeausfällen in Milliardenhöhe.

b) Verarmung der Gemeinden

Schwerwiegende Probleme ruft die Spar- und Umschichtungspolitik der Bundesregierung auf den untersten Ebenen der staatlichen Institutionen hervor, bei den Kreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden. Sie haben einerseits keinen Einfluß auf die Finanzpolitik der Bundesregierung, sind andererseits von den Folgen dieser Politik aber doppelt betroffen: als schwächstes Glied im Kampf um die Aufteilung der staatlichen Finanzen und als erster Adressat derer, die durch die wirtschaftliche Entwicklung in soziale Not geraten. Die Einnahmen der Gemeinden werden durch die Sparpolitik auf zweierlei Weise angegriffen:

– Im Rahmen der Konsolidierung des Bundes- und der Länderhaushalte kürzen die Länder ihre Zuschüsse an die Gemeinden für Projekte, die der Mischfinanzierung unterliegen. So wie der Bund seinen Beitrag zur Finanzierung verschiedener Gemeinschaftsaufgaben bereits für 1981 um 20% gekürzt hat, haben die Länder ihrerseits ihre Zuweisungen für Investitionszwecke an die Gemeinden um gut 10% verringert. Unmittelbare und sofortige Folge war ein Rückgang der Gemeindeinvestitionen um ebenfalls gut 10%. Die Absicht der Bundesregierung ist es, durch „Konsolidierung" Umschichtungen in den öffentlichen Finanzen zugunsten der Investitionen herbeizuführen. Zumindest bei den Gemeinden tritt das Gegenteil ein. Eine prozyklische Vertiefung der Rezession ist die Folge.

– Darüber hinaus geht der Anteil der Gemeinden an den gesamten Steuereinnahmen seit einigen Jahren zurück. Nach der aufgrund von Sonderfaktoren relativ günstigen Entwicklung im Jahre 1980, wird es in diesem und in den folgenden Jahren zu neuen Einbrüchen kommen. Dies ist vor allem Resultat verschiedener Steuerrechtsänderungen auf dem Gebiet der Gewerbesteuer, die zugunsten der privaten Gewinne vorgenommen wurden (Wegfall der Lohnsummensteuer, Erhöhung der Freibeträge bei der Gewerbesteuer usw.), deren Ausfall den Gemeinden aber gar nicht oder unzureichend und nicht auf Dauer kompensiert wurde. In NRW sollen beispielsweise die nach der Streichung der Lohnsummensteuer mit den Gemeinden verabredeten Ausgleichszahlungen des Landes 1982 drastisch gekürzt werden.

Auf der Ausgabenseite stehen der sinkenden Finanzkraft der Gemeinden steigende Leistungs- und Ausgabeverpflichtungen gegenüber: Bei einer Leistungseinschränkung der Bundesanstalt für Arbeit beispielsweise müßten erheblich mehr Menschen als bisher die Sozialhilfe in Anspruch

nehmen, für die die Kreise und Gemeinden zuständig sind. Oder: Bei einer weiteren Verschärfung der Lage auf dem Wohnungsmarkt werden immer mehr Menschen auf Wohngeld angewiesen sein, das die Kassen der Kommunen belastet.

Die Möglichkeit der Kommunen, sich weiter zu verschulden, sind bei den geltenden rechtlichen Bestimmungen in vielen Fällen ausgeschöpft. Hebesatzsteigerungen bei den Gemeindesteuern lassen sich politisch gegenwärtig kaum durchsetzen. Es bleiben den Gemeinden in dieser Situation nur zwei Wege, um ihre rechtlich unabweisbaren Ausgaben zu finanzieren:

– zum einen eine drastische Anhebung der Gebühren bei den kommunalen Versorgungs- und Dienstleistungsunternehmen,
– zum anderen Einschränkungen in den Bereichen freiwilliger Leistungen (Straßenbau, Unterhalt von Kindergärten, Jugendhäuser, Aufwand für Schulen usw.)

Faktoren, die die Lebensqualität und die Initiativ- und Mitgestaltungsmöglichkeiten des gesellschaftlichen Lebens durch die Bürger maßgeblich beeinflussen, werden damit rigoros beschnitten. Dies ist nicht nur ein Verlust an materieller Versorgung, sondern auch an demokratischer Substanz, der mittelfristig schwerwiegende Konsequenzen haben muß.

4. Konzentration und politische Spannungen

Die durch die restriktive Wirtschaftspolitik mit verursachte krisenhafte Entwicklung begünstigt erheblich die Unternehmenskonzentration.

– Absatz und Gewinne der Großunternehmen werden durch die stagnative Entwicklung in weitaus geringerem Maße beeinträchtigt als die kleiner und mittlerer Unternehmen. Die Hochzinspolitik trifft die Großunternehmen kaum: sie verfügen über höhere Eigenmittel und sind im Unterschied zu mittelständischen Unternehmen in der Lage, Kredite im Konzernverbund und auf internationalen Finanzmärkten aufzunehmen.

– Die durch die Hochzinspolitik mitverursachten Rentabilitätsprobleme kleiner und mittlerer Unternehmen erleichtert es den Großunternehmen, diese aufzukaufen und sich einzugliedern. Ferner verbessert die Zunahme der Unternehmenszusammenbrüche die Absatzchancen der Großunternehmen.

– Von den staatlichen Subventionen, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung, profitieren vorwiegend Großunternehmen. Die Unternehmenssubventionen sind von den Haushaltskürzungen weitgehend verschont geblieben. Streichungen stehen neue Subventionen gegenüber. Beispielsweise werden den Stahlunternehmen anstelle der Kokskohlenbeihilfe nunmehr Investitionszulagen und andere Vergünstigungen gewährt.

Der eingeschlagene wirtschaftspolitische Kurs verschärft somit die Konzentration und bevorteilt die Großunternehmen. Dies ist offensichtlich ein wesentlicher Grund, weshalb die Bundesregierung eine Politik betreibt, deren Erfolglosigkeit – gemessen an den erklärten Zielen – erwiesen ist: Es ist weniger die wissenschaftliche Verblendung – wie sie den Sachverständigenrat kennzeichnet – als vielmehr der politische Druck der Unternehmen und Verbände, der eine solche Politik als „Sachzwang" durchsetzt. Indem umgekehrt die Bundesregierung privatwirtschaftliche Interessen als allgemeine „Sachzwänge" darzustellen und durchzusetzen versucht, wird sie für politische Erpressungen und Indienstnahme durch die Großunternehmen, wie die Vorgänge im Medien- und Energiebereich zeigen, anfällig.

Die in den letzten Jahren gewachsene Unterordnung der Politik unter vorrangig wirtschaftlichen Interessen hat erheblich zur Verringerung ihrer Integrationsfähigkeit gegenüber weiten Teilen der Bevölkerung beigetragen und Widerstand hervorgerufen, den zu brechen wiederum die Durchsetzung dieser wirtschaftlichen Interessen verlangt. Eine Fortsetzung der eingeschlagenen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die krisenhafte Entwicklung vertieft und die soziale Infrastruktur durchlöchert, wird somit unvermeidlich innenpolitische Spannungen verschärfen. Der wachsende Einfluß wirtschaftlicher Interessen auf eine Politik, die vor allem auf eine Stärkung außenwirtschaftlicher Positionen abzielt, ist schließlich auch eine Ursache zunehmender Aggressivität in der Außenpolitik, die der Realisierung dieser wirtschaftlichen Ziele gilt. Die Bundesregierung

ist aus einem aktiven Träger der Entspannungspolitik zu einem Verfechter der Hochrüstung geworden. Ihre Unterstützung der amerikanischen Globalstrategie, insbesondere die Zustimmung zur Stationierung neuer Atomraketen in Westeuropa durch die USA sowie die Tendenz zur Ausweitung der Rüstungsexporte, tragen zur Verschärfung der Spannung und zur Gefahr militärischer Konflikte in der Welt bei.

IV. Beschäftigungspolitik ohne Sozialabbau – Alternativen zur Sparpolitik

Die Grundlinie

Angesichts der sich erneut vertiefenden Wirtschaftskrise und dem damit verbundenen Anstieg von Massenarbeitslosigkeit und sozialen Belastungen steht die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik dringender denn je vor der Forderung, wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen, die den Grundsätzen eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates entsprechen, wie sie in den Art. 20 und 28 des Grundgesetzes verankert sind, und dem klassischen Verständnis der Staatsfunktionen entspricht.

Hauptaufgaben einer solchen Politik sind,
- die Arbeitslosigkeit möglichst bald abzubauen;
- das wirtschaftliche Wachstum zu fördern, vordringlich in gesellschaftlichen Mangelbereichen, aber auch in der herkömmlichen Güter- und Dienstleistungsproduktion unter Beachtung ökologischer Anforderungen;
- dafür zu sorgen, daß die aktuell gegebenen und unvermeidlichen gesamtwirtschaftlichen Belastungen nicht auf die sozial schwächsten Bevölkerungsteile abgewälzt, sondern von den sozial und finanziell besser gestellten Gruppen getragen werden.

An diesen Aufgaben und nicht in erster Linie an formaler Haushaltsarithmetik und abstrakten Finanzierungsforderungen müssen Wirtschafts- sowie Sozialpolitik und ihr Kernbereich, die Haushaltspolitik, ausgerichtet werden. Das erfordert neben finanziellen Aktivitäten des Staates auch die gesellschaftliche Kontrolle einer zielentsprechenden Aufnahme und Verarbeitung staatlicher Impulse in der Privatwirtschaft, also Demokratisierung der wirtschaftlichen Strukturen und Prozesse.

Daß die mit der Haushaltsoperation '82 getroffenen Entscheidungen diesen Anforderungen nicht entsprechen, sondern die Vertiefung von Krise und Arbeitslosigkeit, die Verstümmelung des Sozialsystems und eine Gefahr für die Demokratie in der Bundesrepublik mit sich bringen, haben wir im III. Teil gezeigt.

Alternativ hierzu und ausgerichtet an den aktuellen Hauptaufgaben der Wirtschafts- und Sozialpolitik schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

1. Ein Beschäftigungsprogramm in Höhe von 20 Mrd. DM für 1982

Bei einem stabilitätspolitisch erforderlichen, an der erwarteten Steigerung des nominalen Sozialprodukts (6%) ausgerichtetem Zuwachs des Haushaltsvolumens auf 245 Mrd DM bedeutet dies ein Gesamtumfang der *Haushaltsausgaben* für 1982 von 265 Mrd DM. Außer durch laufende *Steuer-, Verwaltungs- und Münzeinnahmen* – die wir in Anlehnung an die Schätzungen der Bundesregierung mit 214,3 Mrd DM ansetzen – soll dieses Ausgabenvolumen durch steuerliche Mehreinnahmen, durch Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte und durch Nettokreditaufnahme realisiert und in den Dienst der Beschäftigungspolitik sowie sozialer Sicherung gestellt werden.

2. Umstrukturierungen der öffentlichen Haushalte

a) Bundeshaushalt

Auf der Einnahmenseite sollen bestimmte ökonomisch wenig wirksame und sozial ungerechtfertigte Steuersubventionen abgebaut und zusätzliche Mehreinnahmen durch Steuererhöhungen und wirksameren Einzug von Steuerschulden erschlossen werden. Die Gesamtsumme der Mehr-

einnahmen beträgt 20,2 Mrd. DM (nach Abzug derjenigen Beiträge, die von der Bundesregierung ebenfalls vorgesehen sind, *19,6 Mrd. DM).*

Auf der Ausgabenseite sind solche Zahlungen einzustellen, die den eingangs aufgestellten Kriterien nicht entsprechen (3,5 Mrd. DM) oder durch anderseitige Entlastungen nicht mehr erforderlich sind (4,3 Mrd. DM). Der Umfang der Minderausgaben beträgt insgesamt *7,8 Mrd. DM.*

b) Bundesanstalt für Arbeit

Durch die Einführung einer allgemeinen Arbeitsmarktabgabe und Arbeitgeberumlagen wird die Bundesanstalt für Arbeit um insgesamt *4,3 Mrd. DM* entlastet. Der notwendige Bundeszuschuß reduziert sich daher auf 5,7 Mrd. DM.

3. Nettoneuverschuldung des Bundes in Höhe von 31,0 Mrd. DM (Alternative 41 Mrd. DM)

4. Beendigung der Hochzinspolitik der Bundesbank

Zusammenfassende Gesamtrechnung
Ein Vergleich zwischen den Beschlüssen der Bundesregierung und den Alternativvorschlägen (in Mrd. DM)

	Bundesregierung	*Alternativen*
1. Ausgaben		
– Kernhaushalt (= Haushalt 1981 plus 4,2% bzw. 6%)	*240,8*	*245,0*
Beschäftigungssonderprogramm	–	*20,0*
Gesamtausgaben	*240,8*	*265,0*
2. Einnahmen		
– Steuer-, Verwaltungs- und Münzeinnahmen vor steuerlichem Subventionsabbau	*211,7*	*213,7*[1])
Mehreinnahmen durch		
– verbesserten Steuereinzug	–	*12,6*
– steuerlichen Subventionsabbau	*1,2*	*2,6*
– Steuererhöhungen	*2,0*	*5,5*
Mehreinnahmen insgesamt	*3,2*	*20,7*
Gesamteinnahmen	*214,3*	*233,9*
3. Nettokreditaufnahme	*26,5*	*31,1*
	240,8	*265,0*

1) Es ist darauf hinzuweisen, daß bei einem Greifen des vorgeschlagenen Beschäftigungsprogrammes das Steueraufkommen höher ausfallen wird. Dies wurde hier nicht quantifiziert, sollte aber beachtet werden. Wenn sich nämlich das Steueraufkommen für den Bund im Gefolge eines konjunkturellen Aufschwungs nur um 5 Mrd. DM erhöht, sinkt die notwendige Nettokreditaufnahme zur Finanzierung des expansiven Haushaltes 1982 auf eine Höhe, die unter der von der Bundesregierung veranschlagten liegt.

1. Beschäftigungsprogramm

Die Bundesregierung sollte unverzüglich ein mindestens 20 Mrd. DM umfassendes Sofortprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auflegen. Die Mittel sollten auf das Haushaltsvolumen aufgestockt werden, das sich unter der Annahme ergibt, daß die Wachstumsrate des nominalen Bruttosozialproduktes im kommenden Jahr bei 6% liegt und deshalb der „Kernhaushalt" um

den gleichen Prozentsatz gesteigert wird. Insgesamt würde sich somit für 1982 ein Gesamthaushaltsvolumen von 265 Mrd. DM ergeben.

Die Mittel für das Sofortprogramm müssen vorwiegend in zukunftsorientierte Felder öffentlichen Bedarfs gelenkt werden. Das Gesamtprogramm ist mittelfristig und strukturell in das von uns schon mehrfach geforderte „Zukunftsprogramm für die 80er Jahre" einzufügen, das mit einem Finanzvolumen von 200 Mrd. DM über 10 Jahre gezielt und kontrolliert realisiert werden soll. Durch die vorgesehene Umstrukturierung der Staatseinnahmen und -ausgaben sollen darüber hinaus weitere Beschäftigungs- und Wachstumsimpulse ausgelöst werden.

In Anlehnung an das abgelaufene „Zukunftsinvestitionsprogramm" (über 4 Jahre ca. 20 Mrd. DM verteilt), die Vorschläge des DGB im Zusammenhang mit der Strategie „beschäftigungssichernder Finanzpolitik" und die Empfehlungen, die wir in früheren Memoranden vorgeschlagen haben, führen wir folgende Bereiche an, in die die öffentlichen Mittel vorwiegend gelenkt werden sollten:

- Ausbau der Fernwärmeversorgung unter Berücksichtigung des erforderlichen Immissionsschutzes
- Energieeinsparungs- und Energiesubstitutionsinvestitionen
- Verbesserung der Wohnverhältnisse und der Wohnumwelt
- Investitionen in die Umweltsicherung (auch Regionalprogramme wie „Bodensse-Rhein"- und „Weser-Elbe-Programm")
- Entsorgung und Wiederverwertung von Müll
- Wasserwirtschaftliche Zukunftsvorsorge
- Verbesserung des öffentlichen Personen-Nahverkehrs
- Investitionen in alternative Technologien
- Bau von Jugendzentren und Einrichtung von mehr Alten- und Behindertenstellen
- Ausbau und Verbesserung der Gesundheitsversorgung
- Ausbau der beruflichen Bildung und Weiterbildung

Die geplanten Einsparungen im öffentlichen Dienst – Einkommenskürzungen und Stellenstreichungen – lehnen wir ab, weil sie beschäftigungs- und sozialpolitisch nicht akzeptabel sind. Wir fordern vielmehr, daß ein Teil der Mittel für das beschäftigungspolitische Sofortprogramm zur Aufstockung der Stellen in besonderen Mangelbereichen – Pflege- und Beratungsberufe, Arbeitsämter, Finanzverwaltung u. ä. – eingesetzt wird.

2. Verbesserung der Haushaltsstruktur

Zusätzlich zu den positiven Wirkungen, die von dem Sofortprogramm in Höhe von 20 Mrd. DM ausgehen, lassen sich durch die Mobilisierung von zusätzlichen Einnahmen und die Umstrukturierung von Einnahmen und Ausgaben innerhalb des globalen Haushaltsvolumens weitere Maßnahmen realisieren, die die Beschäftigung erhöhen und zugleich mehr soziale Gerechtigkeit hinsichtlich finanzieller Belastungen bzw. Begünstigungen bringen, ohne daß damit bei den unmittelbar durch Begünstigungsentzug Betroffenen nennenswerte zielinkonforme Reaktionen ausgelöst würden. Es können bestimmte Steuern erhöht werden; es lassen sich Einnahmen mobilisieren, auf die bisher von staatlicher Seite ungewollt (Steuerhinterziehung bzw. -rückstände) oder gewollt (Subventionen) verzichtet worden ist, ohne daß dieser Verzicht aus sozialpolitischen Gründen geboten oder aus wirtschaftlichen Gründen gerechtfertigt gewesen wäre. Auf der Ausgabenseite schließlich können Zahlungen gestrichen werden, die erstens keine günstigen wirtschaftlichen Wirkungen mit sich bringen und zweitens zu sozialpolitisch einseitigen Begünstigungen nicht bedürftiger Gruppen führen.

Unter diesen Gesichtspunkten schlagen wir fünf Maßnahmebündel zur Verbesserung der Haushaltsstruktur vor:

a) Einnahmesteigerungen durch konsequente Ausschöpfung des bestehenden Steuerrechts
b) Einnahmesteigerungen bzw. Ausgabenkürzungen durch Abbau von Subventionen
c) Einnahmesteigerungen durch Steuererhöhungen
d) Ausgabenkürzungen
e) Entlastung der Bundesanstalt für Arbeit

a) Einnahmesteigerungen durch konsequente Ausschöpfung des geltenden Steuerrechtes

– Bekämpfung der Steuerhinterziehung

Durch Intensivierung der Steuerfahndung und Ausdehnung der Betriebsprüfungen können nach Schätzung der Gewerkschaft der Steuerbeamten jährlich Mehreinnahmen in Höhe von 10 Mrd. DM erzielt werden. Schon 1980 beliefen sich die Nachforderungen auf 7,4 Mrd. DM. Eine weitere Aufstockung der Zahl der Betriebsprüfer und Steuerfahnder könnte diesen Betrag unschwer steigern.

Eine besondere und oft nicht beachtete Möglichkeit der Steuerhinterziehung gibt es beim Einkommen aus Kapital- und Geldvermögen. Ein Vergleich der tatsächlichen und der deklarierten Kapitaleinkünfte bei der Einkommenssteuer zeigt, daß es in diesem Bereich zu jährlichen Steuerhinterziehungen in Milliardenhöhe kommt. Überschlägige Berechnungen auf der Basis der Daten der Deutschen Bundesbank und des DIW für das Jahr 1974 (neuere Zahlenangaben liegen noch nicht vor) ergeben bereits, daß bestenfalls 40% der gesamten Geldvermögenseinkommen der privaten Haushalte steuerlich erfaßt, während 60% – dies entspricht bereits 1974 einem Betrag von mindestens 14 Mrd. DM – der Besteuerung entzogen werden. Die durch diese Steuerhinterziehung entstandenen Steuerausfälle lassen sich durch die Einführung eines Quellenabzugsverfahrens auf die Erträge aus Geldvermögen verhindern. Bisher wird eine Kapitalertragssteuer im Quellenabzugsverfahren lediglich für Erträge aus Beteiligungen und als sog. Couponsteuer für Ausländer erhoben. Im Sinne der Steuergerechtigkeit muß dieses Verfahren – wie auch in vielen anderen Ländern – auf sämtliche Kapitalerträge, also insbesondere auch auf die Einkommen aus Bankeinlagen und aus dem Besitz von festverzinslichen Wertpapieren ausgedehnt werden. Von den Kreditinstituten sollten demnach mindestens 25% sämtlicher Zinserträge zunächst einbehalten und als vorläufige Kapitalertragssteuer an den Staat abgeführt werden. Dieser Vorwegabzug ist bei der Einkommenssteuer voll anzurechnen; es wird demzufolge zum individuellen Steuersatz versteuert. Niedrigverdienende und nicht zur Einkommenssteuer herangezogene Personen erhalten vom Finanzamt eine Freistellungsbescheinigung und werden damit nicht von der Kapitalertragssteuer erfaßt. Das vorgeschlagene Verfahren ermöglicht es, das bestehende Einkommenssteuergesetz voll anzuwenden.

Eine strengere Anwendung und Erweiterung der Möglichkeiten zur Verhinderung von Steuerhinterziehung, einschließlich der Einführung des Quellenabzugsverfahrens – könnte demnach Mehreinnahmen in einer Größenordnung von *10 Mrd. DM* erbringen.

– Verminderung und Verzinsung von Steuerrückständen

Die Steuerrückstände sind 1980 erneut um 12,7% auf 13,4 Mrd. DM (Stichtag 30. 11. 1980) angewachsen. In diesem Betrag sind noch nicht einmal die über 1,6 Mrd. DM enthalten, auf deren Eintreibung der Staat verzichten mußte, weil keine Aussicht auf Erfolg bestand. Die sog. echten Rückstände, die ohne Zustimmung der Finanzbehörde nicht rechtzeitig gezahlt werden, betragen dabei allein 8,2 Mrd. DM. Das ständig ansteigende Volumen der Steuerrückstände und die wieder ansteigende Steuerrückstandsquote bedeuten bei einem heutigen Zinssatz von 10–12% einen erheblichen Zinsverlust für den Staat. Unter sozialem Aspekt gesehen gehören zu denjenigen, die Steuerrückstände haben, in aller Regel nicht die Lohnsteuerzahler, sondern die Selbständigen und Unternehmen, die durch die Nichteintrichtung fälliger Steuern unter Umständen erhebliche Zinsgewinne realisieren. Bei den Arbeitnehmern, die über den Lohnsteuerjahresausgleich einen Anspruch auf Rückzahlung zuviel gezahlter Steuern erhalten, fallen in der Regel Zinsverluste an.

Es ist daher sowohl aus Gründen der Steuergerechtigkeit, aber auch aus fiskalischen Gründen notwendig, die fälligen, aber trotzdem schuldhaft unbezahlt gebliebenen Steuerverpflichtungen mit mindestens marktüblichen Zinsen zu belasten. Dabei könnten allerdings auch Zinsdifferenzierungen als Instrumente der Mittelstandspolitik eingesetzt werden.

Durch energischere Anwendung der Möglichkeiten, die die Finanzämter haben, um fällige Steuern anzumahnen und einzutreiben, sowie durch eine Verzinsung der Steuerschulden sollte es möglich sein, die Steuerrückstände zumindest um ein Fünftel zu vermindern. Das entspräche

beim Stand von 1980 immerhin einer staatlichen Mehreinnahme von 1,64 Mrd. DM. Dazu kämen die Einnahmen aus der Verzinsung der verbleibenden Rückstände. Bei einem angenommenen Zinssatz von 15% wären dies noch einmal 0,98 Mrd. DM, so daß sich die gesamten Mehreinnahmen aufgrund energischerer Steuerrückstandsbekämpfung auf *2,62 Mrd. DM* beliefen.

Durch eine bessere Ausschöpfung und energischere Anwendung der steuerrechtlichen Möglichkeiten durch die Finanzämter lassen sich insgesamt mindestens 12,62 Mrd. DM mobilisieren. Es gibt auch keine plausiblen Anhaltspunkte dafür, daß eine derartige Mobilisierung bei den Betroffenen zu zielinkonformen ökonomischen Reaktionen, etwa zur Einschränkung von Investitionen oder Konsum führen würde.

b) Einnahmesteigerung durch Abbau steuerlicher Subventionen

Aufgrund von Steuervergünstigungen für Betriebe und Wirtschaftszweige sind dem Bund nach Angaben des 7. Subventionsberichtes im Jahre 1980 Steuerausfälle in Höhe von 6,6 Mrd. DM entstanden. Wir schlagen vor, durch Kürzung dieser Steuersubventionen dem Bund für 1982 Mehreinnahmen in Höhe von rund 2,1 Mrd. DM zu verschaffen.

Im einzelnen sollen folgende Streichungen bzw. Einschränkungen durchgeführt werden:

(Grundlage für die Schätzungen der quantitativen Wirkungen der Einschränkung bzw. Streichung von Subventionen sind – soweit nicht die mit den Kabinettsbeschlüssen zum Bundeshaushalt 1982 veröffentlichten Zahlen herangezogen werden konnten – die Angaben für 1980 im 7. Subventionsbericht. Da die Subventionen zwischenzeitlich nicht reduziert sind, ist der errechnete Einsparungs- bzw. Mehreinnahmeeffekt im folgenden eher zu niedrig angesetzt. Es ist ferner zu beachten, daß in den folgenden Berechnungen jeweils nur die Entlastung des Bundes, nicht auch die der Länder und Gemeinden, ausgewiesen wird.)

– Streichung des *Vorsteuerabzugs bei der Anschaffung von PKW* durch Unternehmen. Diese Maßnahme wird auch von der Bundesregierung geplant und bringt Mehreinnahmen in Höhe von 1,2 Mrd. DM.

– Streichung der *Steuerbefreiung von Schwerölen als Betriebsstoff für Schiffe.* Mehreinnahmen: *445 Mio. DM.*

– Streichung der *Steuerbefreiung für Luftfahrtbetriebsstoffe.* Die Steuerbefreiung wurde 1953 zum Zwecke des Wiederaufbaus des Luftverkehrs in der Bundesrepublik eingeführt. Dieser Zweck ist längst erfüllt, die Subvention sollte entfallen. Mehreinnahmen: *350 Mio. DM.*

– Streichung der *Preissteigerungsrücklage nach § 74 EStDV.* Diese 1955 eingeführte Durchführungsverordnung sollte den Unternehmen erlauben, bei bestimmten Gütern des Umlaufvermögens steuerfreie Rücklagen zu bilden, um das Durchschlagen von Preissteigerungen bei diesen Gütern auf die Wirtschaft und insbesondere die Verbraucher zu mildern. Die Preispolitik der Großunternehmen in verschiedenen Branchen, insbesondere der Mineralölkonzerne, die – neben den Großunternehmen der chemischen Industrie – diese Regelung in besonderem Maße in Anspruch nehmen, zeigt jedoch, daß die Verbraucher hierdurch nicht geschützt werden. Die Steuervergünstigung kann also entfallen. Der 7. Subventionsbericht stellt fest, daß die „Bezifferung des Steuerausfalls wegen besonderer Schwierigkeiten kaum möglich" ist. Bei Berücksichtigung der Bilanzen der Großunternehmen kann man jedoch feststellen, daß die Summe von 300 Mio. DM nicht zu hoch angesetzt ist. Eine Streichung dieser Konzernsubvention erbrächte also Mehreinnahmen in Höhe von mindestens *300 Mio. DM.*

– Einschränkung der *Subventionen nach § 6b Abs. 1 Nr. 5 EStG.* Diese 1965 eingeführte Bestimmung ermöglicht die Steuerbefreiung von Gewinnen aus Kapitalveräußerungen, wenn diese „volkswirtschaftlich förderungswürdig" wiederverwendet werden. Auf dieser Grundlage wurde beispielsweise der Flick-Konzern bei der Wiederanlage der Gewinne aus dem Verkauf seiner Daimler-Benz-Aktien in den letzten Jahren mit mehrerem hundert Millionen DM steuerlich begünstigt – obwohl die Anlage vorwiegend in den USA erfolgte. In der Öffentlichkeit bekannt geworden ist die jüngste Begünstigung für Flick in Höhe von 120 Mio. DM bei der Übernahme einer 210-Mio.-DM-Beteiligung am Gerling-Konzern. Der § 6b Abs. 1 Nr. 5 muß insgesamt als konzen-

trationsfördernd angesehen werden. Die Steuerausfälle beliefen sich 1980 beim Bund auf 146 Mio. DM. Die Anwendung strengerer Maßstäbe bei der Beurteilung der volkswirtschaftlichen Förderungswürdigkeit und die Einführung von Obergrenzen für die Steuerbegünstigung könnte die Steuerausfälle erheblich verringern. Wir setzen für diesen Fall Mehreinnahmen von *100 Mio. DM* an.

– Aufhebung der Steuerbefreiung für *Zinsen aus bestimmten festverzinslichen Wertpapieren*, die vor dem 1. 1. 1955 ausgegeben wurden. Der ursprüngliche Subventionsanlaß, die allgemeine Kapitalmarktförderung, ist längst entfallen. Die Streichung der Subvention brächte dem Bund Mehreinnahmen von *74 Mio. DM*.

– Aufhebung der *Mineralölsteuer für die Betriebe der Mineralölerzeugung*. Hier handelt es sich um eine Konzernsubvention aus dem Jahre 1930. Ihr wünschenswerter Wegfall führt zu Mehreinnahmen in Höhe von *70 Mio. DM*.

– Reform des *§ 4 des Entwicklungsländersteuergesetzes*. Dieses Gesetz von 1963 erlaubt steuerfreie Rücklagen für Kapitalanlagen in Entwicklungsländern und verursachte 1980 für den Bund Steuerausfälle von 133 Mio. DM. Eine strengere Auswahl der geförderten Projekte hinsichtlich ihres Beitrages zur Entwicklung des jeweiligen Landes, in dem investiert wird, würde zum Subventionsabbau führen. Wir veranschlagen Mehreinnahmen in Höhe von *66 Mio. DM*.

– Streichung der *Mineralölsteuerbefreiung der für Probeläufe von Ausfuhrmotoren* verwendeten Mineralöle. Hierbei handelt es sich um eine reine Subvention der Automobilkonzerne. Ihre Streichung erbringt allerdings nur Mehreinnahmen in Höhe von *13 Mio. DM*.

– Schließlich sollte eine *Rückzahlungspflicht für Subventionen* zumindest in den Bereichen Energie- und Rohstoffversorgung, Luftfahrttechnik, marktnahe Forschung bei technologischen Schwerpunktprogrammen und Innovationsforschung eingeführt werden. Die Subventionen, die in diese Bereiche gehen, sind in der Regel Starthilfen für Produktionen, die entweder als Wachstumsbereiche gefördert werden oder Produkte besonderen gesellschaftlichen Bedarfes sind. Nach erfolgreicher Einführung der Produkte sollten die Subventionen an den Staat zurückfließen und zur anderweitigen Verfügung stehen. Sofern die Rückzahlungspflicht nur für die neuen Subventionen in den erwähnten Bereichen eingeführt und sofern eine Rückzahlungsperiode von 10 Jahren unterstellt wird, kann mit jährlichen Rückzahlungsraten in Höhe von *120 Mio. DM* gerechnet werden.

Insgesamt würden sich durch den Abbau dieser Subventionen in den angegebenen Größenordnungen für den Bund Mehreinnahmen – auf der Basis der Zahlen für 1980 berechnet – in Höhe von *2,660 Mrd. DM* ergeben. Wird hiervon der Betrag für den Vorsteuerabzug bei Firmenwagen abgezogen, den die Bundesregierung ebenfalls streichen will, so lassen sich gut 1,5 Mrd. DM an Mehreinnahmen gegenüber den Vorschlägen der Bundesregierung in diesem Bereich der Unternehmen und Wirtschaftszweige realisieren.

c) Einnahmesteierung durch Steuererhöhungen

– Besteuerung von *„windfall profits"*
Die vier in der Bundesrepublik fördernden Ölkonzerne machen einen weder durch Kostensteigerungen noch durch ökonomische Leistung zu rechtfertigenden Zusatzgewinn, wenn sie diese inländische Produktion zu Weltmarktpreisen verkaufen. Die Höhe dieser Zusatzgewinne in der BRD wird auf 4 Mrd. DM geschätzt. Davon werden zur Zeit lediglich steuerlich 22% abgeschöpft. Zu fordern wäre eine Anhebung auf 80%, so daß sich Mehreinnahmen von *2,5 Mrd. DM* ergeben würden.

– *Ergänzungsabgabe* zur Einkommensteuer und Körperschaftssteuer
Die Erhebung einer befristeten Ergänzungsabgabe von 6% der Steuerschuld ist bei Einkommensteuerpflichtigen auf die Bezieher höherer Einkommen (ab 60 000/120 000 DM Jahreseinkommen) zu begrenzen. Sie brächte in diesem Fall Mehreinnahmen von *3 Mrd. DM*.

Insgesamt ergeben sich aus diesen Steuererhöhungen Mehreinnahmen von *5,5 Mrd. DM*. Von einer Erhöhung der Verbrauchssteuern sollte abgesehen werden.

d) Ausgabekürzungen durch Subventionsabbau und anderweitige Entlastungen

– Verminderte Rüstungsausgaben
Eine Begrenzung der Ausgaben des Bundesverteidigungsministeriums auf den Stand des Jahres 1981 – rund 42 Mrd. DM, die ohnehin als Ausgabenansatz für 1982 noch in der mittelfristigen Finanzplanung vom Dezember 1981 festgesetzt waren – wäre erstens ein wichtiges Signal für die Entspannungs- und Abrüstungsbereitschaft der Bundesrepublik in der gegenwärtigen international labilen Situation. Sie würde zweitens aber auch den Haushalt 1982 um rund 1,8 Mrd. DM entlasten, wenn man die Höhe der Militärausgaben nach NATO-Kriterien anlegt (55 Mrd. DM für 1981) sogar um 2,3 Mrd. DM. Ein solches Stillhalten bei den Militärausgaben ist im wesentlichen auf zwei Wegen zu verwirklichen: durch den Verzicht auf das Hochfahren der großen Waffenbeschaffungsprogramme sowie durch ein härteres Auftreten des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung gegenüber den Preisforderungen der Rüstungsunternehmen. Beispielsweise könnte von den staatlichen Stellen angekündigt werden, daß künftig nur noch solche Unternehmen bei der Vergabe von zivilen und militärischen Aufträgen berücksichtigt werden, die bereit sind, ihrerseits zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte beizutragen, in dem sie auf Preissteigerungen im Jahre 1982 verzichten. Gleichzeitig könnten negative Beschäftigungswirkungen als Folge der angestrebten Produktionsminderung von Waffen und Munition dadurch vermieden werden, daß kompensatorisch zivile Aufträge in solchen Bereichen vergeben werden, in denen ein sinnvoller Beitrag zur Stärkung der produktiven Basis der bundesdeutschen Wirtschaft geleistet wird und in denen auch Unternehmen mit wehrtechnischem Produktionsangebot bereits engagiert sind: Meerestechnik statt Kriegsschiffbau, Umweltschutz statt Kampfflugzeuge, Verbesserung des Nahverkehrs statt Kampfpanzer.

– Kokskohlebeihilfe
Aufgrund der starken Dollaraufwertung ist die nationale Steinkohle auch ohne Kokskohlebeihilfe international wettbewerbsfähig. 1980 betrug die Subvention 823 Mio. DM, 1982 würde sie 1,05 Mrd. DM betragen. Die Streichung dieser Konzernunterstützung – die auch die Bundesregierung plant – ergäbe Ausgabekürzungen in Höhe von *1,05 Mrd. DM*.

– Zuschüsse für die Stillegung und zu den Schrumpfungskosten des Steinkohlenbergbaus
Angesichts des gestiegenen Bedarfs an einheimischer Steinkohle zur Sicherung der Energieversorgung der Bundesrepublik sind diese im Zusammenhang mit der Absatzkrise im Kohlenbergbau eingeführten Subventionen hinfällig. Ihre Streichung ermöglicht Ausgabekürzungen in Höhe von *89 Mio. DM*.

– Streichung von Zuschüssen für die *Ruhrkohle AG*
Die Zuschüsse zur Tilgung der Schuldbuchforderung der RAG und zur Entlastung des Sonderpostens zum Ausgleich von Stillegungsabschreibungen sind reine Subventionen an die Altgesellschaften, also vor allem an die Stahlkonzerne. Sie wurden von den Konzernen 1967 im Zusammenhang mit der von der Bundesregierung erstrebten Bildung der Ruhrkohle AG politisch durchgesetzt. Ihre fällige Streichung entlastet die Ausgaben um *65 Mio. DM*.

– Einschränkung der Förderung der *Luftfahrttechnik*
Der größte Teil der Subventionen der Luftfahrttechnik sind Entwicklungshilfen für die Rüstungsindustrie und Vermarktungshilfen für den Airbus. Da die Entwicklung neuer Waffensysteme insgesamt gebremst werden sollte und das Geschäft mit dem Airbus sich mittlerweile außerordentlich positiv entwickelt, kann die Förderung weitgehend entfallen. Ein Teil der 410 Mio. DM, die hierfür 1980 ausgegeben worden sind, sollte allerdings zur Entwicklung ziviler Alternativen zur Waffenproduktion eingesetzt werden; hierfür setzen wir 100 Mio. DM an. An Ausgabenkürzungen ergeben sich somit *310 Mio. DM*.

– Zuschuß zur Bundesanstalt für Arbeit
Durch die Einführung eines Arbeitsmarktbeitrages und von Arbeitgeberumlagen soll der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit um *4,3 Mrd. DM* entlastet werden (vgl. Punkt e). Um diesen Betrag vermindert sich daher der zur Deckung der Finanzlücke der BA erforderliche Bundeszuschuß.

Die Minderausgaben aufgrund der Kürzung der Rüstungsausgaben, des Abbaus von verschiede-

nen Subventionen für den Unternehmensbereich und der Entlastung des Haushaltes der Bundesanstalt für Arbeit belaufen sich also insgesamt auf *7,8 Mrd. DM.*

Man wird insbesondere den vorgeschlagenen Einnahmesteigerungen zweierlei entgegenhalten:
1. Wegen ihres vorwiegend an Spitzeneinkommen und Unternehmensubventionen ansetzenden Charakters seien sie politisch illusionär, d. h. bei den bestehenden politischen Machtverhältnissen nicht durchsetzbar.

Demgegenüber sollte festgestellt werden: Obgleich gegenwärtig in der Tat Abstriche vorwiegend im sozialpolitischen Bereich vorgenommen werden, ist nicht einzusehen, daß nicht andere Alternativen möglich wären. Eine Regierung, die dies bestreitet, kapituliert unnötigerweise vor den Ansprüchen der Privatwirtschaft. Die politische Alternative für Parlament und Regierung liegt darin, gegenüber diesen Ansprüchen der ohnehin vielfach begünstigten Gruppe der Kapital- und Produktionsmittelbesitzer die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen und zu diesem Zwecke die Privatwirtschaft in größerem Umfang als bisher unter demokratischen Legitimationsdruck zu setzen, zu kontrollieren und zu lenken.

2. Die Mehreinnahmen seien ökonomisch unvernünftig, da sie bei den Betroffenen Entzugseffekte auslösen, die zur Einschränkung ihrer Ausgaben, also zur Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage führen würden, dies aber laufe der expansiven Ausrichtung des Gesamtprogramms entgegen.

Diese Behauptung kann nicht überzeugen:
Daß etwa beim Bestehen auf vollständiger und pünktlicher Steuerzahlung die Investitions- oder Konsumausgaben der Betroffenen maßgeblich sinken, ist *erstens* deshalb nicht zu erwarten, weil die auf diese Weise durch die Privaten einbehaltenen Gelder zu einem erheblichen Teil spekulativ angelegt werden und/oder auf ausländische Konten verbracht werden.

Zweitens haben erfahrungsgemäß große Teile der Unternehmenssubventionen zu sog. „Mitnehmereffekten" geführt. Bei Streichung oder Verminderung dieser Zahlungen kann also damit gerechnet werden, daß die bislang getätigten Ausgaben weiterlaufen.

Drittens schließlich wäre – wenn man in einigen Bereichen kontraktive Reaktionen nicht ausschließen will – der Effekt dieser Einschränkungen mit hoher Wahrscheinlichkeit geringer als der, der durch eine Verminderung der effektiven Kaufkraft bei einem großen Teil der Bevölkerung mit hoher Konsumquote ausgelöst wurde. Die Abhängigkeit unternehmerischer Investitionstätigkeit von den erzielten Gewinnen ist mit Sicherheit geringer als die Abhängigkeit der Konsumausgaben von der Massenkaufkraft der Unselbständigen.

e) *Verbesserung der Finanzlage bei der Bundesanstalt für Arbeit*

Um die Finanzlage der Bundesanstalt für Arbeit aufzubessern, sollte aus ökonomischen – Sinken der Massenkaufkraft – wie sozialen – zusätzliche Belastung der sozial schwächsten Schichten – Gründen nicht bei einer Leistungskürzung oder -verschlechterung angesetzt werden. Stattdessen gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, auch außerhalb des normalen Bundeshaushaltes, zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Bundesanstalt für Arbeit zu mobilisieren.

– *Einführung eines allgemeinen Arbeitsmarktbeitrages*
Die Einführung eines Arbeitsmarktbeitrages, der von allen Erwerbstätigen – also auch von den Beamten und Selbständigen – entsprechend der Höhe ihres Einkommens zu entrichten ist, muß eingeführt werden. Die Beamten und Selbständigen profitieren bisher von einer Reihe von Leistungen der Bundesanstalt, ohne sie mitzufinanzieren. Sie können z. B. die Berufsberatung, die Arbeitsvermittlung oder Leistungen der Rehabilitation in Anspruch nehmen. Bei einem Wechsel ins Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis können sie ohne versicherungsbedingte Wartezeiten z. B. Einarbeitungszuschüsse erhalten. Jährlich wandern etwa 80 000 bis 100 000 Selbständige in abhängige Beschäftigungsverhältnisse ab und jährlich beenden 70 000 Beamte ihren Vorbereitungsdienst. Diese rege Mobilität zeigt, wie eng die Arbeitsmärkte der Arbeiter, der Angestellten, Beamten und Selbständigen miteinander verknüpft sind und die bisherige einseitige Finanzierung durch die Arbeiter und Angestellten einen Anachronismus darstellt. Ein Arbeitsmarktbei-

trag führt nach Berechnungen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung zu Netto-Mehreinnahmen von ca. 3 Mrd. DM.

– *Einführung von Arbeitsmarktumlagen*
Die Unternehmer bewältigen eine Reihe innerbetrieblicher Personalprobleme mit Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit. Bei konjunkturellen Schwankungen können sie durch Kurzarbeitsgeld ihre Stammbelegschaften halten. Einen Personalabbau vermögen sie größtenteils über das Arbeitslosengeld zu finanzieren, wenn sie 59jährige entlassen und diese bis zu ihrem vorzeitigen Rentenbezug Arbeitslosengeld erhalten, das durch den Unternehmer nur durch einen kleinen Zuschuß aufgestockt wird. Die Bewältigung solcher Personalprobleme bei konjunkturellen Schwankungen müßte ähnlich wie beim Konkursausfallgeld oder der produktiven Winterbauförderung durch eine Arbeitgeberumlage, die bei den Berufsgenossenschaften erhoben wird, finanziert werden. Die Ausgaben für Kurzarbeitergeld werden für 1982 – wahrscheinlich zu niedrig – auf 816 Mio. DM (1981 1,4 Mrd. DM) geschätzt. Die Kosten für das Arbeitslosengeld für die über 59jährigen, die im Rahmen von Sozialplänen entlassen würden, sind nicht ausgewiesen. Eine Arbeitgeberumlage müßte wahrscheinlich auf 1,3 Mrd. DM veranschlagt werden.

Es wäre zu überlegen, ob langfristig nicht weitere Leistungen, wie z. B. Rehabilitationsmaßnahmen (die meisten Behinderungen sind Ergebnis des Verschleißes im Produktionsprozeß) oder die berufliche Aus- und Weiterbildung (wie gegenwärtig schon in der Bauindustrie) über Arbeitgeberumlagen finanziert werden können. (Dieses könnte zu einer Entlastung des Haushalts der Bundesanstalt für Arbeit von 7,063 Mrd. DM führen. Mit diesen freiwerdenden Mitteln ließe sich das Instrument Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausbauen und verbessern. Es könnten z. B. größere Umweltschutzmaßnahmen oder soziale Dienste – auch für längerfristige Zeiträume ca. 5 Jahre finanziert werden.)

Diese Maßnahmen würden die Finanzen der Bundesanstalt für Arbeit für 1982 um 4,3 Mrd. DM entlasten und das erwartete Defizit – bei einer unterstellten Zahl von Arbeitslosen von 1,4 Millionen – von 10 Mrd. DM fast halbieren. Der Zuschuß der Bundesregierung könnte deshalb statt bei 10 Mrd. DM bei 5,7 Mrd. DM liegen.

3. Ressourcenmobilisierung durch staatliche Kreditaufnahme

Wenn auch der finanzpolitische Spielraum des Bundeshaushalts durch die Maßnahmen der Steuermobilisierung sowie der Ausgaben- und Einnahmenumstrukturierung erheblich erweitert werden kann, so bleibt auch die staatliche Kreditfinanzierung ein Instrument zur Sicherung einer versorgungsorientierten Beschäftigungspolitik. Wir gehen davon aus, daß sich die Nettoneuverschuldung bei sofortiger Realisierung aller vorgeschlagenen Maßnahmen (vgl. Abschnitt IV) auf 31 Mrd. DM belaufen soll. In einer Alternativrechnung schlagen wir vor, unmittelbar nicht mobilisierbare Steuereinnahmen in Höhe von ca. 10 Mrd. DM über zusätzliche Kreditaufnahme des Bundes zu finanzieren.

Gerade jetzt, wo die Staatsverschuldung zum absoluten Tabu hochstilisiert wird, muß darauf hingewiesen werden, daß kreditfinanzierte Ausgabenprogramme des Staates angesichts wirtschaftlicher Rezession und Arbeitslosigkeit private Investitionen, die aus sich selbst nicht zustandekommen, nicht verdrängen, sondern mobilisieren. Auch sind die Kosten der Arbeitslosigkeit, die sich im öffentlichen Haushalt niederschlagen, trotz gestiegener Zinskosten für die Staatsverschuldung erheblich höher als die Zinsbelastung. Die öffentliche Verschuldung hat weder den Inflations- noch Zinsanstieg ausgelöst. Die binnenwirtschaftlich verheerende Hochzinspolitik resultiert vielmehr aus der Entscheidung der Deutschen Bundesbank, dem u. a. durch Kapitalabfluß in die USA ausgelösten Druck auf den Außenwert der DM entgegenzuwirken (vgl. dazu Punkt 4). Diese Hochzinspolitik belastet nicht nur die kreditabhängigen Investitionen der Privatwirtschaft, sie trifft auch die öffentlichen Haushalte. Solange die Deutsche Bundesbank eine an dem hohen Zinsniveau der USA orientierte Zinspolitik betreibt, werden die Zinsen daher auch bei einem Abbau der Staatsverschuldung nicht sinken.

Eine entscheidende Voraussetzung für eine Sicherung wirtschaftlichen Wachstums und Wiederherstellung von Vollbeschäftigung ist die dringend gebotene *Koordination der Finanz- und Geldpolitik*. Die Deutsche Bundesbank soll künftighin nicht mehr durch ihre Geldpolitik den

haushaltspolitischen Expansionskurs konterkarieren. Sie darf nicht die Rolle einer wirtschaftspolitischen „Neben- oder Gegenregierung" übernehmen, sondern muß ihren Part in einer bedarfs- und beschäftigungsorientierten Haushaltspolitik spielen. Die wichtigsten Maßnahmen, die es deshalb unverzüglich zu realisieren gilt, sind:

- Rücknahme der restriktiven Geldpolitik, insbesondere durch eine deutliche Zinssenkung
- direkte Übernahme eines Teils des staatlichen Kreditbedarfs durch die Bundesbank.

Durch eine koordinierte Finanz- und Geldpolitik können expansive Impulse freigesetzt werden, die weder in Inflation noch in einer Verschlechterung der Zahlungsbilanzsituation einmünden müssen. Die zunehmende Geldmenge, die aus einer Kreditgewährung der Deutschen Bundesbank an den Bund resultiert, wird durch ein entsprechendes Wachstum des realen Volkseinkommen so absorbiert, daß hierdurch keine Inflationseffekte ausgelöst werden. Gelingt es weiterhin, über staatlich initiierte, binnenwirtschaftliche Expansion auch günstige Anlagebedingungen im Inland zu schaffen, dann vermindert sich der Kapitalabfluß und der damit verbundene Druck auf den Außenwert der DM.

Aus beschäftigungs-, aber auch verteilungspolitischen Gründen steht weiterhin unser in mehreren Memoranden bereits unterbreiteter Vorschlag, das Geschäftsbankensystem, das bisher erhebliche Vorteile aus der angestiegenen Staatsverschuldung zieht, zu verpflichten, Staatsschuldtitel zu kostendeckender Verzinsung (ähnlich einer Mindestreserve) zu übernehmen. Wenn der politische Wille besteht, diese Maßnahme zu realisieren, dann läßt sich dies gesetzestechnisch ohne größere Probleme durchsetzen.

4. Außenwirtschaftliche Hindernisse für eine Beendigung der Hochzinspolitik?

Natürlich belasten hohe Zinsen nicht nur die öffentlichen Haushalte, sondern auch die privaten Investoren. In dem Maße, wie Investitionen als zinsabhängig unterstellt werden können, mindert die Hochzinspolitik daher die konjunkturellen Impulswirkungen staatlicher Beschäftigungsprogramme. Eine Zinssenkung wäre dringend geboten. Sie wird jedoch von der Bundesbank in erster Linie mit außenwirtschaftlichen Argumenten abgelehnt. Da diese Argumente in der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Diskussion eine zentrale Rolle spielen, sollen sie im folgenden einer etwas ausführlicheren Prüfung unterzogen werden.

Die Bundesbank weist die Forderungen nach einer Zinssenkung mit dem Hinweis auf die defizitäre Leistungsbilanz ab. Die Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits durch Kapitalimporte erfordere – angesichts hoher Zinsen im Ausland – hohe Zinsen im Inland, weil andernfalls der Kapitalzustrom ausbliebe, inländisches Kapitalabfließe, der Außenwert der D-Mark sänke und über eine abwertungsbedingte Erhöhung der Einfuhrpreise die inländische Inflation angeheizt würde, wodurch eine mittelfristige Beseitigung des Leistungsbilanzdefizits erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht würde.

Die Begründung, die die Bundesbank für ihre Hochzinspolitik gibt, ist jedoch nicht stichhaltig: Die derzeitige Höhe der Zinsen ist auch unter außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht gerechtfertigt.

a) Seit Jahresbeginn ist netto mehr – lang- und kurzfristiges – Kapital importiert worden, als zur Finanzierung des bislang aufgelaufenen Leistungsbilanzdefizits erforderlich ist. Der Saldo aller Transaktionen betrug im ersten Vierteljahr +2,1 Mrd. DM und im zweiten Vierteljahr 1981 +5.0 Mrd. DM. Die Devisenbestände der Bundesbank sind damit im ersten Halbjahr 1981 um rd. 7 Mrd. DM gewachsen. Demnach sind unter der Annahme, daß die Zinsen für internationale Kapitalbewegungen ausschlaggebend sind, die inländischen Zinsen, gemessen an den Erfordernissen der Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits, zu hoch.

b) Die Bundesbank argumentiert, daß sich die Anleger überwiegend von den international gebotenen Zinsen leiten lassen. Das Kapital strömt demnach in dasjenige Land, das die höchsten Zinsen bietet. Bei ihren Anlageentscheidungen haben die Anleger jedoch neben den Zinsdifferenzen auch mögliche Paritätsänderungen zu berücksichtigen, die einen im Ausland erzielbaren höheren Zinsertrag zunichte machen können, wenn nach Ablauf der Leihfrist der Kurs der Anlagewährung gefallen ist. Die Anleger werden folglich das Wechselkursrisiko auszuschalten versu-

chen. Dies geschieht am Devisenterminmarkt. Auf dem Devisenterminmarkt erfolgen Übergabe und Bezahlung der gehandelten Devisen eine bestimmte Zeit nach Vertragsabschluß zu einem bei Vertragsschluß vereinbarten Terminkurs. Ein ausländischer Anleger schließt gleichzeitig mit dem Umtausch seiner Währung in die des Anlagelandes einen Rücktausch per Termin, d. h. zum Zeitpunkt des Fälligwerdens seiner Anlage, ab. Liegt nun der Terminkurs unter dem gegenwärtigen Kurs, dann erleidet der Anleger beim Rücktausch des angelegten Betrages einen – bereits jetzt bekannten – Kursverlust, den er gegen den höheren Gewinn aufgrund der höheren Zinsen im Anlageland abwägen muß. Entspricht der Abschlag der Anlagewährung per Termin der Zinssatzdifferenz zwischen zwei Ländern, dann bietet die Anlage zu den höheren Zinsen keinen Vorteil. Ist der Abschlag, mit dem die Währung des Hochzinslandes am Devisenterminmarkt gehandelt wird, höher als die Zinsdifferenz, dann ist die dortige Anlage sogar weniger rentabel als die in dem Land mit den geringeren Zinsen.

Dieser Fall ist aber kennzeichnend für die Situation zwischen dem Geldmarkt der USA und dem Bundesrepublik (und weniger ausgeprägt für die zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik).

Entwicklung der Zinssatzdifferenz zwischen 3-Monatsgeld in der BRD und 3-Monats-Schatzwechsel in den USA und des Swapsatzes gegenüber dem Dollar im 1. Halbjahr 1981 (in %)

	Zinssatzdifferenz	*Swapsatz*
Januar	*5,25*	*–8,70*
Februar	*4,24*	*–6,09*
März	*–0,12*	*–2,72*
April	*0,45*	*–3,43*
Mai	*3,10*	*–6,21*
Juni	*1,47*	*–5,24*
Juli	*1,94*	*–5,98*

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte.

Vorstehende Tabelle zeigt, daß westdeutsche Anleger in den USA höhere Abschläge beim Rücktausch in D-Mark hinnehmen müssen, als ihnen die höheren Zinsen in den USA einbringen. Eine Anlage in D-Mark ist somit vorteilhafter. Wenn es dennoch zu Kapitalabflüssen kommt, dann liegen diesen offenbar andere Motive als die Wahrnehmung von Zinsdifferenzen zugrunde (z. B. spekulative Motive). Derartige Kapitalbewegungen sind jedoch nicht oder kaum durch Zinsänderungen zu beeinflussen. Wenn aber internationale Kapitalbewegungen großteilig nicht zinsabhängig sind, dann entfällt auch die Rechtfertigung hoher Zinsen. Der Zinssatz bzw. die Zinssatzdifferenz determiniert den Wechselkurs demnach keineswegs so eindeutig, wie das seitens der Verfechter einer Hochzinspolitik gerne glauben gemacht wird. Diese Auffassung vertritt auch der Sachverständigenrat in seinem Sondergutachten vom 4. Juli 1981, jedoch nicht, um daraus den Schluß zu ziehen, die Zinsen zu senken, sondern um Haushaltskürzungen und Reallohnsenkungen das Wort zu reden. Denn der Außenwert einer Währung hänge vor allem von dem Vertrauen ab, das man ihr entgegenbringe. Staatsverschuldung und Lohnpolitik hätten indes vertrauensschädigend gewirkt. Es fragt sich dann nur, wieso die Anleger einem Land wie den USA, das eine höhere Staatsverschuldung sowie eine stärkere Zunahme der Lohnstückkosten als die Bundesrepublik aufweist, dessen Inflationsrate seit kurzem wieder zweistellig ist und dessen Handelsbilanz defizitär ist, Vertrauen entgegenbringen. Es sei daran erinnert, daß die D-Mark ihren Höhenflug zu einer Zeit unternahm, als das soziale Netz noch nicht die Löcher aufwies, die es heute hat.

Als Ergebnis der vorstehenden Überlegungen kann somit festgehalten werden, daß eine Senkung der inländischen Zinsen möglich ist, ohne daß es zu einer Abwertung und damit zu weiteren Preissteigerungen kommt.

Längerfristig sind hohe Zinsen und die Kürzung investiver Ausgaben des Staates geeignet, die Beseitigung des Leistungsbilanzdefizits zu verschleppen:

– Die Verringerung der Ölimporte, in deren steigenden Preisen das Leistungsbilanzdefizit seine hauptsächliche Ursache hat, erfordert wirksame Energieeinsparungsmaßnahmen sowie die Entwicklung alternativer Energien bzw. die bessere Ausnutzung bereits vorhandener. Hohe Zinsen und die damit begründete Unterlassung entsprechender öffentlicher Investitionen verzögern jedoch die notwendige Umstellung der Energiebasis der Bundesrepublik, die Belastung der Leistungsbilanz aus den Ölimporten bliebe damit bestehen.

– Hohe Zinsen bewirken durch eine Verlangsamung der Investitionstätigkeit eine beschleunigte Veralterung des gesamtwirtschaftlichen Anlagevermögens mit der Folge einer Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft.

– Die daraus resultierende negative Beurteilung der Entwicklungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft führt dann zu Kapitalabflüssen, die zu bremsen eine nochmalige Erhöhung des inländischen Zinsniveaus erforderlich machen würde, wodurch eine Lösung der Zahlungsbilanzprobleme weiter in die Ferne rücken würde. Letztendes bestünde das Ergebnis der Hochzinspolitik in einer Vertiefung der wirtschaftlichen Krise und ungelösten Zahlungsbilanzproblemen.

Eine Zinssenkung ist also sowohl außenwirtschaftlich möglich als auch nötig.

Wenn auch – wie gezeigt – unter den gegenwärtigen Bedingungen eine Zinssenkung zur Anregung der inländischen Konjunktur keiner außenwirtschaftlichen Absicherung bedarf, sei hier dennoch auf ein wirtschaftspolitisches Instrument hingewiesen, das unter anderen Bedingungen die Handlungsfähigkeit einer nationalen Beschäftigungspolitik zu erhalten vermag. Neben den Möglichkeiten des § 2 Außenwirtschaftsgesetz, im Falle von Zahlungsbilanzungleichgewichten die Kapitalexporte zu beschränken, bietet sich in Fällen, in den Kapitalabflüsse doch auf großes Zinsgefälle zum Ausland zurückzuführen sind, eine *Bardepotpflicht* analog zu § 6 a AWG an: Der tatsächlich aus einer Kapitalanlage im Ausland resultierende Ertrag wird dadurch beeinflußt, daß die Kapitalexporteure zinslose Einlagen bei der Bundesbank halten müssen, wenn sie Ausländern Kredite gewähren. Durch eine entsprechende Manipulation des Depotsatzes können damit Kapitalanlagen im Ausland unattraktiv gemacht werden. Trotz vergleichsweise geringer Inlandszinsen kommt es zu keinen umfänglichen Kapitalabflüssen, die die Fortführung einer expansiven Beschäftigungspolitik gefährden würden.

Schließlich sollte u. E. der Vorschlag der französischen Regierung für eine konzertierte Senkung der Zinsen in der EG gegenüber den USA aufgegriffen werden. Die Abkopplung des europäischen Zinsniveaus von dem in den USA würde nicht nur die Arbeitslosigkeit in den Ländern Westeuropas beseitigen helfen, sondern über kurz oder lang auch zur Senkung der Zinssätze in den USA beitragen.

Versandanschrift: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Postfach 2249, 3550 Marburg.

Gemeinsame amerikanisch-sowjetische Erklärung vom 24. September 1981 zur Aufnahme von Verhandlungen über Atomwaffen in Europa

(Wortlaut)

Am 23. September 1981 kamen US-Außenminister Haig und sein sowjetischer Kollege Gromyko am Rande der UNO-Generalversammlung in New York erstmals zu einem Gespräch zusammen, das mehrere Stunden dauerte und zur nachstehend dokumentierten Vereinbarung von Ort und Zeit für amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über Atomwaffen in Europa führte. D. Red.

Während der Begegnung am 23. September 1981 haben der Außenminister der USA, Alexander M. Haig und der Außenminister der UdSSR, Andrej Gromyko einen Meinungsaustausch über Rüstungsbegrenzung geführt einschließlich der Kernwaffen, die bereits früher zwischen Vertretern der USA und der UdSSR in Genf zur Erörterung standen.

Sie stimmten darin überein, daß es notwendig ist, formelle Verhandlungen über diese Waffen zu führen, und einigten sich im Namen ihrer Regierungen darauf, solche Verhandlungen am 30. November dieses Jahres in Genf aufzunehmen. Die amerikanische Seite wird bei den Verhandlungen durch eine Delegation unter Leitung von Botschafter P. Nitze und die sowjetische durch eine Delegation unter Leitung von Botschafter J.A. Kwizinski vertreten sein.

Beide Seiten sind der Auffassung, daß diese Verhandlungen für die Festigung der Stabilität und internationalen Sicherheit von wesentlicher Bedeutung sind und erklärten, daß sie alles daran setzen wollen, um eine entsprechende Vereinbarung zu erzielen.

Abschlußerklärung des Kongresses „Die Überlebenden werden die Toten beneiden – Medizinischer Kongreß gegen den Atomkrieg"

(Wortlaut)

Auf dem Kongreß „Die Überlebenden werden die Toten beneiden – Mediziner gegen Atomkrieg" am 19./20. September 1981 in Hamburg haben sich 1500 Mediziner aus der Bundesrepublik mit einem gemeinsamen Appell, den wir nachfolgend dokumentieren, an die Öffentlichkeit gewandt. Sie fordern, die Stationierung neuer Atomwaffen in der Bundesrepublik nicht zuzulassen. D. Red.

Das Atomwaffenpotential in Ost und West hat ein unvorstellbares Ausmaß erreicht. Trotzdem beschließt die NATO eine weitere Nachrüstung mit Raketen bisher ungekannter Treffsicherheit. Der amerikanische Außenminister Haig sagt, es gäbe wichtigere Dinge als den Frieden und Schlimmeres als den Krieg und bestätigt damit Aussagen namhafter Wissenschaftler und ehemaliger Militärs:

– Es geht nicht mehr um „Frieden durch nukleares Gleichgewicht". Man plant schon Einzelheiten eines nuklearen Krieges in Europa.

Ein Atomkrieg ist die letzte Katastrophe für Mensch und Natur. Wir sehen es als unsere notwendige ärztliche Aufgabe an, die Bevölkerung darauf hinzuweisen, daß der einzig wirksame Schutz die Verhinderung des Atomkrieges ist.

Im medizinischen Bereich sollen Fortbildungsveranstaltungen über Katastrophenschutz und Gesetzesvorlagen zur Zwangsverpflichtung von Ärzten und Krankenpflegepersonal auf einen möglichen Atomkrieg vorbereiten. Wir sind davon betroffen, wie bedenkenlos in diesen Planungen menschliche und ärztliche Grundsätze aufgegeben werden. Im Atomkrieg würden nur noch diejenigen behandelt, bei denen es sich noch „lohnt" und Schwerstverletzte, alte Menschen, Behinderte und schon vorher chronisch Kranke nicht mehr versorgt werden. Selektion statt medizinischer Versorgung für alle soll dazu beitragen, eine atomare Katastrophe zu „beherrschen". Doch auch ein „begrenzter" Atomkrieg wird in seinen Folgen für die Menschen nicht begrenzt bleiben:

– Im unmittelbaren Katastrophengebiet wird der Sauerstoff durch die Explosion auf die entstehenden Großfeuer verbraucht, so daß selbst die Menschen in den Bunkern ersticken.

– Selbst in einer Entfernung von 300 km wird der radioaktive Niederschlag soviel tödliche Strahlung abgeben, daß man – wenn überhaupt – dort erst nach Jahren wieder leben kann.

– Durch die Vielzahl der atomaren Explosionen wird die Atmosphäre so verändert, daß auch auf anderen Kontinenten das Leben von Mensch und Natur gefährdet ist.

– Die radioaktive Strahlung führt außerdem zur Verseuchung der Lebensmittel, des Trinkwassers und der gesamten Umwelt; bei den Überlebenden zu Krebserkrankungen, Siechtum und Erbschäden.

Millionen von Menschen würden an den unmittelbaren und langfristigen Folgen der atomaren Explosionen qualvoll zugrunde gehen, ohne daß die überlebenden Ärzte helfen könnten. Blutplasma, Medikamente und medizinische Geräte wären ohnehin vernichtet. Es gibt keine wirksame Hilfe gegen die Vielzahl von Krankheiten und Verletzungen, insbesondere keine gegen die Strahlenkrankheit. Alle „Vorkehrungen" für einen Atomkrieg, Gesetzesvorlagen und Zivilschutz können daran nichts ändern; dies weckt nur ungerechtfertigte Hoffnungen und erhöht die Bereitschaft der politisch Verantwortlichen zum tödlichen Risiko.

– Wir setzen uns dafür ein, die Atomwaffen insgesamt abzuschaffen.

– Unser erster Schritt zu diesem Ziel ist es, die Stationierung der neuen Atomwaffen in Europa und besonders in der Bundesrepublik nicht zuzulassen.

Interview mit Generalmajor a.D. Günter Vollmer in „Panorama" vom 29. September 1981

(Wortlaut)

Günter Vollmer, Generalmajor a.D. der Bundeswehr, hat in einem Gespräch mit Stefan Aust, ausgestrahlt am 29. September 1981 in „Panorama", tiefe Sorge über die gegenwärtige verteidigungspolitische Konzeption der Bundesrepublik geäußert. Nachstehend veröffentlichen wir mit freundlicher Genehmigung von General Vollmer den vollständigen, für den Abdruck in den „Blättern" korrigierten Text des Gesprächs.

Günter Vollmer war am Ende des Zweiten Weltkrieges Hauptmann, Ritterkreuzträger und führte zuletzt ein Bataillon. Er war vier Jahre in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, trat 1956 in die Bundeswehr ein, war im Truppendienst, im Generalstabsdienst und im Ministerium tätig. Seine Überlegungen hat er zuerst – allerdings ohne Resonanz – dem Verteidigungsministerium vorgelegt. D. Red.

Stefan Aust: Herr Vollmer, Sie haben vor fünf Wochen an Bundesverteidigungsminister Apel geschrieben und ihm Ihre Sorge über die verteidigungspolitische Konzeption der Bundeswehr mitgeteilt. Was waren Ihre Motive dafür?

Günter Vollmer: Herr Aust, ich habe ihm geschrieben, daß bereits einmal einer deutschen Generalität mit Recht der Vorwurf gemacht worden sei, daß sie geschwiegen habe, obwohl sie wußte, was heraufzog. Ich möchte, da ich heute eine neue große Gefahr heraufziehen sehe, nicht schweigen und warnen.

Stefan Aust: Worin sehen Sie die Hauptgefahren?

Günter Vollmer: Zwei Punkte sehe ich. Das eine ist, daß im Rahmen der Verteidigung Westeuropas immer mehr in die Verteidigung die Nuklearwaffen einbezogen werden. Ich halte das für undenkbar, da Europa ein so dicht besiedeltes Gebiet ist, daß hier Nuklearwaffen den Tod für viele Millionen Menschen bedeuten würde.

Zum Zweiten, glaube ich, daß wir nicht mehr in der Lage sein werden, wir alle die westeuropäischen Nationen, nicht mehr in der Lage sein werden, die Kosten für neue Waffen und neue Folgewaffen weiter bezahlen zu können.

Stefan Aust: Bedeutet das, daß die Verteidigungskonzeption der NATO, Ihrer Ansicht nach, generell verfehlt ist?

Günter Vollmer: Die Verteidigungskonzeption der NATO beruht ja auf der sogenannten „Triade"-Lösung. Ich darf kurz aufzählen, was man sich darunter vorstellt. Man rechnet mit dreierlei militärischen Reaktionen, wenn aus dem Osten ein Angriff erfolgen sollte. Die erste Reaktion ist die sogenannte „Direktverteidigung" mit konventionellen Kräften. Hierbei wird der Einsatz von nuklearen Waffen nicht ausgeschlossen. Die zweite Reaktion wäre die sogenannte „vorbedachte Eskalation". Hiermit soll einem Angreifer durch einen politisch-kontrollierten selektiven Einsatz nuklearer Waffen deutlich gemacht werden, daß Erfolgschance und Risiko für ihn in einem nicht mehr tragbaren Verhältnis stehen. Und die Reaktion drei wäre dann die allgemeine nukleare Reaktion. Sie bedeutet den Einsatz der nuklear-strategischen Waffen und richtet sich vor allem gegen das strategische Potential des Gegners. Diese Theorie unterstellt, daß ein begrenzter Atomkrieg möglich ist.

Stefan Aust: Und da sind Sie anderer Meinung.

Günter Vollmer: Hier bin ich anderer Meinung, und zwar aus folgendem Grund. Schon Clausewitz hat gesagt: der Angreifer will erobern, der Verteidiger will erhalten. Wenn hier ein Nuklearkrieg stattfinden würde, würde nichts mehr erhalten bleiben.

Stefan Aust: Das wäre also eine Verteidigung durch kollektiven Selbstmord?

Günter Vollmer: So könnte man es durchaus benennen.

Stefan Aust: Wäre die Bundeswehr, so wie sie strukturiert ist, denn überhaupt in der Lage, einen konventionellen Angriff auch konventionell zu erwidern?

Günter Vollmer: Die Landstreitkräfte hier, die die Hauptlast des Kampfes tragen müßten, sind heute – die deutschen muß ich sagen, aber die Streitkräfte der Alliierten, die auf dem Boden der Bundesrepublik stationiert sind, sind fast genau ausgestattet – diese Landstreitkräfte sind fast ausschließlich Panzer- und Panzergrenadierstreitkräfte, das heißt, Streitkräfte, die vom Panzer und vom gepanzerten Fahrzeug, dem Schützenpanzer, aus kämpfen sollen. Da wir im Rahmen der sogenannten „Vorne-Verteidigung" all diese Verbände an der Grenze zum Osten hin aufmarschieren lassen müßten, würde es bedeuten, daß ich diese Verbände, die zu einer stark beweglichen Kampfführung bestimmt sind, in einen Abwehrkampf stellen müßte, zu dem sie an sich nicht geeignet sind. Ich würde einen beweglich kämpfen sollenden Soldaten festbinden an der Grenze. Das Schlimme ist, dahinter habe ich keine weiteren Kräfte, das heißt, wenn diese Verbände durch den gegnerischen Druck zum Rückwärtsgehen gezwungen sind, werden sie nicht mehr aufgehalten werden können oder aufgefangen werden können. Und wir wissen, daß das nur möglich ist, wenn ein Verband rückwärts rollt, wenn hinten neue Linien die Aufnahme vorbereiten haben.

Stefan Aust: Wie sieht das mit der Rolle der Luftwaffe in dieser Konzeption aus?

Günter Vollmer: Die Rolle der Luftwaffe in dieser Konzeption ist ähnlich zu bezeichnen. Wir haben hervorragende Flugzeuge. Die Namen sind Ihnen alle bekannt. Diese Flugzeuge sind zu einem großen Teil in der Lage, Atomwaffen transportieren zu können. Nur, dem vorne kämpfenden Soldaten direkte Unterstützung zu geben, dazu sind sie wenig in der Lage und meines Erachtens auch zu teuer.

Stefan Aust: Bedeutet das, daß die jetzige Struktur und Ausrüstung der Bundeswehr demnach weniger die einer Verteidigungsarmee als eigentlich die einer Angriffsarmee ist, wozu die Bundeswehr ja nach dem Verfassungsauftrag nicht gedacht ist?

Günter Vollmer: Ich würde es nicht ganz so hart sagen. Jedoch ähnelt diese Bundeswehr in ihrem Aufbau und ihrer Ausrüstung einer Art Expeditionsarmee, die in der Lage ist, weit von der Heimat entfernt eingesetzt werden zu können. Das gilt für die Waffensysteme. Das gilt für die Panzer und Ausrüstungen mit Fahrzeugen. Das gilt für die Flugzeuge. Das gilt für die Logistik. Letztere zum Beispiel haben wir aufgebaut fast wie die Amerikaner, obwohl wir unsere Truppen nach dem Verfassungsgebot ausschließlich zur Verteidigung auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland einsetzen würden.

Stefan Aust: Wie würde denn Ihrer Meinung nach eine Konzeption, wobei die Bundeswehr in ihrer Ausrüstung auch diesem Verfassungsauftrag der Verteidigungsarmee entspricht – wie könnte eine solche Konzeption aussehen?

Günter Vollmer: Ein konventioneller Angriff aus dem Osten, den wir ja aufgrund der gewaltigen Stärke des Ostens immer wieder befürchten müssen, würde mit riesigen Menschenmassen und riesigen Panzermassen erfolgen. Wie ich vorher schon sagte, sind diese Streitkräfte, die wir haben, dazu nicht in der Lage, ihn wirklich aufhalten zu können. Zur Verteidigung braucht man starke infanteristische Kräfte, die mit zahlreichen Panzerabwehrwaffen ausgerüstet werden können. Solche Waffen sind vorhanden. Sie sind viel billiger als ein Panzer oder ein Schützenpanzer. Es wäre also möglich, alle Menschen, möchte ich sagen, die wehrfähig sind, daran auszubilden und die Ausstattung dafür bereitzuhalten. Ich bin überzeugt, daß ein Angriff gegen solch eine Truppe, die jeden Ort, jede Stadt, jedes Waldstück verteidigen würde, zum Stoppen zu bringen ist. Dabei würde im Sinne Clausewitz' das Land erhalten bleiben.

Stefan Aust: Glauben Sie, daß es Zeit ist, eine solche Wende herbeizuführen, daß es dann auch noch möglich ist?

Günter Vollmer: Ich glaube, daß das möglich ist. Die Abschreckung, die die USA den europäischen Staaten sicherstellt, funktioniert. Sie funktioniert seit 35 Jahren. Und ich bin überzeugt, daß sie auch weiter funktionieren wird. Wir hätten also Zeit, diese Umorganisation, diese Umstrukturierung vorzunehmen, unter dem Schutz dieser Abschreckung durch die Amerikaner.

Stefan Aust: Haben Sie Verständnis dafür, daß heute so viele Menschen immer mehr Angst vor einem Atomkrieg bekommen?

Günter Vollmer: Ja. Ich habe das auch dem Minister geschrieben. Ich bin der Meinung, daß die derzeitige Behandlung der Deutschen in der Frage ihrer militärischen Verteidigung ein wenig an Schizophrenie erinnert. Wir sagen, die NATO wird die Bundesrepublik verteidigen, da konventionelle Kräfte dazu unzureichend erscheinen und die NATO die Verteidigung mit Hilfe atomarer Waffen vornähme. Dieses käme, besonders wenn wir annehmen, daß der Gegner entsprechend antworten würde, der Vernichtung einer großen Zahl von Menschen in unserem Lande gleich. Stillschweigend wird angenommen, daß die Masse der Deutschen damit einverstanden ist. Man scheut sich zu sagen, daß diese Opfer bedeutend größer sein würden, als die bei einer Verteidigung unseres Landes, wie ich sie vorher gerade geschildert habe. Und noch eins habe ich geschrieben: Die angebliche Alternative, lieber rot als tot, gibt es nicht. In einer entscheidenden Hinsicht haben wir Deutschen in der Bundesrepublik nämlich keine Entscheidungsfreiheit, unsere westlichen Bündnispartner würden unser Land niemals den Sowjets überlassen. Somit heißt die Alternative für uns, lieber uns wehren, als von unseren Freunden atomar befreit zu werden, und vom Gegner wahrscheinlich nochmals atomar gegenbefreit zu werden.

Frieden durch Abrüstung! Friedensaufruf und Unterschriftenaktion des DGB zum Antikriegstag 1981

(Wortlaut)

Durch einen bedauerlichen Umbruchfehler fehlt im September-Heft der „Blätter" (S. 1146) eine umfangreiche Passage des DGB-Friedensaufrufs. Wir drucken deshalb das Dokument im folgenden noch einmal vollständig ab. D. Red.

In diesem Jahrhundert haben zwei Weltkriege unermeßliches menschliches Leid gebracht und Millionen von Opfern gefordert. Besonders die Arbeitnehmer und ihre Familien haben die verheerenden Folgen dieser Kriege erfahren und tragen müssen.

Die Arbeitnehmer wissen: Frieden ist die Grundlage für die Beseitigung von Hunger und Elend und die Erreichung sozialer Sicherheit in allen Teilen der Welt.

Frieden ist eine elementare Voraussetzung für den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt und für die Schaffung einer menschenwürdigen Gesellschaft.

Nur im Frieden kann das Lebens- und Selbstbestimmungsrecht aller Nationen verwirklicht und die Verständigung zwischen den Völkern gefördert werden.

Nur im Frieden können sich die Grund- und Freiheitsrechte der Menschen entfalten und demokratische Strukturen entwickeln.

Nur im Frieden können freie und unabhängige Gewerkschaften ihren Antrag erfüllen.

In diesem Bewußtsein haben sich die Gewerkschaften stets für einen dauerhaften Völkerfrieden eingesetzt. Die Gewerkschaftsbewegung ist immer auch eine Friedensbewegung.

Heute ist der Frieden mehr denn je gefährdet. Überall auf der Welt wachsen die Spannungen. Konflikte werden immer häufiger mit militärischer Gewalt ausgetragen:

Die Besetzung Afghanistans verletzt das Selbstbestimmungsrecht dieses Volkes und versetzte der Entspannungspolitik einen schweren Schlag. Weitere militärische Aktionen dieser Art könnten das Ende jeder Verständigungsbereitschaft bedeuten.

Die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Nahen Ostens läßt die militärischen Konfrontationen in diesem Gebiet zu einer ständigen Bedrohung des Weltfriedens werden.

Bürgerkriege und militärische Unterdrückung, wie in El Salvador oder wie in der Türkei, fordern täglich neue Opfer an Menschenleben. Die Unterstützung der regierenden Militärs verlängert die Leiden der unterdrückten Völker.

Politische Auseinandersetzungen in Asien, Afrika, Mittel- und Südamerika fordern täglich unzählige Menschenleben, führen oft zu Massenvernichtungen und selbst zum Völkermord.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften lehnen die Anwendung militärischer Gewalt zur Lösung politischer und wirtschaftlicher Probleme ab. Sie fordern, daß Friedenspolitik Vorrang vor allen anderen politischen Aufgaben hat. Die einzige Chance für eine dauerhafte Friedenssicherung besteht in der Fortsetzung der Entspannungspolitik. Internationale Konflikte können nur durch Verhandlungen abgebaut und gelöst werden.

Eine wirkliche Entspannung kann nur auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens gedeihen. Die Gewerkschaften erwarten, daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um durch vertrauensbildende Maßnahmen ein Klima der Verständigung zwischen den Völkern zu schaffen. Hierzu gehören insbesondere die Beendigung der Besetzung Afghanistans und die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens.

Die weltweit angehäuften Rüstungspotentiale beschwören die Gefahr herauf, daß ein Krieg alles Leben vernichtet. Ein weiteres Wettrüsten macht das militärische Risiko nicht kalkulierbarer. Es steigert die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund verurteilt mit aller Entschiedenheit die jede menschliche Existenz bedrohende Vorstellung eines begrenzbaren atomaren Krieges. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften fordern eine allgemeine, ausgewogene und kontrollierte Abrüstung, um der lebensbedrohenden Gefährdung insbesondere durch Massenvernichtungswaffen Einhalt zu gebieten. Sie erwarten, daß zwischen den Regierungen alle Gesprächschancen genutzt werden, um zu einer Reduzierung der Rüstungen zu gelangen. Besondere Verantwortung tragen hierbei die großen Militärpakte und insbesondere die beiden Supermächte.

Die Gewerkschaften fordern, daß umgehend Verhandlungen mit dem Ziel aufgenommen werden, eine weitere Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Ost und West zu verhindern und die vorhandenen abzubauen. Dies liegt im gemeinsamen europäischen Interesse.

Unvereinbar mit der Politik der Friedenssicherung ist der Export von Waffen in Spannungsgebiete und Entwicklungsländer. Dadurch werden enorme Mittel gebunden, die für die Überwindung von Hunger und Not notwendig sind.

Eine stabile Friedensordnung setzt deshalb auch die weltweite Beseitigung von Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit, Analphabetentum und Unterdrückung voraus. Die Gewerkschaften verlangen, daß die Industriestaaten in West und Ost ihrer politischen und moralischen Verpflichtung nachkommen, ihren Einsatz für die Entwicklung der Dritten Welt zu verstärken. Die Gewerkschaften bekräftigen ihren unerschütterlichen Willen, mit ihren Mitteln die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben der Völker zu ermöglichen.

Wir, die Unterzeichner dieses Aufrufs, fordern die Regierung der USA und der Sowjetunion auf, unverzüglich Verhandlungen über Rüstungsbegrenzungen und Rüstungsabbau aufzunehmen. Der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung werden aufgefordert, alle ihre Möglichkeiten zur schnellen Ingangsetzung solcher Verhandlungen zu nutzen.

Ziel dieser Verhandlungen muß sein:
auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa zu verzichten,
die Produktion von Atomwaffen einzustellen,
die bereits stationierten Mittelstreckenraketen abzubauen.

Dies sind die unerläßlichen Voraussetzungen für Vereinbarungen über das Verbot
der Entwicklung
der Herstellung
der Lagerung
der Weitergabe und der Anwendung
atomarer Waffen und anderer Vernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien,
mit dem Ziel einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung.

Dafür trete ich ein!

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,00), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,00. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 156,–; $ 36,–; Lit 33 000,–; dkr 210,–; nkr 180,–; skr 153,–; yen 7200,–; £ 15,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 11/1981 der „Blätter" wird am 16. 11. 1981 ausgeliefert. ISSN 0006-4416

Autoren dieses Heftes

Dr. Horst J. ANDEL, geb. 1933, seit 1966 Nahost-Korrespondent der Berner Tageszeitung „Der Bund", gelegentlicher Mitarbeiter von „Die Weltwoche" in Zürich und der „Außenpolitik"; Buchveröffentlichungen: „Nahost-Report" (München 1976), „Kommen morgen die Araber?" (Zürich 1976), „Die Araber – Europas Nachbarn" (Frankfurt 1978). *** *Anton-Andreas GUHA,* geb. 1937, Publizist, seit 1967 Redakteur bei der „Frankfurter Rundschau"; Buchveröffentlichungen u.a.: Die Neutronenbombe – oder Die Perversion menschlichen Denkens, Frankfurt/M. 1977; Der Tod in der Grauzone. Ist Europa noch zu verteidigen?, Frankfurt/M. 1980. *** *Bernd GREINER,* geb. 1952, in Pirmasens; Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenpolitik der USA; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; lebt in Hamburg. *** *Michiel Herman VON MEYENFELDT,* geb. 1923 in Rotterdam, Generalmajor a.D., bis 1980 Chef der Kgl. Niederländischen Militärakademie, Mitglied der Kommission der Reformierten Kirchen für das Studium der Kriegsproblematik. *** *Erwin MÜLLER,* M.A., geb. 1947 in Hochstadt/Oberfranken, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Zeitgeschichte, Wissenschaftlicher Referent am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Mostafa DANESCH,* geb. 1944 in Semnan (Iran), Studium der Politologie, Völkerkunde und Erziehungswissenschaft an den Universitäten München, Bonn und Köln, Promotion über „Die Politik Großbritanniens in der iranischen bürgerlichen Revolution (1905–1911)"; Zeitungs- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Edgar GÄRTNER,* geb. 1949 in Magdlos/Krs. Fulda, Studium der Biologie und der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M., Forschungsstudium „mediterrane Ökologie" in Marseille, z. Z. Doktorand in Münster. *** *Dr. Niels PÖRKSEN,* geb. 1934 in Gelting/Flensburg. Leiter der Psychatrischen Klinik in Häcklingen bei Lüneburg und Vorstandssprecher der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychatrie, Buchveröffentlichung: Kommunale Psychatrie, Reinbek 1974.

Bemerkungen

Berichtigung: Im September-Heft der „Blätter" sind uns zwei bedauerliche Umbruchfehler unterlaufen.

1) In dem Beitrag von Rudolf Hickel wurden Seiten vertauscht. Die als 1070/71 gezählten Seiten sind auszuwechseln gegen 1068/69, d.h. aus 1070/71 alt wird 1068/69 neu und aus 1068/69 alt wird 1070/71 neu.

2) Im Text des Aufrufs des DGB „Frieden durch Abrüstung!" (S. 1146f.) fehlt eine umfangreiche Passage. Wir drucken deshalb den vollständigen Wortlaut des Dokuments auf S.1278 dieses Heftes noch einmal ab.

Wir bitten um Entschuldigung.

Einbanddecken: Abonnenten, die an Einbanddecken für den laufenden Jahrgang der „Blätter" interessiert sind, bitten wir um Bestellung beim Verlag bis zum 31. Dezember 1981. Der Selbstkostenpreis der Einbanddecken beträgt pro Halbjahresband 7,50 DM. D. Red.

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt 10/81
Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

01-314278-01-01 ***** 769
DIEDENHOFEN
ADOLF

NEUHAUSWEG 22

4170 GELDERN 1

„Wenn ich Europäer wäre, würde ich meine Regierung davon überzeugen, einer Stationierung nicht zuzustimmen. Denn das Risiko für Westeuropa ist zu groß..."

Paul C. Warnke, ehemaliger SALT-Chefunterhändler der USA, in einem Interview mit dem »Vorwärts« vom 27. August 1981.